REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 496 · 17.6.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 45 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. "Es wird Tote geben"
2. Yorck 59 geräumt
3. Apostel der Gewalt oder revolutionärer Humanist? Zur Aktualität von Frantz Fanon anlässlich seines 80. Geburtstages - Philipp Dorestal
4. Gegen Militarisierung und Sozialdumping. Das französische Nein zur EU-Verfassung hat gute Gründe - Bernhard Schmid
5. Föderalismus statt Nationalismus. Alternative Europagedanken im 20. Jahrhundert - Gerhard Klas
6. "Hess-Marsch" stoppen! Antifaschistischer Aktionstag am 20. August in Wunsiedel - Kampagne NS-Verherrlichung-stoppen!
7. WAG und PDS. Seit' an Seit' vereinigt - mb.
8. Offensive der Verzweiflung. SPD kündigt Neuwahlen an und sucht die Niederlage - mb.
9. Kooperation tut Not - politische Auseinandersetzung auch! Neue Wahlpartei der Linken? Eine Stellungnahme aus Sicht der PDS - Elke Breitenbach, Katina Schubert
10. Verantwortung für die Linke insgesamt. Neue Wahlpartei der Linken? Eine Stellungnahme aus Sicht der WASG - Berno Schukardt
11. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
12. Magdeburger 129a-Verfahren/Teil 2: Solidarität zahlt sich aus - mb.
13. Und sie bewegt sich doch! ArbeiterInnenbewegungen und Globalisierung - Dirk Hauer
14. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit - dk
15. "Die Bewegungen sind wie Schmetterlinge". Das Büro für angenehmne Lebensweisen erkundet prekäre Bewegungen - Dirk Hauer
16. Handreichungen zum Klassenkampf. Krank und teuer statt gesund und billig - dk
17. Atomwaffensperrvertrag vor dem Scheitern. Zur Geschichte und aktuellen Situation des Nichtverbreitungsvertrags für Atomwaffen - Magnus Kutz
18. Die atomare Welt. Der Finger ist nach wie vor auf dem roten Knopf - IPPNW
19. Zum Wohle der Menschheit... Atombombentests im Pazifik und ihre Folgen - Vo.
20. Hiroshima und Nagasaki: Zwei Bomben gegen die Sowjetunion - Michael Hahn
21. gender troubles aktuell
22. "Wir sind immer da gewesen." Interview über die Situation von Schwulen, Lesben und Transgender in Zimbabwe - Interview: Nina Schulz
23. Wenn die Familie zuschlägt. Dänische Feministinnen diskutieren über Geschlechterpolitik, Familie und Reproduktion
24. Wo die Revolution bleibt? Auf der Tagesordnung. Irgendwann ... Brasilien im dritten Jahr der Regierung Lula - Helmut Weiss
25. Kampf den Hütten. Mit Zerstörung und Vertreibung bekämpft Zimbabwes Regierung nicht die Armut sondern die Armen - Sadza Raibva
26. Ein großer Schritt nach vorn. Mit Wahlen setzt Bougainville Zeichen - Vo
27. "Hauptsache ist doch, dass wir Arbeit haben." Umstrittene Pipeline duch den Kaukasus eingeweiht - Timo Vogt
28. Greater Middle East. Demokratisierung oder US-Herrschaftsprojekt? - Bernhard Schmid
29. Kirche in der Krise. Der Einfluss der orthodoxen Kirche auf die griechische Gesellschaft - Evtichis Bitsakis
30. Zwischen Terror, Streiks und Privatisierung. Ein aufschlussreiches Buch über Algerien - Anke Schwarzer
31. Flucht und Vertreibung. Micha Brumliks Buch "Wer Sturm sät" - Js.
32. Ein nachwirkender Skandal. Die "Charta der Heimatvertriebenen" ist immer noch in Kraft - Micha Brumlik
33. Kolonialdeutsche Verbrechen. Über den Maji-Maji-Krieg in "Deutsch-Ostafrika" - eine Buchrezension - Rainer Beuthel

34. Hanseatisches Gedenken. Die neu gestaltete KZ-Gedenkstätte Neuengamme wurde eröffnet - Stefan Lindke
35. Familiengeschichte vor dem Fernseher. Guido Knopps Dokumentationen über NS und Krieg - Gerd Wiegel
36. Kulturkampf in Erfurt. Über den Erfolg des 1. Sozialforums in Deutschland entscheidet die politische Kultur - Judith Dellheim
37. Ein Kessel Buntes. Nachbetrachtungen zum Euromayday 2005 in Hamburg - Ingo Stützle
38. Antikollektivismus. Der neue Geist "linker" Sozialstaatskritik - Gerhard Hanloser
39. Israel als Projektionsfläche. Über Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik - Susann Witt-Stahl
40. Kapitalismus, ganz menschlich. Das Wohlfühl-Unternehmen als Wertegemeinschaft - Js.
41. LESERINNENBRIEF
42. AUFGEBLÄTTERT
43. KALENDER
44. EDITORIAL
45. Das Thema: Vor 60 Jahren: Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki

1. "Es wird Tote geben"

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:44

Bundesverteidigungsminister Peter Struck hat den 50. Geburtstag der Bundeswehr auf besondere Weise begangen. Im Interview mit dem Focus sprach er sich für weitere deutsche Kriegseinsätze aus; nicht auszuschließen sei, "dass wir in solchen Einsätzen Soldaten verlieren werden # nicht nur durch Unfälle oder Anschläge, sondern durch eine militärische Auseinandersetzung. Das ist für uns alle, die wir nach dem Krieg geboren wurden, ein ungewohnter Gedanke, aber er ist realistisch."

In der Tat trifft Struck # anders als mit seiner viel zitierten Lüge "Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt" # mit seinem neuesten Ausspruch den Nagel auf den Kopf: Wo Soldaten zur Sicherung "deutscher Interessen" in Kriegseinsätze geschickt werden, laufen sie Gefahr, getötet zu werden. Das ist eben Berufsrisiko und wäre nicht weiter erwähnenswert # wenn nicht der oberste Militarist mit seiner Intervention einen speziellen Zweck verfolgen würde. Er will nicht nur die Öffentlichkeit auf kommende Opfer vorbereiten, sondern legt zugleich auch ein Bekenntnis ab, dass diese Opfer in Kauf zu nehmen sind: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Dass Strucks Aufruf zum Sterben für das Vaterland ohne nennenswerte öffentliche Empörung zur Kenntnis genommen wurde, ist nicht wirklich verwunderlich. Regierungs- und Oppositionsparteien stehen "wie ein Mann" hinter ihrer Armee. Ansätze einer Kontroverse gibt es allenfalls um die Wehrpflicht oder um die eine oder andere Standortschließung. Selbst aufwendige Rüstungsprogramme # allein 15 Milliarden für 180 Eurofighter # sind unumstritten. Dass Deutschland im Waffenhandel auf Platz 4 der Weltrangliste liegt, finden die StrategInnen der Berliner Republik alles andere als skandalös. Gerade deshalb sollte der neue deutsche Militarismus zum Thema im laufenden Wahlkampf gemacht werden # etwa durch die in ak 493 und 495 vorgestellte und diskutierte Kampagne zur "Wiederentwaffnung" und "Wehrkraftzersetzung". Auch das neo-sozialdemokratische Bündnis aus WASG und PDS sollte mit klaren antimilitaristischen Forderungen konfrontiert werden. Wie haltet ihr$s mit einer "Bundesrepublik ohne Armee"? Letzteres, kurz BoA, war übrigens der Name einer um 1990 auch von den Grünen getragenen Abrüstungsinitiative.

Der diesjährige Antikriegstag bietet vielfältige Gelegenheit, sich einzumischen. Dabei wäre auch daran zu erinnern, dass die Bundeswehr am Beginn ihrer angeblichen "Erfolgsgeschichte" im höchsten Maße umstritten war. Bei einer von zahlreichen Massendemonstrationen gegen die "Wiederbewaffnung" wurde 1952 in Essen der junge Kommunist Philipp Müller von der Polizei erschossen. Nicht nur KPD, DGB und Teile der SPD, auch bürgerliche Kräfte beteiligten sich damals an den Protesten. So wurde die Kampagne "Kampf dem Atomtod" durch den Appell der "Göttinger Achtzehn" unterstützt. Darin protestierten namhafte Wissenschaftler gegen Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Das war 1957, gerade mal zwölf Jahre nach dem von Deutschland entfesselten Weltkrieg und nach der Explosion der Atombombe mit ihrer bis dahin unvorstellbaren Zerstörungskraft.

In unserem Schwerpunkt erinnern wir an die Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki und die fortbestehende Gefahr von Atomkriegen.

2. Yorck 59 geräumt

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:39

Am Montag, dem 6. Juni, stürmte die Polizei nach gescheiterten Verhandlungen die York 59. Um 4.30 Uhr begannen Polizeieinheiten eine Sitzblockade von rund 200 UnterstützerInnen vor dem Eingang des Hausprojektes zu räumen. Gegen 10 Uhr wurden die letzten der etwa 150 im Gebäude Verbarrikadierten aus dem Haus geführt. Damit sind die Versuche, eine politische Lösung zu finden, gescheitert. Am Abend demonstrierten rund 3.000 Menschen in Kreuzberg gegen die Räumung des alternativen Wohnprojekts. Eine spontane Hausbesetzung nach der Demonstration in der Oranienstraße 40 wurde von der Polizei brutal beendet. Weitere Informationen unter: www.yorck59.net

3. Apostel der Gewalt oder revolutionärer Humanist? Zur Aktualität von Frantz Fanon anlässlich seines 80. Geburtstages

Autor: Philipp Dorestal · Rubrik: Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:23

Als Frantz Fanon den französischen Philosophen Jean-Paul Sartre im Juli 1961 um ein Vorwort für sein Buch "Die Verdammten dieser Erde" bat, ahnte er wohl nicht, welches Eigenleben Sartres Einleitung entwickeln würde. Denn der dort zu findende berühmt-berüchtigte Satz: "Einen Europäer erschlagen, heißt zwei Fliegen mit einer Klappe treffen" wurde künftig mit dem Namen Fanon assoziiert. Damit war die Interpretationslinie für die zukünftige Rezeption dieses Werkes vorgegeben. Viele LeserInnen begnügten sich mit der Lektüre des Vorwortes und konsultierten allenfalls noch das erste Kapitel "Von der Gewalt", und somit schien die Message klar zu sein: Fanon liefere eine Apologie der Gewalt.

Frantz Fanon wird am 20. Juli 1925 auf der französischen Überseeinsel Martinique geboren. Im Lycée trifft er auf Aimé Césaire, einen der Begründer der Négritude, der Fanons theoretische Entwicklung stark beeinflusst. 1947 beginnt Fanon in Lyon Medizin zu studieren, findet aber neben seinen Pflichtveranstaltungen noch die Zeit, sich intensiv mit dem französischen Existenzialismus Maurice Merlau-Pontys und vor allem Jean-Paul Sartres auseinander zu setzen. 1952, ein Jahr nach Erlangung seiner Doktorwürde, veröffentlicht er sein erstes Buch "Schwarze Haut, weiße Masken", eine "Soziodiagnose" der antillanischen Entfremdung. Fanon spezialisiert sich daraufhin auf Psychiatrie und nimmt, nachdem er ein einjähriges Praktikum absolviert hat, 1953 in der französischen Kolonie Algerien eine Stelle als Chef der psychiatrischen Klinik in Blida-Joinville in der Nähe von Algier an.

Ein Vorwort mit Folgen

Im Dezember 1954 beginnt der Algerienkrieg. Die französische Armee versucht in dessen Verlauf mit extremer Brutalität die Unabhängigkeitsbestrebungen der algerischen Bevölkerung zu unterdrücken. Bis zur Proklamation der Unabhängigkeit am 3. Juli 1962 werden ungefähr eine Million AlgerierInnen und auf französischer Seite um die 27.000 Menschen getötet. Fanon sieht sich unmittelbar mit den Kriegsauswirkungen konfrontiert. Als Psychiater behandelt er Folteropfer. Er schließt sich der algerischen Befreiungsbewegung FLN an und versteckt gefolterte FLN-Kämpfer vor der französischen Armee. 1956 beschließt er angesichts des immer weiter eskalierenden Krieges aus Protest seine Stelle zu kündigen und begibt sich nach Tunis, wo er neben seiner Tätigkeit als Arzt auch Redakteur der FLN-Zeitung El Moudjahid ist. Darüber hinaus vertritt er die FLN auf internationalen Tagungen so erfolgreich, dass er mehrere Male Ziel von Mordversuchen wird, denen er jedes Mal nur knapp entkommt. Ende 1960 wird bei Fanon Leukämie diagnostiziert. Fanon beginnt im Sommer 1961 wie ein Besessener an "Die Verdammten dieser Erde" zu arbeiten und stellt dieses Buch innerhalb von zwei Monaten fertig. Am 3. Dezember kann Fanon noch die ersten Druckexemplare begutachten, erliegt aber drei Tage später seiner Krankheit.

In "Schwarze Haut, weiße Masken" versucht Fanon mit Hilfe einer originellen Kombination von Psychoanalyse, Existenzphilosophie, Literatur sowie autobiografischen Überlegungen die durch eine rassistische Gesellschaft hervorgerufenen Phänomene der Entfremdung schwarzer Menschen auf den Antillen zu fassen. Insbesondere aus Sartres Hauptwerk "Das Sein und das Nichts" erhält Fanon wichtige Impulse für seine eigene Fragestellung. In diesem Buch entwickelt Sartre seine Phänomenologie des Blickes.

Analog dazu spricht Fanon davon, dass in einer von rassistischen Denkmustern durchzogenen Gesellschaftsformation Schwarze durch den Blick der Weißen oftmals zu einem Objekt gemacht werden. Der rassistische Blick ist von Stereotypen über Schwarze so determiniert, dass deren Subjektstatus quasi negiert und sie auf ihre Physiognomie reduziert werden. Der Begründer der Cultural Studies Stuart Hall fasst diesen Prozess sehr eloquent zusammen, wenn er schreibt: "Fanons ‚Neger` ist nicht nur gefangen, fixiert, entleert und zum explodieren gebracht in der fetischistischen und stereotypisierten Dialektik des ‚Blicks` vom Platz des Anderen aus; sondern er/sie wird - hat kein anderes Selbst als - dieses Selbst-als-zum-Anderen-gemachte." (1) Der rassistische Blick ist also ein Produkt des Kolonialismus und von diesem ideologisch kontaminiert: Die Kolonialherrschaft degradiert Sklaven auf die Ausübung von körperlichen Tätigkeiten und ihnen werden

positive Attribute wie intellektuelle Kapazität, "Zivilisation" etc. abgesprochen. Der schwarze Mensch ist für den Rassisten bloßer Körper, weil jener nur als Körper die Legitimation der kolonialen Unterdrückung gewährleistet: Nur ein Wesen, dessen Bestimmung als sich in der Verrichtung manueller Tätigkeiten erschöpfend fantasiert wird, kann ohne moralische Widersprüche vom Sklavenhalter in Unfreiheit und brutaler Unterdrückung gehalten werden.

Fanon erhält auch einige Anregungen von der berühmten Herr-Knecht-Dialektik aus Hegels "Phänomenologie des Geistes", kritisiert jedoch, dass dieses Schema die koloniale Ausbeutungsbeziehung zwischen Kolonisator und Kolonialisiertem nur unzureichend wiedergibt. Während Hegel glaubt, das Herr-Knecht-Verhältnis als gegenseitigen Kampf des jeweiligen Bewusstseins um Anerkennung fassen zu können, entgegnet Fanon: "Für Hegel gibt es Reziprozität; hier (in der kolonialen Gesellschaft) lacht der Herr über das Bewusstsein des Sklaven. Was er vom Sklaven will, ist nicht Anerkennung, sondern Arbeit." (2) Hier wird die asymmetrische Beziehung zwischen Herr und Sklave benannt, die sich subtiler in postkolonialen Gesellschaften fortsetzt. Dies lässt sich wiederum am rassistischen Blick festmachen: Der schwarze Mensch erscheint aus der Perspektive des Weißen als minderwertig, aber umgekehrt ist der Weiße mit seinen "Errungenschaften" Zivilisation, Kultur, kurz Intellekt, nachahmenswert. Deshalb spricht Fanon davon, dass der schwarze Mensch in eine neurotische Situation geworfen wird, wenn er in einer weißen Gesellschaft lebt, die deren Überlegenheit gegenüber der schwarzen Bevölkerung proklamiert.

Schwarze Haut, weiße Masken

Auf Martinique, das überwiegend von Schwarzen bewohnt wird, sind diese Menschen in der Schule und im kulturellen Leben immer wieder mit der Tatsache konfrontiert, dass die weiße europäische Kultur als erstrebenswert gilt, während das afrikanische Erbe der AntillanerInnen als primitiv abqualifiziert wird. Will die schwarze Person also als gebildet und kultiviert gelten, muss sie sich - metaphorisch gesprochen - eine weiße Maske aufsetzen. Das Verlangen, die positiven Attribute der weißen Kultur zu adaptieren, geht einher mit der Übernahme des Deutungsmusters von der Unzivilisiertheit der afrikanischen Gesellschaften. Als Antwort auf diese Abwertung versuchte die so genannte Négritude-Bewegung in den 1940er und 1950er Jahren die Existenz einer schwarzen Geschichte und Zivilisation herauszustellen. Fanon sah sich in "Schwarze Haut, weiße Masken" gleichwohl zu einer Kritik dieser maßgeblich von seinem früheren Lehrer Aimé Césaire und dem späteren Präsidenten vom Senegal, Léopold Senghor, geprägten Strömung veranlasst.

Zwar hält er das Bedürfnis, für die Herausbildung eines schwarzen Selbstbewusstseins die positiven Aspekte afrikanischer Kulturen in den Fokus zu nehmen, für durchaus legitim. Er merkt jedoch gleichzeitig an, dass die Négritude lediglich die Vorzeichen in dem binären Schema weiß = zivilisiert, schwarz = primitiv umkehrt und in einem zu kritisierenden Manichäismus verhaftet bleibt. Die Rückkehr zu den alten afrikanischen Traditionen ist für Fanon ebenso wenig ein Ausweg wie die gewaltsame Anwendung des europäischen Entwicklungsmodells auf den afrikanischen Kontinent durch den Kolonialismus.

"Schwarze Haut, weiße Masken" ist ein in weiten Strecken brillanter Text, enthält allerdings auch einige problematische Passagen. Während Fanon außerordentlich scharfsinnig die rassistische Konstruktion des schwarzen Mannes als äquivalent mit den biologischen Attributen kleines Gehirn, großer Penis, kurz intellektuell minderwertig und sexuell hyperpotent analysiert, reproduziert er bei der Darstellung der Situation schwarzer Frauen teilweise sexistische Stereotype.

In Fanons letztem Werk "Die Verdammten dieser Erde" spiegeln sich seine Erfahrungen als Arzt inmitten des Algerienkrieges ebenso wider wie die Anfang der 1960er Jahre immer weiter fortschreitende Dekolonisation des afrikanischen Kontinents. Es ist deshalb auch wenig verwunderlich, dass die Rolle der Gewalt als zentrales Thema den ganzen Text von Fanon durchzieht. Er versucht Gewalt als kathartischen, d.h. der Selbstreinigung dienenden Prozess zu fassen, der quasi unerlässlich und positiv zu bewerten sei, damit das kolonialisierte Subjekt seinem Status als subaltern entkommen kann. Die psychischen und vor allem physischen Schäden, die das "kolonialisierte Ding" durch den Kolonialherren erlitten hat, kompensiert es mit Gewalt: "Der kolonialisierte Mensch befreit sich in der Gewalt und durch sie. Diese Praxis klärt den Handelnden auf, weil sie ihm Mittel und Zweck zeigt." (3) Es muss hier aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass diese therapeutische Funktion der Gewalt von Fanon nur als Gegengewalt der Kolonialisierten gefasst wird. Sie ist nicht an sich zu bejahen, sondern nur in einer bestimmten historisch-konkreten Situation als legitim anzusehen.

Fanon formuliert dies an einer späteren Stelle im Buch ganz explizit: "Wenn wir das algerische Beispiel gewählt haben, so nicht, um unser Volk zu glorifizieren, sondern um die Bedeutung zu zeigen, die der Kampf, den es geführt hat, für seinen Bewusstseinsprozess hatte. Es ist klar, dass andere Völker auf anderen Wegen zu dem gleichen Ergebnis gekommen sind. In Algerien war, wie man heute weiß, die Kraftprobe unvermeidlich, aber andere Gebiete kamen durch ihren politischen Kampf und die Aufklärungsarbeit der Partei ihrer Völker zu den gleichen Ergebnissen." (4) Die Kolonialisierten sind demnach im Kolonialismus durch die Unterdrückung und Gewalt quasi entsubjektiviert worden. Die Gegengewalt der zum Objekt verkümmerten Kolonialisierten bedeutet, dass sich diese durch Selbstorganisation, Widerstand und Gewalt (auch im symbolischen Sinne) zuallererst wieder zu Subjekten konstituieren. Solche Passagen sowie die Fallbeispiele im Kapitel "Kolonialkrieg und psychische Störungen", wo Fanon die pathologischen Folgen exzessiver Gewaltanwendung schildert, lassen sich also schwerlich mit dem gern kolportierten Bild des Gewaltpredigers Fanon vereinbaren.

Interessanterweise zeichnet sich in der Beschäftigung mit Fanon in den letzten Jahren die Tendenz ab, sich wieder stärker mit dessen Erstlingswerk auseinander zu setzen. Während in den 1960er und 1970er Jahren noch der Verfasser der "Verdammten dieser Erde" als Ikone der antikolonialen Befreiungsbewegungen gefeiert wurde, waren seine frühen Schriften so gut wie unbekannt. Im Zuge der Etablierung der so genannten Postcolonial Studies vor allem in den USA Anfang der 1990er Jahre wendet man sich nun hingegen wieder vermehrt "Schwarze Haut, weiße Masken" zu, wobei Fanon dabei häufig als Poststrukturalist avant la lettre gelesen wird, der schon sehr früh eine Dekonstruktion binärer Ordnungen betrieben hätte.

Gegen die extremen VertreterInnen beider Interpretationsrichtungen ist der legitime Einwand erhoben worden, Fanon aus seinem historischen Kontext zu reißen. Weder ist "Die Verdammten dieser Erde" eine Beschreibung der kurz bevorstehenden Revolution der Afro-AmerikanerInnen in den USA, wie das der Black-Power-Aktivist Stokeley Carmichael zu glauben schien, noch ist "Schwarze Haut, weiße Masken" von einem "schwarzen Lacan" verfasst worden, wie das der Nestor der Postcolonial Studies, Homi Bhabha, nahe legt. An Stelle dieser strikten Grenzziehung zwischen "frühem" und "späten" Fanon wäre zu wünschen, dass die künftige Rezeption sich wieder stärker auf die theoretischen Kontinuitäten innerhalb des Werkes dieses brillanten Denkers besinnen würde.

Philipp Dorestal

Anmerkungen:

1) Im Original: "but he/she becomes - has no other self than - this Self-as-Othered." Stuart Hall: The After-life of Frantz Fanon, in: Alan Read (Hg.): The Fact of Blackness. Frantz Fanon and Visual Representation, London/Seattle 1996, S. 17

2) Frantz Fanon: Schwarze Haut, Weiße Masken, Frankfurt/M. 1980, S. 157

3) Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/M. 1981, S. 72

4) ebd. S. 164

4. Gegen Militarisierung und Sozialdumping. Das französische Nein zur EU-Verfassung hat gute Gründe

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:38

Nach der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden herrscht Ratlosigkeit bei den europäischen Strategen. Tony Blair, der am 1. Juli die EU-Präsidentschaft übernimmt, hat das britische Referendum auf unbestimmte Zeit verschoben und schwadroniert von einem "neuen europäischen Sozialmodell". Kommissionspräsident José Manuel Barroso befürchtet derweil eine vor allem von Frankreich ausgehende "Ansteckungsgefahr". Was in solchen Formulierungen als Krankheit oder gar Seuche erscheint, war in Wahrheit ein berechtigter Protest gegen Militarisierung und Sozialdumping.

Hinterher wollte man die klare Niederlage immer noch nicht wahrhaben. Eine satte Mehrheit von 55 Prozent der französischen StimmbürgerInnen hatte beim Referendum am 29. Mai den "Verfassung" genannten EU-Staatsvertrag abgelehnt. Für diesen Vertrag hatten die französischen und mehr noch die deutschen Medien massiv Werbung gemacht.

Die einzige überregionale Tageszeitung, die gegen das Vertragswerk Partei ergriffen hatte, war die KP-Tageszeitung L'Humanité (Auflage rund 60.000). Ansonsten warben fast alle Presseorgane und erst recht das Fernsehen auf mitunter äußerst tendenziöse Weise für die Annahme des Vertrages. Nur ein Beispiel: Die linksliberale Pariser Abendzeitung Le Monde brachte am 25. Mai, vier Tage vor der Abstimmung, als Aufmacher einen angeblichen "Aufruf der europäischen Gewerkschaften für das Ja". Im Blattinneren fand sich aber lediglich ein Interview mit drei führenden italienischen Gewerkschaftsfunktionären über die vermeintlichen Vorzüge (und, verhaltener, auch über Nachteile) des Vertragswerks. In einem redaktionell zusammengefassten Gespräch erklärte auch der Ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, er "persönlich" würde mit Ja stimmen. Unterdessen neigten fast alle französischen Gewerkschaften, mit Ausnahme der rechtssozialdemokratischen CFDT, zur klaren Ablehnung des Verfassungsvertrags. Am folgenden Tag behauptete Le Monde, "über 50 Prozent" der voraussichtlichen Nein-Stimmen kämen von der extremen Rechten. Das passte in das Strickmuster vor allem der sozialdemokratischen Parteiführung, die alle Kritiken von links systematisch in den Topf des "Rechtspopulismus" zu stecken versuchte. Das konnte jedoch schon rein mathematisch nicht stimmen. Denn die extreme Rechte käme derzeit auf rund 9 Prozent der Stimmen (das wäre ein Prozent weniger als bei den EU-Parlamentswahlen 2004) und steckt darüber hinaus in einer schweren Krise, die mit der ungeklärten Nachfolge ihres alternden Übervaters Jean-Marie Le Pen zusammen hängt. Wie 9 Prozent "mehr als die Hälfte" von 55 Prozent Nein-Stimmen ergeben sollten, blieb das Geheimnis der Redaktion. Später bedauerte der Ombudsmann der Redaktion, Robert Solé, der sich um die Beziehungen zu den LeserInnen kümmert, den "groben Fehler" - aber erst am 4. Juni, eine knappe Woche nach der Abstimmung.

Schlechte Verlierer

Schenkt man denselben Medien jetzt Glauben, dann wurde der EU-Verfassungsvertrag durch die französischen WählerInnen überhaupt nicht abgelehnt. Nein, er wurde nur zum Opfer eines Missverständnisses zwischen dem Wahlvolk und den ungeschickten Eliten, die ihn nicht richtig zu erklären vermochten. Oder er geriet zufällig zwischen die Fronten, als ganz andere Rechnungen beglichen wurden. Denn angeblich nutzte die Mehrheit das Referendum nur dazu, Chirac und Co. einen Denkzettel zu verpassen. "Die Unbeliebtheit der nationalen Politiker", so erfährt man allenthalben, habe die Annahme der schönen "europäischen Verfassung" vermasselt. Mit deren Inhalt hätte das NON zu dem Staatsvertrag also überhaupt nichts zu tun gehabt. So glaubt die Frankfurter Rundschau am "Tag danach" zu wissen, "dass die Franzosen ihre politische Klasse bis oben satt haben (...) und deshalb jetzt Europa für dieses Versagen büßt". Auch einer der führenden französischen Vertreter der "Gauche caviar" (Schicki-Micki-Linken), Jack Lang, der frühere Kulturminister am Hofe François Mitterrands, bestritt gegenüber einer britischen Journalistin, dass die Verfechter des Verfassungsvertrags auch nur entfernt so etwas wie eine Niederlage erlitten hätten: "Allein Chirac hat ordentlich was auf die Zähne bekommen!" An anderem Ort (im Interview mit Libération) hatte Lang es kurz zuvor als "moralische Pflicht" der französischen SozialistInnen bezeichnet, das Vertragswerk zu verteidigen.

Mit der Wirklichkeit hat diese Darstellung wenig zu tun. Zwar stimmt es, dass das NON auch den Präsidenten treffen sollte, der das Referendum angesetzt hatte und noch vor Monaten davon träumte, es werde zu einem Plebiszit zu Gunsten seiner Person werden - womit er gehörig auf die Nase fiel. Hätte die Frage gelautet, ob Chirac zurücktreten solle, dann hätte die Zustimmung bei rund 80 Prozent gelegen. Aber das war eben nicht alles: Die Französinnen und Franzosen haben auch über den Text selbst abgestimmt. Und am Ende haben viele ihn sogar gelesen, obwohl das 448 Artikel, 20 Zusatzprotokolle und noch mehr umfassende Vertragswerk eine äußerst undankbare Lektüre darstellt.

Noch anderthalb Monate vor der Abstimmung sah es denn auch so aus, als ob nur eine verschwindend kleine Minderheit den Text studiert hätte. Doch dann kam der Umschwung: 12 Prozent gaben am Ende an, den Text ganz oder großteils gelesen zu haben, 46 Prozent haben sich zumindest in Auszügen mit dem Vertrag vertraut gemacht. Dazu hatten vor allem die Opponenten Material bereit gestellt. Die Flugblätter von Gewerkschaften, radikalen Linken oder auch von attac waren gespickt mit Verweisen auf konkrete Paragrafen, die zur kritischen Lektüre empfohlen wurden. Dabei ging es vor allem um die wirtschafts- und sozialpolitischen Bestimmungen des Vertrags, der die neoliberale Linie als zukünftig einzig legitime, da "verfassungsmäßige" Politik auf Dauer festschreiben wollte. Kritisiert wurde auch der "Militarisierungsartikel" I-41, der alle Mitgliedsländer zur "Verbesserung ihrer Verteidigungskapazitäten" und Erhöhung ihrer Rüstungsausgaben verpflichten sollte.

Links liest, Rechts lügt

Dagegen fand sich in den Hochglanz-Faltblättern der Mehrheitssozialdemokratie (die Partei war in dieser Frage gespalten, im übrigen stimmten fast 60 Prozent ihrer WählerInnen mit NON), der konservativen Regierungspartei UMP oder der christdemokratischen UDF, in denen für die Annahme des Vertrages geworben wurde, auffälligerweise keinen einzigen Verweis auf den Vertragstext. Die BefürworterInnen forderten denn auch dazu auf, sich nicht zum konkreten Wortlaut der Verfassung zu positionieren, sondern "zur europäischen Idee". Nach ihrer Darstellung wurde über "Europa ja oder nein" abgestimmt und nicht über reale Vertragsbestimmungen. Den Sozialdemokraten zufolge ging es um ein "sozialeres und freieres Europa" - aus Sicht der UMP dagegen vor allem um ein "mächtigeres und unabhängiges Europa". So führte die UMP in ihrem Fernsehspot Raketen und Militärgerät vor, wobei eine metallene Stimme im Hintergrund rief: "Ich will ein stärkeres Europa". Ein ähnliches Motiv wurde auch in den Umfragen angeboten: "Europa soll sich neben den Großmächten USA, China und Indien behaupten", was zumindest die Logik des Wirtschaftskrieges beinhaltete; diese Position wurde im übrigen von 52 Prozent derer, die mit Ja stimmten, als hauptsächliches Motiv benannt.

Ansonsten ging es vor allem den KritikerInnen überwiegend um die gesellschaftspolitischen Ziele der Union. Die Zielsetzung des Verfassungsvertrags besteht darin, die Sozialpolitik, die Regelung der Arbeitsbedingungen usw. weiterhin den Nationalstaaten zu überlassen - Artikel III-210-2 schließt explizit eine Angleichung der nationalen Gesetzgebungen auf diesem Gebiet aus - und über diese einzelstaatlichen "Schutzräume" einen transnationalen Markt zu spannen. Auf diesem Markt soll die "freie und unverfälschte Konkurrenz" herrschen (der Ausdruck taucht insgesamt 174 mal auf), das Kapital soll vollkommene Niederlassungsfreiheit genießen (Art. III-137), und vor allem die Dienstleistungen sollen zunehmend "liberalisiert" und privatisiert werden (Art. III-145 ff.). Damit würden die Grundlagen für eine mörderische Standortkonkurrenz und ein europaweites Sozialdumping gelegt. Dagegen forderten die linken KritikerInnen die "Angleichung der demokratischen und sozialen Mindeststandards nach oben".

Von rechts, und im Falle der extremen Rechten nahezu ausschließlich, wurde statt dessen ein anderes Thema bemüht, das am 29. Mai gar nicht zur Abstimmung stand: einen zukünftigen EU-Beitritt der Türkei. An diesem Punkt verliefen die Fronten jedoch quer zu den OUI- und NON-Lagern: Gegen die Türkei, die als armes oder als moslemisches Land "nichts in Europa zu suchen" habe, hetzten nämlich sowohl die Vertragsgegner von rechts als auch viele seiner konservativen Befürworter. Die christdemokratische UDF etwa versuchte im Wahlkampf, die Vorzüge des Verfassungsvertrags am Beispiel des Draußenhaltens der Türkei zu demonstrieren. Das im Text vorgesehene "Petitionsrecht" garantiere nämlich, dass das Land nicht aufgenommen werden könne, wenn nur eine Million EU-BürgerInnen dagegen unterschrieben. Das war eine glatte Lüge: Der Artikel I-47-4 des Vertragswerks garantiert nämlich allein das Recht, die Kommission (EU-Exekutive) "einzuladen", sich nochmals mit diesem oder jenem Thema zu befassen. Ob und was diese dann entscheidet, bleibt allein ihr überlassen. Es bleibt also bei dem Recht, mit 999.999 anderen UnionsbürgerInnen zusammen ein Briefchen zu verfassen. Dagegen musste diese Argumentation der rechten

Vertragsbefürworter die Vorstellung untermauern, der - bisher virtuelle - türkische Beitritt zur EU stelle wirklich ein zentrales Problem dar.

Hingegen traten die meisten der linken VerfechterInnen des NON explizit dafür ein, dass die Türkei - falls ihre Bevölkerung dies mehrheitlich wünsche - das Recht habe, der EU beizutreten. Zur Voraussetzung wollten die KP, die LCR und die Linksgrünen dabei nicht wirtschaftspolitische Auflagen machen, wohl aber ein effektives Folterverbot und die Anerkennung des Genozids an den Armeniern, im Sinne "demokratischer statt ökonomischer Konvergenzkriterien".

Neue Regierung, alte Politik

Wichtig wird nunmehr vor allem sein, wer in naher Zukunft welche Initiativen ergreift. Die Lehre, die die kommende EU-Ratspräsidentschaft unter Tony Blair aus dem "doppelten Nein in Frankreich und den Niederlanden" ziehen wird, ist klar: Eine EU als vergrößerter Markt ohne weitgehende politische Integration, in der die Nationalstaaten überwiegend nur ökonomische Beziehungen unterhalten, tut es auch. Der Neoliberalismus kann somit auch die neu entstandene Situation sehr gut für sich nutzen. Worauf es ankommt, ist, ob auch grenzüberschreitende soziale Widerstände aufkommen werden, damit eine andere Lehre aus dem französischen NON erwachsen kann. Etwas besseres als die Nation und den Markt gibt es allemal.

In Frankreich hat das Referendum zu einer Regierungsumbildung geführt. Neuer Premierminister ist Dominique de Villepin, der sieben Jahre lang Chiracs Präsidialamt leitete, bevor er 2002 Außen-, später Innenminister wurde. Unter ihm wird auch weiterhin der neoliberale "Reformkurs" mit einem vordergründigen Bekenntnis "zur Bewahrung des französischen Sozialmodells" verkoppelt werden, das man - nach den Worten Chiracs vor dem Ansturm eines "anglo-amerikanischen Modells" schützen wolle. Vor der Demontage sozialer Errungenschaften schützt das bekanntlich nicht.

Nicolas Sarkozy, die "Nummer zwei" der Regierung, alt-neuer Innenminister und starker Mann im Hintergrund, schätzt diese Doppelbödigkeit nicht. Er hatte im jüngsten Abstimmungskampf offen getönt: "Wir benötigen Europa, um Frankreich zu verändern". Nach dem Vorbild des "erfolgreichen britischen Modells" müssten endlich noch mehr prekäre Arbeitsverhältnisse, noch mehr Flexibilität und Arbeitszwang für die Erwerbslosen her. Sein Kalkül: Der Sieg des NON, zugleich eine schwere Niederlage Chiracs, könnte diesem eine Bewerbung um eine dritte Amtsperiode ab 2007 unmöglich machen. Damit wären die Grundlagen für eine rechte Kampfkandidatur mit Sarkozy gelegt. Darauf scheinen die Dinge nun hinauszulaufen.

Bernhard Schmid, Paris

5. Föderalismus statt Nationalismus. Alternative Europagedanken im 20. Jahrhundert

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:20

Die Architekten der EU-Verfassung behaupten: "Es gibt keine Alternative". Gibt es tatsächlich keine? Ein Blick zurück zeigt, dass die hitzigen Debatten um den zukünftigen Charakter Europas keineswegs neu sind und einige ihrer Aspekte bereits in der europäischen Ideengeschichte auftauchen.

Nimmt man das 19. Jahrhundert zum Ausgangspunkt, war die Europaidee zum einen Produkt des aufgeklärten Denkens. Der französische Dichter Victor Hugo etwa orientierte sich an den Werten der französischen Revolution und wollte Kriege und nationalistische Engstirnigkeit in Europa überwinden. "Ein Tag wird kommen, wo Kugeln und Granaten von dem Stimmrecht ersetzt werden, von der allgemeinen Abstimmung der Völker, von dem ehrwürdigen Schiedsgericht eines großen, souveränen Staates", sprach er 1849 vor den Delegierten des zweiten internationalen Friedenskongresses in Paris. Und selbst Europa war in seinen Augen nur eine Etappe. "In den folgenden Jahrhunderten wird sie sich nochmals verwandeln und wird ‚Die Menscheit` genannt werden", schloss Hugo seinen Vortrag. Die Kriege der vergangenen Jahrhunderte hatten immer wieder den Wunsch nach einem geeinten Europa geweckt, z.B. auch bei Immanuel Kant. Aber er und Victor Hugo blieben Rufer in der Wüste.

Das Kommunistische Manifest beginnt bekanntlich mit dem Satz: "Ein Gespenst geht um in Europa". Für Marx und Engels drückte Europa jedoch vor allem eine weltweite Sonderstellung hinsichtlich der Produktionsverhältnisse und ihrer Entwicklung aus - nicht unbedingt eine politische Entität. Marx bezeichnete den "Westen von Europa" als das "Heimatland der politischen Ökonomie" und warnte davor, seine Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa in eine "geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges zu verwandeln, der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist."

Wirkungsmächtiger war die imperialistische, reaktionäre und blutrünstige Seite der europäischen Geschichte. Damit sind nicht nur die Kriege der europäischen Potentaten und staatlichen Gebilde gegeneinander gemeint. Gemeint ist in erster Linie, dass sich europäisches Denken und Handeln in den verschiedenen Staaten immer auch durch die Konstruktion vermeintlicher Feinde definierte. Das christliche Abendland suchte und fand seine innere Festigung in der Verfolgung von Andersdenkenden, von Juden, von Muslimen und später von Kommunisten. Und auch die Kolonialisierung Afrikas, Asiens und Amerikas wurde abgesichert und gerechtfertigt mit der Überhöhung der eigenen Kultur zur "Hochkultur" - weit überlegen den sogenannten Barbaren, Heiden oder Primitiven.

Europa - Ausgangspunkt der Weltrevolution

Eine Zäsur stellte der Erste Weltkrieg dar. Entsetzt von der Vernichtungskraft der modernen Kriegsführung in Europa, begeisterten sich gegen Ende des Krieges mehr und mehr Menschen für die europäische Idee - mit durchaus unterschiedlichen Vorzeichen. Während die Sozialdemokratie mehrheitlich in vaterländischen Taumel gerät, zunächst auseinander bricht und sich der größere Block kurz gegen Ende des Weltkriegs in Deutschland mit der Obersten Heeresleitung um Hindenburg verbindet, treffen sich bereits im September 1915 oppositionelle SozialistInnen im Schweizer Dorf Zimmerwald: Lenin, Trotzki, Radek, SozialistInnen aus Polen, Bulgarien, der Schweiz, den Niederlanden, Italien, Frankreich, Schweden und Norwegen. Auch Rosa Luxemburg schloss sich der "Zimmerwalder Linken" an, dem Vorläufer der Kommunistischen Internationale. Sie sah Europa als Ausgangspunkt für die "menschenbefreiende soziale Revolution". Im "Manifest der sozialistischen Konferenz von Zimmerwald" appellierten die TeilnehmerInnen an die "Proletarier Europas", sich für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen einzusetzen. Mit der russischen Revolution und der erwarteten Revolution in Deutschland wuchs schließlich die Hoffnung auf die "Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa" - als Ausgangspunkt für den weiteren Fortschritt der Weltrevolution, als Gegenmodell zu einem europäischen Imperialismus und später auch als Gegenmacht gegen die führende kapitalistische Weltmacht, die USA. Doch spätestens Mitte der 1920er Jahre, nach der gescheiterten Revolution in Deutschland und der Machtübernahme Stalins in der Sowjetunion war die Hoffnung auf die "Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa" in weite Ferne gerückt: Die Politik der revolutionären

Arbeiterparteien in Europa ordnete Stalin mit Hilfe der Komintern weitgehend den Bedürfnissen der sowjetischen Außenpolitik unter und verfolgte sein Konzept vom "Aufbau des Sozialismus in einem Lande".

Bürgerliche Politiker verstanden Europa in der Zeit zwischen den Weltkriegen vor allem als Bollwerk gegen die Sowjetunion. Den größten Einfluss erreichte die Paneuropa-Bewegung des österreichischen Adeligen Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi, der den imperialistischen Traditionen Europas verpflichtet war und später einen konservativen Antifaschismus verfocht. Seine Paneuropa-Bewegung zog auch Regierungschefs in ihren Bann: den Tschechen Thomas Masaryk, den Österreicher Engelbert Dollfuß und den Franzosen Aristide Briand. Das Ziel der Paneuropa-Bewegung bestand in der Einrichtung eines gemeinsamen Zollvereins, eines Bundesgerichtshofes, der Einführung einer einheitlichen Währung und im Abschluss eines Militärbündnisses.

Mit der Eroberung Europas durch das nationalsozialistische Deutschland verlor die Paneuropa-Bewegung an Bedeutung. Die Nationalsozialisten hatten eine ihrem Großmachtstreben angepasste Konzeption von Europa, die stark an den Interessen der deutschen Großindustrie ausgerichtet war.

Der Zweite Weltkrieg brachte erneut einen Schub für die europäische Idee, der sich unter anderem in der raschen Verbreitung des Manifests von Ventotene ausdrückte. Seine AnhängerInnen sahen ein föderalistisches Europa als unabdingbare Voraussetzung und historische Möglichkeit, dem Nationalismus in Europa und damit den kriegerischen Auseinandersetzungen den Boden zu entziehen. Sie plädierten damals für eine "sozialistische Revolution" in Europa, die "sich die Emanzipation der werktätigen Klassen und die Verwirklichung menschlicher Lebensbedingungen" zum Ziel setze, frei "vom Albdruck des Militarismus und des nationalen Bürokratismus."

Gegen Militarismus und Bürokratismus

Ein Architekt der Bewegung für ein föderalistisches Europa war der Italiener Altiero Spinelli. Als Kommunist kämpfte er in den 1920er Jahren gegen den Faschismus und geriet bald in Gefangenschaft. 1937, nach mehr als zehn Jahren Haft, wird er schließlich auf die Gefängnisinsel Ventotene verlegt. Dort bricht er mit dem Stalinismus und entwirft im Juli 1941 gemeinsam mit dem Wirtschaftswissenschaftler Ernesto Rossi und dem Physiker und Sozialisten Eugenio Colorni das Manifest von Ventotene. Von Rossis Frau aufs Festland geschmuggelt gelangt es nach Rom und ins europäische Ausland, wo es weit über die Kreise sozialistischer Widerstandsgruppen hinaus großen Anklang findet. "Die erste anzugehende Aufgabe, ohne deren Lösung jeglicher Fortschritt eine trügerische Hoffnung bleiben würde, ist die endgültige Beseitigung der Grenzen, die Europa in souveräne Staaten aufteilen. Die Tatsache, dass ein großer Teil der europäischen Staaten von der deutschen Walze erfasst worden ist, hat ihre Geschicke zu einem verschmolzen", schlussfolgern die Autoren. "Entweder geraten die Staaten alle unter das Hitlerregime, oder aber, falls dieses zerfällt, in eine revolutionäre Krise, die ein Erstarren und eine Aufteilung in feste staatliche Strukturen nicht zulässt."

"Die Ideologie der nationalen Unabhängigkeit" sei zwar "ein mächtiger Gärstoff für den Fortschritt gewesen", heißt es im Manifest von Ventotene, "trug jedoch in sich die Keime des kapitalistischen Imperialismus, den unsere Generation bis zur Bildung der totalitären Staaten und zur Entfesselung der Weltkriege ins Riesenhafte sich vergrößern sah".

Mit ihrem Manifest legten die Autoren die Keime für die Föderalistische Bewegung Europas als "Grundstein für das noch ferne Ziel der Weltföderation freier Völker". Der Weg zu diesem Europa sollte nicht zwischen den herrschenden Eliten ausgehandelt werden. Als "Krönung" ihrer Träume bezeichneten die Föderalisten "eine verfassungsgebende Versammlung, gewählt auf Grund des so weit wie möglich gefassten Stimmrechts und unter gewissenhafter Wahrung des Rechts der Wähler, sich eine bestimmte Verfassung zu geben. (...) Die Vereinigten Staaten Europas können nur auf der republikanischen Verfassung all ihrer Bundesstaaten beruhen."

Das Bekenntnis zu einem föderalistischen, demokratischen und sozialistischen Europa zog sich durch viele Erklärungen des Widerstandes und fand sich auch im Buchenwalder Manifest, dass am 13. April 1945 mehr als fünfzig Häftlinge unterzeichneten, die das KZ Buchenwald überlebt hatten.

Schon 1950 war die Begeisterung und der Idealismus der sogenannten Föderalisten bereits mehrheitlich der Ernüchterung gewichen. Der Kalte Krieg forderte seinen Tribut, die Hoffnung auf ein Europa jenseits der

Blockkonfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion war zerstoben. Die Restauration des Kapitalismus und seiner Nationalstaaten im Westen - in Deutschland mit Hilfe der alten nationalsozialistischen Eliten, war bereits im vollen Gange.

Ein Bollwerk gegen den Bolschewismus

"Der Kampf hat aufgehört, aber nicht die Gefahren," sagte Winston Churchill in seiner vielbeachteten Züricher Rede im September 1946. Mit dieser Rede wies er Europa bereits einen Frontplatz im Kalten Krieg zu. Er wollte, so hatte er bereits zwei Jahre zuvor verkündet, "an der Wiederbelebung des fruchtbringenden Geistes und der Wiederherstellung der wahrhaften Größe Europas" mitarbeiten.

Die damaligen Führungsfiguren der Föderalisten, unter ihnen Henri Frenay, Chef der französischen Widerstandsbewegung "Combat", der deutsche Buchenwald-Überlebende und Linkskatholik Eugen Kogon und Altiero Spinelli, der später als Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens Abgeordneter des Europäischen Parlaments wurde, waren zunächst nicht mit Churchills Politik einverstanden. Sie setzten auf ein von den beiden Blöcken unabhängiges Europa. Spinelli kritisierte Churchills Europapolitik als tödliche Umarmung.

Die Träume und Hoffnungen der Föderalisten wurden spätestens mit der Unterzeichnung des Marshallplanes im Dezember 1949 durch John McCloy, den Hohen Kommissar der Vereinigten Staaten, und den damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer zunichte gemacht. In seiner Rede sprach Adenauer von der Notwendigkeit eines freien Marktes und einer Einheitswährung und berief sich dabei auf die "traditionellen Werte der europäischen Kultur", die nur "erhalten werden können, wenn Europa wirtschaftlich und kulturell gesundet und in friedlicher Zusammenarbeit vereint den destruktiven Kräften, welche von außen her auf Westeuropa einwirken, als festes Bollwerk entgegentreten kann". Damit war Westeuropa an die Seite der USA gekettet und der Weg zum heutigen Europa mit seiner militaristischen und neoliberalen Verfassung eingeschlagen.

Später, mit der Montanunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, ergaben sich auch die meisten Föderalisten den vermeintlichen politischen Sachzwängen. Der Sozialismus wurde als erstes ad acta gelegt und die Europäische Union zum Selbstzweck erklärt. Die heutige Union der Europäischen Föderalisten, die sich nach wie vor auf ihr antifaschistisches Erbe berufen, rührt fleißig die Werbetrommel für die EU-Verfassung. Von ihrem Erbe und dem Manifest von Ventotene hat sie sich weit entfernt. Es scheint regelrecht vergessen. Dabei wäre es an der Zeit, sich dieses Erbe wieder bewusst zu machen und eine Alternative zur politischen Verfasstheit der heutigen Europäischen Union zu entwerfen.

Gerhard Klas

Rheinisches JournalistInnenbüro

Literatur:

Frank Nies: "Die europäische Idee - Aus dem Geist des Widerstandes", Frankfurt am Main 2001

Walter Lipgens: "Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945", München 1968

Severin Renoldner: "Europa - unser Staat?" Linz (Österreich) 2000

Wolfgang Fritz Haug (Hg.): "Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 3", Hamburg 1997

6. "Hess-Marsch" stoppen! Antifaschistischer Aktionstag am 20. August in Wunsiedel

Antifaschistischer Aktionstag am 20. 8. in Wunsiedel

Autor: Kampagne NS-Verherrlichung-stoppen! · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:42

Jedes Jahr marschieren mehrere Tausend Alt- und Neonazis aus ganz Europa durch das oberfränkische Wunsiedel, um dem Antisemiten und Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess zu gedenken, der dort begraben ist. Letztes Jahr nahmen etwa 4.000 FaschistInnen an der Demonstration teil. (vgl. ak 487) Der so genannte Rudolf-Hess-Marsch nimmt in der Neonazi-Szene einen hohen Stellenwert ein, da die Nazis hier öffentlich und ungehindert den Nationalsozialismus glorifizieren können. Im letzten Jahr protestierten etwa 400 AntifaschistInnen gegen den Nazi-Aufmarsch. Für dieses Jahr mobilisiert das Bündnis "NS-Verherrlichung stoppen" erneut nach Wunsiedel: Der Aktionstag mit Kundgebung, Gegendemo, Redebeiträgen und Kulturprogramm ist am 20. August. Im Folgenden dokumentieren wir den Aufruf des Bündnisses.

Wir rufen alle AntifaschistInnen zu einer Demonstration und Kundgebung am 20. August im bayerischen Wunsiedel auf. An diesem Tag protestieren wir gegen den alljährlichen Rudolf-Hess-Marsch, bei dem Faschisten aus ganz Europa zusammenkommen, um den Hitler-Stellvertreter und damit stellvertretend das nationalsozialistische Regime zu verherrlichen - letztes Jahr waren es etwa 4.800 Personen. Wir wollen zusammen mit WiderstandskämpferInnen und anderen AntifaschistInnen aus verschiedenen europäischen Ländern diesem Spuk ein Ende bereiten und darauf hinwirken, dass der 20. August in Wunsiedel als Tag breiten antifaschistischen Widerstands erlebt wird.

18 Jahre Kontinuität

1946 wurde Hess in den Nürnberger Prozessen zu lebenslanger Haft verurteilt und landete im Militärgefängnis Spandau. Seit seinem Suizid 1987 und dem Begräbnis in Wunsiedel, versuchen Neonazis ihm zu gedenken. Für sie haben die Hess-Märsche allein schon auf Grund ihrer Kontinuität eine wichtige Bedeutung. Wurden die Märsche Anfang der 1990er Jahre nicht zuletzt auf Grund von antifaschistischem Druck verboten, hat sich dies 2001 wieder geändert. In jenem Jahr meldete der Hamburger Nazianwalt Jürgen Rieger den Hess-Gedenkmarsch gleich für zehn Jahre in der bayerischen Kleinstadt an.

Direkter Bezug zum Nationalsozialismus

Hess bildet in der Politik der Neonazis ein Bindeglied zwischen zwei Epochen. Bereits 1920 trat er in die NSDAP ein und hat sich nie von der Politik der deutschen Faschisten distanziert. 1941 flog er nach England, angeblich um dort einen Separatfrieden mit dem Westen auszuhandeln, damit sich das faschistische Deutschland wiederum auf den Krieg gegen die Sowjetunion konzentrieren konnte. Die Briten hatten aber kein Interesse und nahmen ihn fest. Insofern war Hess an der Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen sowie dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion nur in der Vorbereitung, nicht aber in der Durchführung beteiligt. So ermöglicht das Gedenken an Rudolf Hess einen direkten und positiven Bezug auf einen "guten" Nationalsozialismus. Entsprechend bemühte sich in den 1980er Jahren ein breiter Kreis, der weit ins bürgerliche Lager reichte, um seine Freilassung.

International und spektrenübergreifend

Eine besondere Bedeutung erlangt der Marsch in Wunsiedel durch die internationale Beteiligung. So waren in den letzten Jahren u.a. Neonazis aus Skandinavien, England, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Spanien, Italien, Österreich, der Schweiz, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Kroatien, Russland sowie den USA zugegen. Nazis und extreme Rechte unterschiedlichen Alters mit verschiedener sozialer Herkunft sowie teilweise gegensätzlichen politischen Werdegängen und kulturellen Hintergründen finden sich in der Verherrlichung des Nationalsozialismus zusammen. Deshalb ist für sie der angestrebte Volksfestcharakter rund um den eigentlichen Trauermarsch so wichtig. Hier treffen sich SS-Greise, Nazi-Skins, Wiking-Jugend-Verehrer in Braunhemd oder Dirndl, gepiercte Hatecore-Fans, Revanchisten und NPD-Parteifunktionäre zum Bier. Gerade vor dem Hintergrund der 60. Jahrestage der Befreiung vom Nationalsozialismus artikulieren sich vermehrt NS-Verherrlichung, Relativierung von NS-Verbrechen und die

Verdrehung der deutschen Geschichte. Eine verkehrte Welt, in der wir in Wunsiedel einiges gerade rücken wollen!

Kommt zum Antifa-Action-Day nach Wunsiedel!

Kundgebung und Demonstration ab 9 Uhr, Platz vor dem Gymnasium, Wunsiedel. Aus der ganzen BRD fahren Busse nach Wunsiedel.

www.ns-verherrlichung-stoppen.tk; Kampagne: NS-Verherrlichung stoppen! c/o Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen, Kontakt: info@ns-verherrlichung-stoppen.tk

7. WAG und PDS. Seit' an Seit' vereinigt

WASG und PDS

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen; PDS; Sozialbewegung; Linkspartei · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:45

"Der 10. Juni 2005 wird in die Geschichte der SPD als historischer Wendepunkt eingehen", befand die Berliner Zeitung. "Es wird der Tag sein, an dem die SPD ihre Regierungsfähigkeit verloren hat ... Mit dem Erscheinen einer gesamtdeutschen linken Alternative im Parteienspektrum ist eine Regierungsmehrheit ... auch auf ganz lange Sicht nicht mehr denkbar. Im Bundestag sitzen auf mittlere Sicht fünf Parteien. Die neue Linkspartei möglicherweise als drittstärkste Kraft."

Nach der Vorstandstagung der PDS und der Zusammenkunft der Bundes- und Landesvorstände der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) steht fest: Zu den vorgezogenen Bundestagswahlen im Herbst wird die PDS mit offenen Listen, in Zusammenarbeit mit der WASG und unter einem neuen Namen mit den Spitzenkandidaten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine antreten. Die Chancen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, stehen gut.

Ansonsten ist aber noch vieles ungeklärt. Welchen Namen wird sich die Wahlliste geben? Wie stark werden die Brüche vor allem innerhalb der WASG sein? Dort ist das Einschwenken des Bundesvorstands auf die Linie der PDS höchst unumstritten. Welchen Charakter wird das Bündnis haben, für welche Politik wird es stehen? Und vor allem: Welche Weichen werden jetzt schon für das gestellt, was etwas sperrig als "notwendige Diskussion für das Zusammengehen der beiden linken Kräfte ... nach der Bundestagswahl 2005" umschrieben wird - also die Gründung einer neuen Linkspartei, an der, so die Verlautbarungen, noch andere Kräfte beteiligt sein sollen?

An der Namensgebung wird das Bündnis nicht scheitern, auch wenn davon abhängig sein wird, wie viele WASG-Mitglieder sich der Einigung widersetzen und eventuell dem neuen Wahlprojekt den Rücken kehren werden. Absehbar ist hingegen, dass das linke Bündnis im Wahlkampf in erster Linie als Protestpartei gegen Hartz IV und Sozialabbau auftritt. Verteilungsgerechtigkeit, Binnennachfrage und Arbeitszeitverkürzungen sowie die Verteidigung des keynesianischen Wohlfahrtstaats - das wird die programmatische Grundlage des neo-sozialdemokratischen Bündnisses aus WASG und PDS sein. Die PDS betont, dass sie noch ihre spezifische Ost-Kompetenz einzubringen gedenkt. Den Einzug in den Bundestag wird man damit schaffen, über die weitere Zukunft der Parteiprojekts ist damit aber noch nichts ausgesagt.

Will man der "historischen Chance", von der allenthalben die Rede und die der parteipolitischen Linken doch nur überraschend in den Schoß gefallen ist, gerecht werden, kann man sich nicht auf die "Opposition gegen den Neoliberalismus" beschränken. Denn zur Etablierung einer neuen parlamentarischen Linken gehört mehr als nur linke Sozialstaatspolitik. Zwar ist unter wahltaktischen Gesichtspunkten beispielsweise die Kandidatur von Oskar Lafontaine zwingend. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass Lafontaines Verteidigung von Folterbefürwortern wie Daschner oder sein Eintreten für EU-Flüchtlingslager in Nordafrika mit linker, emanzipatorischer Politik rein gar nichts zu tun hat.

So schwach die Linke momentan ist, so erschöpft sie sich doch nicht in PDS, linker Sozialdemokratie und aktiven GewerkschafterInnen. Zu ihr gehören ebenso feministische, soziale, kulturelle und migrantische Projekte sowie linke BewegungsaktivistInnen mit ihren jeweiligen Anliegen. Sollte der 10. Juni 2005 als "historischer Wendepunkt" nicht nur in die Geschichte der SPD eingehen, dann müssten die Debatten der nächsten Zeit nicht nur wahltaktisch geführt werden.

mb.

8. Offensive der Verzweiflung. SPD kündigt Neuwahlen an und sucht die Niederlage

Autor: mb. · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:40

Es war ein gelungener Überraschungscoup, als Franz Müntefering ungewöhnlich schnell nach Bekanntwerden der ersten, allerdings schon völlig eindeutigen Hochrechnungen in der SPD-Parteizentrale vor die Mikrofone trat und verkündete, Bundeskanzler Gerhard Schröder und er wollten nach dem Wahldesaster in Nordrhein-Westfalen die Bundestagswahl auf den kommenden Herbst vorziehen: "Es ist Zeit, dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden", sagte der SPD-Generalsekretär.

Es gab allerhand Spekulationen, wie die SPD-geführte Bundesregierung auf die absehbare Abwahl des letzten rot-grünen Regierungsbündnisses auf Landesebene reagieren würde. Es kam die Sensation, der Coup, die Verzweiflungstat: Mit Neuwahlen hatte niemand gerechnet. "Das ist zumindest politisch gesehen genialisch gezockt", so der sichtlich überraschte Parteienforscher Jürgen Falter bei seinem obligatorischen Auftritt in der Talkshow von Sabine Christiansen noch am Wahlabend des 22. Mai, wenige Stunden nachdem Schröder den Bundestagswahlkampf eröffnet hatte.

Falter bezeichnete die Entscheidung für Neuwahlen bei dieser Gelegenheit als eine "geniale Vorwärtsverteidigung von Gerhard Schröder". Einerseits werde dadurch die Union in Zugzwang gebracht, andererseits "möglicher Zwist in seiner Partei sofort im Keim" erstickt. Das Überraschungsmoment wirkte allerdings nur kurz. Was die SPD-Führung immerhin erreicht hat: Nach dem Zusammenbruch der fast vierzigjährigen Vorherrschaft der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen blieb tagelanges öffentliches Wundenlecken aus. Der Wahlsieg der NRW-CDU spielte bundespolitisch und in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle. So wurde noch kein Sieger um den Ruhm gebracht. Gleichwohl, gegenüber der absehbaren SPD-Wahlniederlage im Herbst kann das nur ein kurzfristiger Erfolg sein.

Ich war ein Star ...

Nach dem klaren Sieg der CDU in Nordrhein-Westfalen und der neunten Niederlage bei Landtagswahlen in Folge hat die SPD-Spitze keinen anderen Ausweg gesehen, als die "Schicksalsfrage" zu stellen. Sie will damit den Zerfall der Partei abwenden und die SPD gleichzeitig hinter den Kurs Schröders und die Agenda 2010 zwingen. Im Kern geht es dabei aber darum, die Voraussetzungen zu schaffen, die weitere Erosion der sozialdemokratischen StammwählerInnenschaft aufzuhalten. Die Lage der SPD ist dramatisch. Bis vor noch gar nicht so langer Zeit schien ein Machtverlust der SPD in Nordrhein-Westfalen so unvorstellbar wie eine Niederlage der CSU in Bayern. Hier in die Opposition geschickt zu werden, greift die Seele und Identität der Partei an. Mit 31,7 Prozent erreichte sie in Nordrhein-Westfalen ihr schlechtestes Ergebnis seit 50 Jahren. Die Sozialdemokraten konnten bei dieser Landtagswahl nur noch sechzig Prozent ihres WählerInnenpotenzials von der Bundestagswahl 1998 mobilisieren; gegenüber der Bundestagswahl 2002 verlor die SPD 1,5 Mio. Stimmen. Vor allem die SPD-StammwählerInnen aus den unteren Mittelschichten und breite Teile der städtischen Arbeiterschaft haben ihr den Rücken gekehrt.

Ausschlaggebender Faktor für den Einbruch der SPD ist die Skepsis und Distanz ihrer Stammklientel gegenüber der neoliberal ausgerichteten Modernisierungspolitik von Rot-Grün, denn die Schrödersche Agenda-Politik traf die StammwählerInnen der SPD besonders hart. Gleichzeitig hat die Partei ihre Mehrheitsfähigkeit in allen sozialen Schichten verloren. Mit der Entscheidung, ihr 1998 gegebenes und 2002 erneuertes Wahlversprechen eines "ausgewogenen Verhältnisses zwischen Modernisierung und sozialer Gerechtigkeit" zu brechen, hat sich in Nordrhein-Westfalen der Trend der letzten Landtagswahlen fortgesetzt.

Mit der Wahl wurde auch ein Endpunkt hinter das gesetzt, was in den neunziger Jahren noch als "rot-grünes Reformprojekt" bezeichnete wurde - und in den letzten sieben Jahren jeglichen Glanz verloren hat. Die Grünen sind an der Seite der SPD aus allen Landesregierungen gewählt worden. Nur noch ein Wunder könnte ihre Abwahl im Herbst auch noch im Bund verhindern. Die konsequente FDPisierung der Ökopartei, ihr bedingungsloser Wille zum Regieren, wird sie nach einer verlorenen Bundestagswahl als eigentliche Verliererin dastehen lassen, da sie auf absehbare Zeit nicht mehr gebraucht wird.

Mit der Entscheidung für Neuwahlen zwingen Schröder und Müntefering die SPD, aber auch die Grünen hinter sich. Bislang ist dieses Kalkül aufgegangen: Die sozialdemokratische Linke stellt sich hinter die Agenda-Politik, der Ruf nach Geschlossenheit der Partei verstärkt sich, und auch die Grünen halten - mangels machtpolitischer Alternativen - am Bündnis mit der SPD fest. Eindeutiges Indiz: Weder die SPD-Linke noch die Grünen wollen die Rolle des "schwarzen Peters" übernehmen und dem Kanzler das Misstrauen aussprechen.

Apropos Vertrauensfrage. Es mag spannend sein, über die verfassungsrechtlichen Fallstricke zu räsonieren, doch das Lamento kann nicht darüber hinwegtäuschen: Der Entschluss Schröders wird den Segen von Bundespräsident Horst Köhler finden. Alle - und vor allem die Union - wollen Neuwahlen. Und verfassungsrechtlich lässt sich immer eine Begründung finden. Hat nicht Schröder mit der Ankündigung von vorgezogenen Bundestagswahlen tatsächlich jene "instabile Lage" herbeigeführt, die verfassungsrechtlich den Weg dazu öffnet? Ein Schelm, wer anderes denkt.

"Wir wollen das strukturelle Patt zwischen Bundestag und Bundesrat vom Wähler entscheiden lassen", begründete Müntefering den Vorschlag für Neuwahlen am Wahlabend in Nordrhein-Westfalen. Zwar haben die unionsgeführten Länder auch mit Nordrhein-Westfalen keine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat und sollte die Wahl wider Erwarten im Herbst von SPD und Grünen gewonnen werden, würde sich nichts an den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat ändern. Aber darauf kommt es gar nicht an.

... holt mich hier raus!

Gut möglich, dass die SPD insgeheim darauf setzt, Juniorpartner in einer Koalition mit der Union zu werden - wenn es in Folge eines Einzugs einer linken Fraktion in den Bundestag für CDU/CSU und FDP nicht reicht. Schröder könnte dann erhobenen Hauptes abtreten, und die SPD als Korrektiv, das das "Schlimmste" verhindert, ihren Neuanfang versuchen. Wenn die SPD die Überzeugungskraft, die wohl nötig war, um Joschka Fischer die Zustimmung zu Neuwahlen abzuringen, im Wahlkampf zeigt, hat sie Chancen.

Schröder hat klargestellt, dass es bei der Wahl im Herbst pro oder contra Agenda 2010 geht. Eine Richtungsentscheidung steht nicht an, da SPD und CDU für das Gleiche stehen: Die Agenda Arbeit der Union unterscheidet sich von der Agenda 2010 in der Tat nur durch die Tiefe der Eingriffe. Die SPD wird gleichwohl versuchen, sich in einem "Lagerwahlkampf" als das "kleinere Übel" darzustellen.

Sicherlich, ein Sieg von CDU/CSU und FDP würde in vielen Politikbereichen eine Wende nach rechts zur Folge haben: In der Außenpolitik würde man sich wieder stärker den USA annähern, der rot-grüne Ausstieg aus der Atomenergie stünde zur Disposition, auch in der Migrations- und Familienpolitik würden offen autoritäre Konzepte durchgesetzt. Und auch bei den wahlentscheidenden Themen - Stichwort: "Sozial ist, was Arbeit schafft" - droht die eher marktradikale Variante: weitere Aushebelung des Flächentarifvertrags durch "betriebliche Bündnisse", weitere Privatisierung der sozialen Absicherung und vieles mehr. Nicht gerade ein Programm, das viele WählerInnen überzeugen wird. Gleichwohl werden sie der Union ihre Stimme geben, denn die SPD hat in ihren Augen ihre Chance gehabt - und verspielt. Der Vertrauensverlust beider "Volksparteien" ist enorm - nicht zuletzt da sich die Menschen in wesentlichen Fragen von einer Allparteienkoalition regiert sehen. Eigentlich gute Voraussetzungen für ein Linksbündnis. Die Chance, die Proteste gegen "Hartz IV" und Sozialabbau in den Bundestag zu tragen, kommt überraschend und in ihrer Dynamik unerwartet. "Es ist Zeit, dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden", so Müntefering. Der Linken stünde es gut zu Gesicht, ihren (bescheidenen) Beitrag dazu zu leisten.

mb.

9. Kooperation tut Not - politische Auseinandersetzung auch! Neue Wahlpartei der Linken? Eine Stellungnahme aus Sicht der PDS

Autor: Elke Breitenbach, Katina Schubert · Rubrik: PDS; Linkspartei · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:37

Die Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen vom 22. Mai hat für ein politisches Erdbeben gesorgt - auch in der Linken. Trotz der Massenproteste gegen den Sozialabbau gewinnt die Union in erheblichem Maße hinzu, die "schwarze Republik" scheint vor der Tür zu stehen. Offensichtlich neigen viele Menschen dazu, trotz Zukunftsängste und Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik rechts zu wählen.

Der Kanzler glaubt, seine Partei nur noch vor dem Auseinanderfallen retten zu können, indem er sie in einen neuen Wahlkampf jagt, an dem Agenda-2010-Kurs aber festhält. CDU/ CSU teilen sich schon jetzt die Ressorts auf und kündigen an, dass sie die Richtung der rot-grünen Bundesregierung fortführen und verschärfen werden.

In NRW haben zwei linke Parteien kandidiert, die PDS und die im letzten Jahr neu gegründete Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Diese Sammlungsbewegung aus enttäuschten Ex-SPD-Mitgliedern, ehemaligen PDS'lerInnen, GewerkschafterInnen und sozial Engagierten hat mit 2,2 Prozent in ihrem Stammland ein Achtungsergebnis erzielt und ist dabei auf mehr als doppelt so viele Stimmen gekommen wie die PDS. Dennoch hat sich gezeigt, dass die Linke insgesamt dort nicht mehr als 3% der Stimmen holen konnte. Für die WASG ist nun deutlich, dass sie die Fünf-Prozent-Hürde für den Bundestag alleine nicht überspringen kann. Für die PDS hat sich ein weiteres Mal gezeigt, dass ihre Verankerung im Westen noch nicht ausreichend ist.

Aus dem Wahlergebnis lässt sich die Schwäche der Linken insgesamt ablesen. Daraus könnte man nun den Schluss ziehen, dass eine Kooperation von PDS und WASG eine historische Chance, zumindest aber eine historische Notwendigkeit für die Stärkung der Linken ist. Dynamik erhielten diese Überlegungen aber erst durch die Ankündigung der linken Matadoren Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, sie wollten für ein Linksbündnis kandidieren.

Jenseits aller wahlrechtlichen und taktischen Fragen stellt sich für die PDS die Frage, soll sie mit einer Partei gemeinsam kandidieren, die bis dahin die Zusammenarbeit mit ihr rigoros abgelehnt hat, sie wie in Berlin sogar offen bekämpft hat?

Zwei Gründe sprechen dafür: Es gibt in der Linken und der sozial engagierten Öffentlichkeit eine hohe Erwartungshaltung: Die im Osten starke PDS soll sich mit der auch im Westen zwar kleinen, aber stimmenträchtigen WASG zusammentun, um im Bundestag ein linkes Gegengewicht gegen den neoliberalen Mainstream zu bilden. Und bei vielen wird der alte Traum von einer vereinigten Linken wieder wach, die zu einem politischen Faktor in der bundesdeutschen Politik wird.

WASG und PDS: siamesische Zwillinge?

Auch wenn die Verankerung der PDS im Westen nicht so groß ist, wie wir sie uns wünschen, ist sie alleine durch ihre kommunalen VertreterInnen auch parlamentarisch so stark wie noch keine linke Partei vorher. Sie hat alleine im Westen so viele Mitglieder wie die WASG bundesweit. Aber: Noch immer hängt ihr der Geruch der Ostpartei an, die im Westen eigentlich nichts zu suchen hat. Selbst in Berlin klaffen die Wahlergebnisse zwischen West- und Ostberlin deutlich auseinander. Das liegt zum Teil an der PDS selbst, aber das liegt auch an der westdeutschen Bevölkerung. Weite Teile betrachten Ostdeutschland noch immer als etwas Fremdes, auch antikommunistische Ressentiments wirken immer noch nach. Die westdeutsche Linke ist bislang weitgehend nicht bereit, sich mit der Geschichte der Linken im Osten auseinander zu setzen; zur Kenntnis zu nehmen, welche zum Teil auch sehr schmerzlichen Auseinandersetzungen viele GenossInnen in der PDS um ihre eigene Geschichte geführt haben. Weite Teile der West-Linken sind zu wenig bereit, sich mit den programmatischen Debatten und der Entwicklung der PDS als demokratisch-sozialistische Partei in der Gesamt-BRD auseinander zu setzen.

Die PDS im Westen hat es indessen noch nicht geschafft, die Erfahrungen ihrer Ost-Landesverbände mit gesellschaftlichen Umwälzungsprozessen, mit der völligen Restrukturierung einer ganzen Gesellschaft für die Auseinandersetzung in der westdeutschen Teilgesellschaft nutzbar zu machen, deutlich zu machen, dass auch der Westen eine demokratisch-sozialistische Partei braucht. Und zwar eine Partei, die nicht dabei stehen bleibt, die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren, sondern eine Partei, die über schlüssige und nachvollziehbare Konzepte für alternative Entwicklungspfade hin zu mehr Gerechtigkeit, Demokratie und friedlicher Konfliktlösung verfügt und das immer mit der Perspektive gesellschaftlicher Veränderung, die das kapitalistische System überwindet.

Das oft gezeichnete Bild von Wahlalternative und PDS als siamesische Zwillinge, die einen im Osten, die anderen im Westen ist falsch und apolitisch. Denn inhaltlich und politisch gibt es Unterschiede. Die PDS bekennt sich dezidiert als Partei des demokratischen Sozialismus, die parlamentarisch und außerparlamentarisch, in Opposition und Regierung für eine andere Politik streitet. Die WASG versteht sich nicht als sozialistische Partei und viele ihrer Mitglieder erklären explizit, sie wollten keine linke Partei, sondern eine Sammlungsbewegung sein. Dies unterstreichen derzeit kursierende Aufrufe von WASG-Mitgliedern gegen eine Kooperation mit der PDS.

Trotz unterschiedlicher politischer Grundüberzeugungen befürworten wir prinzipiell eine Kooperation mit der WASG und anderen linken Kräften bei der Bundestagwahl 2005. Wir sind aber nicht bereit, dafür alle programmatischen Positionen und politisch-praktischen Erfahrungen der PDS über Bord zu werfen. Wir streiten nicht dafür, den westdeutschen Sozialstaat der 1970er Jahre wieder herzustellen. Wir wollen einen sozialen und solidarischen Umbau des Sozialstaats, der allen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und Gesundheitszustand ein Recht auf selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe garantiert.

Kooperation ist kein Selbstzweck

Von der Auseinandersetzung über Konzepte, die die bestehende Arbeit - sowohl die Reproduktions- als auch Erwerbsarbeit - neu verteilen und die sozialen Sicherungssysteme auf eine neue Basis stellen, wollen wir nicht abrücken. Dazu müssen wir über einen neuen Gesellschaftsvertrag diskutieren, in dem wir uns darüber verständigen, welche gesellschaftlichen Aufgaben es gibt, wie sie finanziert werden und wer sich daran wie beteiligen muss - jede und jeder nach seiner und ihrer Leistungsfähigkeit. Das gilt für die soziale Sicherung genauso wie für die Finanzierung der gesellschaftlich notwendigen Aufgaben, wie z.B. Bildung oder öffentliche Infrastruktur. Das heißt aber auch, mit althergebrachten linken Gewissheiten zu brechen wie der, dass die sozialen Sicherungssysteme alleine über den Faktor Arbeit zu finanzieren seien.

Schwäche der Linken

Wir arbeiten für die weitere Demokratisierung der Gesellschaft, die kulturelle Unterschiede und verschiedene Lebensentwürfe akzeptiert, aber für eine gemeinsame Basis des Zusammenlebens auf der Ebene der Grund- und Menschenrechte streitet.

Die Durchsetzung feministischer Ansätze sind für uns integraler Bestandteil linker Politik. Das hat auch Konsequenzen für die politischen Handlungsweisen in der eigenen Partei und jeglichen Kooperationen. Die WASG ist viel mehr noch als die PDS eine männerdominierte Partei - will sie mit uns zusammenarbeiten, wird sie die 50-Prozent-Quote zum Beispiel auf den Landeslisten zur Wahl des Deutschen Bundestag akzeptieren müssen.

Der immense Zeitdruck durch die vorgezogenen Bundestagswahlen hat die Diskussion über eine linke Kooperation auf wahlrechtliche und taktische Fragen reduziert. Kooperation ist jedoch kein Selbstzweck. Sie muss das Ziel verfolgen, politische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, die in der Lage sind, gesellschaftliche Veränderung zu bewirken. Dazu ist es notwendig, die inhaltlichen und politischen Differenzen auszutragen. Nur dann reicht diese Kooperation über die Bundestagswahl hinaus und eröffnet tatsächlich eine Perspektive für linke politische Alternativen.

Elke Breitenbach/Katina Schubert,

Mitglieder des PDS-Parteivorstands

10. Verantwortung für die Linke insgesamt. Neue Wahlpartei der Linken? Eine Stellungnahme aus Sicht der WASG

Autor: Berno Schukardt · Rubrik: PDS; Linkspartei · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:31

Wer hätte das gedacht: Die wahrscheinlich vorgezogene Bundestagswahl zwingt die Linke in Deutschland zu einer Debatte und Entscheidung, in welcher Formation sie zu dieser Wahl antreten wird. Richtig so! Endlich kommt Bewegung in die deutsche Linke, die allzu sehr darauf bedacht ist, ihre Gräben sorgsam offen zu halten, um die eigenen Befindlichkeiten pflegen zu können.

Mit zunehmender Dauer dieser Diskussion tritt die noch interessantere Frage einer möglichen Neugründung der politischen Linken in den Vordergrund. Vorsichtiger formuliert: Es geht um den Einstieg in einen Umgruppierungsprozess der demokratischen Linken. Diese Chance ist angesichts eines entfesselten Kapitalismus von der politischen Linken unbedingt aufzugreifen, zu nutzen und voranzutreiben.

Es ist bemerkenswert, wie innerhalb kürzester Frist eine Vielzahl von Aufrufen die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) und die PDS unmissverständlich auffordern, Organisationsegoismen beiseite zu lassen, um die Einheit der Linken zunächst für diese Bundestagswahl zu gewährleisten. Darin spiegelt sich der Wunsch nach einer kräftigen Opposition im Bundestag wider, die gesellschaftliche Alternativen publik macht und der außerparlamentarischen Bewegung neue Impulse verleiht.

Soweit zu erkennen, ist zum heutigen Zeitpunkt folgendes klar: Eine Kandidatur von einigen Mitgliedern auf einer offene Liste der PDS, was die Demokratischen Sozialisten zunächst angeboten hatten, ist keine Lösung. Die WASG war gerade im Westen als politische Alternative zu den verengten PDS-Landesverbänden entstanden. Die WASG hatte ihrerseits vorgeschlagen, eine gemeinsame Wahlpartei zu gründen, deren Statut eine doppelte Parteimitgliedschaft - zeitlich begrenzt - gestattet. Eine solche Konstruktion ist u.a. an den engen Wahlrechtsvorschriften gescheitert.

Beginn einer notwendigen Umgruppierung

Die WASG hat darauf hin den Demokratischen Sozialisten ein zweigleisiges Vorgehen vorgeschlagen: Eine neue politische Formation, in der verschiedene Strömungen der politischen Linken sich einbringen könnten, sollte in konkreten Schritten in Angriff genommen werden, auch wenn dieses Projekt bis zu den Bundestagswahlen nicht zu realisieren ist. Gleichzeitig sollte eine gemeinsame Wahlliste der gesellschaftlichen Opposition gegen den Neoliberalismus vorbereitet werden unter der Bedingung, dass die PDS einerseits die neue Qualität einer solchen Liste akzeptiert und andererseits zugesteht, dass die Wahlalternative in den alten Bundesländern ein größeres Gewicht hat und eigenständig politische Inhalte und Personen benennt. Über die Wahlprogrammatik und die Personen auf einer Wahlliste müssten dann PDS (Ost) und WASG (West) einen politischen Kompromiss finden, der den jeweiligen Minderheiten in den Parteien Handlungsspielräume lässt.

Es geht darum, einen Auftritt zur Bundestagswahl zu entwickeln, der den WählerInnen eine Liste mit KandidatInnen für den Bundestag präsentiert, die ohne wenn und aber Nein sagen zu Sozialabbau und der Zerstörung sozialer und demokratischer Rechte sowie zu weltweiten Kriegseinsätzen der Bundeswehr.

Die mit einer solchen Wahlliste verbundenen politischen Konflikte sind nicht zu unterschätzen, dürften aber vermittelbar sein. Eine Wahlformation wäre dann sicherlich ein politischer Treibsatz für die Verständigung auf eine neue Linkspartei nach den Bundestagswahlen.

Vermittelbare politische Konflikte

Beide Parteien erkennen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Kandidatur als politisch unabdingbar an. Augenscheinlich hat aber die PDS Schwierigkeiten, die Chance eines Linksbündnisses als politische Herausforderung zu begreifen, um der neoliberalen Politik Grenzen zu setzen. Dabei muss festgehalten werden, dass nicht nur für PDS-Mitglieder eine Zusammenarbeit mit der WASG schwer vorstellbar ist. Gerade einmal ein Jahr alt wird die zarte Pflanze einer "WASG-Identität" auf die Probe gestellt. Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen zeigt bei aller Bescheidenheit: Die WASG ist mit ihrer politischen Initiative im Westen

dieser Republik durchaus erfolgreich. Dabei sollte nicht vergessen werden: Ein Großteil der Mitglieder ist bewusst nicht in einem westdeutschen PDS-Landesverband aktiv geworden - sicherlich auch ein Reflex auf das Scheitern der PDS im Westen; aber es wäre zu untersuchen, ob das Auftreten der WASG auf der politischen Bühne nicht auf tiefergehende Strukturveränderungen im politischen System zurückzuführen ist. Jedenfalls greift der in linken Zirkeln verbreitete Hinweis, die WASG sei im Wesentlichen eine Partei frustrierter SozialdemokratInnen, zu kurz.

Beide Parteien sind also in einem kurzen Zeitfenster gezwungen, die Mitgliederdiskussion zu führen. Eine Mehrheit in der WASG wird im anstehenden Diskussions- und Abstimmungsprozess wohl für die gemeinsame Kandidatur einer "Demokratische Linken" votieren. Gleichwohl gibt es durchaus ernst zu nehmende Stimmen, die warnen, den Umfragewerten (acht bis zehn Prozent für eine Linkspartei mit Gysi und Lafontaine) zu großen Wert beizumessen und überhaupt den Einflussmöglichkeiten einer demokratischen Linken im Parlament einen zu hohen Stellenwert einzuräumen.

Ein Politikwechsel wird nicht herbeidiskutiert

Bei aller (verhaltenen) Freude über die breite Debatte zur Zukunft einer Linkspartei und der Aussicht auf eine starke parlamentarische Linke erscheinen mir vier Punkte für die weitere Debatte wichtig:

1. Historische Augenblicke kann sich die Linke nicht aussuchen. Die Zeit ist reif für einen Sprung nach vorn. Wem das zu pathetisch klingt, möge sich folgendes Szenario nach der Bundestagswahl vorstellen: Frau "Maggi" Merkel als Bundeskanzlerin, das Sanierungsprogramm der CDU Agenda Arbeit wird ausgerufen; Rot-Grün hat dem nichts Substanzielles entgegenzusetzen, weil dieses Programm lediglich die Fortsetzung ihrer Politik darstellt. Nicht auszuhalten, wenn die durch sieben Jahre rot-grüne Politik weitgehend zahme Linke nicht endlich gestärkt als Opposition dagegen auftreten würde. Stattdessen muss sie diese Situation als Chance begreifen; dies könnte der Beginn eines Verständigungsprozesses sein, der die Linke sozusagen auf eine höhere Ebene der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Politik heben würde.

2. Die Bedeutung der Parlamentsarbeit sollte nicht überschätzt werden, genauso wie sie in Teilen der Linken nicht unterschätzt werden sollte. Der Einfluss einer starken linken Fraktion im Bundestag ist gering und sie wird kaum die weitere Zerstörung des Sozialstaates verhindern können. Entscheidend wird die notwendige (Neu-)Formierung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses gegen den entfesselten Kapitalismus sein. Die parlamentarische und mediale Auseinandersetzung über mögliche Alternativen kann dabei nur hilfreich sein. Das gilt auch für die Einbindung der "politischen Schwergewichte" Gysi und Lafontaine.

3. Ein Gründungsaspekt der WASG war die Krise der Sozialdemokratie - europaweit. Lafontaine ist Ausdruck und Protagonist dieser Krise. Die SPD hat mit ihrer Agenda-Politik der Interessenvertretung der kleinen Leute eine Absage erteilt und ihre Politik an der neuen Mitte der Besserverdienenden ausgerichtet und begonnen die sozialen Risiken zu privatisieren. Die SPD ist nach sieben Jahren rot-grüner "Reform"-Politik programmatisch entleert und ohne soziale Basis. Sie wird im bevorstehenden Wahlkampf mit US-Wahlkampfmethoden versuchen, ihre Agenda 2010 als soziale und wählbare Alternative zu verkaufen. Teile des DGB beginnen bereits jetzt zu assistieren.

4. Entscheidend wird sein, ob es einem erneuerten Linksbündnis gelingt, die weit verbreitete Politikverdrossenheit aufzubrechen und eine glaubwürdige, wählbare Alternative anzubieten. Die Gründung der WASG hatte und hat in erster Linie das Ziel, denjenigen eine Stimme zu verleihen, die auf der Schattenseite dieser Gesellschaft leben. Fausto Bertinotti, der Vorsitzende der italienischen Rifondazione Comunista, formulierte es in seiner Eröffnungsrede zum VI. Parteitag so: "Unsere Aufgabe besteht darin, den Saras (einer arbeitslosen Italienerin, d. Verf.) das Vertrauen in die Linke zurückzugeben, den Saras die Lust und die Möglichkeit wiederzugeben, an der Politik teilzunehmen, um das Leben und die Welt zu verändern."

Berno Schukardt,

Mitglied des Landesvorstand der WASG Hamburg

11. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:13

BGS heißt jetzt Bundespolizei

Nachdem der Bundesrat am 27. Mai ebenfalls sein Einverständnis gegeben hat, kann nun noch im Juni das Gesetz zur Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in "Bundespolizei" in Kraft treten. Damit findet die Verpolizeilichung der zu ihren Anfängen vor allem paramilitärisch ausgerichteten Polizeitruppe, die dem Bundesinnenministerium untersteht, auch im Namen seinen Abschluss. Vor allem seit den 1990er Jahren sorgten mehrere Gesetzesänderungen für eine strukturelle Ausdehnung und für Befugniserweiterungen des BGS. Neben grenzpolizeilichen Aufgaben sind seitdem die rund 40.000 Angehörigen des BGS u.a. als Bahnpolizei und auf zurzeit 14 Großflughäfen im Bereich der Luftsicherheit eingesetzt. Weitere Aufgaben sind der Objektschutz von Einrichtungen des Bundes im In- und Ausland, Personenschutz, Abschiebungen, der Einsatz bei Demonstrationen oder Schleierfahndungen. Die Polizeitruppe des Innenministers ist aber auch im Bereich der Umweltkriminalität aktiv, z.B. auf der Nord- und Ostsee. Apropos: Im Zuge der Umbenennung wird die Uniform- und Fahrzeugfarbe an den in Europa üblichen Blauton angepasst.

Kontoabfrage: "Schlicht blöd"

Baden-Württembergs Justizminister Ulrich Goll (FDP) hat deutliche Worte zur seit dem 1. April geltende Möglichkeit zur Kontenabfrage durch die Finanzbehörden gefunden. Es sei nicht zu vertreten, dass "wegen weniger Gesetzesbrecher alle plötzlich permanent kontrolliert werden können", sagte Goll gegenüber Focus-Money. Die Kontenabfrage sei "schlicht blöd". Die geringe Zahl der Betrüger und Steuerhinterzieher sei "doch nur ein Vorwand, um unseren Big-Brother-Staat weiter auszubauen", so Goll. Seit der gesetzlichen Lockerung des Bankgeheimnisses am 1. April haben die Finanzbehörden nach eigenen Angaben 804 Kontenabfragen durch das Bundesamt für Finanzen ausführen lassen. Bei 674 detaillierten Prüfungen interessierten auch Kontenbewegungen und Kontostand. Hingegen berichtet der Bundesverband deutscher Banken, dass allein bei Großbanken 300 bis 400 Abfragen pro Tag durchgeführt werden. Ende April hatte der Verband sogar von 2.000 Kontoabfragen pro Tag gesprochen. Aber dabei soll es nicht bleiben: Ab dem kommenden Jahr soll die Infrastruktur derart ausgebaut sein, dass ein Kontenzugriff vollautomatisiert erfolgen kann. Dann ist mit einem noch stärkeren Anstieg der Abfragezahlen zu rechnen. Die Bundesregierung verlangt technische Voraussetzungen für 50.000 Abrufe täglich.

Dessauer Polizisten angeklagt

Am 7. Januar verbrannte der Asylbewerber Oury Jalloh in der Zelle eines Dessauer Polizeireviers. Wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung mit Todesfolge hat die Staatsanwaltschaft Dessau nun vor dem Landgericht Anklage gegen zwei der drei beteiligten Polizisten erhoben. Nach offizieller Darstellung soll der 21-Jährige, der nach seiner Festnahme in einer Zelle an das Bettgestell gefesselt worden war, mit einem bei einer Durchsuchung übersehenen Feuerzeug selbst seine schwer entflammbare Matratze angezündet haben. Es sei ihm laut Anklage gelungen, das Feuerzeug aus seiner Hose zu fingern, obwohl er an Händen und Füßen gebunden war. Warum Jalloh sich anzündete, können die Ermittlern nicht sagen. Der bei einer zweiten Obduktion, die Jallohs Mutter veranlasst hatte, entdeckte Nasenbein-Bruch soll sich Jalloh, so die Polizei, selbst zugefügt haben, als er auf der Wache mehrfach mit dem Kopf gegen Wand und Tische geschlagen sei. Laut Staatsanwaltschaft starb der Flüchtling binnen kürzester Zeit an einem Hitzeschock. Die Dienst habenden Polizisten hatten zu spät reagiert und einen Brandmelder zunächst abgeschaltet, da es in der Vergangenheit mehrfach Fehlalarm gegeben hatte. Das Verfahren gegen einen dritten Beamten wurde eingestellt. Er sei nicht für die Durchsuchung Jallohs zuständig gewesen und habe sich auch "kein sonstiges Fehlverhalten" zu Schulden kommen lassen, so die Staatsanwaltschaft. "Hinweise auf vorsätzliches Handeln" wollte die Staatsanwaltschaft nicht gefunden haben. Inzwischen aufgetauchte Telefonmitschnitte von Polizeibeamten mit rassistischem Inhalt, die kurz nach der Festnahme Jallohs geführt wurden, wollen allerdings nicht so ganz zu diesem Ermittlungsergebnis passen.

Gefahrenabwehr grenzüberschreitend

Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Spanien haben Ende Mai einen multilateralen Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere zur "Bekämpfung des Terrorismus", der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration unterzeichnet. "Mit dem Vertrag erreichen wir eine neue Qualität der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit. Dieser Vertrag wird ein wichtiger Impulsgeber für die weitere Zusammenarbeit in der EU sein", freut sich Bundesinnenminister Otto Schily. In der Tat hat es der Vertrag, der noch in deutsches Recht umgesetzt werden muss, in sich: Er beinhaltet nicht nur den direkten grenzüberschreitenden Zugriff auf DNA- und Fingerabdruckdateien zum Zweck der Strafverfolgung. Zur Verhinderung von Straftaten, also zur Gefahrenabwehr, soll in Zukunft zwischen den beteiligten Polizeibehörden ein direkter Zugriff auf Fingerabdruckdateien und Daten aus den Fahrzeugregistern möglich sein. Ebenso können zu "präventiven Zwecken" Informationen über "reisende Gewalttäter und Hooligans (z.B. vor Fußballspielen, Europäischen Räten und anderen internationalen Gipfeltreffen)" und so genannte terroristische Gefährder übermittelt werden. Neben dem Einsatz von Flugsicherheitsbegleitern sind auch "gemeinsame Einsatzformen zur Gefahrenabwehr (z.B. gemeinsame Streifen)" oder das "grenzüberschreitende Eingreifen zur Gefahrenabwehr bei gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben" vorgesehen.

12. Magdeburger 129a-Verfahren/Teil 2: Solidarität zahlt sich aus

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:12

Vor dem Oberlandesgericht (OLG) Naumburg wird zur Zeit in Halle das Revisionsverfahren gegen Daniel W. neu aufgerollt. Am 18. Juni wird es in diesem Zusammenhang eine Demonstration in Magdeburg geben unter dem Motto: "Kriminell ist das System und nicht der Widerstand!" - nicht zuletzt auch deshalb, weil inzwischen wegen der Weigerung auszusagen Beugehaft verhängt wurde.

Zwischen August 2001 und März 2002 kam es in Magdeburg zu vier Brandanschlägen gegen Großkonzerne und Sicherheitsbehörden. Ziele waren Fahrzeuge der Telekom und des Bundesgrenzschutzes, Neuwagen vor einer DaimlerChrysler-Niederlassung und das Gebäude des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalt in der Elbstadt. Nicht alle Brandsätze funktionierten - insgesamt entstand nur geringer Sachschaden. Verantwortlich zeichneten für die Anschläge jeweils verschiedene Gruppen. Sie nannten sich revolutionäre aktion carlo guiliani, kommando "globaler widerstand" oder kommando "freilassung aller politischen gefangenen". Nach monatelanger Totalüberwachung der Magdeburger linken Szene nahmen die Ermittlungsbehörden im November 2002 Marco H. (26) und Daniel W. (24), im April 2003 dann Carsten Sch. (25) fest. Den drei Szeneaktivisten warfen sie die "Bildung einer terroristischen Vereinigung" nach §129a Strafgesetzbuch (StGB) vor. Ins Visier der ErmittlerInnen gerieten noch weitere Mitglieder und das Umfeld des Autonomen Zusammenschlusses (AZ). Laut Konstrukt der Bundesanwaltschaft (BAW) hätten die KernaktivistInnen dieser autonomen Gruppe die angebliche "terroristische Vereinigung" gebildet. (vgl. ak480)

Der Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung musste während des Prozesses gegen die drei fallen gelassen werden. Im Dezember 2003 kam es zu einem Freispruch "dritter Klasse" für Carsten Sch. Marco H. wurde zu zweieinhalb Jahren verurteilt, Daniel W. zu zwei Jahren. Das Urteil stützte sich lediglich auf Indizien; ein konkreter Tatbeitrag konnte keinem der beiden nachgewiesen werden. Die Anwälte von Marco H. und Daniel W. legten Revision ein, der der Bundesgerichtshof auch statt gab.

Bereits am 22. Februar 2005 wurde nach ein paar Stunden Verhandlung das Urteil gegen Marco H. bestätigt. (vgl. ak493) Musste im Fall von Marco H. lediglich das Strafmaß neu verhandelt werden, so wurde das Urteil gegen Daniel W. wegen eines Verfahrensfehlers gänzlich aufgehoben mit der Konsequenz, dass der Prozess komplett neu aufgerollt werden muss. Das Revisionsverfahren gegen ihn begann am 5. April in Halle. Über 20 FreundInnen aus seinem persönlichen und politischen Umfeld wurden von der BAW als ZeugInnen benannt. Zehn von ihnen erklärten im Vorfeld, dass sie keine Aussagen machen werden - auch wenn ihnen Beugehaft droht (vgl. Dokumentation).

Am 26. April zeigte sich das Gericht von dieser kollektiven Erklärung zur Aussageverweigerung unbeeindruckt. Es verhängte gegen den als Zeugen geladenen Marco H. eine unbefristete Erzwingungshaft und eine Geldstrafe von 1.000 Euro - obwohl das Urteil vom 22. Februar noch nicht rechtskräftig ist, ihm also formal-juristisch ein Aussageverweigerungsrecht zustehen müsste. Dass die gemeinsame Weigerung, Aussagen zu machen, aber auch Erfolg haben kann, zeigt der weitere Prozessverlauf - zumindest vorläufig. Am 27. und 31. Mai schreckte das OLG davor zurück, gegen insgesamt sechs ZeugInnen, die sich weigerten auszusagen, Beugehaft zu verhängen. Entweder verzichtete das Gericht bzw. die BAW auf die Befragung oder sie gestanden ein Aussageverweigerungsrecht zu. Offensichtlich wollten weder das Gericht, noch die BAW die Verantwortung dafür übernehmen, weitere Leute aus nichtigem Anlass in den Knast zu schicken. Das OLG hat offenbar kein Interesse, die Prozesssituation eskalieren zu lassen - vielmehr scheint ihm daran gelegen, dieses lästige Revisionsverfahren bald vom Tisch zu bekommen. Hatte doch das offensive, gemeinsame und öffentliche Handeln der Betroffenen dem Gericht klar signalisiert, dass mit der Verhängung von weiteren Zwangsmaßnahmen dieses Ziel auf keinen Fall erreicht werden kann. Doch wer gedacht hatte, das Gericht würde dieser Linie weiter folgen, sah sich getäuscht. Zwei Wochen später schlug das OLG erneut zu. Am 14. Juni traf es Carsten Sch., der im ersten Prozess freigesprochen worden war.

Marco H. sitzt seit fast zwei Monaten in Beugehaft; Carsten Sch. wurde unmittelbar vor der Demonstration am Samstag in Beugehaft genommen. All das Anlass genug, um am 18. Juni nach Magdeburg zu fahren.

mb., Berlin

"Kriminell ist das System und nicht der Widerstand." Bundesweite Antirepressionsdemo am 18.6.2005. Treffpunkt: Magdeburg Hauptbahnhof, 15 Uhr Kundgebung, 17 Uhr Demobeginn. Informationen: www.soligruppe.de

Dokumentation

"Wir sind einzig

unserem Gewissen verpflichtet!"

Erklärung zur Aussageverweigerung

Vorab wollen wir feststellen, dass wir Beschuldigte und in anderer Form Betroffene (z.B. durch Hausdurchsuchungen), Verwandte, FreundInnen der Angeklagten in diesem Verfahren waren und sind und damit einigen von uns das Gesetz ein Aussageverweigerungsrecht einräumt. Dennoch hat dieses Gericht wohl seine eigene Auffassung der Gesetze und beweist damit erneut, dass es sich in diesem Verfahren nicht um die Straftaten dreht, sondern darum, dass unsere Ansichten und unsere politischen Überzeugungen gebrochen werden sollen. Schon im ersten Verfahren ging es weniger um konkrete Beweise für die vorgeworfenen Straftaten, als vielmehr darum eine Indizienkette zu schaffen, wo alles, was dort nicht reinpasste, keine Beachtung fand und die restlichen Indizien für das Gericht passend interpretiert wurden ...

Für den Fall, dass wir hier aussagen müssen, erklären wir folgendes: Wir werden auf keinen Fall Aussagen in diesem Verfahren machen, da wir dies nicht mit unserem Gewissen und unserer politischen Identität vereinbaren können. Auch eventuell verhängte Repressionsmaßnahmen werden uns von diesem Standpunkt nicht abbringen. Sondern uns und unser Verhältnis zu diesem System und diesem Spektakel hier eher stärken, da es uns und anderen Menschen weitere Einblicke in die Ungerechtigkeit dieser Verhältnisse aufzwingt. Da wir uns als emanzipatorische Menschen verstehen, leitet sich aus dieser Einstellung auch unser Verhältnis zu diesem Staat und seiner Justiz ab, wir lehnen beides ab. Beides sind Instrumente der Herrschenden im kapitalistischen System, dienen hauptsächlich ihrer Machterhaltung und richten sich daraus immer gegen die untersten sozialen Schichten und alle, welchen nicht die Fantasie und der Mut fehlt, gegen die herrschenden Verhältnisse aufzubegehren.

Auch ist ein wichtiger Aspekt für unsere Entscheidung, dass es keine harmlosen Aussagen gibt; wir wissen nicht, wofür diese Aussagen irgendwann genutzt und im Sinne der Behörden uminterpretiert werden könnten - die Fantasie der Repressionsorgane kennt bekanntlich keine Grenzen - noch sehen wir ein, FreundInnen zu denunzieren oder ihre persönlichen Verhältnisse dem Gericht offen zu legen. Eine Zusammenarbeit mit der durch diesen Senat vertretenen Klassenjustiz verbietet sich daher für uns.

In diesem Sinne, Freunde und GenossInnen verrät mensch nicht! Kraft und Liebe allen sozialen und revolutionären Gefangenen!! Freispruch für Daniel!!!

Marco H., Carsten S., Martin G., Anja S., Andre H., Florian H., Monique L., Theresa S., Christian L., Sascha Z.

13. Und sie bewegt sich doch! ArbeiterInnenbewegungen und Globalisierung

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:06

"Wo immer das Kapital hingeht, geht auch der Konflikt hin." So fasste die US-amerikanische Soziologin Beverly Silver jüngst eine der Kernthesen ihres neuen Buches zusammen. "Forces of Labor" wendet sich damit ganz entschieden gegen alle Gerüchte von einem Ende der ArbeiterInnebewegung.

Mit der Globalisierung des Kapitals und mit dem angeblichen Bedeutungsverlust der Nationalstaaten gelten ArbeiterInnenkämpfe oftmals nur noch als verzweifelte Abwehrkämpfe fordistischer Fossile. Die ArbeiterInnebewegung befindet sich demnach im freien Fall. Wenn überhaupt, seien emanzipatorische Perspektiven heute nur noch von den verschiedenen Facetten der "Multitude" zu erwarten.

Gegenüber einem solchen Mainstream ist "Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870" eine blanke Provokation. In Silvers Erzählung sind es die ArbeiterInnenkämpfe, die "ArbeiterInnenunruhe", die das Kapital vor sich her treiben, von Standort zu Standort, von einer technischen Innovation zur nächsten. Es ist die Macht der ArbeiterInnenklassen, ihre Marktmacht, ihre organisatorische Kraft und/oder ihr strategischer Einfluss im Produktionsprozess selbst, die das Kapital stets neu in die Krise stürzt und zu immer neuen und doch immer nur befristeten Lösungsversuchen zwingt.

Aber Silver geht noch weiter. Die ArbeiterInnenkämpfe sind nicht nur die Triebfeder für die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus, sie prägen auch das nationale und internationale politische System. Die Integration der ArbeiterInnenklasse in den Staat, das was Silver "Sozialisierung des Staates" nennt, ist eine direkte Konsequenz der ArbeiterInnenunruhen kurz vor und vor allem am Ende des 1. Weltkriegs. Ihre kriegsbedingte Kooptation in den Staatsapparat hat ihre Macht durchaus auch gestärkt; ein Bild, das sich nach dem 2. Weltkrieg wiederholt, verstärkt durch die Verbindung von ArbeiterInnenkämpfen mit den antikolonialen Bewegungen. Für Beverly Silver ist der nationale und internationale Keynesianismus - nationale Wohlfahrtsstaaten, das System von Bretton Woods und die Entwicklungsversprechen gegenüber den Staaten des Trikonts - die Antworten des Kapitals auf ArbeiterInnenkämpfe, die sich bis hin zur Revolutionsdrohung zugespitzt hatten.

Und ähnlich wie die Lösungsstrategien auf ökonomischer Ebene (Silver nennt sie "Fixes") ist auch der politische "Fix" der 1950er und 1960er Jahre hochgradig widersprüchlich und instabil. Der Preis für die weltweite Befriedung der Klasse ist eine Profitabilitätskrise, die in den 1970er Jahren voll durchschlägt. Die Antwort des Kapitals ist bekannt: Flucht ins Finanzkapital und neoliberale Konterrevolution.

Diese Sichtweise von den realen Klassenkämpfen als Motoren der kapitalistischen Entwicklung, die Sichtweise von einer so verstandenen Zentralität der Arbeit eint Beverly Silvers Analyse mit der theoretischen Tradition des italienischen Operaismus; eine Parallelität, die durch das gänzlich unsoziologische Verständnis von ArbeiterInnenklasse noch verstärkt wird. "Klasse" ist für Silver ein Prozess, eine permanente Zersetzung und Neuzusammensetzung. Wie den OperaistInnen auch ist ihr das traditionelle linke Bild einer quasi-soziologischen Klassendefinition mit a priori zugeschriebenen "Interessen", "Verhaltensweisen" oder "Bewusstseinsstrukturen" völlig fremd.

Und dennoch: Beverly Silver ist keine Operaistin. Die Soziologieprofessorin an der Nobeluniversität Johns Hopkins in Baltimore ist vielmehr von Immanuel Wallersteins Weltsystemansatz inspiriert. Etliche ihrer Arbeiten sind Koproduktionen mit Giovanni Arrighi, einem der großen alten Männer dieser "Schule". Silver selbst hat über ein Jahr am Fernand Braudel Center in Binghamton/New York gearbeitet. Die Datenbank der dortigen World Labor Group ist die entscheidende Basis ihrer Untersuchung.

Weltsystem und Operaismus

Dieser theoretischen und forschungsstrategischen Einbettung verdankt "Forces of Labor" zwei wesentliche Stärken. Zum einen ist Silvers Buch gänzlich unideologisch vorgefasst. Es enthält sich jeglicher metaphysischen Spekulation und setzt stattdessen auf eine ganz konkrete und historische Klassenanalyse im Weltmaßstab. Zum zweiten vermeidet Silver jeden Triumphalismus. So sehr sie einer Eigenbewegung des

Kapitals, einer "autonomen" Entwicklung des Kapitalismus widerspricht, so vorsichtig äußerst sie sich über die Perspektiven der ArbeiterInnenbewegungen.

Das 19. und auch das 20. Jahrhundert hatten ihre strategischen Schlüsselsektoren: zum einen die Textilproduktion, zum anderen das Automobil. Für das 21. Jahrhundert hingegen lassen sich solche strategischen Sektoren (noch) nicht ausmachen. Gleichzeitig betont Silver die Funktion des "Finanzfixes". Die Flucht aus dem Produktionskapital in die Finanzanlage war schon während der ersten großen Depression Ende des 19. Jahrhunderts eine probate kapitalistische Krisenlösungsstrategie. Jetzt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ist dieser Mechanismus nahezu perfektioniert worden.

Die Zukunft ist ungewiss

Aber auch vor 130 Jahren hatte die Umschichtung von Kapital die ArbeiterInnenkämpfe nicht dauerhaft befriedet. Die bisherigen ökonomischen und politischen Lösungsstrategien des Kapitals gegen die "ArbeiterInnenunruhe" waren immer nur vorübergehender Natur, einer Schwächung der Klassenkämpfe an einem Teil der Welt stand eine Stärkung der ArbeiterInnenmacht an anderen Orten gegenüber. Insbesondere für China hält Silver deshalb Kämpfe mit erheblichen nationalen und internationalen, ökonomischen und politischen Auswirkungen für möglich. Und mit Verweis auf die Kampagnenerfolge prekär beschäftigter MigrantInnen und Frauen in den USA betont sie, dass auch die heutigen dezentralisierten und horizontalen Produktionsnetzwerke Orte von ArbeiterInnenunruhe sind.

So sehr die vielfältigen Abwehrkämpfe etablierter ArbeiterInnensektoren oder die "Anspruchs- und Akzeptanzkämpfe" neuer ArbeiterInnenbewegungen auch heute Motor kapitalistischer Entwicklung sind: Für Silver bedeutet diese Dynamik keineswegs einen geschichtsoptimistischen Automatismus in Richtung Emanzipation. ArbeiterInnenkämpfe müssen nicht per se fortschrittlich sein. Die Verteidigung erreichter Machtpositionen gegen die Gegenangriffe des Kapitals hat immer wieder zu Grenzziehungen und Abschottungsbewegungen innerhalb der ArbeiterInnenklasse geführt. Silver betont eindringlich, dass Hierarchien und Spaltungen nicht nur gewissermaßen "von außen" herangetragene Instrumente der Kapitalherrschaft gewesen sind. Geschlechtshierarchische, rassistische, nationalistische und andere Grenzziehungen sind häufig genug auch Ausdruck der ArbeiterInnenkämpfe selbst gewesen, gewissermaßen "rationale" Verteidigungsstrategien einzelner Klassensegmente. Es sind vor allem solche Mechanismen, die bei Beverly Silver eine deutliche Zurückhaltung gegenüber den Chancen für einen neuen ArbeiterInneninternationalismus begründen.

Dirk Hauer

Beverly Silver: "Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870", Hamburg/Berlin (Assoziation A) 2005, 284 S., 18 Euro; ausführliches Hintergrundmaterial zu diesem Buch und anderen Arbeiten von Beverly Silver befindet sich auf www.wildcat-www.de/dossiers/forcesoflabor/fol_dossier.htm

14. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:35

Cyborgs im Supermarkt

Seit etwa einem halben Jahr tragen ca. 10.000 Beschäftigte in britischen Supermarktketten eine Berufsbekleidung der besonderen Art: tragbare Minicomputer und Handgelenk-Terminals, mit denen sie über Funknetze mit dem Computersystem des Betriebes verbunden sind und mit denen ihr jeweiliger Aufenthaltsort per GPS genau lokalisiert werden kann. Weitere Accessoirs sind ein so genannter "Talkman", der über Spracherkennung die direkte verbale Kommunikation mit dem Firmenrechner ermöglicht, Kameras, Headsets, kleine Scanner, die wie ein Ring am Zeigefinger getragen werden, oder Westen, in die die Computer und Peilsender eingebaut sind.

Jede Tätigkeit der Angestellten wird so minutiös kontrolliert und gesteuert. LagerarbeiterInnen bekommen aus dem Verkaufsbereich Befehle, welche Produkte auf welchen Wegen an welche Stellen platziert werden sollen. Die zurückzulegenden Wege werden genauso exakt berechnet wie die Pausenzeiten und die Pausenlängen. "Wie Hühner in einer Legebatterie", so ein Gewerkschaftssprecher, reduzieren diese neuen Überwachungstechnologien die Beschäftigten zu vollautomatisierten Anhängseln der Computer. Sie können nur noch das selbstständig entscheiden, was noch nicht berechnet und automatisiert worden ist.

www.heise.de

Lohn der Angst

Am 25. April raste der Zugführer Ryujiro Takami in der japanischen Stadt Amagasaki mit überhöhter Geschwindigkeit in eine Kurve. Der Zug sprang aus den Gleisen, donnerte in ein Wohnhaus und riss Takami zusammen mit insgesamt 106 Passagieren in den Tod. Takami war 23 Jahre alt, und er hatte Angst: Sein Zug hatte 90 Sekunden Verspätung und der Fahrer befürchtete offenbar eine harte Bestrafung. Bereits Verspätungen von 45 Sekunden werden von den Firmenvorständen als "Verrat am Vertrauen der Kunden" bezeichnet.

Schon wegen kleiner Fehler werden Japans ZugführerInnen in demütigende Schulungen geschickt. Diese können 30 bis 40 Tage dauern. Während dieser Zeit sind die FahrerInnen vom Dienst suspendiert. Sie müssen immer wieder Aufsätze darüber schreiben, was sie falsch gemacht haben und wie sie der Gesellschaft geschadet haben. Dabei werden sie von den InstrukeurInnen angebrüllt und beleidigt, müssen Unkraut jäten, Fenster putzen oder Gebäude streichen. Bei Verspätungen mussten sich einige ZugführerInnen den ganzen Tag auf den Bahnsteigen vor den KollegInnen verneigen und entschuldigen. Gezahlt wurde während solcher Bestrafungsaktionen nur noch der Mindestlohn - ein Verlust von rund 1.000 Euro im Monat.

Stuttgarter Zeitung

No News Today

Seit dem 23. Mai wird bei der BBC gestreikt. 80 Prozent der Beschäftigten hatten sich für den Ausstand ausgesprochen, nachdem bekannt wurde, dass fast 4.000 von 27.000 Stellen gestrichen werden sollen. Über 2.000 Redaktions- und TechnikmitarbeiterInnen sind in den letzten Monaten neu in die Gewerkschaften eingetreten. 11.000 Beschäftigte hatten den Streikaufruf befolgt. Schon seit Wochen arbeiten die Beschäftigten des BBC-Fernseh-Nachrichtenkanals News 24 streng nach Vorschrift. Pausen werden penibel eingehalten. Zum Mittagessen geht man ordentlich in die Kantine und bleibt nicht vor dem eigenen Rechner sitzen. Überstunden werden nicht mehr geleistet.

Die kritische BBC-Berichterstattung über Tony Blairs Irak-Politik hatte zu einer wahren Hetzjagd gegen den Sender und zum Rücktritt von Generaldirektor Greg Dyke geführt. Dessen Nachfolger Mark Thompson, ein erklärter Parteigänger Blairs, steht nicht nur für die politische Säuberung des britischen Staatsfunks, sondern auch für einen knallharten ökonomischen Verschlankungskurs. Per Rundschreiben kündigte es bis 2008 den Abbau von 19 Prozent der Stellen in allen Bereichen der BBC an. 523 Mio. Euro sollen so "eingespart" werden.

CUT

Streik gegen Nachtschicht

Einer der längsten Streiks in der jüngeren Geschichte Italiens findet seit sieben Monaten in einem der beiden Mailänder Siemens-Werke statt. Täglich von 21 bis 2 Uhr verweigern die Beschäftigten von Cassina dei Pecchi die Ausweitung der Nachtschicht. Obwohl die drei großen Gewerkschaften FIM, FIOM und UILM im September 2004 den Vorschlag des Managements unterstützt hatten, die Nachtschichten auszuweiten, hatten sich in einer Urabstimmung die Mehrzahl der Beschäftigten dagegen ausgesprochen.

950 ArbeiterInnen sind bei Cassina die Pecchi beschäftigt. Betroffen von den zusätzlichen Nachtschichten sind 120 Beschäftigte, davon ein Drittel Frauen. 1.400 Stunden sind bisher in der Nachtschicht gestreikt worden. Zwei Wochen lang traten sogar alle Schichten in einen halbstündigen Streik. 8.400 Euro haben sich die Streikenden bisher aus dem selbstorganisierten Streikfond ausgezahlt.

www.labournet.de

15. "Die Bewegungen sind wie Schmetterlinge". Das Büro für angenehmne Lebensweisen erkundet prekäre Bewegungen

Das Büro für angenehme Lebensweisen erkundet prekäre Bewegungen

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Sozialpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:18

"Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Europa", so lautete eine Veranstaltungsreihe, die im letzten Jahr vom Büro für angenehme Lebensweisen, Hamburg, organisiert und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gesponsert wurde. Eine aktuelle Broschüre fasst die Beiträge zusammen.

Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark - das sind die Stationen dieser kleinen Momentaufnahme. Bernhard Schmidt, Paris, Emiliana Armano/Raffaele Sciortino, Turin, Roland Atzmüller, Wien und Erling Fredriksen, Gisling sind die AutorInnen der Beiträge, die alle um dasselbe Thema kreisen: den Umbau sozialstaatlicher Regulierungsinstanzen, den "neoliberalen" Angriff auf soziale Sicherungsansprüche und die sozialen Bewegungen, die sich vor allem in den Jahren 2003 und 2004 gegen diese Angriffe gewehrt haben.

Damit machen die Beiträge gleich mehrere Aspekte deutlich: Zum einen ist der neoliberale Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme und insbesondere auf die sozialen Sicherungsansprüche ein europaweites Herrschaftsprojekt. Natürlich fällt die konkrete Umgestaltung von Sozialstaatlichkeit von Land zu Land unterschiedlich aus, die großen Linien ähneln sich jedoch auf verblüffende Art und Weise. Man ist versucht, von einer europäischen Agenda 2010 zu sprechen. Zum zweiten ist dieser Umbau nach wie vor ein umkämpftes Terrain. Ja, manches spricht sogar dafür, dass die Ebene der Klassenauseinandersetzungen sich erheblich aus den Büros und Betrieben auf die Ebene der staatlich vermittelten sozialen Reproduktion verlagert hat. Renten, Erwerbslosigkeit, Krankenversicherungen - das sind die großen Themen der sozialen Konflikte.

Und drittens dokumentieren die Texte die relative Isoliertheit unterschiedlicher sozialer Bewegungen und Kämpfe. Dieser Umstand, die Artikulation des Protestes vornehmlich als isolierte Teilbereichsbewegung, wird von den HerausgeberInnen denn auch als ein wesentliches Moment für die Begrenztheit dieser Kämpfe interpretiert. Während etwa die französische Streikbewegung der Jahre 1995/96 zum Kulminations- und Bezugspunkt auch für andere Bewegungen - etwa die Kämpfe der Erwerbslosen oder der sans papiers - geworden war, ist das trotz zahlenmäßig ähnlich beeindruckender Proteste in den Jahren 2003 und 2004 nur eingeschränkt gelungen. Das mag auch ein Grund dafür gewesen sein, dass diese Jahre unter dem Strich eher Jahre der Niederlagen gewesen sind.

Von Paris nach Mailand über Wien und Kopenhagen

Die Veränderungen in der sozialstaatlich organisierten Reproduktion der Ware Arbeitskraft einerseits und die Auflösung des so genannten fordistischen Normalarbeitsverhältnisses fallen in der linken Diskussion häufig auseinander. Das Büro für angenehme Lebensweisen macht diesen Fehler nicht. Explizit werden die sozialstaatlichen Umbauprozesse mit dem Prozess der Prekarisierung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen in Verbindung gesetzt. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der Herausbildung neuer "Normalitätsvorstellungen" für proletarische Existenzen. Die HerausgeberInnen sprechen in ihrer Einleitung von einer "Normalisierung", um das Prozesshafte und damit auch Offene dieser Entwicklung zu betonen. Sie verweisen dabei auch auf die Grenzziehungen, die als quasi-rationale Verteidigungsstrategien den realen sozialen Bewegungen und Kämpfen durchaus inhärent sind. Hierarchien und Spaltungen sind somit nicht nur Aspekte von "Verrat" oder kapitalistischer Befriedungsstrategien, sondern auch Resultate realen Klassenverhaltens.

Natürlich kann diese schmale Broschüre nicht alle Fragen beantworten, die sich der Linken heute im Zusammenhang mit Prekarisierung und sozialen Kämpfen stellen. Sie kann noch nicht einmal alle Fragen aufwerfen. Und dennoch erstaunt es ein wenig, dass der europaweite Umbau von Sozialstaatlichkeit selbst eher oberflächlich, als Rückzug des Staates aus der sozialen Reproduktion analysiert wird. Der Aspekt der

autoritären Reformulierung von Sozialstaatlichkeit, dass was in der Agenda als "repressive Zwangsintegration" daher kommt, wird kaum diskutiert. Gerade Hartz IV und die Agenda 2010 weiten die autoritären Kontrollfunktionen des Staates und seiner Institutionen gegenüber seinen "unflexiblen", "unmodernen" und zwangsprekarisierten Bürgerinnen und Bürgern massiv aus. Gerade der Artikel zu den Kämpfen der Erwerbslosen in Dänemark macht deutlich, dass auch "welfare to work" ein europaweites Programm ist.

Dirk Hauer

Büro für angenehme Lebensweisen/ Rosa-Luxemburg-Bildungswerk (Hg.): "Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark, Hamburg 2004, 112 Seiten, 6 Euro

16. Handreichungen zum Klassenkampf. Krank und teuer statt gesund und billig

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:32

Karl F. ist obdachlos und nicht krankenversichert. Er lebt in München, einer Stadt mit 225 Orthopäden im Telefonbuch. Karl F. hat sich die Bänder im Fußgelenk gerissen. Freunde haben ihm den Fuß gekühlt. Wenn das Trockeneis aus dem Hinterhof des Fischladens nicht reichte, musste Karl F. seinen verletzten Fuß in die Isar halten.

188.000 Menschen ohne jeden Schutz gegen Krankheit zählte das Statistische Bundesamt im Mai 2003, nahezu doppelt so viele wie 1995. Für 2005 werden sogar 300.000 erwartet. Der Grund ist Hartz IV, denn Menschen, die aus dem Alg II oder der Sozialhilfe herausfallen, fallen auch aus der Gesetzlichen Krankenversicherung. Vor allem Erwerbslose, die ohne Trauschein mit ihrer/m PartnerIn zusammenleben, sind betroffen. Sie müssen sich selbst versichern, wissen das oft nicht oder können es sich nicht leisten.

Nur wenige ÄrztInnen und Krankenhäuser sind bereit, Unversicherte zu behandeln, die sich nicht gerade in Lebensgefahr befinden. Kliniken bestehen bei planbaren Operationen von Nichtversicherten in der Regel auf Vorkasse, teilweise bis zu 6.000 Euro. Kein Wunder, dass die Zahl derjenigen, die einfach nicht mehr zum Arzt gehen, zunimmt.

Gesundheit ist eine Ware

Ab dem 1. Juli 2005 wird Gesundheit in Deutschland noch einmal teurer. Mit diesem Datum müssen Erwerbstätige zusätzliche 0,9 Prozent ihres Einkommens für Zahnersatz und Krankengeld aufbringen. Beide Leistungen werden damit in Zukunft ausschließlich von den Lohnabhängigen bezahlt. Der Zahnersatz bleibt zwar eine Leistung der Gesetzlichen Krankenversicherung, die Notwendigkeit einer privaten Zusatzversicherung entfällt, aber er muss extra bezahlt werden. Mit den Extra-Zahlungen für das Krankengeld wird eine Regelung vorgezogen, die ursprünglich erst für 2006 vorgesehen war. Um 2,3 Mrd. Euro in 2005 und 4,5 Mrd. Euro in 2006 werden mit diesem Maßnahmepaket Gesundheitsleistungen gestrichen.

In welchem Umfang Versicherte seit dem 1.1.2004 für ihre Gesundheit selbst aufkommen müssen, zeigt folgender Überblick: Entbindungsgeld und Sterbegeld werden als Leistungen der GKV gestrichen. Sterilisation und künstliche Befruchtung werden nur noch bezahlt, wenn sie medizinisch notwendig sind. Für stationäre Behandlung, Reha oder Mutter/Vater-Kind-Kur gilt eine Zuzahlung von zehn Euro pro Tag. Sehhilfen werden nur noch für Kinder und Jugendliche oder sehr stark sehbehinderte Erwachsene bezuschusst. Bei Heilmitteln wie Krankengymnastik oder Massage müssen die PatientInnen zehn Prozent der Kosten selbst tragen. Dazu kommen noch zehn Euro Zuzahlung pro Rezept. Ebenfall zehn Prozent der Kosten plus zehn Euro pro Verordnung müssen bei der häuslichen Krankenpflege übernommen werden. Werden Haushaltshilfen gebraucht, ist ebenfalls eine Eigenbeteiligung von zehn Prozent der Kosten pro Tag fällig. Seit 2004 gilt die Praxisgebühr in Höhe von zehn Euro für den ersten Besuch im Quartal bei ÄrztInnen und ZahnärztInnen oder PsychotherapeutInnen. Bei Arzneimitteln, Verband- und anderen Hilfsmitteln müssen PatientInnen zehn Prozent der Kosten, mindestens fünf, höchstens zehn Euro, selbst tragen. Auch chronisch Erkrankte müssen zuzahlen, und zwar bis zu einem Prozent des Bruttojahreseinkommens. Fahrtkosten zu einer ambulanten Behandlung übernehmen die Kassen nur noch in Ausnahmefällen. Lediglich Fahrten zu Dialysen oder Strahlen-/Chemotherapien werden übernommen.

Die gläserne Patientin

Ab dem 1.1.2006 soll dann die so genannte elektronische Gesundheitskarte (eGK) eingeführt werden, die die bisherigen Krankenkassenkarten und den europäischen Auslandskrankenschein ersetzen soll. Neben obligatorischen Daten wie Krankenkasse, Name, Anschrift, Geschlecht, Geburtsdatum. Krankenversicherungsnummer, Versicherungsstatus oder Beginn des Versicherungsschutzes soll die Karte nachträglich und fortgesetzt beschreibbar sein. So sollen ÄrztInnen Medikamente und Rezepte, Notfall-Gesundheitsinformationen, Quittungen etc. eintragen können. Perspektivisch werden ganze Krankenakten auf der neuen Karte gespeichert.

Die neue eGK ist ein Milliardenprojekt. 70 Mio. Karten sollen an Versicherte ausgegeben werden. Dazu kommen rund 400.000 Karten für ÄrztInnen und ApothekerInnen. 110.000 Arztpraxen, 2.200 Krankenhäuser, über 21.000 Apotheken und mehr als 300 gesetzliche und private Krankenkassen müssen elektronisch vernetzt werden. ExpertInnen rechnen mit Kosten von mindestens 1,4 Mrd. Euro. Innerhalb von drei bis vier Jahren, so die Hoffnung des Bundesgesundheitsministeriums, sollen sich diese Kosten amortisiert haben - durch Einsparungen beim "Zettelkram" und beim Verwaltungsaufwand.

dk

17. Atomwaffensperrvertrag vor dem Scheitern. Zur Geschichte und aktuellen Situation des Nichtverbreitungsvertrags für Atomwaffen

Autor: Magnus Kutz · Rubrik: Atomrüstung (und Raketen); Zeitgeschichte; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:27

Bereits seit Ende der 1990er Jahre schwelen die Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten des Nichtverbreitungsvertrages: Die Atomwaffenstaaten verweigern die Abrüstung, Nordkorea kündigt den Vertrag auf und ein Beitritt von Israel, Indien und Pakistan liegt in weiter Ferne. Nachdem die Konflikte um das iranische Atomprogramm eskalierten und das Desinteresse der US-Administration an ihren Vertragspflichten in aktive Behinderung umschlug, ist die alle fünf Jahre stattfindende Überprüfungskonferenz an den überhand nehmenden Konflikten gescheitert. Auf der vom 2. bis zum 27. Mai stattfindenden Konferenz konnten sich die TeilnehmerInnen wochenlang nicht einmal auf einen Arbeitsplan einigen, bevor sie sich nach einem letzten und aussichtslosen Anlauf ergebnislos trennten.

Nachdem China 1964 seine erste Atombombe getestet hatte, waren die Prognosen düster: Die USA rechneten mittelfristig mit weiteren 20 bis 30 Atomwaffenstaaten. Vor allem im asiatischen Raum hätte ein nukleares Wettrennen nach und nach die chinesischen Nachbarstaaten erfasst. Pessimistische Szenarien prognostizierten einen nuklear bewaffneten Kontinent von Pakistan über Japan und bis nach Australien. Insbesondere einer japanischen Atombombe wurde dabei eine große Signalwirkung für Europa unterstellt. Wenn der frühere Weltkriegsgegner der USA diesen Schritt gewagt hätte, wären auch Deutschland und Italien, die im Rahmen ihres zivilen Atomprogramms bereits zu Schwellenländern geworden waren, kaum von ihren nuklearen Ambitionen abzuhalten gewesen. Die Sorge vor einer Atommacht Westdeutschland einte die USA und die UdSSR in ihren auch durch die Erfahrung der Kuba-Krise geprägten Bemühungen um einen Nichtverbreitungsvertrag. Der "Non-Proliferation-Treaty", der in Deutschland die Bezeichnung "Atomwaffensperrvertrag" erhielt, wurde 1968 zur Unterzeichnung ausgelegt und trat 1970 in Kraft.

Der Vertrag besteht aus mehreren wechselseitigen Verpflichtungen, allen voran der Zusage, Atomwaffen weder weiterzugeben noch zu erwerben oder zu entwickeln. Gestützt wird diese Verpflichtung durch Kontrollrechte der Internationalen Atomenergie-Behörde IAEA, die die Einhaltung des Vertrages seitens der nicht-nuklearen Mitgliedstaaten überwacht. Es entstand eine völkerrechtlich einmalige Zweiteilung: Diejenigen Nationen, die eine Atombombe vor dem 1.1.1967 gezündet hatten, galten dem Vertrag zufolge als Atomwaffenstaaten, während alle anderen Staaten nur die Möglichkeit hatten, als Nicht-Atomwaffenstaaten aufgenommen zu werden.

Kurze Euphorie in den 1990ern

Diese völkerrechtliche Diskriminierung führte - neben der von Italien und der Bundesrepublik durchgesetzten Befristung des Vertrages auf 25 Jahre - zur Verpflichtung der Atomwaffenstaaten, vollständig nuklear abzurüsten und "in redlicher Absicht" Verhandlungen zu führen. Außerdem wurde die friedliche Nutzung von Atomenergie zum Vertragsziel erklärt, um aus der militärischen Zweiteilung der Welt nicht auch eine technologische werden zu lassen. Eine Regelung, die ein entscheidendes Schlupfloch im Vertrag ist.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, der Beendigung des Wettrüstens und den ersten ernsthaften Anstrengungen, zumindest den strategischen Overkill auf Seiten der ehemaligen Gegner abzurüsten, machte sich Zuversicht bei allen Vertragsparteien breit und ernsthafte nukleare Abrüstung wurde zum ersten Mal politische Wirklichkeit: Die ehemaligen Sowjetrepubliken schafften ihre nuklearen Arsenale ab und traten dem Vertrag als nicht-nukleare Staaten ebenso bei wie Südafrika, dass nach dem Ende des Apartheid-Regimes seine Atomwaffen aufgeben hatte. Nur die Atommächte Indien, Pakistan und Israel verblieben außerhalb des Vertrages.

Der Glaube an die beginnende nukleare Abrüstung führte zur unbefristeten Verlängerung des Vertrages auf der Überprüfungskonferenz 1995. Doch die Euphorie währte nicht lange. Es wurde immer deutlicher, dass die ehemaligen Supermächte nur strategischen Überhang an Nuklearwaffen abrüsteten, während die anderen Atomwaffenstaaten ihre Abrüstungsbemühungen zurückstellten. Der Vertrag schlitterte langsam in die Krise

und nur fünf Jahre, nachdem die unbefristete Verlängerung beschlossen worden war, fand die Konferenz im Jahr 2000 erst in letzter Sekunde einen Konsens.

Mit großer Vehemenz wird zur Zeit die öffentliche Debatte rund um den Iran und Nordkorea ausgefochten. Dabei ist die Einordnung der täglichen Meldungen über das iranische Atomprogramm nicht einfach, da hier Probleme auf der Vertragsebene, lautes Säbelrasseln der US-Administration und der Nachklang des Irak-Krieges zusammenkommen.

Deckmantel für Nuklearrüstung

Die Situation ist für Nordkorea und den Iran ähnlich gelagert: Beide sehen sich isoliert von der Staatengemeinschaft, beide stehen einem übermächtigen Gegner gegenüber, beide steigern diese Bedrohung hin zu einer Paranoia, die bei Nordkorea aus der isolationistischen Grundhaltung des Regimes gespeist wird und die im Falle des Irans in den Erfahrungen des Krieges mit dem Irak verwurzelt ist. Hinzu kommt, dass sich bei beiden eine grundsätzliche Schwäche des Vertrags zeigt, die man in den 1970er/1980er Jahren beispielsweise schon bei Taiwan und Japan beobachten konnte - die Möglichkeit, sich im Schatten des Vertrages an die Bombe "heranzuschleichen".

Der Nichtverbreitungsvertrag unterstützt die friedliche Nutzung der Atomenergie. Gleichzeitig stellt jedoch ein ziviler Brennstoffkreislauf - insbesondere wenn er die Gewinnung von Spaltmaterial und Wiederaufbereitung einschließt - die wesentliche Grundlage eines Waffenprogramms dar. Dadurch, dass im Vertrag die Unterstützung der "zivilen" Nutzung der Atomenergie festgeschrieben ist, können Mitgliedstaaten alle erdenklichen Hilfen beim Aufbau eines Atomprogramms erhalten, solange der Brennstoffkreislauf vollständig durch die IAEA überwacht wird. Entscheidet sich dann ein Staat - wie zum Beispiel Nordkorea -, innerhalb der vorgeschriebenen Frist aus dem Vertrag auszusteigen, bleibt kaum Handhabe für die Staatengemeinschaft. Die IAEA-MitarbeiterInnen müssen das Land verlassen; die für die zivile Nutzung gelieferten Atomanlagen werden Teil eines militärischen Programms. Der Vertrag verkürzt so möglicherweise die Entwicklungszeit von Atomwaffen. Er verhindert jedoch, dass die entscheidende Schwelle hin zum tatsächlichen Bau von Waffen und der aktiven Bedrohung überschritten wird und lässt eine Vorwarnzeit von mehreren Monaten.

Während Nordkorea bereits ausgetreten ist, verhält sich der Iran formal gesehen vertragskonform, seitdem 2002 durch die IAEA Vertragsverstöße aufgedeckt wurden. Auf der juristischen Ebene erfüllt er alle Auflagen und hat Zusatzprotokolle für zusätzliche Inspektionen unterzeichnet, die bei den wenigsten Mitgliedstaaten zum Standard gehören. Auch spricht zur Zeit wenig dafür, dass der Iran den Bau von Atomwaffen plant. Gleichzeitig besteht er auf dem Aufbau eines vollständigen eigenen Brennstoffkreislaufs inklusive Urananreicherung, Wiederaufbereitung und Plutoniumherstellung.

Ein solches Programm ist eine Machtdemonstration in der Region, ein nukleares Prestigeprojekt, das den Iran dicht an die Bombe heranführt. Das politische Ziel, dies zu verhindern, ist verständlich, auch wenn diese Ambitionen keine Verstöße gegen den Vertrag darstellen. Die iranische Führung versteht es darüber hinaus, diese Frage so umzudeuten, dass es bloß noch um "gleiches Recht für alle" geht. Unterstützer werden dem Iran durch die aggressive US-Außenpolitik und das Ignorieren der Abrüstungsverpflichtung auf Seiten der Atomwaffenstaaten regelrecht in die Arme getrieben - so könnten die Beispiele Iran und Nordkorea Schule machen. Handlungsmöglichkeiten hätte es auf der Konferenz gegeben: Die Erweiterung der Kontroll- und Sanktionsrechte der IAEA, jährliche beschlussfähige Treffen der Teilnehmerstaaten, um in den Pausen zwischen den Überprüfungskonferenzen handlungsfähig zu sein, sowie die automatische Anrufung des UN-Sicherheitsrates mit einem eventuellen Vertragsaustritt wären adäquate und nützliche Maßnahmen gewesen. Ob solche Überlegungen am fehlenden Gesamtkonsens, an ausbleibender Abrüstung der Atommächte oder an nuklearen Ambitionen einzelner scheiterten, lässt sich von außen nicht beurteilen.

Erst die Abrüstungsverpflichtung der Atomwaffenstaaten ermöglichte Anfang der 1970er Jahre den Beitritt der meisten Nationen zum Nichtverbreitungsvertrag. Die vage Hoffnung auf ein Ende des Wettrüstens, die Möglichkeit, einen nuklearen Vernichtungskrieg zu verhindern, die Perspektive vollständiger nuklearer Abrüstung und das damit verbundene Versprechen, zumindest Verhandlungen "in redlicher Absicht" zu führen, waren ein Kompromiss, der das Vertragswerk tragfähig machte.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurden die Arsenale zunächst deutlich reduziert; es verbleiben jedoch immer noch über 26.000 Sprengköpfe bei Russland und den USA. In der US-Sicherheitspolitik zeigt sich

beispielhaft das grundlegende Problem der Abrüstungsverpflichtung. Nicht nur das Vorhandensein der Waffen stellt ein Problem dar, sondern vor allem die aktive Einbindung in das Sicherheitskonzept der USA. Es wird nicht nur der Einsatz gegen atomar bewaffnete Gegner erwogen, sondern ebenfalls der vergeltende, präventive und präemptive Einsatz gegen jegliche Art von Massenvernichtungswaffen, der durch die Neuentwicklung von bunkerbrechenden Mini-Atomwaffen noch wahrscheinlicher wird. Dies konterkariert nicht nur jeglichen Abrüstungswillen, sondern auch die Sicherheitsgarantie für nicht-nukleare Staaten im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages.

Üben für den Atomkrieg

Gleichzeitig zeigt sich das Desinteresse insbesondere der neokonservativen Akteure in der US-Administration an internationaler Zusammenarbeit auch hier: Seit Anfang des Jahres ließ der designierte UN-Botschafter und Hardliner John Bolton - zuletzt im Außenministerium zuständiger Staatssekretär für Nichtverbreitung - alle Aktivitäten zur Vorbereitung der Konferenz stoppen, um sie zu blockieren. Der Zweifel an der Wirksamkeit internationaler Verträge führt so zu deren Demontage. Die Kontrolle der Proliferation wird höchst kompliziert, wenn der Hegemon dem wichtigsten Kontrollinstrument das Vertrauen entzieht, da es auch ihn kontrolliert.

Bereits seit Ende der 1950er Jahre war die nukleare Teilhabe der NATO aufgebaut worden, die es vorsah, dass deutsche Kampfflugzeuge US-Atomwaffen im Kriegsfall zum Einsatz bringen. Möglich wurde die Beibehaltung dieser Vereinbarungen unter dem Nichtverbreitungsvertrag nur durch eine abenteuerliche juristische Konstruktion: Die einzelnen Elemente der nuklearen Teilhabe, die politischen Konsultationen zur Einsatzplanung, die Ausbildung der Piloten, die Lagerung von Atomwaffen auf US-Basen bei Verbündeten und die Ausrüstung der Alliierten mit Trägertechnologien stellen keinen Verstoß gegen den Wortlaut des Vertrages dar. Erst die tatsächliche Übergabe von Waffen nach Freigabe durch den US-Präsidenten im Kriegsfall führt zu einem Konflikt, denn spätestens in dem Moment, in dem das Flugzeug mit der Bombe abhebt, ist die Verfügungsgewalt über eine Atomwaffe auf einen anderen Staat übergegangen. Die USA berufen sich auf die Präambel des Vertrages, in der steht, Ziel des Vertrages sei die Verhinderung eines Atomkrieges, ergo: In dem Moment, in dem ein solcher Krieg ausgebrochen ist, gilt der Vertrag nicht mehr. Für den größten Teil der Unterzeichnerstaaten stellt die nukleare Teilhabe jedoch einen eklatanten Verstoß gegen sowohl Wortlaut als auch Geist des Vertrages dar und führt - unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit - zu massiven Konflikten.

Anfang diesen Jahres wurden erstmals Stimmen bei SPD, FDP und Grünen laut, die den Verzicht auf die Teilhabe und den Abzug der in Büchel gelagerten Atomwaffen forderten. Ein solcher unilateraler Schritt hätte vielleicht die Konferenz retten können. Im Kabinett fehlte jedoch offensichtlich der Mut, die USA in dieser Frage in irgendeiner Form zu brüskieren. Neben diesem Schritt hätte es genügend andere Möglichkeiten gegeben, den Nichtverbreitungsvertrag zu stärken. Sei es, indem man die Kontrollrechte der IAEA erweitert, die Austrittshürden erhöht oder die Einsatzbereitschaft von Atomwaffen absenkt. Darüber wird aber erst wieder in fünf Jahren diskutiert - auf der Überprüfungskonferenz 2010.

Magnus Kutz

18. Die atomare Welt. Der Finger ist nach wie vor auf dem roten Knopf

Autor: IPPNW · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Atomrüstung (und Raketen); Zeitgeschichte; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:09

Der Kalte Krieg ist längst vorbei. Aber: Bis heute bedrohen uns rund 28.000 Atomwaffen im Besitz der neun Atomwaffenstaaten (USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Israel, Indien, Nordkorea und Pakistan). Das ist zwar weniger als die Hälfte der Atomwaffen auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, jedoch noch genug, um die Welt mehrere Male zu zerstören. 96% der Atomwaffen gehören den USA oder Russland. Ungefähr 13.500 sind sofort einsatzfähig. Davon sind ca. 4.000 in ständiger Höchstalarmbereitschaft. Sie erreichen ihr Ziel in wenigen Minuten und töten Millionen von Menschen. Das Risiko eines versehentlich ausgelösten Atomkrieges ist genauso hoch wie im Kalten Krieg.

Es gibt heute noch eine zusätzliche Gefahr. Die USA haben ein Tabu gebrochen: Atomwaffen sollen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern auch in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden. Ein Strategiepapier des Pentagon beschreibt Planspiele für den Einsatz von Atomwaffen gegen mindestens sieben Länder, darunter Russland, China, Libyen, Syrien und die "Achse des Bösen": Irak, Iran und Nordkorea. Atomwaffen sollen einerseits dort militärisch "präventiv" eingesetzt werden, wo die angegriffenen Ziele konventionellen Angriffen standhalten könnten; andererseits dort, wo Länder atomare, biologische oder chemische Waffen besitzen. Wegen der "veränderten Bedrohungslage" planen die USA Mini-Atomwaffen oder bunkerbrechende Atomwaffen zu entwickeln. Weitere Staaten wie z.B. Frankreich und Russland folgen diesem Weg in ein neues nukleares Zeitalter. Damit wird die atomare Hemmschwelle herabgesetzt. Es wird suggeriert, dass solche Waffen einsetzbar seien, weil sie nur minimale "kollaterale Schäden" verursachen würden. Das Gegenteil ist wahr: Eine Atomwaffe, die in die Erde eindringt bevor sie explodiert, verursacht noch mehr tödliches Fallout als eine herkömmliche Atomwaffe.

Und last but not least gibt es die Verbreitung von Atomwaffen. 35 Jahre hat es gedauert, bis der Atomwaffensperrvertrag seine Glaubwürdigkeit verlor. Weil immer mehr Staaten sich durch die USA bedroht fühlen und irrtümlich meinen, nur Atomwaffen könnten sie davor schützen, droht jetzt der Verkauf von Materialien und Wissen zum Bau der Atombombe auf dem freien Markt.

USA: Offiziell anerkannter Atomwaffenstaat (seit 1945) und Mitglied des Atomwaffensperrvertrags (NVV). Die USA verpflichten sich darin, "in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung". (Artikel VI)

Die USA besitzen noch 10.300 Atomwaffen, wovon sich 5.000 in "aktiver" Reserve befinden (d.h. sie sind z.Zt. nicht stationiert). Seit 1945 haben sie etwa 70.000 Atomwaffen produziert; darunter 70 verschiedene Typen, von der kleinen Atommine bis zu gewaltigen Wasserstoffbomben mit Megatonnensprengkraft. Zur Zeit überholen die USA ihr komplettes atomares Arsenal, um für die "neue Bedrohungslage" gewappnet zu sein. Dies schließt die Entwicklung neuer Atomwaffen, wie z.B. die so genannten Mininukes und Bunker Busters ein.

Neue nukleare Bedrohungen

Die USA halten sich erklärtermaßen nicht an bestehende Verträge (NVV) und lehnen weiterführende Abkommen zur Begrenzung der nuklearen Bedrohung ab (Atomteststoppvertrag, Vertrag über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke, Raketenabwehrvertrag).

US-Atomwaffen in Europa (NATO): Die USA haben Stationierungsplätze für bis zu 816 taktische Atomwaffen vom Typ B-61 in Europa. Experten gehen davon aus, dass 480 Atomwaffen stationiert sind. Diese Atomwaffen gehören unter US-Kommando, können jedoch im Ernstfall von europäischen Piloten und Flugzeugen eingesetzt werden. Dies würde im Rahmen der "nuklearen Teilhabe", über die alle NATO-Mitglieder in die Planung eines Atomkriegs eingebunden sind, geschehen. US-Atomwaffen sind in den folgenden Staaten stationiert: Belgien (20 in Kleine Brogel), Deutschland (20 in Büchel, 130 in Ramstein), Großbritannien (110 in Lakenheath), Niederlande (20 in Volkel), Italien (40 in Ghedi Torre, und 50 in Aviano), Türkei (90 in Incirlik). Zusätzlich befinden sich wieder aktivierbare Atomwaffendepots in Deutschland (Memmingen und Nörvenich),

in Griechenland (Araxos) und in der Türkei (Murted und Balikesir), wo momentan aber keine Atomwaffen stationiert sind.

Großbritannien: Die Briten sind Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages und damit als offizieller Atomwaffenstaat anerkannt. Rund 200 Atomsprengköpfe befinden sich im britischen Arsenal. Bis auf 25 Sprengköpfe, die in Reserve gehalten werden, befinden sich alle strategischen Atomwaffen auf Trident U-Booten. Nur eins von den insgesamt vier U-Booten befindet sich ständig auf dem Meer, bestückt mit bis zu 48 Atomwaffen. Die Trident-Raketen an Bord tragen 3-4 Mehrfachsprengköpfe, deren Atomwaffen gegen verschiedene Ziele im gleichen Zielgebiet eingesetzt werden können. Jeder Sprengkopf hat eine Sprengkraft von 100 Kilotonnen (das entspricht der 960-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe mit ca. 200.000 Toten). Über einen Ersatz für das Trident-System wird in England ernsthaft diskutiert.

Großbritannien ist dem Atomteststoppvertrag beigetreten.

Frankreich: Zur "Force de Frappe" der Franzosen gehören Atomwaffen mit insgesamt 350 Sprengköpfen auf Flugzeugen und U-Booten. Bis auf 60 Luft-Boden-Raketen für Flugzeuge auf Flugzeugträgern handelt es sich um U-Boot-gestützte Raketen mit einer Reichweite von 6.000 km und einer Sprengkraft von 100-150 Kilotonnen. Der Unterhalt dieser Waffen kostet 2,3 Milliarden US-Dollar pro Jahr.

Frankreich modernisiert seine gesamte Atomstreitmacht. Das Arsenal wird auf "Schurkenstaaten" ausgerichtet. Zudem werden neue Miniatomwaffen entwickelt.

Frankreich ist der einzige Atomwaffenstaat, der sein Atomtestgelände auf Moruroa im Südpazifik nach weltweiten Protesten geschlossen hat. Der Atomteststoppvertrag und Raratonga-Vertrag (atomwaffenfreie Zone) sichern den französischen Atomteststopp. Zudem erklärte Frankreich 1992, kein Plutonium für Atomwaffen mehr herzustellen und hat seine Plutoniumfabrik in Marcoule 1997 geschlossen.

Russland: Die Sowjetunion wurde 1949 Atomwaffenmacht, ist Vertragspartei des NVV und führte über 700 Atomtests durch. Man schätzt, dass Russland bzw. die Sowjetunion seit 1949 etwa 55.000 Atomwaffen produziert hat.

Atomwaffen für alle

Das russische Arsenal beinhaltet 7.200 einsatzfähige Atomsprengköpfe, davon 3.800 strategische Atomwaffen. In Lagern befinden sich zusätzlich bis zu 10.000 "inaktive" Atomwaffen. Das Moskauer Abkommen aus dem Jahr 2002 zwischen USA und Russland sieht vor, dass beide Staaten ihr strategisches Arsenal auf 1.700 bis 2.200 "aktive" Atomwaffen bis 2012 reduzieren. Das Abkommen enthält jedoch keine Verifikationsmaßnahmen. Beide Parteien dürfen mit nur dreimonatiger Kündigungsfrist ohne Begründung aus dem Abkommen austreten. Wahrscheinlich wird es nicht zu weiteren Verhandlungen über taktische Atomwaffen kommen.

Russland hat im Oktober 2003 verlautbart, eine Modernisierung der Atomstreitmacht durchzuführen. 2004 kündigte ein russischer Beamter die Entwicklung eines neuen mobilen Sprengkopfes an, der ein Abwehrschild umgehen könne. Die russische Föderation ist Mitglied des Atomteststoppvertrages.

Weißrussland, Ukraine, Kasachstan: Diese ehemaligen sowjetischen Republiken sind nach der Auflösung der Sowjetunion atomwaffenfrei geworden. Alle Atomwaffen wurden bis 1996 nach Russland abgezogen. Die drei Staaten haben sowohl den Atomwaffensperrvertrag als auch den Atomteststoppvertrag unterzeichnet und ratifiziert.

Südafrika: Südafrika zerstörte seine sechs Atomwaffen kurz vor dem Ende der Apartheid, um dem Atomwaffensperrvertrag 1991 beizutreten und sich damit wieder in die internationale Gesellschaft eingliedern zu können. Bis 1994 waren alle südafrikanischen Atomwaffenanlagen komplett abgebaut.

China: China ist erst seit 1992 Mitglied des Atomwaffensperrvertrags. Es fordert zwar stets einen Vertrag zur Abschaffung aller Atomwaffen und unterhält nur eine relativ kleine atomare Abschreckungsmacht, rüstet aber auch nicht ab. Stattdessen reagiert China auf die US-Raketenabwehrpläne mit einer beschleunigten Modernisierung seiner Atomstreitkräfte, vor allem der Trägersysteme. Es entwickelt Interkontinentalraketen, um seine Langstreckenraketen zu ersetzen. Ein neuer Typ von Interkontinentalraketen soll jederzeit und überall einsatzbereit sein. Auch die Raketen für seine U-Boot-Streitkräfte sollen mit besseren ersetzt werden.

Im jetzigen Arsenal befinden sind rund 400 Atomwaffen meist kürzerer Reichweite, stationiert auf U-Booten, Flugzeugen und landgestützten ballistischen Raketen. Maximal 20 chinesische Interkontinentalraketen können die USA erreichen.

Indien und Pakistan: Diese beiden Staaten sind nicht anerkannte Atomwaffenmächte und treten dem Atomwaffensperrvertrag aus diesem Grund auch nicht bei. (Dies ist nicht möglich, da der Vertrag festschreibt, dass Atommacht nur sein darf, wer vor Vertragsabschluss schon getestet hatte). Obwohl vermutet wird, dass sie bereits seit langem Atomwaffen besitzen, ist ihr Atompotenzial erst seit der beiderseitigen Atomtestreihe 1998 definitiv bekannt. Indien hat schätzungsweise 30 bis 35 Atomwaffen, Pakistan 24 bis 48, das Arsenal wächst jedoch ständig. Auch die Stationierung in Indien geht voran und eine Befehlsstruktur wird aufgebaut, so dass das indische Abschreckungspotenzial "glaubwürdiger" wird.

Beide Staaten besitzen weit reichende ballistische Raketen. Die Bedrohungsrhetorik beider Staaten erreichte im Jahr 2002 erschreckende Ausmaße. Seitdem ist die Lage zwar entspannter geworden, sie bleibt jedoch - trotz der jüngsten Gesprächsbereitschaft - höchst gefährlich.

28.000 Atomwaffen weltweit

Israel: Israel hat sein Atomwaffenpotenzial nie offiziell zugegeben, droht jedoch in Krisensituationen immer wieder damit, es könne Atomwaffen einsetzen. Experten schätzen, dass Israel 75 bis 200 Atomwaffen besitzt, die Arabische Liga behauptet, es habe eher 350 im Arsenal. Um die Diskussion über seine Atomwaffen und eine eventuelle Abrüstung zu umgehen, tritt Israel dem Atomwaffensperrvertrag nicht bei.

Iran: Die USA und Israel verdächtigen den Iran, ein geheimes Atomwaffenprogramm zu betreiben. Tatsächlich förderten Untersuchungen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zu Tage, dass der Iran mehr Uran angereichert hat und mehr Anlagen betreibt, als er in Wien gemeldet hatte. Die IAEO fordert die Einstellung des Anreicherungsprogramms. Deutschland, Frankreich und Großbritannien versuchen im Streit zu vermitteln und bieten die Lieferung bereits angereicherten Urans an. Israel droht, die Anlagen im Iran zu zerstören, falls der Iran Atomwaffen baut. Der Iran droht seinerseits die Zusammenarbeit mit der IAEO zu beenden und den Atomwaffensperrvertrag zu verlassen. Bis heute beteuert er keine Atomwaffen bauen zu wollen und nur ein rein ziviles Atomprogramm zu betreiben.

Nordkorea: Nordkorea hat für Schlagzeilen gesorgt, als es Anfang 2003 aus dem Atomwaffensperrvertrag ausgetreten ist. Ungewiss ist, ob Nordkorea wirklich im Besitz von Atomwaffen ist. Im Februar 2005 behauptete Pjöngjang jedoch, bereits Atomwaffen entwickelt zu haben. Der Grund: Verteidigung gegen die "feindselige" USA. Die US-Geheimdienste schätzen, dass es mindestens zwei Atomwaffen gebaut habe und genug Plutonium besitze, um weitere zu bauen.

www.ippnw.de

Quellen:

www.atomwaffenA-Z.info; Bulletin of Atomic Scientists, NRDC Nuclear Notebook 2001-2003: www.thebulletin.org/issues/nukenotes/nukenote.html; Jackie Cabasso: "Cessation of the Nuclear Arms Race" in Burroughs, Spies, Cabasso und Lichtermann: "Compliance Assessment: The NPT Declared Nuclear Weapon States"; Xanthe Hall: "Unsere atomare Welt" in IPPNW-Forum 85/04, "Irans Atomprogramm. Ärger um Anreicherung", IPPNW-Factsheet, Oktober 2004 und "Nordkorea ist Atomwaffenmacht", IPPNW-Factsheet, Februar 2005; Hans M. Kristensen: "U.S. Nuclear Weapons in Europe"

19. Zum Wohle der Menschheit... Atombombentests im Pazifik und ihre Folgen

Autor: Vo. · Rubrik: Atomrüstung (und Raketen); USA; Australien · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:22

Am Sonntag, den 10. Februar 1946 landete der US-Gouverneur der Marshall-Inseln, Ben H. Wyatt, auf der Insel Bikini im Bikini-Atoll. Nach einem gemeinsamen Gottesdienst sprach der Gouverneur zu den 167 BewohnerInnen und erklärte, dass die US-Wissenschaftler mit atomaren Sprengköpfen experimentieren müssten "zum Wohle der Menschheit und zur Beendigung aller Kriege". Derart eingestimmt erklärte Häuptling Juda nach kurzer Beratung: Wenn "die US-Regierung und die Wissenschaftler der Welt wünschen, dass die Insel und unser Atoll benutzt wird für Entwicklungen, die mit Gottes Segen zum Wohl und Nutzen der gesamten Menschheit führen werden, dann werden meine Leute sich geehrt fühlen, woanders hinzugehen." Damit begann der Leidensweg der Menschen von Bikini, der auch heute noch nicht beendet ist.

Seit dem Juli 1946 nutzten die USA das Bikini-Atoll und später auch das benachbarte Eniwetok-Atoll zu Atombombenversuchen. Zwischen 1946 und 1958 wurden 67 oberirdische Testexplosionen durchgeführt. Hinzu kamen zwischen 1958 und 1962 noch mal zwölf Tests auf den Johnston-Inseln.

Schon nach den ersten beiden Versuchen war das Bikini-Atoll derart verseucht, dass an eine Rückkehr der BewohnerInnen nicht zu denken war. Diese waren in dem Glauben gelassen worden, dass ihre Umsiedlung nur vorübergehend sei. Nunmehr wurden sie von einer zur anderen der Marshall-Inseln verschoben. Nach einer von den USA propagandistisch groß heraus gestellten Entseuchungsaktion durften sie 1974 auf ihre Heimatinsel zurückkehren. Doch alsbald wurde ihnen abgeraten, die auf der Insel produzierten Lebensmittel zu essen. Plutonium, Strontium und Cäsium waren in Nahrung, Trinkwasser und Boden festgestellt worden. Die Menschen wurden zunächst mit Konserven und eingeführtem Trinkwasser versorgt, und 1978 wurden sie schließlich erneut evakuiert.

Am 1. März 1954 wurde beim Bravo-Test auf dem Bikini-Atoll die größte Wasserstoffbombe in der Geschichte der Nuklearversuche zur Explosion gebracht. Mit 15 Megatonnen hatte sie die 750fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Millionen Tonnen von Material wurden in die Luft geschleudert. Das Riff, Teile der Insel und der Lagune vermischten sich mit einer riesigen atomaren Wolke und bildeten einen Atompilz, der über Hunderte von Kilometern sichtbar war. In Windrichtung wurde eine Zone von 7000 Meilen atomar verseucht. In diesem Gebiet lagen mehrere bewohnte Inseln, z.B. Rongelap, deren Bewohner atomar verstrahlt wurden.

Die Menschen auf den umliegenden Inseln wurden beim Bravo-Test und den anderen Tests bewusst als Versuchskaninchen missbraucht. US-Wissenschaftler führten Langzeitbeobachtungen der Insulaner durch. Anzeichen radioaktiver Verseuchung wie Augen-, Haut- und Schleimhautreizungen, Erbrechen, Verbrennungen und Haarausfall stellten sich unmittelbar nach den Versuchen ein. Langfristig wurden u.a. eine Verdoppelung der Zahl der Fehlgeburten und ein Anstieg der Krebsrate auf 40 Prozent (US-Durchschnitt 3-4 Prozent) festgestellt. Über 90 Prozent der BewohnerInnen Rongelaps im Bikini-Atoll, die 1954 jünger als 12 Jahre waren, bekamen später Schilddrüsentumore.

Menschen als Versuchskaninchen

Den Menschen von Rongelap, die 1954 ein paar Tage nach der Bravo-Explosion evakuiert worden waren, wurde 1957 überraschend die Rückkehr auf ihre Insel erlaubt - in voller Kenntnis der Gefahren, die den Menschen dort nach wie vor drohten. Man erhoffte, "wertvolle Daten über Leben in einer radioaktiven Umwelt" zu erhalten, so dass damals mit der gesundheitlichen Untersuchung der Atomtestopfer beauftragte US-Institut. In der Tat wurden die Menschen auf Rongelap einem zweiten Schub radioaktiver Bestrahlung ausgesetzt. Eine markante Zunahme von Totgeburten, Missbildungen, Krebserkrankungen war die Folge. 1978 ordneten die US-Behörden eine neuerliche Evakuierung Rongelaps an.

Noch heute leben viele Menschen von Bikini, Rongelap und anderen betroffenen Inseln unter slumartigen Verhältnissen zusammengepfercht auf der winzigen Koralleninsel Ebeye im Kwajalein-Atoll, wo sie fern der Heimat ihr Dasein als Almosenempfänger der US-Regierung fristen. 1986 haben die USA die Marshall-Inseln zwar in die Unabhängigkeit entlassen, sie aber durch einen "Compact of Free Association" weiter an sich

gebunden und ihnen dafür 270 Mio. US-Dollar als Entschädigung für die Atomtests offeriert. Diese Summe wurde bis 2001 ausgezahlt; seither lehnen die USA weitere Zahlungen und eine medizinische Betreuung der Atomtestopfer ab. Diese fordern weitere Entschädigungen und weitere medizinische Versorgung. Entsprechende langwierige Gerichtsprozesse sind in den USA anhängig.

Die Briten testeten ihre Atomwaffen zunächst in Australien, später ebenfalls im Pazifik. Ab 1952 diente ihnen die Monte-Bello-Insel unmittelbar vor der Westküste Australiens zu drei Tests. Die Briten zählten im 150-Meilen-Umkreis der Explosionen auf dem australischen Festland 715 Menschen. Über das Schicksal der mehr als 4000 von den Monte-Bello-Explosionen direkt betroffenen Aboriginals ist nichts bekannt. Sie wurden schlicht nicht mitgerechnet, hatten sie seinerzeit doch noch nicht einmal die australische Staatsbürgerschaft. Denn die Briten nutzten die Tests nicht für Gesundheitsstudien an den Betroffenen. Fest steht, dass die Monte-Bello-Tests noch 3600 km entfernt an der australischen Ostküste dramatisch hohen radioaktiven Fallout zur Folge hatten.

In der Großen Viktoria Wüste führte Großbritannien von 1953 bis 1957 neun Tests in Emu Field und Maralinga durch. Die angeblich menschenleere Wüste war Heimat verschiedener Aboriginal-Gruppen. Sie zogen zu jener Zeit noch in kleinen Gruppen als Nomaden durch ihr Land. Es ist sicher, dass sich während der Tests Aboriginal-Gruppen in der "verbotenen Zone" befanden. Niemand machte sich die Mühe, sie zu informieren und zu warnen, da dies nur die Tests unnötig verzögert hätte. In späteren Berichten von betroffenen Aboriginals ist von dichtem Staub, der sich über das Land legte, von Erbrechen, Haarausfall, Durchfall, Erblindungen bei den Menschen die Rede. Viele Aboriginals erkrankten an Schilddrüsenkrebs und Leukämie.

Die Testorte wurden in den 60er Jahren nur sehr oberflächlich entseucht. Autowracks, zerstörte Gebäudeteile usw. wurden eingebuddelt, Zäune und Warnschilder entfernt, in der Hoffnung, dass so niemand den Ort finden würde. 1967 wurden Maralinga und Emu offiziell als "radiologisch sicher" erklärt. Erst Ende der 90er Jahre wurde eine neuerliche Säuberungsaktion durchgeführt, diesmal unter Anwendung der "weltbesten Verfahren", wie die zuständigen australischen Stellen beteuerten. Unabhängige Experten deckten allerdings erhebliche Nachlässigkeiten und Schlamperei auf.

Von de Gaulle bis Chirac

Wegen der globalen radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre durch die oberirdischen Atomwaffentests einigten sich die USA, die UdSSR und Großbritannien 1963 auf einen partiellen Atomtestsperrvertrag, der Versuche in der Atmosphäre verbot. Frankreich trat diesem Vertrag nicht bei und setzte seine Versuche, mit denen es 1960 in der algerischen Sahara begonnen hatte, auch in den 60er und 70er Jahren oberirdisch fort. Seit 1966 benutzte es hierfür die Atolle Moruroa und Fangataufa in seinem pazifischen Überseeterritorium. Dort wurden zwischen 1966 und 1974 insgesamt 41 oberirdische Tests durchgeführt.

Auch die Franzosen gingen mit menschenverachtendem Zynismus vor. So testete man auch bei ungünstigen Windverhältnissen und nahm dabei eine Verseuchung bewohnter Inseln in Kauf. So geschehen 1966, als der damalige Staatspräsident de Gaulle selbst einem Test beiwohnte. Der Versuch war ursprünglich für den 10. September vorgesehen, wurde jedoch auf Grund ungünstiger Windverhältnisse zunächst verschoben. Als die Winde am folgenden Tag noch immer aus einer gefährlichen Richtung wehten, forderte de Gaulle trotzdem die Durchführung des Tests. So wurde die Bombe gezündet. Die Folge: Noch auf dem 3700 km von Moruroa entfernten West-Samoa wurden die Brunnen in der Hauptstadt Apia radioaktiv verseucht.

Protest und Widerstand

Frankreich sah sich zusehends mit Protesten der benachbarten Länder konfrontiert, die dem radioaktiven Niederschlag der französischen Tests ausgesetzt waren, wobei auch Peru zu den "Nachbarn" zählte. Australien und Neuseeland gingen sogar vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Daraufhin sah sich Frankreich schließlich genötigt, die oberirdischen Tests einzustellen. Doch nunmehr verlegte man sich auf unterirdische bzw. unterseeische Tests. Davon wurden zwischen 1975 und 1996 auf Fangataufa und vor allem auf Moruroa insgesamt 154 durchgeführt. Bei jeder dieser Explosionen entstanden im Inneren der Atolle große Hohlräume, in die anschließend Gestein nachrutschte. Das führte zum Absinken der Atolloberfläche und zu kilometerlangen Rissen im Atoll, durch die fortwährend Radioaktivität ins Meer austritt.

Selbstverständlich behaupteten alle französischen Regierungen beharrlich, dass die Tests absolut sicher gewesen seien - so zuletzt Präsident Chirac bei seinem Besuch auf Tahiti im Juli 2003. Man weigert sich, einen Zusammenhang anzuerkennen, z.B. zwischen den drastisch erhöhten Zahlen von Krebserkrankungen bei den auf Moruroa beschäftigten polynesischen Arbeitern und den Atomwaffentests. Aufklärung wird dadurch verhindert, dass die Unterlagen über die französischen Tests zur militärischen Geheimsache erklärt sind und die Akten erst nach 60 Jahren öffentlich zugänglich werden. Gleichwohl haben unabhängige WissenschaftlerInnen und Ärzte in eigenständig durchgeführten Untersuchungen aufgezeigt, in welch einem großen Ausmaß die Menschen in Französisch-Polynesien zu Atomtestopfern geworden sind. Nun fordern diese Opfer die Öffnung der französischen Militärarchive und die Freigabe der Gesundheitsakten der Testarbeiter, ein Schuldeingeständnis Frankreichs und Entschädigungen für die Opfer und ihre Angehörigen.

Am Anfang der Proteste steht Greenpeace, und der Protest gegen die französischen Atomversuche im Pazifik war der Anfang von Greenpeace. Im Jahre 1972 segelte David Mc Taggart mit zwei Mitstreitern erstmals mit seiner Yacht Vega ins Testgebiet von Moruroa, um einen unmittelbar bevorstehenden Test zu verhindern. Es folgten Jahre und Jahrzehnte eines zähen Kampfes zwischen Greenpeace und den französischen Atombombenfreaks. Trauriger Höhepunkt war die Versenkung des Greenpeace-Schiffes Rainbow Warrior durch Agenten des französischen Geheimdienstes im Hafen des neuseeländischen Auckland am 10. Juli 1985. Bei diesem Anschlag starb der Greenpeace-Fotograf Fernando Pereira. Dieser Anschlag machte seinerzeit die französischen Nukleartests wochenlang zum Thema in der internationalen Presse. Es ist sicher ein Verdienst von Greenpeace, dass die französischen Atomtests und die atomare Verseuchung des Pazifik ans Licht der Weltöffentlichkeit gezerrt wurden.

Auch die direkt von den Atomtests betroffenen Menschen aus der Region haben sich organisiert und kämpfen um ihr Recht, um Aufklärung über die tatsächlich verursachten Schäden, ein Schuldeingeständnis der Atommächte, angemessene Entschädigung, für einen nuklearwaffenfreien Pazifik und eine nuklearwaffenfreie Welt. Es haben sich Verbände der Opfer gebildet, die Aufklärungsarbeit leisten und die Interessen der Opfer vertreten. In Französisch-Polynesien ist das etwa die Organisation Moruroa et tatou (Moruroa und wir), die 2001 gegründet wurde und rund 3.500 Mitglieder hat. Darüber hinaus sorgt das bereits 1975 gebildete NFIP-Netzwerk (Nuclear Free and Independent Pacific) für eine die gesamte pazifische Region umfassende Koordination und die Kooperation mit Nuklearwaffengegnern in anderen Teilen der Welt. Das Pacific Concerns Resource Centre in Suva auf Fidschi fungiert als Sekretariat des NFIP-Netzwerks. Zudem hat sich 2002 in Paris das Paris International Nuclear Test Network als Zusammenschluss von Opferverbänden aus aller Welt konstituiert. Der 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sollte dazu genutzt werden, auch an die an den BewohnerInnen des Pazifik durch die Atomtests begangenen Verbrechen zu erinnern und der weltweiten Bewegung für eine atomwaffenfreie Welt neuen Schwung zu verleihen.

Vo, Brisbane/Australien

20. Hiroshima und Nagasaki: Zwei Bomben gegen die Sowjetunion

Autor: Michael Hahn · Rubrik: Atomrüstung (und Raketen); Japan; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:10

60 Jahre nach der nuklearen Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis gibt es immer noch eine heftige Debatte um die Entscheidung der Truman-Administration, im August 1945 die beiden Atombomben einzusetzen. Was waren die Motive der US-Regierung?

Der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki führte zur Kapitulation Japans und damit zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Zwar forderten die beiden Bomben mindestens 200.000 zivile Todesopfer, aber sie machten die geplante Invasion US-amerikanischer Truppen auf den japanischen Hauptinseln überflüssig, die wahrscheinlich noch sehr viel mehr Menschenleben gekostet hätte.

So lautet die Begründung für den Atombombenabwurf, wie sie (nicht nur) in den USA von führenden Politikern und Massenmedien bis heute verbreitet wird. Auf den ersten Blick ist diese Begründung auch durchaus berechtigt. In Ostasien und im Pazifik hatte Japan Kriegsverbrechen begangen, die nur noch von seinem deutschen Verbündeten übertroffen wurden. Trotz des offensichtlich verlorenen Krieges ließen das japanische Militär und die große Mehrheit der Zivilbevölkerung auch im Sommer 1945 keinen Zweifel an ihrem Durchhaltewillen.

Ob die atomare Zerstörung Hiroshimas (6.8.1945) und Nagasakis (9.8.1945) tatsächlich für die japanische Kapitulation (15.8.1945) ausschlaggebend war, wird heftig diskutiert. War eine verlustreiche Invasion wirklich die einzige Alternative zur Atombombe? Hätten die Alliierten im Sommer 1945 Japan auch anders zum Aufgeben zwingen können? Und: Gab es - neben einer Kapitulation Japans - noch andere Motive für den Abwurf der Bomben?

"Bombe rettet US-Leben"

Nach dem Kriegsende gab es zunächst relativ breit geäußerte Zweifel an der Berechtigung des Atomwaffen-Einsatzes. Eine Reportage über sechs Atombomben-Überlebende im Augustheft der renommierten US-Wochenzeitschrift The New Yorker erregte 1946 in den USA großes Aufsehen und weckte Sympathien mit den japanischen Opfern.

Daraufhin verfasste der inzwischen in den Ruhestand getretene Ex-Kriegsminister Henry Stimson einen langen Artikel für die Monatszeitschrift Harper's ("The Decision to Use the Atomic Bomb", Februar 1947). Dieser Artikel etablierte die orthodoxe Lehrmeinung über den Atomwaffen-Einsatz in Hiroshima und Nagasaki, die bis heute weitgehend "gültig" ist (zumindest in den Massenmedien und unter konservativen Historikern): 1) Die Atombomben beendeten den Pazifikkrieg und 2) sie retteten mehrere hunderttausend US-amerikanische Menschenleben. Spätestens mit dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 wurden dann jegliche Zweifel an der US-Kriegsführung aus dem legitimen öffentlichen Diskurs verbannt. Truman-Doktrin ("Eindämmung der Sowjetunion") und McCarthy-Kommunistenjagd erstickten alle Kritik.

Nur eine winzige Minderheit in der US-Historikerzunft wehrte sich gegen den verordneten Konsens. Die linken "Revisionisten" (so ihre Selbstbezeichnung) interpretierten den Bruch der Anti-Hitler-Koalition und den Ausbruch des Kalten Kriegs nicht als Ergebnisse eines sowjetischen Expansionismus, sondern als Ausdruck von imperialen Bestrebungen der USA. 1965 erschien das Buch "Atomic Diplomacy". Der Autor, der junge Historiker Gar Alperovitz interpretierte die Atombombenabwürfe über Japan als erste Warnschüsse gegen die Sowjetunion - und wurde von der Fachwelt zunächst links liegen gelassen.

1995 hat Alperovitz ein Buch veröffentlicht, das für erheblich mehr Aufsehen gesorgt hat: "The Decision to Use the Atomic Bomb". (1) Alperovitz' These: Mehr noch als eine militärische Kapitulation Japans spielten bei der Entscheidung für den Atombomben-Abwurf "diplomatische Gründe - besonders die Hoffnung, die Hand des Westens gegen die Sowjetunion zu stärken - eine bedeutsame Rolle".

Gestützt auf historische Quellen weist Alperovitz nach, dass es 1945 mehrere Alternativen zu einem Kernwaffen-Einsatz gab - und dass diese Alternativen der US-Führung bekannt waren. Den USA war es

gelungen, die japanischen Geheimcodes zu entschlüsseln. Harry S. Truman wusste bereits Anfang Juli, dass der japanische Kaiser Moskau (das damals noch neutral war) zur Vermittlung bei Friedensverhandlungen gewinnen wollte.

Die einzige Bedingung der Japaner: Der (als göttlich verehrte) Kaiser Hirohito darf nicht angetastet werden. Die US-Führung war fast einhellig (mit Ausnahme von Außenminister James Byrnes) der Auffassung, dass die alliierte Forderung nach "bedingungsloser Kapitulation" dahingehend modifiziert werden sollte. Trotzdem, schreibt Alperovitz, ließ Truman im Juli 1945 eine Sicherheitsgarantie für den Tenno aus dem Entwurf der Potsdamer Erklärung streichen. Erst nach langer Verzögerung gab die US-Regierung schließlich die gewünschte Garantie zu Gunsten Hirohitos - nach dem Abwurf der Atombomben. Japan kapitulierte, das Kaiserhaus blieb erhalten, Hirohito musste sich nicht vor einem Kriegsverbrecher-Tribunal verantworten.

Warum zögerte Truman eine Garantie-Erklärung für den japanischen Kaiser bis nach dem Bombenabwurf hinaus? Möglicherweise hatte der US-Präsident im Frühsommer 1945 gar kein Interesse an einer raschen japanischen Kapitulation. Die Arbeiten an einer US-Atombombe liefen auf Hochtouren. Am 16. Juli explodierte auf dem Versuchsgelände Alamogordo in der Wüste von New Mexico der erste nukleare Sprengsatz. Am nächsten Tag konferierten die Siegermächte in Potsdam. Alperovitz zitiert einen Tagebuch-Eintrag des US-Kriegsministers Stimson: "Als (Truman) zu der Sitzung kam, nachdem er diesen Bericht (über den gelungenen Atomversuch) gelesen hatte, war er ein veränderter Mensch. Er sagte den Russen, was machbar war und was nicht, und kommandierte allgemein das ganze Treffen."

Japanische Kapitulation auch ohne Atombombe?

Die Vermutung liegt nahe: Womöglich zögerten die USA eine japanische Kapitulation bewusst hinaus, um ihre Uran-235-Bombe (Hiroshima) und Plutonium-239-Bombe (Nagasaki) noch einsetzen zu können. Damit hätte die nukleare Zerstörung der beiden Großstädte den Krieg nicht etwa "vorzeitig" beendet und so Menschenleben gerettet, sondern ihn sogar verlängert.

Es mag sein, dass auch eine Garantieerklärung zu Gunsten des japanischen Kaisers noch nicht gereicht hätte. Aber ein zusätzliches Element hätte mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer japanischen Kapitulation geführt: die Kriegserklärung der Sowjetunion. Wie in Potsdam versprochen, erklärte Stalin am 8. August 1945 Japan den Krieg. Die Rote Armee brach tief in die japanischen Stellungen im Norden Chinas ein. Die Eröffnung einer zusätzlichen Front demonstrierte den Hardlinern im japanischen Militär die Aussichtslosigkeit ihrer Lage. Zur Demoralisierung der Japaner waren die Atombomben damit so gut wie überflüssig geworden.

Warum konnte die US-Führung nicht bis nach dem sowjetischen Kriegseintritt warten und sehen, ob der "Russian Shock" auch ohne größeres weiteres Blutvergießen zu einer japanischen Kapitulation führen würde? Nachdem Washington lange Zeit Moskau gedrängt hatte, den Neutralitätspakt mit Japan zu kündigen und zur Entlastung der USA in den pazifischen Krieg einzutreten, vollzog Truman nach dem erfolgreichen Atomversuch von Alamogordo eine abrupte Kehrtwende. Von nun an war er bestrebt, die Sowjetunion aus dem Krieg herauszuhalten, um Stalins Rolle in Nachkriegs-Asien zu minimieren. Die Bombe von Hiroshima kam dem sowjetischen Kriegseintritt um zwei Tage zuvor.

Für Japan bedeutete der Kriegseintritt der Roten Armee eine dramatische Änderung der Lage. Der Publizist Murray Sayle hält es für einen "reinen Zufall", dass Japan kurz nach den Atombombenabwürfen kapitulierte. Ausschlaggebend für die japanische Kapitulation sei vielmehr die sowjetische Kriegserklärung gewesen. Im New Yorker (31.7.1995) fasste Sayle die Sorgen der japanischen Führung zusammen: "Die Atombomben versprachen lediglich, weitere Japaner zu töten, während die Sowjets, womöglich verbündet mit örtlichen Kommunisten, die Monarchie zu zerstören drohten ... - die Seele der Nation."

Mit jedem Tag, den die Rote Armee weiter vorrückte, wuchs für Japan die Gefahr, dem Beispiel Deutschlands folgen zu müssen: eine Teilung des Landes und eine sowjetische Mitsprache bei der Nachkriegsordnung. Dies wollten Tokio und Washington unter allen Umständen vermeiden. US-Kriegsminister Stimson schrieb in sein Tagebuch: "Es war von großer Wichtigkeit, dass wir das (japanische) Festland in unsere Hand bekamen, bevor die Russen einen substanziellen Anspruch erheben konnten, es zu besetzen und mitzuregieren."

Konservative US-Historiker bezweifeln die "revisionistischen" Quellenstudien von Autoren wie Alperovitz und Sayle. Aus traditioneller Sicht stand Japan Anfang August keineswegs kurz vor der Kapitulation. Im Gegenteil:

Der fanatische Widerstand, den die japanischen Truppen im Frühjahr 1945 auf den Pazifik-Inseln Iwo Jima und Okinawa trotz aussichtsloser militärischer Lage gegen die amerikanischen Landungstruppen leisteten, sei ein Beleg für den Durchhaltewillen der Japaner gewesen. Auch die Flächenbombardements japanischer Großstädte hatten zu keiner erkennbaren Demoralisierung der Japaner geführt. Ohne Atombomben sei deswegen eine Landung von US-Bodentruppen auf der japanischen Hauptinsel Kyushu unvermeidlich gewesen und hätte vermutlich riesige US-Verluste gefordert.

"Russian Shock" - Kriegseintritt der SU

Die Autoren Thomas Allen und Norman Polmar zitieren eine Quelle, die beweisen soll, dass nur die Atombomben zur japanischen Kapitulation geführt hätten: Die Radio-Ansprache von Kaiser Hirohito am 15. August 1945. (2) "Als der Kaiser dem japanischen Volk erklärte, warum der Krieg beendet werden muss, erwähnte er nicht den Verlust von Iwo Jima, Okinawa oder den Philippinen; er erwähnte nicht die bevorstehende Invasion von Japan; und er erwähnte nicht den sowjetischen Kriegseintritt. Vielmehr nannte er als Hauptgrund ‚eine neue und sehr grausame Waffe`."

Mit der kaiserlichen Ansprache lässt sich jedoch nicht beweisen, dass die Atombomben tatsächlich das Kriegsende herbeiführten. In der FAZ (5.8.1995) schreibt der holländische Historiker Ian Buruma: "Die Bomben von Hiroshima und Nagasaki hatten die Ausrede geliefert, nach der die Generäle gesucht hatten: Sie konnten sich jetzt auf Grund höherer Gewalt ergeben ... Die Atombomben waren so außergewöhnlich, dass sie als eine Art göttlicher Intervention ausgelegt werden konnten." Folgt man Burumas Interpretation, dann war die kaiserliche Kapitulations-Ansprache vor allem eine propagandistische Rede. Das japanische Militär konnte gegenüber der eigenen Bevölkerung weiterhin behaupten, es sei "im Felde unbesiegt".

Die traditionellen Historiker können die Fragen nicht zufrieden stellend beantworten, warum die US-Regierung nicht früher ihre Garantie-Erklärung zu Gunsten des japanischen Kaisers abgaben, und warum Truman nicht abwarten konnte, ob der "Russian Shock" die Japaner zur Kapitulation zwingen würde. Beide Optionen hätten wahrscheinlich mit weit geringeren Menschenverlusten als in Hiroshima und Nagasaki das Ende des Pazifikkriegs herbeigeführt. Die US-Regierung entschied sich jedoch für die Atombombe. Hiroshima und Nagasaki waren nicht nur die letzten Explosionen des Zweiten Weltkriegs, sondern auch die ersten des Kalten Kriegs. Erst Jahre später konnte die Sowjetunion das Kernwaffenmonopol der USA brechen und für ein annäherndes strategisches Gleichgewicht sorgen.

Michael Hahn

Dieser Artikel wurde vor zehn Jahren zum damaligen 50-jährigen Jahrestag der Atombombenabwürfe verfasst und in ak 381 in einer längeren Version veröffentlicht. Vor dem Hintergrund der erneuten Debatte um die Beweggründe der US Atombombenabwürfe hat er an Aktualität und Informationsgehalt nichts eingebüßt.

Anmerkungen:

1) Die deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel "Hiroshima: Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe". Der Historiker ist mit dem linkssozialdemokratischen Institute for Policy Studies (Washington) assoziiert.

2) Washington Post, 6.8.1995. vgl. auch ihr Buch "Code-name Downfall: The Secret Plan to Invade Japan - and Why Truman Dropped the Bomb".

21. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:29

Schwedischer Staatsfeminismus

Prominente Feministinnen in Schweden haben die Gründung einer "Feministischen Initiative" (FI) verkündet. Im Herbst wollen sie sich entscheiden, ob aus der Initiative eine Partei wird, die sich im September 2006 zur Reichstagswahl stellt. Die Parteigründung ist schon allein deshalb wahrscheinlich, weil der zukünftigen feministischen Partei Stimmenanteile von rund 15% prognostiziert werden. Zugpferd des neu gegründeten Komitees ist Gudrun Schyman, die 1993 die Führung der postkommunistischen Linkspartei übernommen hatte, die neben den Grünen zu den Stützparteien der sozialdemokratischen Minderheitsregierung zählt. Im vergangenen Jahr jedoch war die Politikerin über Reiseabrechnungen und unvollständige Steuererklärungen gestolpert, woraufhin sie die Partei verließ, um sich "völlig der feministischen Arbeit zu widmen". Feminismus in Schweden gehört, so heißt es, zum täglichen Vokabular der Politik, weshalb sich auch Ministerpräsident Göran Persson bemüht, diese Klientel zu bedienen. Der FI wiederum sind Männer als Mitstreiter willkommen - sofern sie, wie es im Gründungstext der Initiative heißt, sich mit dem Kampf der Frauen für die Abschaffung des Patriarchats solidarisch zeigen.

www.lesbian.ch

The Burden of Rape

Sudanesische Sicherheitsbeamte haben Ende Mai den Vorsitzenden des holländischen Zweigs der internationalen Hilfsorganisation "Ärzte ohne Grenzen", Paul Foreman, festgenommen. Ihm werden "Verbrechen gegen den Staat", konkret: falsche Berichte über Massenvergewaltigungen in Darfur vorgeworfen. Dem März-Bericht der Hilfsorganisation zufolge haben in Darfur innerhalb von viereinhalb Monaten rund 500 Vergewaltigungen stattgefunden. Die sudanesische Regierung bestreitet dies jedoch. Der Bericht stützt sich auf Erzählungen der Opfer. Demnach sollen 80% aller Befragten gesagt haben, sie seien in der westsudanesischen Provinz von bewaffneten Milizen und Soldaten sexuell missbraucht worden. Manche Frauen erklärten, sie seien tagelang gefangen gehalten, geschlagen und mehrfach vergewaltigt worden. Andere berichten, sie seien nach den Übergriffen sogar inhaftiert worden. Vergewaltigungsopfern im Sudan droht gesellschaftliche Ächtung. Foreman wurde inzwischen gegen Kaution wieder freigelassen, darf aber den Sudan nicht verlassen. Bei einer Verurteilung drohen ihm bis zu drei Jahre Haft.

www.aerzte-ohne-grenzen.de

Comeback der Rosa Listen

Mindestens drei Länderpolizeien in Deutschland sammeln offenbar Daten über Aufenthaltsorte von Schwulen, wie der nordrhein-westfälische "Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter" bekannt gab. Dafür nutzt die nordrhein-westfälische Polizei seit einiger Zeit ein von der bayerischen Polizei entwickeltes so genanntes Vorgangs- und Verwaltungsprogramm namens "IGVP", in dem Verkehrsunfälle, Strafanzeigen, Ordnungswidrigkeitenanzeigen und Meldungen mit kompletten Datensätzen von Tätern, Geschädigten und Tatzeugen erfasst werden. Dieses Programm ermöglicht auch die Recherche nach "Tatörtlichkeit", also etwa danach, welche Personen sich nachts an bestimmten Homosexuellentreffpunkten aufgehalten haben und dort mit der Polizei in Kontakt gekommen sind. Die Suchmaske des IGVP-Programms codiert "Strichplätze" und "Aufenthalt von Dirnen" nach vorgegebenem System. Das sich für die "gute Zusammenarbeit" von Polizei und Schwulengruppen rühmende NRW-Innenministerium weigert sich bislang, den Vorgang öffentlich zu kommentieren.

www.whk.de

Abschiebung ausgesetzt

Frauen und Mädchen dürfen aus Deutschland nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, wenn ihnen dort eine Genitalverstümmelung droht. Das hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel entschieden. Im konkreten Fall hatten zwei 17 und 25 Jahre alte Schwestern aus Sierra Leone gegen ihre Abschiebung geklagt. Sie waren 1998 zusammen mit ihren Eltern und ihrer älteren Schwester nach Deutschland eingereist.

Nachdem das Verwaltungsgericht einen Asylanspruch und einen Anspruch auf Abschiebungsschutz nicht anerkannt hatte, zogen die beiden Schwestern vor den Verwaltungsgerichtshof. Dessen RichterInnen erklärten, die Voraussetzungen für einen Abschiebungsschutz lägen vor. Beiden Frauen drohe bei einer Rückkehr nach Sierra Leone eine zwangsweise Beschneidung, die mit großen Qualen und schwer wiegenden körperlichen und seelischen Folgen verbunden sei. In Sierra Leone sind 80 bis 90% aller jungen Frauen und Mädchen davon betroffen. Beschneidung ist nicht nur legal, sondern wird vom Staat ausdrücklich propagiert und gefördert. Die Eltern der Klägerinnen hatten sich nicht in der Lage gesehen, ihre Töchter bei einer Rückkehr wirksam vor einer Beschneidung durch andere Familienangehörige zu schützen. Sie selbst lehnen die Genitalverstümmelung junger Frauen ab.

www.diestandard.at

1-0-1

Die Ausstellung 1-0-1 [one `o one] intersex thematisiert vom 18. 6. bis 31.7. in der Berliner Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst die Verletzung der Menschenrechte von Zwittern/Hermaphroditen/Intersexuellen: Immer noch würden Kleinkinder, deren Genitalien als "uneindeutig" bezeichnet werden, chirurgisch an Normvorstellungen von männlichen und weiblichen Körpern angepasst. Intersexualitätsdiagnosen würden selbst im Erwachsenenalter regelmäßig verschwiegen. Die gesellschaftliche Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt, die nicht den normativen Erwartungen einer eindeutigen Unterscheidbarkeit nach zwei Geschlechtern entspricht, sei nach wie vor gering. 1-0-1 intersex will zum Weiterdenken quer zum Zwei-Geschlechter-System auffordern: Ausstellung, Archiv, Veranstaltungsreihe und ein umfangreicher Katalog präsentieren künstlerische Positionen, Erfahrungen und Initiativen intersexueller Menschen sowie historische, wissenschaftskritische und rechtliche Hintergründe, um eine breite Auseinandersetzung über die Geschlechtergrenzen und den Umgang mit Intersexualität anzustoßen. Auf diese Weise will die Ausstellung der Frage nachgehen, wie geschlechtliche Normvorstellungen entstehen, die den alltäglichen Umgang in der Gesellschaft regulieren. Das Projekt problematisiert, wie in Abgrenzung gegen Menschen "uneindeutigen Geschlechts" normative Körperkonzepte entwickelt und durch die Unsichtbarmachung körperlicher Vielfalt aufrecht erhalten werden - Verletzungen der körperlichen Integrität und der Würde intersexueller Menschen würden dafür in Kauf genommen. Die Ausstellung zeigt, warum Intersexualität "uns alle angeht", und lädt dazu ein, über mögliche Veränderungen nachzudenken.

www.101intersex.de

22. "Wir sind immer da gewesen." Interview über die Situation von Schwulen, Lesben und Transgender in Zimbabwe

Interview über die Situation von Schwulen, Lesben, Transgender in Zimbabwe

Autor: Interview: Nina Schulz · Rubrik: Zimbabwe; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:16

Der autokratische Staats- und Regierungschef des afrikanischen Landes, Robert Gabriel Mugabe, und seine Regierungspartei ZANU-PF (Zimbabwe African National-Patriotic Front) sind für ihre massiven Einschüchterungen und Angriffe auf Oppositionsanhänger und Angehörige von Minderheiten bekannt. Zu einer dieser unliebsamen Minderheiten des Landes gehören auch Lesben, Schwule und Transgender Personen, die sich wiederholt brutalen Übergriffen von staatlicher Seite ausgesetzt sehen. Kritik daran hat Sikhanyisiwe "Ska" Ngwenya geäußert, die sicherlich bekannteste Lesbe Simbabwes. Mit 16 Jahren fing sie an, in der Frauennationalmannschaft des Landes zu spielen, und nahm 1998 privat an den Gay Games in Amsterdam teil. Bei ihrer Rückkehr wurde sie ihren Eltern und ihrem Trainer gegenüber geoutet und daraufhin aus dem Elternhaus und dem Fußballteam geworfen. Als Mitglied der Organisation Gays and Lesbians of Simbabwe (GALZ) trat sie 1999 bei einer öffentlichen Anhörung zur Änderung der Verfassung auf und forderte der Diskriminierung von Lesben und Schwulen ein Ende zu setzen und sexuelle Orientierung als ein Menschenrecht in der neuen Verfassung zu verankern. In Folge dessen wurde sie diskriminiert, verfolgt, angegriffen und musste im Jahr 2000 das Land verlassen. Sie floh in die Bundesrepublik Deutschland, hat als Lesbe Asyl beantragt und den Status "Kleines Asyl" zugesprochen bekommen. Das Interview führte Nina Schulz.

ak: Präsident Mugabe und seine Regierung sind für massive Menschenrechtsverletzungen in Zimbabwe bekannt. Wie gestaltet sich die allgemeine Menschenrechtssituation im Land?

Sikhanyisiwe "Ska" Ngwenya: Es gibt keine Menschenrechte in Zimbabwe. Die Regierung respektiert Menschenrechte nicht, es gibt keine Redefreiheit, die Menschen haben Angst Sachen anzusprechen, von denen sie denken, dass die Regierung sie falsch macht. Und wenn du etwas sagst, wirst Du festgenommen und ins Gefängnis gesteckt. Dies betrifft die Opposition, MenschenrechtsaktivistInnen, weiße FarmerInnen und die unabhängige Presse, Lesben und Schwule und jede Person, von der die Regierung denkt, dass sie eine Bedrohung für sie darstellt.

Welche Folgen hat der angebliche "Wahlsieg" von Präsident Mugabe Ende März 2005 (1) für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender Personen (LGBT) in Zimbabwe?

Ich denke, für die Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender Personen aus Zimbabwe wiegt Mugabes Wiederwahl schwer. Unter Mugabes Regierung haben wir genug gelitten und wollen eine Veränderung. Mugabe mag Homosexuelle nicht, in einer Kampagne stellt er Homosexualität als unafrikanisch und als vollkommen unakzeptabel für die kulturellen Normen dar. Er hat gesagt, es sei eine Krankheit des weißen Mannes und dass es in Zimbabwe, beziehungsweise Afrika, keine Homosexuellen gibt. Seiner Meinung nach wird Homosexualität afrikanischen Menschen beigebracht, um unsere Kultur zu zerstören. Wir seien schlimmer als Schweine und Hunde, sollten gehängt, ins Gefängnis gesteckt oder verbannt werden. "Schuldige" müssten schwer bestraft werden, mit dem Tod, durch Kastration. Er macht Schwule und Lesben für Naturkatastrophen wie Dürre, Heuschrecken, Würmer und Krankheiten verantwortlich.

Welche Reaktionen löst das bei dir aus?

Es ist eine Lüge zu sagen, Homosexualität sei unafrikanisch, weil wir immer da gewesen sind und immer da sein werden. Mugabes eigene Rhetorik hat sich nur beiläufig auf religiöse Einwände bezogen. Anstatt sich auf biblische Verse zu berufen, hat Mugabe ein anderes Thema betont: Homosexualität als ein Überbleibsel des Kolonialismus, ein fortlebendes individuelles Symbol der kollektiven Unterdrückung einer jungen Nation unter Jahrzehnten weißer Fremdherrschaft. Dabei gibt es das alte schonaische Wort "Ngochani", das für Lesben und Schwule benutzt wird. Als ich ein kleines Mädchen war, habe ich gehört, wie Leute dieses Wort gesagt

haben... Also verstehe ich es nicht, wenn sie sagen, dass wir nicht existieren. Denn wenn es in Zimbabwe keine Homosexuellen geben würde, wo ist dann dieser Name hergekommen?

Ihre Worte bei der öffentlichen Anhörung für die konstitutionelle Kommission 1999 waren: "Viele Menschen sagen, dass Menschen wie ich nicht existieren. Nun ja, hier ist der lebendige Beweis, dass wir existieren und ich bin nicht die einzige." Ihr politisches Statement hat damals für viel Aufruhr gesorgt. Denken Sie, dass das auch heute noch so wäre?

Ich denke schon. Ich kann sagen, dass ich die erste Zimbabweanische Afrikanische Lesbe war, die sich im nationalen Fernsehen als Lesbe geoutet und gefordert hat, dass Zimbabwe die Rechte von Lesben in der neuen Verfassung mit einschließen muss. Manchmal denke ich, was wäre, wenn ich das jetzt machen würde, was dann passieren würde. Nach wie vor ist es so, dass die Medien in Zimbabwe homosexuellenfeindlich sind. Wenn über Homosexuelle berichtet wird, sind es immer schlechte Sachen, sie schreiben nie gute Dinge.

Welche Ansichten vertreten oppositionelle Parteien gegenüber dem Thema Homosexualität?

Ich erinnere mich daran, dass Morgan Tsvangirai (2) einmal sagte, dass Schwule und Lesben genauso willkommen sind, wie andere, sich MDC anzuschließen, weil sie Menschen sind. Aber man weiß nie, ob es vielleicht ein Trick war, damit Schwule und Lesben ihn wählen.

In welchen Bereichen ist die Organisation Gays and Lesbians of Zimbabwe (GALZ) tätig?

Sie kämpfen für Menschenrechte, bieten Beratungen und Outreach Programme an und arbeiten zu HIV und AIDS. So viel ich weiß, ist die GALZ die einzige Organisation in Zimbabwe, die sich für Lesbische, Gay, Bi- und Transgender-Menschen einsetzt.

Wenn Sie heute in einem professionellen Fußballteam spielen würden, wer wäre ihr Lieblingsgegner?

Die USA und Südafrika.

Anmerkungen:

1) Laut offiziellem Wahlergebnis hat die ZANU-PF 78 (65 %) der ausgeschriebenen 120 Parlamentssitze gewonnen, während die MDC (Movement for Democratic Change) 41 Wahlkreise (34%) für sich gewinnen konnte. Ein Sitz erhielt ein unabhängiger Kandidat. Obwohl der Regierung keine systematische Falschauszählung nachgewiesen werden konnte, können die Wahlen nicht als frei und fair bezeichent werden, da die Opposition massiv eingeschüchtert und Nahrungsmittellieferungen als politisches Druckmittel eingesetzt wurden. Vgl.: Kurzbericht aus der internationalen Entwicklungsarbeit Afrika, Sven Schwersensky, Rudolf Traub-Merz, http: //fesportal.fes.de

2) Oppositionsführer der MDC

23. Wenn die Familie zuschlägt. Dänische Feministinnen diskutieren über Geschlechterpolitik, Familie und Reproduktion

Rubrik: Dänemark; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:24

"Das Private ist politisch", reklamierten Feministinnen der 2. Frauenbewegung der 1960/70er Jahre und setzten das Thema Reproduktion und Erziehung auf die politische Agenda. Es war ein Kampf für die Rechte der Frauen und gegen männliche Privilegien.

Massen-Demonstrationen in Deutschland, z.B. gegen den Paragrafen 218, für mehr Kindertagesstätten und eine gerechtere Aufteilung der Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen, zeigten die gesellschaftliche Brisanz des Themas. Heute wird das Thema Reproduktion und Geschlechter(UN-)Gleichheit auch in der Linken nur am Rande thematisiert. Dabei ist das Ideal einer gerechten Verteilung der Reprodukionsarbeit nach wie vor in weiter Ferne. Sobald sich Kinder ankündigen, dies zeigen unzählige Studien, findet ein Traditionalisierungsschub statt: Der Mann geht weiter lohnarbeiten, die Frau bleibt zuhause und kümmert sich ums Kind. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus Interviews, die Camilla Tved mit vier geschlechterpolitisch aktiven dänischen Frauen unterschiedlichen Alters geführt hat, die auch Mütter sind.

Schwangerschaft und Mutterschaftsurlaub

In Dänemark ist seit 1973 Abtreibung legal und gratis. Eine dänische Frau ist durchschnittlich 30 Jahre alt, wenn sie ihr erstes Kind bekommt, und jede Frau gebiert - statistisch gesehen - 1,7 mal. Die Eltern haben Anrecht auf insgesamt 52 Wochen Elternschaftsurlaub und bekommen in dieser Zeit 7-8.000 Kronen netto (930-1.000 Euro); die Zeit kann frei zwischen beiden aufgeteilt werden.

Gyda: Wir wohnten in einem Wohnprojekt, als wir das erste Kind bekamen, das war traumhaft. Wir waren nicht als Pärchen etabliert, beide hatten ihre eigenen Zimmer und Betten. Nach einer Weile zogen wir in eine Wohnung. Dann wurde ich schwanger mit Nummer zwei, und da wohnten wir sieben Monate lang alleine in einer Wohnung mit zwei kleinen Kindern. Das war geradezu eine Katastrophe. Ich hatte mir nicht vorgestellt, wie es sein würde, so zu leben, und bekam einen Schock.

Pernille: Als ich mit dem Vater meines ersten Kindes zusammenkam, war das Ganze nicht auf Familiengründung ausgerichtet. Aber als ich etwa 27 war, wollte ich doch ganz gerne. Ich hatte mir nicht vorgestellt, dass das Probleme geben würde, gerade wegen unserer Geschichte, mit der Hausbesetzerszene und der Gemeinschaft, die wir mit den Männern dort hatten. Wir waren es gewohnt, einander zu helfen und uns gegenseitig zu unterstützen.

Vibeke: Das war 1977, und ich hatte fünf Monate Mutterschaftsurlaub bei halbem Gehalt. Meine Tochter war oft krank, weshalb die ersten paar Jahre sehr anstrengend für mich waren. Natürlich gab es auch schöne Zeiten dazwischen, aber ich war froh, zurück auf den Arbeitsmarkt zu kommen, und ich wollte keine längere Babypause.

Männer und Väter

In Dänemark könen alle Väter können nach der Geburt bei vollem Lohn 14 Tage frei nehmen, aber weniger als 2% nutzen diese Möglichkeit. Mütter verwendeten 2001 gut 50% mehr Zeit auf ihre Kinder als deren Väter.

Nina: Ausgangspunkt war, dass der Vater und ich uns die Aufgaben teilen sollten. Im ersten halben Jahr, als ich Mutterschaftsurlaub hatte, hatte ich am meisten Fühlung und Routine mit unserer Tochter. Das änderte sich erst, als er das zweite halbe Jahr Elternurlaub nahm.

Gyda: Der Vater der Jungs war immer unglaublich anwesend im Verhältnis zu seinen Kindern, aber völlig unmöglich in praktischen Dingen. Also hing der ganze Kram an mir: Er konnte scheiß-anwesend sein und ich war einfach nur müde.

Vibeke: Mein Partner hatte recht traditionelle Vorstellungen von einer Beziehung, die klar gegen meine standen, aber er hatte eigentlich keine Probleme damit, sich um das Kind zu kümmern - wenn er überhaupt mal zu Hause war! Aber das war nichts, worüber wir vor der Geburt der Kinder gesprochen haben.

Brüche und Trennungen

Dänemark hält den europäischen Rekord in aufgelösten Beziehungen. 14% der dänischen Familien bestehen aus allein erziehenden Müttern, ein Prozent aus allein erziehenden Vätern. Jedes vierte Kind erlebt die Trennung seiner Eltern. 25% aller Väter beenden nach einer Scheidung von sich aus den Kontakt zum Kind.

Gyda: Wenn man das Praktische allzu sehr mit der Liebe vermischt, verschwindet die Leidenschaft. Ich will lieber allein erziehende Mutter sein und selber die Wäsche und das Essen machen müssen, als das Ganze ständig vor und zurück zu diskutieren. Ich hatte zwei kleine Kinder und war mitten in der Ausbildung. Ich habe nie Kompromisse gemacht; es gab kurzen Prozess, als die Beziehung nicht funktionierte.

Pernille: In der selben Zeit, als wir die Kinder kriegten, waren Gyda und ich zusammen in einer Frauengruppe, und wir wurden mehr und mehr revolutionäre Feministinnen. Wir arbeiteten verstärkt mit Theorien über Geschlecht, und das hatte zur Folge, dass wir uns zu Hause mehr trauten.

Gyda: Ich hatte nie die Vorstellung, immer mit "dem Einen" zusammen zu sein. Mein Partner und ich waren immer wieder lange getrennt und mit anderen zusammen. Als die Kinder kamen, hatte ich keine Angst, mit ihnen alleine zu sein. Statt dessen zog ich mit Pernille und den Kindern zusammen, so wohnten wir etwa drei Jahre lang. Man konnte das gut als Liebesbeziehung bezeichnen, obwohl wir kein Liebesleben in dem Sinne hatten. Wir hatten eine praktische Gemeinschaft. Das war sicher die Zeit, in der es den Kindern und mir am besten ging.

Vibeke: Ich habe die Ehe nie als Ziel an sich angesehen. Ich habe immer klar gesagt, was ich von meinem Partner erwartete und brauchte. Aber da man die Verantwortung für das Kind hat, hält man länger an einer Beziehung fest. Ich habe etwa drei Jahre überlegt, dann bin ich zu dem Schluss gekommen, lieber alleine sein zu wollen. Dabei war ich mir auch der Frauenrolle sehr bewusst, die ich meiner Tochter in der Ehe zeigte.

Politik und Arbeit

Durchschnittlich sind ein Drittel der Parteimitglieder in Dänemark Frauen. Viele Frauen hören der politischen Arbeit auf, wenn sie Kinder bekommen. Statt dessen engagieren sie sich z.B. in Kindergärten und Schulen.

Nina: Für mich war es ein klares Ziel, dass Kinder meine politische Arbeit nicht verhindern sollten. Im Gegenzug habe ich meine Freundinnen total zurückgesetzt. Das ist okay für mich, aber ich denke auch, dass ich recht stereotyp feministisch war. Ich habe das eher Erreichbare gewählt.

Gyda: Es waren jedenfalls nicht die Kinder, die mich daran hinderten, Politik zu machen. Aber der Fokus veränderte sich. Grob gesagt waren mir die Frauen der Dritten Welt ziemlich egal, als ich selber bis zum Hals in vollgeschissenen Windeln stand. Man braucht ein paar Kraftreserven, um Politik machen zu können.

Pernille: Gyda und ich unterstützten uns gegenseitig darin, Politik zu machen, und wir nahmen auch immer die Kinder mit zu Treffen, aber die ersten paar Jahre lief das auf einem etwas niedrigen Niveau.

Vibeke: Meine Arbeit in der Gewerkschaft wurde schwieriger, als ich allein erziehend war, weil ich dauernd ein schlechtes Gewissen hatte. Sich um die Arbeit und das Kind zu kümmern bedeutete, viele persönliche Bedürfnisse zurückstellen zu müssen.

Erziehung und Geschlecht

In dänischen Ein-Kind-Familien verwenden Mädchen wöchentlich zwei Stunden und 17 Minuten auf Haushaltsarbeit, Jungen 28 Minuten. In der Altersgruppe von 8-10 Jahren bekommen Jungen 17 Kronen mehr Taschengeld als Mädchen.

Nina: Ich wollte meiner Tochter gern erklärem, dass sie sich nicht davon einschränken lassen sollte, ein "feines Mädchen" sein zu müssen. Eine Tochter zu haben bedeutet, ihr mehr Stärke zu vermitteln, als sie in der traditionellen Frauenrolle hätte.

Gyda: Ich wurde wahnsinnig kritisiert für meine Art, meine Jungen zu erziehen. Ich bin sehr hart mit ihnen, was sie an praktischen Sachen können sollen. Sie sollen Rücksicht auf andere nehmen und sozial sein. Darin sind Frauen wesentlich besser als Männer, und das sollen sie mitkriegen.

Pernille: Mein Sohn soll es nie als selbstverständlich ansehen, dass Frauen irgendwas für ihn machen. Ich glaube schon, dass die meisten finden, Gyda und ich packen die Erziehung komisch an.

Vibeke: Es ist auch wichtig, was man selbst ausstrahlt: Meine Tochter hat ihre Mutter immer als aktiv gesehen und wohl auch als nicht allzu versessen aufs Aussehen. Ich fand, dass es Wichtigeres gab.

Hausarbeit

2001 verbrachten Frauen in Dänemark gut eine Stunde mehr mit Hausarbeit als Männer. Täglich. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen, dass die Arbeitszeit beider Eltern steigt, wenn Kinder geboren werden, und dass im Grunde alle Familien mit Kindern sich mehr Zeit für die Familie wünschen.

Nina: Wir haben nicht so viele Konflikte um die Arbeitsverteilung. Ich will ins Folketing (1) gewählt werden politische Karriere machen, so dass ich diese traditionellen Paarkonflikte nicht erlebt habe. Manchmal habe ich ein schlechtes Gewissen meiner Tochter gegenüber, wenn ich viel weg bin, aber wenn ihr Vater sie Dreiviertel der Zeit hat und sie und ich das in Ordnung finden, ist es wohl okay.

Gyda: Mein Freund hat vorgeschlagen, dass wir eine Putzhilfe anstellen sollen, und das ist okay, denn eigentlich habe ich keine große Lust, eine praktische Gemeinschaft mit ihm zu haben. Ich will eine Liebesbeziehung und ein Sexleben.

Pernille: Ich mache z.B. immer noch die Wäsche, da ich einfach keine Lust mehr habe, den Kampf aufzunehmen. Ich finde nicht, dass es an sich nervig ist, Wäsche zu waschen. Aber es liegt eben kein kultureller Wert darin.

Vibeke: Ich finde nicht, dass es besonders befriedigend ist, Haushälterin und Mutter für einen erwachsenen Menschen zu sein. Ich bin aus der Generation, als die Frauen "draußen" auf dem Arbeitsmarkt blieben, und das ist wichtig für mich.

Fazit

Für alle interviewten Frauen war die Familie eine Konfrontation zwischen Theorie und Praxis. Ihre abschließenden Gedanken fielen sehr unterschiedlich aus.

Nina: Ich war die einzige in meiner Gruppe, die sich den Elternschaftsurlaub mit dem Vater teilte. Das hat mir gezeigt, dass Frauen Männer auch nicht lassen, dass sie so viele Entschuldigungen haben, die Väter fern zu halten.

Pernille: Ich bin froh über meine feministische Arbeit, die Einsichten und die Möglichkeiten. Auf vieles kann ich reagieren, weil ich weiß, dass es nicht nur meine persönlichen, sondern vor allem strukturelle Probleme sind. Aber es war hart, sich bewusst zu werden, wie viele Ungleichheiten mit dem Geschlecht zusammenhängen.

Gyda: Wir wurden geprägt von dem intensiven Kampf der Frauen aus den 1940ern. Für Männer ist das anders. Die sind nicht davon geprägt, dass wir seit 40 Jahren herumlaufen und Basis-Rechte einfordern. Es ist nicht so persönlich für Männer, wie es für meine Mutter war und für mich jetzt ist. Das kann man bei Debatten um diese Themen deutlich merken.

Vibeke: Mittlerweile ist es ist ja ein kolossales Projekt geworden, überhaupt Kinder zu kriegen. Für meine Eltern waren Kinder etwas, was kam; keiner hat meine Mutter gefragt, ob sie fünf Kinder haben wollte. Was wir in den 1970ern jedenfalls nicht diskutiert haben, war, dass Frauen zu Hause bei den Kindern bleiben sollen, wie es heute gefordert wird. Auch wenn es als "Elternurlaub" deklariert wird, der auch für Väter gilt, wissen alle, wie das in Wirklichkeit funktioniert. Deshalb ist im Kampf um Gleichstellung immer noch das Wichtigste, dass Frauen alleine klarkommen.

Übersetzung: Dele Heß

Anmerkung:

1) Dänisches Parlament

Die interviewten Frauen sind:

Nina, 27 Jahre, studiert Politik und arbeitet im Sozialpädagogischen Landesverband (SF). Hat eine anderthalbjährige Tochter mit ihrem derzeitigen Freund; die drei wohnen zusammen. Ist im SF Mitglied der Leitung und verschiedener Ausschüsse, u. a. dem Gleichstellungsausschuss;

Pernille, 37 Jahre, Tischlerin. Hat zwei Kinder: eine Tochter mit Kasper, von dem sie seit acht Jahren geschieden ist, und einen Sohn mit ihrem jetzigen Freund, mit dem sie auch zusammenwohnt. Früher aktiv in der Hausbesetzerszene;

Gyda, 38 Jahre, Sozialarbeiterin. Drei Kinder: Zwei Söhne mit Nikolaj, von dem sie seit acht Jahren geschieden ist. Gerade schwanger von ihrem jetzigen Freund, mit dem sie zusammenwohnt. Früher aktiv in der Hausbesetzerszene;

Vibeke, 56 Jahre. Ausbildung im Gesundheitswesen. Hat eine 26-jährige Tochter mit Jonas. Wurde geschieden, als das Kind acht Jahre alt war. Aktiv in der Dänischen Kommunistischen Partei (DKP) bis 1977, danach gewerkschaftlich aktiv.

24. Wo die Revolution bleibt? Auf der Tagesordnung. Irgendwann ... Brasilien im dritten Jahr der Regierung Lula

Autor: Helmut Weiss · Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:26

Die ersten Maitage des Jahres 2005 waren wie ein Fokus der politischen Lage Brasiliens: In einigen Ereignissen spiegeln sich wesentliche Entwicklungslinien längerer Zeiträume wider. Entwicklungslinien, die allerdings wenig Anlass zu Optimismus geben: Auch unter der Regierung des Hoffnungsträgers Luiz Inácio Lula da Silva hat sich an der elenden Lage großer Teile der brasilianischen Bevölkerung nichts verändert.

Mai 2005 in Brasilien: In einem internen Parteiverfahren der Partido dos Trabalhadores (PT) wird der Abgeordnete Virgilio Guimaraes zum Verlust der Parteifunktionen für ein Jahr "verurteilt". Er hatte - in offenem Widerspruch zur Parteiführung - von sich aus für den Posten des Parlamentspräsidenten kandidiert und wurde deswegen für die Niederlage des offiziellen PT-Kandidaten Luiz Eduardo Greenalgh verantwortlich gemacht. Was daran für eine Beurteilung der politischen Entwicklung interessant ist: Niemand konnte in den zahllosen Berichten über die zwei PT-Kandidaten zwischen ihnen eine wesentliche politische Differenz ausmachen - ein reiner Machtkampf auch zwischen den herrschenden Eliten verschiedener Bundesstaaten. Die erste große Partei-Säuberung, der Ausschluss der Senatorin Heloisa Helena und einiger Abgeordneter aus der PT im Jahr 2003 war im Gegensatz dazu noch von der politischen Auseinandersetzung um das Festhalten - oder eben nicht - an der bestehenden PT-Programmatik geprägt gewesen.

Und noch der Massenaustritt von rund 120 bekannten Intellektuellen und Parteiveteranen im Januar 2005 während des Weltsozialforums in Porto Alegre, der die große Zahl "schleichender" Parteiaustritte von AktivistInnen unterschiedlichster sozialer Bewegungen ins öffentliche Bewusstsein rückte, war mit der Verabschiedung eines Manifests verbunden, das im Wesentlichen traditionelle PT-Positionen verteidigte. Wohingegen wiederum die Tatsache, dass es auf dem kommenden PT-Parteitag mindestens sechs Kandidaten für den Parteivorsitz geben wird, bisher jedenfalls ganz wenig mit inhaltlichen politischen Positionen verbunden ist und lediglich den Kampf verschiedener Strömungen um Einfluss repräsentiert.

Die RealpolitikerInnen in der Partei, die mit Lula "das Machbare machen" wollen und im wesentlichen auf Schuldentilgung und Wirtschaftswachstum setzen, haben in den noch stattfindenden PT-internen Auseinandersetzungen in der Regel sowohl Mehrheit als auch Machtlogik auf ihrer Seite. Die in der PT verbliebenen Linken haben in Porto Alegre ihrerseits ein Manifest verabschiedet, das stark auf die Trennung von Partei und Regierung abhebt, aber auf abenteuerlichen Konstruktionen basiert: Der Regierungsblock sei "die Linke" und die Opposition "die Rechte" im Lande. Was angesichts der Koalition der PT mit diversen Parteien "der Rechten" mehr als nur weit hergeholt erscheint.

"Das Machbare machen?"

Ebenfalls in den ersten Maitagen 2005 erhielt eines der großen Renommierprojekte der Lula-Regierung grünes Licht von der Umweltbehörde: die Verlegung des Flusslaufs von Brasiliens historisch wichtigstem Fluss, dem São Francisco. Ein Projekt, das direkt und indirekt den gesamten Nordosten Brasiliens betrifft und dem sich in einem Manifest über 180 Umwelt- und soziale Organisationen widersetzen; nicht zuletzt mit dem Argument, es habe keine oder höchstens formale Anhörungen der betroffenen Bevölkerung gegeben - und das, obwohl die PT einst "partizipative Haushalte" in Brasilien eingeführt hatte. Die Organisationen und große Teile der Bevölkerung kritisieren, dass dies im Wesentlichen ein Konjunkturprogramm für die Bauindustrie sei, das das Wasserproblem des Nordostens nicht löse, und zur Konkurrenz der Bundesstaaten um föderale Finanzhilfen führe, statt ihre Zusammenarbeit zu fördern.

Und dann der 1. Mai selbst. Zwei gewerkschaftliche Großkundgebungen in São Paulo - die eine, von der Força Sindical, die in São-Paulo-Stadt mit 100.000 Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft Lateinamerikas ist, lockt mit Verlosungen von Häusern und Autos aus Firmenstiftungen. Die andere, der Gewerkschaftsdachverband Central nica dos Trabalhadores (CUT), bietet alles auf, was Brasilien an Showgrößen hat, inklusive Kulturminister Gil. Doch das am meisten registrierte und verfolgte Ereignis findet woanders statt: der Start des von der Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra

(MST) organisierten 16-Tage-Marsches. 12.000 Landlose ziehen zu Fuß von Goiania in die etwa 200 Kilometer entfernte Bundeshauptstadt Brasilia. Dieser Marsch zieht nicht nur die Aufmerksamkeit der kommerziellen Medienwirtschaft auf sich, sondern auch die der sozialen Bewegungen, der politischen Linken und der Menschen im Lande.

Reformen machen das Leben schwer

Was bleiben wird von der Lula-Regierung: die Rentenreform. Nicht mehr Arbeitsjahre, sondern das Lebensalter (plus Beitragsjahre) sind jetzt Verrentungslinie (mit Übergangslösungen): de facto eine Verschlechterung für praktisch alle. WissenschaftlerInnen, die die Notwendigkeit der Reform beweisen, fanden sich jedoch auch in Brasilien zuhauf. Grob vereinfacht: Die gesamte Reform der Sozialversicherung ist ganz in dem auch aus Deutschland und anderswo bekannten Geiste. Was jetzt ansteht: Universitätsreform und Gewerkschaftsreform.

Erstere hat bereits zum Austritt einer der größten Gewerkschaften des Landes aus der CUT geführt: Die Bildungsgewerkschaft ANDES mit ihren 70.000 Mitgliedern hat dies auf ihrem letzten Kongress beschlossen - nicht zuletzt, weil das in der Universitätsreform vorgesehene Geld für Stipendien indirekt der wachsenden Zahl von Privat-Universitäten zugute kommt, während für die Bundes- und Landesuniversitäten (kostenlos) dasselbe Geld fehlt. Die traditionelle und traditionsreiche (etwa im Kampf gegen die Militärdiktatur) Vertretung der Studierendenschaft UNE ist unter der Führung der KP Brasiliens für diese Reform, ist die Partei doch an der Regierung beteiligt.

Während es aber um die Universitätsreform eine - wenn auch begrenzte - gesellschaftliche Debatte gibt, ist die Diskussion um die Gewerkschaftsreform außerhalb der Gewerkschaftsapparate selbst wenig entwickelt. Die Spitzen und wohl auch die Mehrheiten der Gewerkschaften sind für die Reform, die darauf abzielt, nationale Gewerkschaften zu schaffen; nach deutschem Muster, wie viele sagen, und im Gegensatz zu Betriebs- bzw. lokalen Gewerkschaften. Die KritikerInnen stellen insgesamt die Zentralisierung, die damit verbundene strukturelle Entdemokratisierung in den Mittelpunkt, die BefürworterInnen das Funktionieren, die Zusammenfassung von Kräften. Das geringe öffentliche Interesse an der Gewerkschaftsreform ist aber auch ein Indiz dafür, wie weit die Gewerkschaften, vor allem die CUT mit ihren sieben Millionen Mitgliedern, heute von jener Rolle entfernt sind, die sie einst beim Sturz der Militärdiktatur innehatten: die nämlich, Stützpunkt progressiver Bewegung zu sein. Davon scheinen sie heute so weit weg zu sein wie die Gewerkschaften in Deutschland.

Universitätsreform hin, Gewerkschaftsreform her - wer die Schlangen vor den Arbeitsvermittlungsstellen sieht; wer mit Menschen spricht, denen es wirklich weiterhilft, wenn sie lächerliche 18 Reais (ca. 5,50 Euro) im Monat "Sozialhilfe" vom Staat bekommen (entspricht etwa zwölf Litern billiger Milch); wer verfolgt, wie erbittert Menschen quer durchs Land um Wohnraum kämpfen, dem liegt der Schluss nicht fern: An die Probleme der Menschen hat die PT bisher so wenig gerührt wie andere Regierungen zuvor - oder höchstens negativ. Wie überhaupt der subjektive Graben zwischen "der Politik" und dem Leben der Menschen hier vielleicht noch größer ist als in Westeuropa. Erst recht dort, wo der Staatsapparat nicht hinreicht: in eine Reihe von Slums, in die ländlichen Gebiete der grundbesitzerlichen Terrorherrschaft.

Die Revolution (welche auch immer) ist nicht der Maßstab - denn die hat auch in Brasilien heute nur kleine Minderheiten hinter sich. Wer der PT vorwirft, keine revolutionäre Politik zu machen, hat in jedem Falle Recht. Und wen das befriedigt, der kann es tagelang tun. Nur wird das nichts nützen, denn diese Forderung war nie gestellt. Es sollte spürbar besser werden, das Leben - darum ging es: "Fome Zero" (Null Hunger) - wenn dies ansatzweise ein gesellschaftspolitisches Programm gewesen wäre, wenn Schritte zu seiner Verwirklichung und entsprechende Mobilisierungen organisiert worden wären, dann hätte die PT ihren WählerInnenauftrag erfüllt. Dann hätte sie auch eine positive Rolle gespielt.

Von wegen "Null Hunger"

Hat sie aber nicht, denn von "Null Hunger" findet sich keine Spur. Die Landvertreibungen gehen weiter, sei es durch Sojaplantagen oder Staudämme, durch Straßen oder Prestigebauten. Und Landvertreibung bedeutet meist: Hunger. Die Großgrundbesitzer - auch in der modernisierten Form der "Generation Shopping Mall" - lassen weiter ungestraft morden und dies keineswegs nur im Nordosten des Landes. Das Latifundium mag sich unter Einwirkung des Bankkapitals und der großen Nahrungsmittel- und Gen-Konzerne zum Agrobusiness

wandeln; für die Menschen auf dem Lande ändert das wenig. Da ist die Erhöhung des Mindestlohns von 260 auf 300 Reais ein bitterer Witz und das registrierte Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft nützt gar nichts.

Wer in einem Slum wohnt, steht heute wie früher entweder unter Generalverdacht der Kriminalität oder ist Objekt zumeist paternalistischer Wohltätigkeit. Wer auf dem Lande wohnt und sich engagiert, steht heute wie früher unter dem Generalverdacht des Umstürzlers/der Umstürzlerin und füllt die Todeslisten auf, die in manchen Regionen durchaus offen gehandelt werden. Wer in indigenen Reservaten wohnt, steht heute wie früher unter dem Generalverdacht, als Relikt der Vergangenheit dem Wirtschaftswachstum im Wege zu sein, und damit auf der Liste potenzieller Opfer der kapitalistischen Durchdringung des Raumes, die in einem so gewaltigen Land wie Brasilien immer noch nicht abgeschlossen ist. Wer gar nicht wohnt, auf der Straße oder beim Familienclan campiert, steht heute wie früher unter dem Generalverdacht, sich bürgerliches Eigentum aneignen zu wollen, und dafür gibt es die auch strukturell unveränderte Militärpolizei, die Zivilpolizei, die Bundespolizei, die Spezialeinheiten und die illegalen polizeilichen Geheimtruppen, deren Auftrag "Mord" lautet. Erst vor wenigen Wochen tötete ein solche Truppe in einer Aktion 30 Menschen im Großraum Rio. Die Opfer waren beliebig, solange sie folgende Merkmale aufwiesen: arm, dunkel, jung.

Wer hat Angst vor den "gefährlichen Klassen"?

Der eingangs erwähnte "Marsch auf Brasilia" des MST war auch deswegen so bedeutend, weil damit erstmals versucht wurde, die Landfrage als einigendes Band zu nutzen: die LandarbeiterInnen ohne Land - die "traditionelle Klientel" der MST - die Wohnungslosen der Städte, die (regional unterschiedlich) zunehmend organisiert sind, die EinwohnerInnen der bedrohten indigenen Reservate und die BewohnerInnen der noch bestehenden Siedlungskerne ehemaliger Sklavenzufluchtsorte. Wenn sich dies zu einer dauerhaften Einheit entwickeln würde und wenn dann noch die oft auf engem Raum zusammengepferchten BewohnerInnen der Slums (die oftmals der Landlosenbewegung gegenüber strikt ablehnend sind, weil sie Angriffe aufs Eigentum ablehnen) hinzukommen, dann wäre potenziell vorhanden, was die herrschende Klasse am meisten fürchtet - eben ein Bündnis der "gefährlichen Klassen".

Das Verhältnis von deren gesellschaftlicher und oft auch politischer Organisation zur PT (und damit auch zu den CUT-Gewerkschaften) ist von wachsender Distanz geprägt, der MST beispielsweise wird zunehmend, wegen seiner Weigerung kritisiert, mit der PT zu brechen, die doch keine der MST-Forderungen verwirkliche. Die intensivsten Debatten in diesen Bewegungen werden geführt um die Frage "neue Partei" oder "keine Partei" - und für diese Strömungen und Gruppierungen sind Treffpunkte wie die diversen Sozialforen ausgesprochen wichtig. Die Zeit der Hoffnungsträger ist längst vorbei - ganz unabhängig davon, ob Lula Chancen auf Wiederwahl hat.

Helmut Weiss, Belo Horizonte/Brasilien

25. Kampf den Hütten. Mit Zerstörung und Vertreibung bekämpft Zimbabwes Regierung nicht die Armut sondern die Armen

Autor: Sadza Raibva · Rubrik: Zimbabwe · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:08

Dass die Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (ZANU-PF) unter Präsident Robert Mugabe die Parlamentswahlen Ende März gewonnen hat, verdankt sie überwiegend der Landbevölkerung. Städtische WählerInnen hatten mehrheitlich für die Opposition votiert. Nun wird der unterprivilegierten Stadtbevölkerung der Kampf angesagt. Unter dem Vorwand, die Ordnung wiederherstellen zu wollen, werden Häuser und Hütten abgerissen und Marktplätze geräumt.

Das Signal für die größte Polizeiaktion seit den Landenteignungen ab 2000 gab der Zentralbankchef Gideon Gono mit seiner Ankündigung eines "War against Corruption". Gono genießt in den Mittelschichten Zimbabwes den Ruf eines neoliberalen Machers und wird als Symbolfigur für einen wirtschaftlichen Wandel gehandelt. Ganz in diesem Sinne richtet sich die Polizeiaktion dann auch nicht gegen die Profiteure der sich weiter zuspitzenden Wirtschaftskrise, sondern gegen die BewohnerInnen der Vorstädte und ärmeren Stadtteile. Seit Wochen zerstört die Polizei tausende Häuser und Hütten sowie angeblich illegale Geschäfte. Mittlerweile gehen die BewohnerInnen selbst dazu über, ihre Unterkünfte abzureisen, um so wenigstens das zu retten, was noch zu gebrauchen ist.

Größte Polizeiaktion seit Jahren

Dass der Eindruck wirtschaftlicher Stabilität seit Anfang des Jahres nicht von Dauer sein konnte, zeichnet sich mehr und mehr ab. Schlechte Ernteergebnisse und ein anhaltend negatives Wirtschaftswachstum lassen vermuten, dass sich die Versorgungslage in Zimbabwe weiter verschlechtern wird. In dieser Situation hat nun die Reserve Bank of Zimbabwe (RBZ) eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik angekündigt. Damit reagiert sie auf die anhaltenden Abwertung des ZIM-Dollars; Resultat der hohen Staatsausgaben bei gleichzeitigem drastischen Außenhandelsdefizit. Anfang 2004 hatte die RBZ noch den Versuch unternommen, die Währungspolitik durch wöchentliche Auktionen nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu regeln. Da die ZANU-PF im Wahlkampf jedoch wirtschaftliche Stabilität signalisieren wollte, waren die Marktgesetze seit Dezember 2004 wieder außer Kraft gesetzt und der offizielle Wechselkurs auf 6.200 ZIM-Dollar für 1 US-Dollar eingefroren worden.

In der Folge schnellten der Schwarzmarktkurs auf 23.000 ZIM-Dollar pro US-Dollar. In Zimbabwe ist der Schwarzhandel mit ausländischen Währungen nichts ungewöhnliches; der Handel mit Valuta heißt hier Parallelmarkt. Selbst etablierte Supermarktketten sind nur mittels dort gekaufter Devisen in der Lage ihre Regale mit Importwaren zu füllen.

Leidtragende der enormen Abwertung des ZIM-Dollar ist der Großteil der Bevölkerung, deren Einkommen durch die enorme Inflation immer mehr an Kaufkraft verliert. Verschärft wird diese Entwicklung aktuell durch das geringe Angebot an Grundnahrungsmitteln für den täglichen Bedarf. So sind vielerorts Maismehl, Zucker und Speiseöl nicht mehr erhältlich und auch keine Supermarktkette wird sich die Mühe machen, diese Produkte mit teuren US-Dollars einzuführen. Ein Import von Grundnahrungsmitteln beim Kurs von 23.000 ZIM-Dollar je US-Dollar würde Ladenpreise bedeuten, die nur die wenigsten bezahlen könnten.

Auch Wirtschaftsbereiche, die einer stärkeren staatlichen Restriktion unterliegen, sind vom parallelen Markgeschehen beeinflusst. Dazu gehören u.a. das Hotelgewerbe, der Export von Gold und Tabak sowie der Import von Kraftstoff (Zimbabwe verfügt weder über eigene Ölvorkommen noch über eigene Raffinerien). Um eine reibungslose Versorgung mit Treibstoff an den Tankstellen sicher zu stellen, hatte die Regierung während des Wahlkampfs Anfang des Jahres erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen. Nach eigenen Angaben hat die RBZ für den Einkauf von Treibstoff lokalen Importeuren 111,1 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt. Es gelangten jedoch 5-7,5 Mio. Liter Sprit weniger an die Tankstellen, als mit den bereit gestellten Valuta hätten importiert werden können. Anzunehmen ist, dass die Importeure die US-Dollars lieber dem parallelen Devisenhandel zuführten und damit Gewinnspanne von mehr als 200% realisieren konnten.

Inzwischen ist die Kraftstoffversorgung so weit zurück gegangen, dass der öffentliche Nahverkehr fast komplett zum erliegen kam.

Führt der eingefrorene Wechselkurs für die einen zu exorbitanten Gewinnen in der Parallelwirtschaft, wirkt er sich für die kleineren Tabak-Produzenten negativ aus, die ihr Produkt über die offizielle Tabakauktion vermarkten müssen. Zwar wird der Handel in US-Dollar abgewickelt, doch nur zum offiziellen Wechselkurs. Die Tabakanbauer haben auf diese Entwicklung mit einem einwöchigen "Verkaufsstreik" reagiert. In den regierungsnahen Medien wurden die Proteste präsentiert als Reaktion auf die schlechten Weltmarktpreise. Denn wie selbst die RBZ zugeben musste, sind die Erlöse aus dem Tabakexport weiterhin rückläufig. Lagen sie noch im April 2003 bei 3,7 Mio. US-Dollar, gingen sie ein Jahr später auf 2,7 Mio. US-Dollar zurück. Im April 2005 konnten nur noch 2,1 Mio. US-Dollar erzielt werden.

Nichtsdestotrotz geht die RZB davon aus, dass die Tabakeinnahmen in 2005 bis auf 250 Mio. US-Dollar anwachsen werden. Im Vergleich zu den 49,9 Mio. US-Dollar Einnahmen des Vorjahres würde dies eine fünffache Steigerung bedeuten. Diese Prognose ist nicht nur auf Grund der kontinuierlich fallenden Weltmarktpreise für Tabak ein Hirngespinst, denn schon jetzt ist absehbar, dass die diesjährige Ernte wegen Dürre schlechter als die des Vorjahres ausfallen wird. Aber nicht nur im Tabaksektor ist seit Jahren ein stetig schrumpfendes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Zimbabwe befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise.

Vor diesem Hintergrund versucht nun Zentralbankchef Gono mit seiner "Postelection and Drought Mitigation Monetary Policy" (Nachwahl und Dürrelinderungsgeldmengenpolitik) gegenzusteuern. Sie soll nicht nur für wirtschaftliche Stabilität sorgen, sondern zu einer allgemeinen Trendwende führen. Doch die monetären Ansätze der RBZ sind ernüchternd und wenig spektakulär. Der offizielle Wechselkurs wurde von 6.200 auf 9.000 ZIM-Dollar pro US-Doller dem Schwarzmarktkurs etwas angeglichen. Dies wird vor allem inflationäre Auswirkungen haben und somit die Verringerung der Kaufkraft für breite Bevölkerungsschichten auf unabsehbare Zeit zementieren.

Parallelmarkt und wirtschaftliche Krise

Politisch brisant sind die weiteren Zielsetzungen dieser neuen Politik unter den Mottos: "Buy Zimbabwean Products Campain", "War against Corruption" und "Support the private Sector". Am 20. Mai, einen Tag nachdem Gono die neue Politik verkündet hatte, wurde im ganzen Land mit der so genannten Operation Murambatsvima (Großreinemachen) begonnen. Erklärtes Ziel der vor allem von den Sicherheitskräften getragene Aktion, sind alle und alles, was als "informeller Sektor" gilt. In populistischer Manier soll der Schwarzmarkt zerschlagen, angeblich illegal errichtete Häuser zerstört und vor allem die Hauptstadt Harare wieder zur "Sunshine City" vergangener Jahre gemacht werden. Nach Polizeiangaben wurden innerhalb der ersten elf Tagen insgesamt 22.735 Menschen verhaftet. Neben dem traditionsreichen Blumenmarkt am Africa Unity Square und dem größten Markt im Stadtteil Mbare wird im gesamten Stadtgebiet von Harare jeglicher Straßenhandel gewaltsam unterbunden. Auch in anderen Städten Zimbabwes geht die Polizei brutal vor. Zudem werden vermeintlich illegale Wohnunterkünfte und ganze Siedlungen niedergerissen und zerstört.

Zehntausende sind in den letzten Tagen obdachlos geworden oder haben ihre Einkommensquelle verloren. Ein Ende der staatlich durchgeführten Verwüstung ist nicht absehbar. Es ist zu befürchten, dass alleine in Harare etwa ein Viertel der rund 1,5 Millionen Einwohner obdachlos werden. Dem absehbaren Wohnungsmangel folgen nun dramatische Mieterhöhungen. So ist etwa die Miete für eine Unterkunft im Stadtteil Mbare innerhalb kürzester Zeit von 350.000 auf 1 Mio. ZIM-Dollar gestiegen.

Die Menschen, denen die Polizei habhaft wird, werden außerhalb der Städte gebracht. Von dort sollen sie in ländliche Gegenden geschickt werden. In Ermangelung anderer Alternativen werden wohl viele darauf eingehen. Zudem sind die Festgenommenen gezwungen, hohe Strafen zu zahlen. Nach offiziellen Angaben sind bisher 1,2 Mrd. ZIM-Dollar eingetrieben worden.

Gemessen an dem Ausmaß der Zerstörungen ist der Widerstand eher gering und kann bisher von der Regierung politisch und polizeilich kontrolliert werden. So konnten von der Polizei mancherorts provozierte Aufstände schnell niedergeschlagen werden. Zwar hat die Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) alle ZimbabwerInnen aufgefordert, sich offensiv gegen die Regierung zu stellen, zu größeren Protesten ist es allerdings bislang nicht gekommen. Selbst sonst eher regierungskritische Zeitungen wie z.B.

der Zimbabwe Independent schenken den Vorgängen keine außerordentliche Beachtung. Vielmehr wird spekuliert, dass asiatische EinzelhändlerInnen hinter der Aktion stehen, weil sie die einheimische Konkurrenz ausschalten wollen. Festzuhalten bleibt, dass eine Solidarisierung mit den weniger Privilegierten in den Stadtteilen, wo niemand der Ober- oder Mittelschicht wohnen will, ausbleibt. Unklar ist, inwieweit die chauvinistische Rhetorik von Sauberkeit und Kriminalitätsbekämpfung in Teilen der Bevölkerung verfängt.

Die Regierung wirft den Festgenommenem vor, durch illegale Schwarzmarkt-Aktivitäten für die schwere wirtschaftliche Misere des Landes mitverantwortlich zu sein. Die meisten wurden wegen illegalen Geldumtausches, Hortens von Gütern oder deren Verkauf auf dem Schwarzmarkt belangt. Dass aber gerade die Verfolgung derjenigen, die über die geringsten Einkünfte verfügen, die Außenhandelsbilanz verbessert, ist wenig überzeugend. Auch kann niemand ernsthaft davon ausgehen, dass es gerade die StraßenhändlerInnen sind, die den Parallelmarkt ausreichend mit Devisen versorgen.

Vertreibungen für die Agrarwirtschaft

Gleichwohl ist die Regierung mit allen Mitteln bemüht, genau diesen Eindruck zu erwecken. Kein Tag vergeht, an dem die Polizei nicht nur über die steigende Zahl der Festgenommenen berichtet, sondern auch von steigenden Mengen sicher gestellter Spekulationsgüter spricht. Demnach sind bisher 30 Tonnen Zucker und 20.000 Liter Treibstoff beschlagnahmt worden, was etwa zwei LKW-Ladungen entspricht. Eine Menge, die im Verhältnis zu den 7,5 Mio. Litern Sprit, die auf Grund der Devisenspekulationen nicht ins Land kamen, kaum ins Gewicht fällt.

Bleibt die Frage, was mit den Vertreibungen eigentlich bezweckt werden soll. Einen Hinweis auf die Antwort kann vielleicht eine weitere Maßnahme im Programm des Zentralbankchefs geben. Hinter dem Vorhaben "Support the private Sector" verbirgt sich nämlich ein Programm, das im Schwerpunkt eine Steigerung der Agrarproduktion vorsieht; ein Sektor, der am ehesten Exporteinnahmen verspricht. Eine Konzentration auf die Landwirtschaft macht zudem vor dem Hintergrund Sinn, dass Zimbabwe nicht in der Lage ist, ausreichend Grundnahrungsmittel für den eigenen Bedarf zu produzieren. So liegt die Vermutung nahe, dass die jetzt Vertriebenen als Arbeitsreserve für die Landwirtschaft dienen sollen. Ob das zynische Kalkül aufgeht, ist jedoch fraglich. Die kommerziellen Farmen sind immer noch im Niedergang begriffen und die Aussicht, dass hier neue Arbeitsplätze entstehen eher unwahrscheinlich. Bleibt den aufs Land Vertriebenen nur noch die Flucht in die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft, wobei hierfür der Beginn der Trockenzeit der denkbar ungünstigste Zeitpunkt ist.

Die Politik der ZANU-PF-Regierung nimmt immer aggressivere Formen an. Zwar scheint eine den Problemen Zimbabwes angemessene Alternative in weiter Ferne zu liegen, doch immer offensichtlicher wird, dass die Regierung unter Präsident Mugabe das Zentrum und nicht die Lösung der Probleme des Landes ist.

Sadza Raibva, Harare

26. Ein großer Schritt nach vorn. Mit Wahlen setzt Bougainville Zeichen

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:28

Nach zehn Jahren Krieg und sieben Jahren prekärer Nachkriegszeit wurden auf der südpazifischen Insel Bougainville im Mai endlich Wahlen für eine Autonomieregierung abgehalten. Die Wahlen sind ein entscheidender, den Frieden stabilisierender Schritt. Sie machen den Weg frei für ein Referendum über den politischen Status der Insel in zehn bis 15 Jahren.

Der Weg bis hierher war schwer. An seinem Beginn stand der längste und verlustreichste Krieg im Pazifik seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Ihm fielen rund 20.000 der knapp 200.000 InselbewohnerInnen zum Opfer. Im Jahrzehnt zwischen 1988 und 1998 bekämpften sich die sezessionistische Bougainville Revolutionary Army (BRA) auf der einen Seite und die Streitkräfte der Zentralregierung Papua-Neuguineas, die Papua New Guinea Defence Forces (PNGDF), unterstützt von lokalen bougainvilleanschen Hilfstruppen, den so genannten Resistance Forces, auf der anderen Seite.

Ausgelöst wurde der Krieg durch ein gigantisches Bergbauprojekt, das durch Inwertsetzung der Bodenschätze der Insel (Kupfer und Gold) einem multinationalen Bergbaukonzern Profite und dem jungen Staat Papua-Neuguinea Ressourcen für die nationalstaatliche "Entwicklung" bescheren sollte. Der lokalen Bevölkerung im Minengebiet brachte es allerdings vor allem die Zerstörung der Umwelt und die Zersetzung traditionaler Lebenszusammenhänge. Aus dem Widerstand dieser Bevölkerung und der repressiven Reaktion des Staates entwickelte sich ein Konflikt, der zu einem Krieg um die Sezession der Insel vom Staatsverband Papua-Neuguineas eskalierte. Der Stein des Anstoßes, die Gold- und Kupfer-Mine Panguna, wurde 1989 von den Aufständischen erobert und stillgelegt - und das ist bis heute so.

Konflikt um eine Bergbaumine

Mit ihrer Guerillakriegführung gelang es der BRA, gegen die personell und materiell überlegenen PNGDF militärische Erfolge zu erzielen. Sie proklamierte im Mai 1990 einseitig die Unabhängigkeit der "Republik Bougainville" und etablierte eine eigene Regierung, das Bougainville Interim Government.

Die Streitkräfte Papua-Neuguineas wurden massiv von Australien unterstützt; ohne diese australische Militärhilfe wären die PNGDF und die einheimischen Hilfstruppen nicht in der Lage gewesen, den Krieg so lange durchzuhalten.

Ein letzter Versuch der Zentralregierung, zu einer militärischen Lösung zu gelangen, scheiterte im Frühjahr 1997 kläglich: Seinerzeit heuerte die Regierung eine britisch-südafrikanische Söldnertruppe an, um die Panguna-Mine zurückzuerobern und die BRA zu zerschlagen. Doch Demonstrationen in der Hauptstadt Port Moresby, an denen sich auch viele PNGDF-Soldaten beteiligten, gegen den Söldner-Einsatz und die Weigerung der PNGDF-Führung, mit den Söldnern zu kooperieren, zwangen die Regierung zum Rücktritt und die Söldner außer Landes. Die nach den Neuwahlen vom Juni 1997 gebildete Regierung des Premierministers Bill Skate sah keine Perspektive mehr in der Fortsetzung des Krieges und erklärte sich zu Verhandlungen bereit.

Auf Vermittlung der neuseeländischen Regierung kam es ab Juni 1997 zu einer Reihe von Gesprächen und Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien. Sie mündeten im Oktober 1997 in eine Waffenruhe, die im folgenden April zu einem permanenten Waffenstillstand verfestigt wurde.

Seither vollzog sich auf Bougainville ein komplizierter, immer wieder von Verzögerungen, Rückschlägen und Unterbrechungen begleiteter Verhandlungsprozess. Dabei ging es um drei Schlüsselfragen: ein Referendum über den künftigen politischen Status der Insel, eine Autonomieregelung und die Entwaffnung der Konfliktparteien. Nach mehreren Zwischenschritten konnte schließlich am 30. August 2001 eine Einigung erzielt werden; ein Friedensabkommen, das Bougainville Peace Agreement, wurde unterzeichnet.

Es sieht vor:

- Weitgehende politische Autonomie für Bougainville im Rahmen Papua-Neuguineas und seiner Verfassung und Wahlen zu einer Autonomieregierung;

- ein Referendum über die politische Zukunft - also die Frage: Unabhängigkeit oder Verbleib bei Papua-Neuguinea - innerhalb von zehn bis 15 Jahren nach Bildung der Autonomieregierung;

- einen dreistufigen Prozess der Abgabe der Waffen und der Auflösung der bewaffneten Gruppierungen - verbunden mit dem Abzug der letzten Regierungstruppen von der Insel.

In der Tat zogen sich die PNGDF schon bald danach völlig aus Bougainville zurück, und BRA und Resistance gaben in den folgenden Jahren nach und nach ihre Waffen ab. Von 2002 bis 2004 arbeitete eine bougainvilleanische Verfassungskommission an einer Autonomie-Verfassung für Bougainville; mehrere Entwürfe wurden der Bevölkerung vorgelegt und von dieser breit diskutiert. Im November 2004 erfolgte die Verabschiedung der Verfassung durch eine verfassunggebende Versammlung; im Dezember wurde sie von der Zentralregierung akzeptiert, und am 15. Januar 2005 trat sie in Kraft. Damit war der Weg zu den Wahlen für eine Autonomieregierung frei.

Eine BRA-Fraktion allerdings hat sich dem Friedensprozess bisher nicht angeschlossen, ihn aber stillschweigend geduldet. Sie steht unter Führung von Francis Ona, jenem Mann, der den ursprünglichen Widerstand gegen die Mine organisiert hatte und im Mai 1990 zum "Präsidenten" der "Republik Bougainville" ausgerufen worden war. Seine Anhänger haben sich 1998 als Meekamui Defence Force von der BRA gelöst. Ona und seine Truppen kontrollieren nach wie vor die Mine und das umliegende Gebiet, welches sie zur "no-go zone" für alle Fremden erklärt haben. Die Ona-Fraktion vertritt den Standpunkt, dass mit der Unabhängigkeitserklärung vom Mai 1990 Bougainville ein eigenständiger Staat sei und es daher mit der Zentralregierung Papua-Neuguineas nichts mehr zu verhandeln gebe; Autonomie und Wahlen seien überflüssig.

Unmittelbar nach Verabschiedung der Verfassung begannen die Vorbereitungen zu den Wahlen. Der Wahltermin wurde auf die Zeit vom 20. Mai bis 2. Juni 2005 festgelegt.

Krieg um Unabhängigkeit

Zu wählen waren ein Präsident als Chef der zu bildenden Autonomieregierung sowie 40 Abgeordnete eines bougainvilleanischen Parlaments. Die politischen Führer der verschiedenen Strömungen, die in den letzten Jahren im Friedensprozess zusammengearbeitet und gemeinsam die Verhandlungen mit der Zentralregierung geführt hatten, traten nunmehr als Präsidentschaftskandidaten gegeneinander an.

Das war erstens John Momis, einer der großen alten Männer der Politik in Papua-Neuguinea, der Bougainville seit der Unabhängigkeit im Jahre 1975 im Nationalparlament vertreten hatte. Momis war während des Krieges ins politische Abseits geraten. Doch nach dem Waffenstillstand hatte er sich geschickt wieder ins Spiel gebracht und als Gouverneur einer Bougainville-Interimsverwaltung entscheidenden Einfluss auf den Friedensprozess genommen. Er kann als Vertreter der gemäßigten Kräfte und als Repräsentant der älteren Generation gelten. Er ist sicher für eine weitgehende Autonomie Bougainvilles im Rahmen Papua-Neuguineas; in der Frage künftiger vollständiger Unabhängigkeit scheint er unentschieden.

Zweitens trat Joseph Kabui an, politischer Kopf der Mehrheitsströmung der BRA und während des Krieges Partner von Ona. Er hat sich auf den Prozess der Friedensbildung eingelassen und diesen maßgeblich mit geprägt. Er will nunmehr das Ziel der Unabhängigkeit mit politischen Mitteln erreichen.

Dann ist noch James Tanis zu nennen, ein junger BRA-Führer, der in der Interimsverwaltung die Leitung des Friedensministeriums innehatte. Er tritt entschieden für die Unabhängigkeit ein und will insbesondere die Verbindungen zur Ona-Fraktion halten.

Schließlich trat auch Joel Banam an. Er gehörte zur Resistance und vertritt als Vorsitzender des Leitana Council of Chiefs jene Kräfte, insbesondere von der Insel Buka, die bei Papua-Neuguinea bleiben wollen.

Ein fünfter weit gehend unbekannter Kandidat kam aus Kirchenkreisen.

Francis Ona stellte sich nicht zur Wahl, obwohl er von allen Seiten dazu aufgefordert worden war. Er verließ zwar das erste Mal seit Jahren die "no-go zone" um die Panguna-Mine und hielt mit seinen Anhängern

Demonstrationen in mehreren größeren Städten der Insel ab, doch nur, um die Wahlen für überflüssig zu erklären und seinen Standpunkt zu wiederholen, dass Bougainville bereits unabhängig sei und schon eine Regierung habe, nämlich die Meekamui-Regierung unter seiner Führung, die in der "no-go zone" residiere. Onas politische Position ist nur schwer einzuschätzen. Zwischenzeitlich hat er sich auch schon mal selbst zum "König von Meekamui" gekrönt und sich mit höchst dubiosen ausländischen "Beratern" umgeben. Gleichwohl muss mensch Ona zu Gute halten, dass er die Wahlen und zuvor den Friedensprozess nicht sabotiert hat, wozu er mit seinen Anhängern, der einzigen immer noch bewaffneten Gruppierung auf Bougainville, durchaus in der Lage gewesen wäre.

Der Wahlkampf verlief weitgehend ohne Zwischenfälle. Auch in der "no-go zone" konnte gewählt werden. Hier sorgten die Kämpfer Onas für die Sicherheit der Wahllokale und der WählerInnen. Im Vorfeld der Wahlen geäußerte Befürchtungen, dass es zu Störungen durch die Meekamui-Leute kommen könnte, bewahrheiteten sich also nicht. In der Tat stellten sich sogar elf Meekamui-Kandidaten zur Wahl. An einzelnen Orten im Süden der Insel wurden Straßenblockaden errichtet, um Leute am wählen zu hindern. Doch konnten diese zumeist nach Intervention der lokalen Chiefs beseitigt werden.

Wahlen zur autonomen Regierung

Ein Problem waren aber die veralteten Wahllisten. Viele Menschen, die wählen wollten, durften nicht, weil sie nicht als WählerInnen eingetragen waren. Doch insgesamt wurden die Wahlen als äußerst ruhig, frei und fair bewertet. Zu dieser Einschätzung kam auch die kleine Gruppe internationaler Wahlbeobachter.

Die Wahlen begannen wie angekündigt am 20. Mai. Knapp 123.000 Bougainvilleans waren wahlberechtigt. Neben den fünf Präsidentschaftskandidaten stellten sich 293 Kandidaten für 40 Sitze im Parlament zur Wahl. Zudem bewarben sich 25 Frauen um drei speziell den Frauen vorbehaltene Sitze und 25 Ex-Kombattanten um weitere drei Sitze für die ehemaligen Kämpfer.

Zum Präsidenten wurde Joseph Kabui gewählt. Er erhielt knapp 38.000 Stimmen. Das ist ein klares Votum für den politischen Weg zur Unabhängigkeit (zumal, wenn mensch einen Gutteil der NichtwählerInnen der Ona-Fraktion zurechnet). Auch im Parlament werden die Unabhängigkeitsbefürworter die Mehrheit stellen. 34 Abgeordnete gelten als AnhängerInnen Kabuis. Als schlechter Verlierer erwies sich John Momis, der mit knapp 24.000 Stimmen auf den zweiten Platz verwiesen wurde (Dritter wurde Tanis, vierter Banam). Er will das Wahlergebnis wegen seiner Meinung nach gravierender Unregelmäßigkeiten vor Gericht anfechten. Auch die Zentralregierung in Port Moresby reagierte verschnupft; auch sie hatte offensichtlich auf den "gemäßigten" Momis gesetzt. Die australische Regierung begrüßte das Wahlergebnis in diplomatischen Worten.

Kabui erklärte, von nun an sei Bougainville keine Provinz Papua-Neuguineas mehr, sondern eine eigenständige autonome Region. Jetzt wird es darauf ankommen, der unterlegenen Minderheit deutlich zu machen, dass sie in einem künftigen unabhängigen Bougainville einen sicheren Platz im gesellschaftlichen und politischen Leben haben wird.

Mit den Wahlen sind gute Voraussetzungen für eine künftige friedliche und eigenständige politische Entwicklung auf Bougainville geschaffen. Sie wird auf einer Verbindung von modernen staatlichen und traditionalen Institutionen und Verfahren beruhen. Letztere haben sich in der "staatslosen" Zeit bewährt. Die BRA-Führung hatte von vornherein eine Stärkung der traditionellen Strukturen und Verfahren propagiert. In BRA-kontrollierten Gebieten hatten traditionale Institutionen wie die Ältestenräte die alleinige Verantwortung für die öffentliche Ordnung übernommen.

Mittlerweile gilt Bougainville verschiedenen Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten Welt als Vorbild, das den nach Selbstbestimmung und nach neuen Formen politischer Organisation strebenden Völkern politische Orientierung geben kann. Auf Bougainville scheint eine staatliche Ordnung neuen Typs bei Vertrauen in die eigene Kraft möglich. Dieses in Krieg und Nachkrieg erworbene Vertrauen in die eigene Kraft sollte eine Ressource sein, die für den weiteren Weg der Selbstbestimmung von sehr viel größerem Wert ist als die Ressourcen im Boden der Insel.

Vo, Brisbane/Australien

27. "Hauptsache ist doch, dass wir Arbeit haben." Umstrittene Pipeline duch den Kaukasus eingeweiht

Umstrittene Pipeline durch den Kaukasus eingeweiht

Autor: Timo Vogt · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:34

Ende Mai wurden die ersten fertigen Abschnitte der BTC Pipeline in Aserbaidschan eingeweiht. Die 1.800 Kilometer lange Ölröhre aus der Kaspischen See an die Mittelmeerküste soll den Westen unabhängiger vom arabischen Öl machen. Doch die Pipeline wird in schwierigem Gelände verlegt und ist nicht unumstritten. Eine Reportage aus dem Kaukasus von Timo Vogt.

Baku/Tbilisi. Der bullige Schotte Bill Craig freut sich schon, dass es bald los gehen soll. Seit 17 Jahren ist er für den britischen Ölgiganten BP im Namen des Öls in aller Welt unterwegs. Hier in der gut bewachten Pumpstation 1 nahe der ostgeorgischen Trabantenstadt Rustawi kommt die BTC in der baumlosen Halbwüste ans Tageslicht. Bill Craig tätschelt die im Durchmesser über einen Meter messende Pipeline wie eine alte Bekannte. Für deren Namen standen die Städte Baku, Tiflis und Ceyhan als wichtigste Orte entlang ihres Weges durch den Kaukasus und Ostanatolien Pate. Acht Pumpstationen sollen bald dafür sorgen, dass das von den riesigen Bohrplattformen in der Kaspischen See geförderte Rohöl den Tanker-Verladeterminal im türkischen Ceyhan erreicht. 1.760 Kilometer muss das schwarze Gold durch drei Länder zurücklegen. Es benötigt dafür zwei Wochen, wenn alles gut geht.

Wenn der Wind vom Meer herüberweht liegt ein beißender Geruch über der sich immer weiter ausdehnenden Metropole Baku. Der Geruch von Öl prägt die Stadt genauso wie die neuen, emporschießenden Büro- und Wohngebäude oder die schweren Luxus-Jeeps auf den Straßen. Die aserbaidschanische Hauptstadt lebt seit über 100 Jahren vom Öl. Doch mit dem Abschluss des "Jahrhundertvertrages" vor 10 Jahren begann ein neuer Boom. Die postsowjetische Republik am Kaspischen Meer öffnete sich damals für westliche Ölkonzerne und ging damit eine Allianz ein, die den Firmen Förderrechte zusprach und der despotischen und korrupten Regierungsclique um die Alijew-Familie Einnahmen und Macht sicherte.

Noch heute wird auf den ersten Ölfeldern des frühen 20. Jahrhunderts mit rostigen Fördertürmen Öl an die Oberfläche gefördert. Das Selimkhanow Ölfeld ist eine apokalyptische Landschaft am Südrand Bakus. Unzählige Fördertürme und Pumpen rosten vor sich hin, schwarze Seen aus stinkenden Bohrschlämmen und Ölresten verseuchen den Küstenstreifen. Die schmutzverschmierten Gesichter der Arbeiter hier können nicht verbergen, dass ihr Körper unter den Arbeitsbedingungen zu leiden hat. "Die Hauptsache ist doch, dass wir Arbeit haben", sagt einer der Männer.

Das Öl für den Export wird von Multikonzernen aus Europa und den USA auf andere Weise aus der Erde geholt. Hundert Kilometer vor der Küste Bakus gelegen werden im Meeresboden fünfeinhalb Milliarden Barrel vermutet. Dem Azeri-Chirag-Gunashli Ölfeld (ACG) ist mit antiquierten Methoden nicht mehr beizukommen. Riesige moderne Stahlkolosse ankern überall in der Kaspisee. Im April begann eine dieser Plattformen damit, das erste Öl für die BTC ans Festland zu pumpen und die großen weißen Tanks des Exportterminals Sangachal südlich der Hauptstadt zu füllen. Doch wer dem Terminal zu nahe kommt, wird mit Argusaugen beobachtet und muss sich unter Umständen gegenüber Uniformierten rechtfertigen. Eine spezielle Polizeitruppe wurde dem Betreiberkonsortium zur Seite gestellt, das Gelände zu bewachen. Ölprojekte sind von "strategischer Bedeutung" im wenig demokratischen Aserbaidschan und daher besonders schützenswert. Einen Ortstermin im Innern des Terminals bekommt man von BP nur selten. Hier an der Westküste des Kaspischen Meeres lässt sich nicht gerne in die Karten schauen.

***

500 Pipelinekilometer weiter westlich steht der dreißigjährige Bürgermeister Vano Tsiklauri auf der verbeulten Haupttrinkwasserleitung seiner georgischen Kleinstadt Tetritskaro. Er wolle auf keinen Fall den Eindruck eines Pipelinegegners machen, "aber wie kann es sein, dass BP bei den Erdarbeiten für die BTC unsere Wasserleitung zerstört und ich die Reparatur selber leisten muss?" Tetritskaro hat einige Stücke des Pipelinekuchens abbekommen. Die Weltbank stiftete rund 64.000 Euro für Infrastrukturmaßnahmen in der

4.000-Einwohner Stadt. Die marode gewordenen Straßen, Wasserleitungen und die Kanalisation wurden erneuert. Um so ärgerlicher ist für den nach der georgischen Rosenrevolution mit überwältigender Mehrheit ins Amt gewählten Bürgermeister, dass vor einem Jahr auch noch die Planierraupen einen Weg für die Baufahrzeuge der BTC frei schob und dabei außerhalb der Stadt das Abwasserrohr auf einen Kilometer Länge aufriss. Merab Tsiklauri, zuständig für die Kommunalentsorgung, schätzt den Schaden auf 35.000 Euro. "BP hat bis heute nicht reagiert und so haben wir jetzt Klage einreichen müssen", erklärt Merab. Bis das geklärt ist, fließen die Abwässer weiterhin direkt in die Landschaft.

***

Sorgen vor ganz anderen Umweltproblemen hat Kacha Torlodawa, Sprecher der Umweltorganisation WWF in der georgischen Hauptstadt Tiflis. Die Organisation betreibt den ersten Nationalpark Geogiens, der in den Bergen um den westgeogischen Kurort Borjomi vor eineinhalb Jahren eingerichtet wurde. Der Borjomi-Kharagauli Nationalpark umfasst über ein Prozent des Staatsgebietes der Kaukasusrepublik und soll zur Erhaltung einzigartiger Tiere und Pflanzen der Region beitragen. Die BTC wird derzeit durch die Pufferzone des Nationalparks verlegt. Zwar schließt Torlodawa direkte Auswirkungen der Pipeline auf den Park aus, denn zwischen der Ölleitung und der Parkgrenze liegen mehrere Kilometer. Schlimmer sei jedoch, dass die BTC oberhalb der Städtchens Borjomi in einem stark erdrutschgefährdeten Gebiet gebaut wurde und sie den Borjumula Fluss durchquere. Der Bergfluss stürzt sich ins Tal und vereinigt sich mit der größeren Kura, die durch Georgien und Aserbaidschan ins Kaspische Meer fließt. Ein Leck in der Röhre in Flussnähe könnte eine Katastrophe auslösen. "Was nutzt es uns, wenn BP zusichert, der Ölfluss durch die BTC könne im Schadensfall innerhalb von zehn Minuten abgestellt werden?", fragt Kacha Torlodawa rhetorisch und fügt hinzu: "Tausende Gallonen Öl wären dann schon im Fluss und würden das einzigartige Borjomital verseuchen. Unter Volllast kann die Pipeline bis zu einer Million Barrel am Tag exportieren. In jeder Sekunde allein würden so zukünftig rund 1.185 Liter Öl durch die Leitung strömen.

***

In der Borjomi-Region, die von ihrem guten Ruf lebt, wird die Pipeline skeptisch gesehen. Zwar wissen alle, dass Georgien mit der Inbetriebnahme jährlich viele Millionen Dollar Transitgebühren einnehmen wird, doch Borjomi braucht sauberes Wasser. Um die warmen und schwefelhaltigen Quellen herum wurde die Stadt einst errichtet. Ein Kurort, in dem schon die Romanows und Stalin entspannten und der jetzige Präsident Georgiens sich hin und wieder sehen lassen muss. Dem schnellen Verfall nach dem Ende der Sowjetunion wird nun langsam wieder entgegen gearbeitet, damit eines Tages wieder ein gemütliches Städtchen Kurgäste empfängt.

An den Toren der Stadt wird in zwei Werken Trinkwasser aus Borjomi für den europäischen Markt getrimmt. Hundert Jahre wird hier nun schon Wasser abgefüllt. In der Sowjetunion war das als gesund geltende Wasser aus Georgien überall bekannt. Noch heute gehen 90 Prozent der Produktion nach Russland. Insgesamt werden 26 Staaten beliefert und die Jahresproduktionen steigen zusehends. Im Jahr 2000 seien noch 10 Millionen Flaschen abgefüllt worden, während es im Jahr 2004 stolze 40 Millionen Flaschen waren. Die Georgian Glass und Mineral Water Company (GG&MW) wurde in den 1990`ern mit Hilfe der Weltbank wieder aufgebaut. Der damals marode Betrieb arbeitet heute wirtschaftlich und hat noch Entwicklungspotenzial. So viel, dass Danone in die GG&MW investieren wollte. Doch als die Pipelinepläne offenbar wurden, zog sich der französische Konzern wieder zurück. Zu heikel schien wohl das Geschäft mit Wasservorkommen gewesen zu sein, über denen eine Erdölleitung mit den Dimensionen der BTC gebaut werden sollte.

Das Borjomi Trinkwasser wird aus Tiefen zwischen 18 und 1.500 Metern heraufgepumpt. Unter dem Borjumula Fluss sind die Vorkommen nur 130 Meter tief. Direkte Verbindungen durch Risse und Spalten, durch die bei einem Leck in der BTC-Röhre Öl sickern könnte und das Wasser verunreinigen würde, seien nicht auszuschließen, meinen Fachleute. Merab Jobaschwili ist sich natürlich der Gefahr bewusst, die von der Pipeline ausgehen kann. Doch der stellvertretende Direktor des 2. Borjomi Werks glaubt den Versicherungen von BP. Was soll er auch anderes sagen, denn die Führungen von BP und GGMW hätten sich geeinigt. BP verstärkte daraufhin die Rohrabschnitte in den gefährdeten Gebieten. "Zu 99 Prozent ist unser Wasser sicher", sagt Jobaschwili zum Abschied. Läge er mit dieser Prognose falsch, stünden rund 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel und eine ganze Region mit Kurort, Nationalpark und Wasserwirtschaft hätte ein kaum wieder gut zu machendes Imageproblem.

***

Es hätte eine Alternativroute für die BTC gegeben, um den neuralgischen Punkt Borjomi südlich zu umgehen. Doch die hätte zur direkten Nachbarschaft mit Dörfern geführt, die von ethnischen Minderheiten bewohnt sind. Vor allem das Verhältnis zu den Armeniern ist in Georgien gestört, doch ausschlaggebender war wohl die russische Militärbasis im südwestgeorgischen Akhalkalaki. Die Russen weigerten sich Jahre lang standhaft gegen ihren beschlossenen Abzug aus der Kaukasusrepublik Georgien. Wegen des Schreckgespensts, russisches Militär könnte eines Tages einen der zahlreichen georgischen BTC-Hähne zudrehen, um damit die westliche Welt unter Druck zu setzen, verwarf man die ausweichende Trassenführung über das Dschawacheti-Massiv schnell.

Problemen mit Minderheiten zum Trotz wurde die Baku-Ceyhan Röhre an der südgeorgischen Stadt Tsalka vorbei verlegt. Die Menschen der Region freuen sich über die Ölleitung. Auf einem Hügel vor der Stadt liegen die Rohre mehrere Meter hoch gestapelt. Ein Bagger belädt die Allrad-Trucks einer deutschen Spezialfirma mit den tonnenschweren Rohrelementen. Die Pipeline, über die Berge aus dem Osten des Landes kommend, verläuft einige Kilometer nördlich von Tsalka entfernt am Ufer eines großen Sees, der als Trinkwasserreservoir für die 50 Kilometer entfernte Hauptstadt Tiflis dient. Mit der Pipeline kamen 200 Jobs für die Stadt. Fahrer und Hilfsarbeiter wurden unter den Georgier rekrutiert. Angestellt mit Zweimonatsverträgen verdienen sie in der Pipeline-Bauphase ein Vielfaches des üblichen georgischen Lohns. BP ist beliebt hier in Tsalka, bringt der Konzern doch auch neue Asphaltdecken und Ausländer, die in den kleinen Geschäften Geld ausgeben.

Doch Visionen hat hier niemand mehr. Zumindest niemand von den jungen und alten Männern, die schon vormittags sich gegenseitig stützend um den Verkehrskreisel torkeln. Die Innenstadt sieht aus wie ausgebombt. Dächer sind eingestürzt, Fensterglas von seit Jahren geschlossenen Geschäfte ist zerborsten. Die Hauptstraße besteht aus einer Aneinanderreihung von Schlaglöchern. Vor 15 Jahren lebten noch überwiegend Griechen in Tsalka, neben Armeniern und Aserbaidschanern. Doch die damals zunehmenden Anfeindungen wollten sich die Griechen nicht bieten lassen und wanderten aus nach Griechenland. 30.000 Einwohnern verließen so die Stadt. Um das Ausbluten der Region zu stoppen wurden 10.000 Georgiern angesiedelt. Dennoch wirkt Tsalka wie eine Geisterstadt.

Entlang der rund 250 Kilometer langen georgischen Sektion der Pipeline investiert BP in die Infrastruktur der Schulen. Davon hat auch die Schule in Tsalka profitiert: das Gebäude wurde renoviert und neue Öfen und Toiletten gestiftet. Die Wände sind frisch gestrichen und die Wasserversorgung funktioniert wieder. Doch wirklich große Augen bekommen die Schüler, wenn sie auf das neue Internetcafé angesprochen werden. Eine Solaranlage auf dem Schuldach stellt die Stromversorgung sicher, damit 10 Computer mit modernen Flachbildschirmen auch dann noch laufen können, wenn der Rest der Stadt im Dunkeln sitzt, was meistens der Fall ist. "BP hat uns auch einige Monate lang Zuschüsse auf unsere Lehrergehälter gezahlt," berichtet Tsiala "und sie haben uns versprochen, auch weiterhin in Tsalka zu investieren".

***

Investitionen erhofft man sich im Bergdorf Dgvari nicht mehr. Auf den ersten Blick unterscheidet sich Dgvari nicht von anderen Dörfern in Georgien. Die 600-Seelen- Gemeinde schmiegt sich an den Nordhang des Berg Oschora, der 2.600 Meter aufragt. Acker- und Weideland in kleinen Rechtecken umrahmen den Ort im Südwesten Georgiens, am Kleinen Kaukasus gelegen. Die quirlige Hauptstadt Tiflis ist drei Autostunden entfernt und weit hinter den Bergen. Das sich abspielende Drama in Dgvari scheint dort niemanden ernsthaft unter Handlungsdruck zu setzen.

Das Drama des Bergdorfes Dgvari begann vor 35 Jahren. Damals wurde der Ort mit seinen in ärmlichen Verhältnissen lebenden Bewohnern zum ersten Mal von einem Erdrutsch erschüttert. Seit dem ist der Abhang des Berg Oschora nicht mehr zur Ruhe gekommen. Als würde ein Fluch über Dgvari gekommen sein, rutscht das Land unentwegt hinab ins Tal. Und alle Menschen, Häuser und Wege rutschen langsam, Stück für Stück, mit.

Der langsame aber stetige Erdrutsch hat kein Haus in Dgvari verschont. Im letzten Sommer kamen dann plötzlich Bagger. Da erst erfuhren die Bewohner, dass oberhalb ihres Dorfes die BTC-Pipeline vergraben werden soll - in einem 17 Kilometer langen stark vom Abrutschen gefährdeten Bereich. Die Angst der Dgvarier vor einer Zunahme der Erdbewegung durch die Bauarbeiten seien durch BP vom Tisch gefegt worden. Der

damalige BP-Chef in Tiflis habe sich gar zu der Aussage hinreißen lassen, die Pipeline im Zweifel mit Hubschraubern hoch zu halten, damit die Erdrutsche sie nicht zerstören könnten. Nach der darauf gefolgten viertägigen BTC-Baustellenblockade der Dgvarier habe BP eine Zahlung von zwei Millionen Dollar an die georgische Regierung geleistet, damit diese sich dem Problem Dgvari annähme.

Als wäre es ihre letzte Hoffnung klammern sich die Menschen Dgvaris an eine vage Aussage der Regierung, die Dorfbewohnern zu entschädigen. Mit dem Geld könnten sie sich an einem anderen Ort eine neue Existenz aufbauen, erklärt der Kleinbauer Besik Gogoladze. "Doch ich habe große Angst, dass wir wegen der in Georgien herrschenden Korruption leer ausgehen könnten," meint er bitter. Oft genug seien Entschädigungen im Zusammenhang mit dem Bau der BTC Pipeline den Empfängern wieder abgepresst, oder sie seien genau am Tag der Auszahlung überfallen worden. Ein sicheres Konto, auf das der Betrag überwiesen werden könnte, hat hier oben kaum jemand.

***

In der Pumpstation PSG 1 brüllt Bill Craig in sein Handy: "Was verdammt noch mal sollen diese verfluchten Sirenen?" Er schreit, um gegen den plötzlich ausgelösten Gasalarm in der Anlage anzukommen. Auf dem Gelände selbst sind daraufhin keine Reaktionen festzustellen. Keiner der überwiegend indischen Arbeiter legt sein Werkzeug aus der Hand und rennt davon, um sich zu retten. Es ist Bill sichtlich peinlich, weiß er doch, dass der verdutzte Besucher nur nach einer strengen Unterweisung in Arbeitsschutzbestimmungen diese Pumpstation betreten durfte. Man wurde nicht nur angewiesen jeden Arbeiter umgehend zu denunzieren, wenn er offensichtlich Schutzvorschriften verletzt. Auch wurde klar gestellt, dass bei Alarm das Gelände schnellstmöglich zu verlassen ist, denn Sicherheit würde selbstverständlich groß geschrieben bei diesem drei Milliarden Dollar BTC-Pipeline-Projekt durch den Kaukasus ans Mittelmeer.

Timo Vogt

BTC in Zahlen

Die BTC-Pipeline ist mit 1768 Kilometern die längste Ölröhre der Welt und durchquert Aserbaidschan, Georgien sowie die Osttürkei. Die Leitung misst im Durchmesser 105 cm. Sie quert 1500 Bäche und Flüsse und steigt in den Bergen bis auf 2800 Metern auf. Sie kann bis zu 1 Mio. Barrel Öl (159 Mio. Liter) pro Tag transportieren. Im Jahr bis zu 51 Mio. Tonnen Öl. Um von Baku nach Ceyhan durch die BTC zu fließen, benötigt das Öl 14 Tage. Voll gefüllt fasst die Leitung 1,5 Mio. Tonnen Öl. Auf der Strecke sorgen acht Pumpstationen für einen reibungslosen Ölfluss des "Aseri Light". Der Transport von einer Tonne Öl durch die BTC soll 3-3,5 US-Dollar kosten. Die Betriebszeit der BTC beträgt 40 Jahre. Die Baukosten belaufen sich auf 2,5 Mrd. Euro. Betrieben wird die BTC von einem Konsortium aus elf Ölkonzernen aus aller Welt. Hauptanteilseigner sind die britische BP (30,1%) und die aserische SOCAR (25%).

Das Vorkommen des Aseri-Chirag-Gunashli (ACG) Ölfeldes 120 km vor der Küste Bakus im Kaspischen Meer beläuft sich auf 5,4 Mrd. Barrel. Seit Februar 2005 wird hier für die BTC Öl gefördert. Die Gesamtinvestitionen für das ACG-Projekt, inklusive der BTC, werden von BP mit 10 Mrd. US-Dollar bis zum Jahr 2010 angegeben. (tv)

28. Greater Middle East. Demokratisierung oder US-Herrschaftsprojekt?

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Nahost allgemein; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:05

Von Marokko bis Pakistan reicht die Region, die für die US-Regierung von besonderem geostrategischen Interesse ist. Um dort "Frieden und Stabilität" zu garantieren, will die Bush-Administration nicht nur den Terror bekämpfen, sondern auch den "Elan der Demokratisierung" fördern. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass dieses Programm Demokratisierungsprozesse eher behindert als voranbringt.

Bereits am Vortag des Referendums waren dessen Ergebnisse in der regimenahen Presse bekannt gegeben worden: 80 Prozent Beteiligung, 95 Prozent Ja-Stimmen. Und so kam es dann auch - wenn man den amtlichen Angaben Glauben schenkt. Wovon Jacques Chirac in den letzten Wochen nur träumen konnte - sein ägyptischer Amtskollege schaffte es spielend: Eine hohe Zustimmungsrate bei einem "maßgeschneiderten" Referendum, das er am 25. Mai abhalten ließ, schien ihm sicher. Dabei ging es auch noch um ein nobles Anliegen, nämlich um einen "historischen Schritt" zur "Demokratisierung" des Landes. So weit die offizielle Darstellung.

Die Wirklichkeit sah freilich anders aus. Hohe Beteiligung? Wie westliche JournalistInnen aus Kairo berichten, etwa Claude Guibal für die Pariser Libération, nahmen nur wenige Wahlberechtigte an der Abstimmungsfarce teil. Demokratisierung? Die Verfassungsänderung, die per "Volksabstimmung" abgesegnet werden sollte, erlaubt zukünftig erstmals die Abhaltung von Präsidentschaftswahlen mit mehr als einem Kandidaten. Aber nur solche Kandidaten können sich bewerben, die entweder einer offiziell anerkannten "legalen Oppositionspartei" angehören - damit scheiden so gut wie alle Oppositionskräfte aus - oder von mindestens 250 Abgeordneten des nationalen oder eines der regionalen Parlamente unterstützt werden. Ein Kunststück, wenn gut 90 Prozent der Mandate durch die Regimepartei, die "Nationale Demokratische Partei", kontrolliert werden. Im Endeffekt läuft wohl alles darauf hinaus, dem tunesischen "Modell" zu folgen. Bei den dortigen Wahlen von 1999 und 2004 traten neben Amtsinhaber Zine ben Abidine Ben Ali auch jeweils ein oder zwei Sparringspartner an, die nicht müde wurden, die angeblichen großartigen Erfolge des amtierenden Präsidenten zu loben. (vgl. ak 489)

BeobachterInnen der ägyptischen Politik vertreten einhellig die Ansicht, bei dem Referendum handele es sich um das legitimatorische Feigenblatt eines hinter den Kulissen vorbereiteten Machtübergangs von Hosni Mubarak auf seinen Sohn Gamal Mubarak.

So steht es derzeit um den "unaufhaltsamen Elan der Demokratisierung" in einem jener Schlüsselländer, die US-Präsident George W. Bush in seiner letzten Rede zur Lage der Nation vom 2. Februar 2005 ausdrücklich als Testfelder einer außenpolitischen Initiative seiner US-Administration benannte. In seiner Rede führte Bush unter anderem aus: "Um Frieden und Stabilität im Greater Middle East zu befördern, werden die Vereinigten Staaten mit unseren Freunden in der Region zusammenarbeiten, um die gemeinsame Bedrohung durch den Terror zu bekämpfen, während wir einen höheren Maßstab der Freiheit durchsetzen. Hoffnungsvolle Reformen sind in einem Bogen, der von Marokko über Jordanien bis Bahrain reicht, bereits am Greifen. Die Regierung Saudi-Arabiens kann ihre Führung in der Region beweisen, indem sie die Rolle ihres Volkes bei der Bestimmung seiner Zukunft vergrößert. Und die große und stolze Nation Ägyptens, die den Weg zum Frieden im Mittleren Osten zeigte, kann jetzt den Weg zur Demokratie im Mittleren Osten zeigen."

"Ägypten weist den Weg zur Demokratie"

Die genannte außenpolitische Initiative, die in den letzten anderthalb Jahren viel Staub aufwirbelte, läuft unter dem Namen Greater Middle East. Es handelt sich um ein umfassendes politisches Projekt, das mit Eingriffen in die Verhältnisse der gesamten Großregion von Marokko bis Pakistan einhergehen soll. In jüngster Zeit ist es zwar um die offiziell proklamierten Ziele eher still geworden, doch prägt das Grundmuster des Greater-Middle-East-Programms zweifellos die Außenpolitik der westlichen Führungsmacht.

Der Name Greater Middle East und die Auswahl der betroffenen Länder müssen dabei freilich vielen BewohnerInnen der betroffenen Region als eher willkürlich erscheinen. Denn in Marokko und Algerien rechnet man sich nicht gerade zum "Mittleren Osten" - diesen Begriff benutzt man dort, wenn man von Saudi-Arabien

oder Syrien spricht, während man die eigene Gegend als Nordafrika bezeichnet. Ferner bestehen wesentliche Unterschiede zwischen Ländern wie Tunesien oder Türkei einerseits und Afghanistan oder Jemen andererseits. Alle diese Ländern zählen nach offizieller Lesart zum Greater Middle East.

Den Grundstein für das Projekt legte US-Präsident George W. Bush mit einer Ansprache vom 6. November 2003 vor der Stiftung National Endowment for Democracy, die 1983 unter Ronald Reagan als gemeinsamer Think-Tank von Vertretern beider großer US-Parteien gegründet worden war.

Diese Organisation, abgekürzt NED, diente in den frühen 1980er Jahren als strategische Denkfabrik in einer aggressiven, expansiven Phase der US-Politik. Unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan versuchte das US-Establishment, das "Vietnam-Trauma" der Jahre nach 1975 zu überwinden und zu einer offensiven Haltung auf der internationalen Bühne zurückzukehren. Die Sowjetunion sollte durch politischen und an manchen Orten der Welt auch militärischen Druck (in Gestalt von Stellvertreterkriegen) in ihre Grenzen zurückgeworfen werden. Ihr Einfluss auf die aus der Phase der Entkolonialisierung in Afrika und Asien hervorgegangenen jungen Regime in der "Dritten Welt" sollte zurückgedrängt oder gebrochen werden.

Einer der Arbeitsschwerpunkte von NED lag zu Anfang in der offensiven Bekämpfung des "marxistischen Einflusses" in Mittelamerika, namentlich in Ländern wie El Salvador und natürlich im sandinistisch regierten Nicaragua. Dennoch waren die Ziele etwas weiter gesteckt. Denn um diese planetare Auseinandersetzung zu gewinnen, so hatten führende Köpfe des US-Establishments erkannt, musste man über einen positiv formulierten Diskurs mit scheinbar unangreifbaren "Wertvorstellungen" verfügen. Die rein antikommunistisch begründete Abwehr gegen das "Böse" genügte dafür nicht. Daher kümmerte NED sich auch schon früh um das Problem der - vorsichtigen - Demokratisierung in autoritär geführten, pro-westlichen Staaten, die bis dahin als antikommunistische Bollwerke unterstützt worden waren.

So förderte NED beispielsweise bürgerlich-demokratische Kräfte in Chile. Dort hatte sich die Militärdiktatur unter Augusto Pinochet am 11. September 1973 mit maßgeblicher Unterstützung der USA an die Macht geputscht. Um die von der Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende ausgehende "sozialistische Gefahr" zu bannen, war Pinochet der richtige Mann gewesen. Nur zog dessen Regime auf längere Frist hin betrachtet zu viel Hass auf sich. Deswegen war es strategisch klug, auf seine allmähliche Ablösung durch ein bürgerliches Regime zu setzen. Tatsächlich wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre unter Druck der USA und anderer westlicher Staaten ein Ablösungsprozess in Gang gesetzt. Nach dem Ergebnis einer Volksabstimmung im Frühjahr 1988 über seinen Verbleib an der Macht, leitete Pinochet selbst den allmählichen, kontrollierten Übergang ein. Beim Regimewechsel wurde vor allem darauf geachtet, dass die "Errungenschaften" des neoliberalen Wirtschaftsmodells, das Pinochet dem Land in anderthalb Jahrzehnten aufgezwungen hatte, nicht angetastet wurden.

Denkfabrik gegen "marxistischen Einfluss"

In ähnlicher Form, und ebenfalls mit Unterstützung durch NED, wurde 1986 auf den Philippinen eine Ablösung des bisherigen Diktators Ferdinand Marcos durch die gewählte Präsidentin Corazon Aquino eingeleitet. Washington begrüßte diese Wachablösung, die durch von NED verteilte Gelder unterstützt worden war. Die Regierung in Manila wurde so auf eine breitere soziale Basis gestellt, da Teile der Mittelschichten nunmehr neben der traditionellen Oligarchie mitregierten. Die US-Militärbasen auf der Inselgruppe wurden nicht angetastet.

NED eilte aber auch der bedrohten und bedrängten Demokratie in einem ganz anderen Land zu Hilfe - Frankreich. Dort hatte die kommunistische Partei von Juni 1981 bis Juni 1984 an einer Regierungskoalition teilgenommen, bevor sie diese in völlig lädiertem Zustand verließ, nachdem sich wesentliche Teile ihrer Basis in der Zwischenzeit enttäuscht abgewandt hatten. Dennoch hatte ihre dreijährige Regierungsbeteiligung unter Präsident François Mitterand in Washington die Alarmglocken läuten lassen. Auch über das Ende der Präsenz von vier KP-Ministern im französischen Kabinett hinaus flossen deshalb erhebliche Geldmittel des National Endowment for Democracy nach Frankreich. Die Pariser Tageszeitung Libération enthüllte erstmals in ihrer Ausgabe vom 27. November 1985, wobei sie zahlreiche Faksimile-Dokumente veröffentlichte, dass zu jenem Zeitpunkt jährlich 1,3 Millionen US-Dollar von NED an Empfänger in Frankreich flossen. Eine der finanziell unterstützten Organisationen war die rechte Studentengruppierung UNI (Union national inter-universitaire), die 1984/85 noch durch NED mit jährlich 575.000 US-Dollar aus US-Staatsmitteln unterstützt wurde. Die heute

noch existente UNI ist ein vor allem antikommunistisch ausgerichteter Aktivistenverband, aus dem in den 1980er Jahre sowohl Politiker der neogaullistischen Partei RPR als auch Kader des rechtsextremen Front National (FN) hervorgingen. Infolge der Libération-Berichte stellte NED jedoch seine finanzielle Unterstützung auf französischem Boden schrittweise ein.

Die damals in der letzten Phase des Kalten Krieges unter Ronald Reagan, als weltweite "Demokratisierungsoffensive" etikettierte Vorgehensweise für die weltweite Durchsetzung von US-Interessen wurde zu Beginn dieses Jahrzehnts inhaltlich wieder aufgenommen. Jetzt soll es darum gehen, die Demokratiedefizite im Nahen und Mittleren Osten - wo tatsächlich zahlreiche autoritäre, diktatorische und monarchische Regime existieren - zu beheben. Im Hintergrund steht natürlich unter anderem das politisch-strategische Wettrennen um die größten Vorräte an energetischen Ressourcen auf diesem Planeten.

Im Kern galt George W. Bushs Rede vom November 2003 dem Vorhaben, durch eine von außen kommende Initiative die Einführung der Demokratie in den "islamischen" Ländern durchzusetzen. Im eklatanten Widerspruch zu diesem offiziell gesteckten Ziel stand freilich das auch damals gleichzeitig ausgesprochene Lob für eine Reihe autokratisch regierter Länder wie etwa mehrere Golfmonarchien - darunter Saudi-Arabien und das marokkanische Königreich - für ihre angeblichen Fortschritte in diese Richtung.

Mit Autokraten für den "Fortschritt"

Konkreter gefasst wurde das Projekt durch ein Arbeitspapier, das durch die in London erscheinende, liberale arabischsprachige Tageszeitung Al-Hayat ("Das Leben") am 13. Februar 2004 publiziert wurde. Bereits ein paar Tage zuvor war das Mittelost-Programm erstmals auf internationaler Ebene offiziell debattiert worden, nämlich bei der NATO-Sicherheitskonferenz in München, wo die US-Vertreter um Zustimmung der europäischen Regierungen zu ihrem Konzept warben. Dort sprach vor allem der republikanische US-Senator Richard Lugar zum Thema. Dass die NATO die erste transnationale Instanz ist, bei der über das Projekt diskutiert wurde, ist keineswegs Zufall: Den US-Plänen zum künftigen Greater Middle East zufolge soll das nordatlantische Militärbündnis dort eine wesentliche Rolle bei der "Stabilisierung" des Großraums übernehmen. Derzeit allerdings liegt die Planung dafür bei der NATO auf Eis, weil beim letzten Gipfel der Militärorganisation Ende Juni 2004 in Istanbul die Widersprüche zwischen den westlichen Großmächten bezüglich der Irakpolitik offen aufbrachen. Da der Irak generell als Präzedenzfall für die angebliche "Demokratisierung" der Region dienen soll, ist die Beteiligung der nordatlantischen Organisation an den Plänen nunmehr fragwürdig geworden; vieles wird wohl eher nationalen Alleingängen überlassen bleiben.

Ferner sind in dem Greater-Middle-East-Projekt institutionelle Reformen, wirtschaftspolitische Richtlinien - im Sinne einer Verstärkung "marktwirtschaftlicher Orientierungen" - und sicherheits- bzw. militärpolitische Vorgaben auf das Engste miteinander verknüpft. Unter der Überschrift "Wirtschaftliche Chancen" wird angekündigt, es solle in den betreffenden Ländern eine "wirtschaftliche Transformation ähnlich jener (geben), welche die ex-kommunistischen Länder des östlichen Europa unternommen haben". Die Armen und Lohnabhängigen könnten darin freilich eher eine Drohung denn ein Versprechen erblicken ...

Als besonders vorbildhaft gelten den USA die Bestrebungen zur Herausbildung regionaler Freihandelszonen, wie die im November 1995 auf einem Gipfel in Barcelona lancierte "euro-mediterrane Partnerschaft". Diese soll bis 2010 zum radikalen Abbau von Zollschranken im Warenverkehr zwischen der EU und Ländern wie Marokko oder Tunesien führen. Das aber wird dafür sorgen, dass ein Großteil der noch vorhandenen (Klein-)Industrie in diesen Ländern von der wirtschaftlich weitaus stärkere Konkurrenz aus dem Norden plattgewalzt wird. Folgerichtig werden diese Ländern sich auf wirtschaftliche "Nischen" zu spezialisieren haben, wie dies in Tunesien bereits mit der Tourismus- und Dienstleistungsindustrie der Fall ist. Neben der Europäischen Union wollen nunmehr die USA, die vor einigen Monaten durch ein Freihandelsabkommen mit Marokko den Anfang machten, sich "binnen zehn Jahren" um eine umfassende regionale Freihandelszone bemühen.

In Wirklichkeit ist für die US-Regierung die entscheidende Frage nicht, wie demokratisch es wirklich in einem Land zugeht. Entscheidend ist, ob der mittels des Greater-Middle-East-Projekts erhobene politische Führungsanspruch anerkannt und ein positiver Bezug auf US-amerikanische oder allgemein "westliche" Interessen formuliert wird. Jenen Regimes, die diesen Prozess akzeptieren, wird eine erfolgreiche

"Demokratisierung" bescheinigt, während dieses Etikett den sich feindlich verhaltenden Regimes verweigert wird.

Libanesische Warlords als "Freiheitskämpfer"

Seit der Mobilisierung auf den Straßen des Libanon, die auf den Mord an dem ehemaligen libanesischen Premierminister Rafik Hariri vom 14. Februar dieses Jahres folgte, geben sich einige westliche Medien geradezu euphorisch. Nicht nur in US-amerikanischen Medien war einige Wochen lang von einem "Schwung der Demokratisierung" die Rede, der mit der "Revolution" in der Ukraine vom November/Dezember 2004 verglichen wurde. Einige Autoren führten die angeblich stattfindende demokratische Revolution unmittelbar auf den Druck, den die USA mittels der Greater-Middle-East-Initiative ausübten, zurück und wünschten dementsprechend eine weiterhin offensive Außenpolitik der US-Administration gegenüber der Region.

Beispielsweise schreibt Georg Baltissen im März dieses Jahres in der taz: "Nach der samtenen in Prag, der orangenen in Kiew nun die baumstarke und bibelträchtige Zedernrevolution in Beirut. Die Demokratie ist auf dem Vormarsch, selbst im despotisch regierten Orient. Dass sie von US-Gnaden ist, mildert die Freude darüber nicht." Die "Kampagne", so behauptet Baltissen, stamme "direkt aus dem US-Außenministerium". Die angebliche Zedernrevolution bilde ein "erfreuliches Nebenprodukt" einer, so endet der Kommentar, "eben nicht wirkungslosen US-Politik in der Region." Dass die Springerpresse zum gleichen Zeitpunkt in ein ähnliches Horn bläst, verwundert nicht. Ebenso wenig die zeitgleiche Euphorie über die unaufhaltsamen demokratischen Revolutionen auf der Homepage (www.wadinet.de) des Wadi e.v. unter Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer: Nach eigenen Angaben (ebenda) erhält dieser Verein für seine Projekte in der Region Geld von US-AID, einer entwicklungspolitischen Agentur des US-Außenministeriums. So entpuppt sich auch diese "Nichtregierungsorganisation" als Handlanger einer Regierung, wenngleich nicht der "eigenen", sondern eher der US-Administration.

Doch wie steht es nun wirklich um die Fortschritte bei der Demokratisierung der Region, die von diesen und anderen Stimmen vor allem zu Beginn dieses Frühjahrs laut verkündet wurden?

Im Falle des Libanon existierte tatsächlich während einiger Wochen eine gesellschaftliche Massenbewegung gegen die syrische Vorherrschaft. Ihren Ursprung hat sie jedoch nicht in der US-Außenpolitik und ihren seit zwei Jahren proklamierten Zielen, sondern in den seit mehreren Jahren aufbrechenden Widersprüchen vor Ort. Syrien okkupierte den Libanon als "Schutzmacht" seit dem Abkommen von Taef (in Saudi-Arabien) von 1989, das seinerzeit unter US-amerikanischer und saudischer Schirmherrschaft abgeschlossen wurde. Darin wurde Damaskus - mit Billigung der US-Administration - diese Rolle zugesprochen. Dagegen regten sich periodisch Widerstände, vor allem seitens der christlichen Community des seit Jahrzehnten konfessionell aufgeteilten Libanon. Sicherlich bekamen deren Vertreter auf Grund einer im September 2004 verabschiedeten Resolution des UN-Sicherheitsrats, die einen syrischen Rückzug fordert, mehr und mehr Oberwasser. Die Resolution wurde auf Druck der USA und Frankreichs hin verabschiedet, die durch die libanesischen Christen als befreundete Vormächte betrachtet werden - vor allem Frankreich, das in der Zeit zwischen den Weltkriegen ein Völkerbunds-Mandat über den Libanon innehatte. Der Mord an Rafik Hariri, dessen genaue Hintergründe nach wie vor nicht aufgeklärt sind, wirkte insofern nur als Katalysator.

"Demokratie"- Export behindert Basiskräfte

Vor allem aber hat die Mobilisierung keinen Demokratisierungsimpuls ausgelöst, insbesondere weil die konfessionelle Proporz-Aufteilung der libanesischen Politik nicht überwunden wurde. Zwar gingen die Christen und die Sunniten, aus deren Community der ermordete Hariri stammte, anfänglich gemeinsam auf die Straße - während die große schiitische Bevölkerungsgruppe ihrerseits zu Gegendemonstrationen, gegen einen syrischen Rückzug, aufgerufen war. Durch die Bewegung gegen die syrische Vorherrschaft wurden aber gleichzeitig die alten Warlords aus den Jahren des libanesischen Bürgerkriegs wieder nach oben gespült, wie die christliche Rechte und der Drusen-Anführer Walid Dschumblatt, an dessen Händen außergewöhnlich viel libanesisches Blut klebt, der aber im Februar und März 2005 in allen französischen Zeitungen als "der Führer der demokratischen Opposition" gefeiert wurde. Gleichzeitig nahmen die Proteste teilweise einen wild chauvinistischen Charakter an; hunderttausende syrische Arbeiter verließen den Libanon fluchtartig aus Angst vor pogromartigen Übergriffen. Am Ende des bewegten Frühjahrs blieb vom ursprünglichen Aufbruch fast nur

noch die christliche Rechte übrig. Bei den am 29. Mai begonnenen und in Etappen durchgeführten Parlamentswahlen gilt auch weiterhin das konfessionelle Proporzsystem.

Anders liegen die Fälle Ägyptens und auch Saudi-Arabiens, die beide in Bushs Rede vom 2. Februar 2005 als Testfälle einer Demokratisierung beschrieben wurden. In beiden Fällen handelt es sich ausschließlich um politische Reformen, die von - aus US-Sicht - befreundeten Regimes "von oben" eingeführt werden.

Im Falle Saudi-Arabiens geht es um die erstmalige Einführung einer Stimmmöglichkeit für die Untertanen des wahhabitischen Königreichs. Wenn man aber die genaueren Modalitäten kennt, wird offenkundig, dass die konkrete Reform herzlich wenig mit Demokratie zu tun hat: Durch die - ausschließlich männlichen - Untertanen kann lediglich die Hälfte der Mitglieder von kommunalen Gremien gewählt werden; die andere Hälfte wird durch das Königshaus ernannt. Die solcherart gebildeten kommunalen Räte haben im Wesentlichen beratende Funktionen in einem eng umrissenen Rahmen. Die kommunalen "Wahlen" fanden Ende Februar im östlichen Landesteil und Mitte April an der Westküste um Dschiddah statt. Gewählt wurden fast ausschließlich "moderate Islamisten". Ohnehin können säkulare, selbst bürgerliche Kräfte sich in Saudi-Arabien nur unter größeren Schwierigkeiten betätigen. Und die Gewählten, die den Muslimbrüdern nahe stehen, dürften in vielerlei Hinsicht wohl eher gemäßigtere Ansichten haben als die wahhabitischen Tugendwächter, die über das Königreich wachen.

Auch in Ägypten handelt es sich, wie oben dargestellt, um eine vorwiegend kosmetische "Demokratisierung". Dagegen hat sich seit Anfang des Jahres erstmals eine breitere Oppositionsbewegung unter dem Bündnisnamen Kefaya ("Es reicht!") herausgebildet. Bei einer Demonstration der Oppositionsallianz am 25. Mai, am Tag der Abstimmungsfarce, kam es zu heftigen Gewalttaten von Mubarak-Anhängern. Sie schlugen unter den Augen einer passiv bleibenden Polizei mit ihren Präsidenten-Schildern auf Oppositionsmitglieder ein, belästigten Demonstrantinnen sexuell und prügelten die Kundgebung auseinander. Seitdem steigt die Empörung, die jedoch eher ohnmächtigem Zorn gleicht.

An die Demokratisierungsrhetorik der USA glaubt niemand in dem Land, zumal das Mubarak-Regime weitgehend von materieller Unterstützung durch die USA abhängt: Nach Israel ist das Mubarak-Regime derzeit der zweitgrößte Nettoempfänger US-amerikanischer Auslandshilfe. Im Endeffekt drohen US-amerikanische Bekenntnisse zur Demokratie und zur Freiheit der Opposition für letztere sogar negative Auswirkungen zu haben. So berichtet Le Monde über den liberalen Oppositionellen Aymar Nour von der Partei Ghad ("Morgen"), der Ende Januar aus politischen Gründen vorübergehend inhaftiert worden war: "Aymar Nour (...) ist in Ungnade gefallen, seitdem US-Außenministerin Condoleezza Rice sich öffentlich ‚besorgt` um sein Schicksal äußerte. Seitdem findet man außerhalb seiner traditionellen Hochburg, des (Kairoer) Stadtteils Bab al-Scharia, kaum einen Ägypter, auch innerhalb des Oppositionsbündnisses Kefaya, der ihn nicht verdächtigen würde, ein ‚Agent der Amerikaner` zu sein".

Unter diesen Umständen muss die Vorstellung, die Machtpolitik der USA könnte - von oben und von außen - die Demokratie in der Region auch nur den kleinsten Schritt nach vorne bringen, absurd erscheinen. Nur eine Lockerung des imperialistischen Schraubstocks auf wirtschaftlicher Ebene (Schuldenlast, IWF-Auflagen, Privatisierungen), verbunden mit klarer Nichteinmischung auf politischem Gebiet, könnte den zahlreichen gesellschaftlichen Basiskräften ein wenig Luft zum Atmen geben.

Bernhard Schmid

29. Kirche in der Krise. Der Einfluss der orthodoxen Kirche auf die griechische Gesellschaft

Autor: Evtichis Bitsakis · Rubrik: Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:25

Seit Monaten tobt in Griechenland die unverhofft ausgebrochene Krise in den Reihen der griechisch-orthodoxen Kirche. Ein Skandal nach dem anderen wird aufgedeckt, hohe geistliche Würdenträger der Bestechlichkeit und anderer Verschulden, nicht nur finanzieller Natur, bezichtigt. Bischöfe unterhalten Verbindungen mit der Unterwelt und auch die ehemaligen Geheimbünde der orthodoxen Kirche spielen wieder eine Rolle. Was aber sind die Gründe der Krise?

Eine Rolle spielt sicherlich die zentralistische und autarke Struktur der griechisch orthodoxen Kirche. Früher wurden die Bischöfe allgemein von den Gläubigen des jeweiligen Bistums gewählt. Heute dagegen werden sie von der Kirchenspitze bestimmt. Konkurrenz, Verleumdungen und Interessensausgleich sind die Regeln der zeitgenössischen Bischofswahl. Untrennbar damit verbunden ist das Geflecht der ökonomischen Interessen des Bistums und seines Bischofs. Die Kirche verfügt über einen immensen Reichtum an Grundbesitz, Immobilien und Firmen. Existenz und Verwaltung des Reichtums sind Motiv und Voraussetzung für die ökonomischen Skandale, die dieser Tage ans Licht kommen.

Weiterer Grund für die Undurchsichtigkeit und Konkurrenz innerhalb der Strukturen, für die Skandale und die von reaktionärer Ideologie geleitete Kirchenpraxis ist die Existenz der Geheimbünde innerhalb der Kirche. Auch der griechische Erzbischof Christodoulos ist das Produkt eines solchen Geheimbundes. Diese Geheimbünde sind keinesfalls zufällig entstanden. Ihre Wurzeln reichen vielmehr zurück in die Zeit des griechischen Bürgerkrieges (1946-49), der Militärdiktatur (1967-74) und in die von paramilitärischen Organisationen geprägten Jahren dazwischen. Sowohl die damaligen paramilitärischen als auch die "parakirchlichen" Organisationen setzen bis heute ihr verhängnisvolles Wirken fort.

Griechenland ist keine theokratische Gesellschaft, sondern eine republikanische, parlamentarische Demokratie. Artikel 2 der Verfassung bestimmt die Gleichbehandlung aller Griechen, unabhängig ihrer Religionszugehörigkeit. Daraus lässt sich die Verpflichtung des Staates nach Neutralität gegenüber der Religion ableiten. Trotzdem, und im Widerspruch zum Inhalt der Verfassung, heißt es in ihrer Präambel: "Im Namen der Heiligen Dreifaltigkeit". Schon die Verfassung verletzt sich selbst und öffnet somit Tür und Tor für weitere Verfassungsbrüche. Insbesondere erlaubt sie der Kirche Eingriffe in Felder, die außerhalb ihrer Zuständigkeit liegen. Vieles, so zum Beispiel der orthodoxe Religionsunterricht, das obligatorische Morgengebet in den Schulen, die Angabe der Religionszugehörigkeit im Personalausweis, der vor dem Erzbischof geleistete Amtseid aller griechischen Parlamentarier und der Regierung bis hin zum Staatspräsidenten, widerspricht dem weltlichen Charakter des griechischen Staates. Auch diese im Widerspruch zu den Werten der bürgerlichen Demokratie stehende Praxis der Kirche spielt eine Rolle im heutigen Kirchenskandal.

Erst vor kurzem leistete der neugewählte griechische Staatspräsident Karolos Papoulias seinen Amtseid. Eigentlich hätte er durch die Parlamentspräsidentin in Anwesenheit der Parlamentarier vereidigt werden müssen. Stattdessen schwört in Griechenland traditionell der Erzbischof den Präsidenten ein. Eine Vereidigung durch den griechischen Erzbischof verletzt die Trennung von Kirche und Staat und läuft im Widerspruch mit der griechischen Verfassung auf eine Umkehrung der Beziehung zwischen beiden hinaus. Anstelle der klaren Unterordnung der Kirche unter die politische Herrschaft erscheint der Staatspräsident als Untertan der Kirche.

Die Trennung von Kirche und Staat, Grundbestandteil der "bürgerlichen Neuzeit", wurde in den meisten europäischen Ländern, nicht jedoch in Griechenland vollzogen. Seit Jahren diskutieren Politiker, Verfassungsrechtler und Geistliche die Trennung von Kirche und Staat, um der Verfassung zu ihrem Recht zu verhelfen. Aber trotz alledem wird verfahren wie bisher. Parlamentarier, Regierung und Präsident legen ihren Eid vor dem Erzbischof ab.

Ein anderer Bereich, in dem der weltliche Charakter der griechischen Gesellschaft verletzt wird, ist die Schule. Schüler anderer christlicher, muslimischer oder jüdischer Glaubensgemeinschaften werden genau wie ihre atheistischen Mitschüler zum täglichen Morgengebet gezwungen. All dies verletzt nicht nur die Gesetze und

Normen eines weltlichen Staates, sondern stärkt den Einfluss der Kirche auf gesellschaftliche Bereiche außerhalb ihrer Zuständigkeit. Aufgabe der Schule ist es, Wissen und Kenntnisse der Welt zu vermitteln. Der Glaube jedoch steht jenseits des Wissens, eine Tatsache, die auch von den Priestern der Kirche anerkannt wird. Folglich sollte auch der Religionsunterricht nicht auf dem Lehrplan der Schulen stehen. Der griechische Religionsunterricht entspricht dem Tatbestand des durch die Verfassung untersagten Bekehrungsversuches. An seiner Stelle könnte der Lehrplan Unterricht über die Religionsgeschichte als Bestandteil der kulturellen Entwicklung der Menschheit beinhalten. Das griechische Gesetz aus dem Jahre 1985 nennt jedoch unter den Bildungszielen die Unterrichtung der "originären Bestandteile der orthodoxen christlichen Tradition".

Die heutige Krise der Kirche hat ihre Wurzeln in der nicht vollzogenen Trennung von Kirche und Staat, die es ersterer leicht macht, auf Feldern außerhalb ihrer Zuständigkeit zu agieren, und die es ihr ermöglicht, Politik zu betreiben und ihre geistige Oberherrschaft zu festigen. Viele reduzieren derzeit die Krise der griechischen orthodoxen Kirche auf die ehrgeizigen Machenschaften ihres Oberhirten, des griechischen Erzbischofs. Der Ehrgeiz des Erzbischofs Christodoulos ist ebenso bekannt wie seine Junta-freundliche Vergangenheit. Doch auch der Erzbischof ist nur ein Produkt seiner Kirche.

Eine Säkularisierung, Voraussetzung für die Lösung der Krise, wird allem Anschein nach wieder nicht vollzogen werden. Egoismus, Interessensverflechtungen und Korruption sind der Kirche eigene Eigenschaften, eingebrannt in die "Gene" unserer Wettbewerbsgesellschaft. Und trotzdem: Die Trennung von Kirche und Staat wäre ein Schritt in die "bürgerliche Neuzeit", wenn auch mit hundertjähriger Verspätung.

Evtichis Bitsakis

Professor für Philosophie an der Universität von Ioannina

Übersetzung: Heike Schrader

30. Zwischen Terror, Streiks und Privatisierung. Ein aufschlussreiches Buch über Algerien

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Algerien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:33

"Wie jeden Morgen kümmerte ich mich um die Blume, eine rote Kassia, auf meinem Schreibtisch, diesem alten Monster, das immer ausgetauscht werden sollte - es jedoch nie wurde. Wegen der Kassia hielt mein Freund und Nachbar Karim LeDoc, der mich jeden Morgen mit seinem Taxi von zu Hause abholte, extra bei einem Blumenverkäufer im al-Anassir-Viertel, obgleich es dort nicht gerade ungefährlich ist. Im Laufe der Zeit wurde daraus eine Art tägliches Ritual: vorsichtig die Umgebung observieren, jede Ecke, jedes Gesicht, aus dem Wagen springen, die in ungewöhnlich sauberes Seidenpapier eingepackte Kassia kaufen, dann schnell wieder zurück ins Auto und wie die Verrückten zum Kulturpalast rasen". Auf diese Weise beschreibt der algerische Autor Wassini Laredsch in seinem Roman "Die Hüterin der Schatten" den alltäglichen Umgang mit dem Terror islamistischer Gruppen, denen selbst die Freude an einer Blume, ein Bild für alles Freudenvolle, unerträglich zu sein scheint. Der Professor für moderne arabische Literatur verließ Algier, nachdem er mehrfach mit dem Tod bedroht worden war.

In dem Roman entdecken ein Beamter und ein Journalist zwei große Mülldeponien. Dort blüht ein gigantischer Schwarzhandel, in welchen hoch gestellte Persönlichkeiten verwickelt sind. Den Blick hinter diese Kulissen aber lässt das korrupte und repressive System nicht zu.

Die Vorhänge zu lüften, hinter das Dickicht von Privatisierung und Reformen zu schauen, das versucht auch Bernhard Schmid in seinem Sachbuch über Algerien. Eindrucksvoll dokumentiert er die Zusammenhänge von Terror, Privatisierung von Gewalt, Abbau von Staatsausgaben (u.a. wegen den Auflagen des IWF und den Beitrittverhandlungen zur WTO) und Bereicherung der Eliten. Indem zum Beispiel bewaffnete Islamistengruppen staatliches Eigentum in großem Ausmaß zerstörten (Schulen, öffentliche Transportmittel, Fabriken), haben sie zum kriegskapitalistischen Privatisierungsprozess beigetragen. Die Vernichtungsaktionen gegen den Taqhout (Götze, Moloch), den algerischen Staat, kämen oftmals privaten Anbietern (v.a. im Transport- und Bausektor) zugute, so Schmid. Er trägt eine außerordentliche Fülle an Material zusammen, stellt sie in große Zusammenhänge und vergisst dabei auch nicht, die wichtigen, oder auch nur anschaulichen, Details zu erwähnen.

Der in Frankreich lebende ak-Autor beleuchtet die Hintergründe der politischen und ökonomischen Entwicklung Algeriens seit der Unabhängigkeit bis zur derzeitigen Präsidentschaft Abdelaziz Bouteflikas. Besonderes Augenmerk richtet er auf die politische und soziale Opposition im FLN-Staat bis 1989 und danach. Die Kunst und Kultur freilich ist Schmids Sache nicht unbedingt. Den oppositionellen oder subversiven Akten, die Kulturschaffende wie der oben erwähnte Schriftsteller Laredsch oder verschiedene Rai-Musiker gegen die Staatseliten und die Islamisten richteten - absichtsvoll oder nicht -, schenkt er wenig Beachtung. Gut, sie kommen in der Regel individuell und liberal-bourgeoise daher, sind aber dennoch für die Demokratieentwicklung nicht unbedeutend. Auch die Proteste von Frauenverbänden und ihre Teilnahme an Demonstrationen erwähnt er leider nur am Rande.

Frontstaat im globalen Krieg?

Wenn es um Opposition geht, dann sind bei Schmid die Elendsaufstände, Streiks und Riots zentral, die sich etwa gegen ungerechte Wohnungsvergabe, Polizeigewalt, schlechte Wasserversorgung, Entlassungen und Lohndumping richten. Es setzt sich dabei mit Aspekten der Mobilisierung und Organisierung der immer wieder aufflammenden Rebellionen auseinander und stellt fest, dass deren Nachhaltigkeit sehr begrenzt ist, es keinen "organisierten Kern" und keine überörtliche Koordination gibt.

Schmidt beginnt die Geschichte des zweitgrößten Landes des afrikanischen Kontinents mit der Staatsgründung am 5. Juli 1962. Die Eroberung des Landes durch die Franzosen, die lange Zeit der Kolonialherrschaft (von 1830 bis 1962) und den achtjährigen Befreiungskrieg streift er nur kurz. Gleichwohl macht er in den folgenden Kapiteln immer wieder deutlich, wie stark die koloniale Phase das Land, die Menschen und die Gesellschaft geprägt haben. Insbesondere den Aufstieg der Islamisten führt er - als ein wichtiger Faktor von mehreren - auf die koloniale Ära zurück. Dabei sei weniger davon zu sprechen, dass alte,

islamische Eliten in Algerien fortlebten, die plötzlich ihre Macht wieder erlangt hätten. Vielmehr habe die lange Kolonialzeit dafür gesorgt, dass die gesellschaftlichen Führungsschichten rigoros ausgetauscht wurden. Wohl aber konnten sich moderne, antiemanzipatorische Kräfte angesichts der Heuchelei und Widersprüche im "französischen Algerien" (Prinzipien wie "liberté, égalité, fraternité" sowie Trennung zwischen Staat und Religion bei gleichzeitig unterschiedlicher Rechtsstellung von Moslems, Christen und Juden) entwickeln. Sie stießen dann auf besonderen Zuspruch in der Bevölkerung, als Ende der 1980er Jahre, nach einem Tiefstand des Ölpreises, klar wurde, dass eine Verbesserung der Lebensbedingungen nicht mehr in Sicht ist.

Dem Autor gelingt es, das Besondere des algerischen Falles mit dem Allgemeinen, dem Weltmarkt, der Politik westlicher Staaten, der islamistischen Bewegung und der Kolonialgeschichte zu verknüpfen. Er geht auch auf die rivalisierenden Interessen Frankreichs und der USA ein und zeigt, dass letztere die Sahara von Mauretanien bis zum Sudan als neues, militärisches Operationsfeld gegen terroristische Gruppen ansehen.

Algerien seinerseits legt seit dem 11. September 2001 Wert drauf, sich als Frontstaat zu präsentieren, auch wenn der algerische islamistische Terror (im Gegensatz etwa zu Al Qaida) weniger eine Bedrohung für den Westen, als vielmehr für die eigene Bevölkerung darstelle, wie Schmid betont.

Er schöpft in seinem Buch aus einem reichhaltigen Fundus an Quellen und Informanten. Das Buch ist sehr genau, aufschlussreich und bietet Informationen und Analysen, die die veralteten Darstellungen in deutscher Sprache umfassend aktualisieren.

Anke Schwarzer

Bernhard Schmid: Algerien. Frontstaat im globalen Krieg? Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamische Ideologie in einem nordafrikanischen Land. Unrast Verlag, Münster 2005. 316 Seiten, 18 Euro

31. Flucht und Vertreibung. Micha Brumliks Buch "Wer Sturm sät"

Autor: Js. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:30

Die Vertreibung von Menschen im Zusammenhang mit Krieg und Bürgerkrieg bleibt ein Thema auch des 21. Jahrhunderts. Micha Brumliks Buch "Wer Sturm sät" behandelt zwar vorrangig die Vertreibung der Deutschen seit 1945. Neben die Rekonstruktion und Bewertung der historischen Ereignisse stellt Brumlik aber auch Reflexionen über öffentliche Trauer, Schuld und Verantwortung, Vergeben und Verzeihen, "moralische Ökonomie". Ein Kapitel ist der Abgrenzung von Genozid, Vertreibung und "ethnischer Säuberung" gewidmet. (vgl. auch ak 487) Am Schluss wird die Vertreibung der deutschen mit dem palästinensischen Flüchtlingsproblem in Beziehung gesetzt - ein ambitioniertes und in vielerlei Hinsicht anregendes Buch.

Was das engere Thema - die Vertreibung der Deutschen aus Polen, dem Sudetenland, Böhmen und Mähren - angeht, so lässt Brumlik an seiner Position keinen Zweifel. Vehement widerspricht er dem Revanchismus und den historischen Relativierungen des Bundes der Vertriebenen. Dessen Vorsitzende, die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, versteht es, in scheinbar konziliantem Ton den alten beinharten Kurs weiter zu verfolgen. Nach wie vor ist es ihre Politik, die Vertreibungen in die Nähe von Völkermord zu rücken. Dem dient auch die Stiftung eines Franz-Werfel-Preises durch das "Zentrum gegen Vertreibungen". Werfel hatte in seinem Roman "Die vierzig Tage des Musa Dagh" den jungtürkischen Genozid an den Armeniern literarisch verarbeitet. Die Benennung des Preises nach dem jüdischen Romancier wertet Brumlik als "ein(en) weiter(en) Zug im geschichtsrevisionistischen Unternehmen einer annähernden Gleichsetzung von Genozid und Vertreibung."

Aus der Rekonstruktion des Vertreibungsgeschehens leitet Brumlik ein differenziertes Urteil ab. So steht zum einen für ihn fest, "dass es für die Westverschiebung Polens ebenso zwingende wie nach dem grausamen Regime Deutschlands im besetzten Polen sogar nachvollziehbare und bezüglich der Aussiedlung der massenhaft illoyalen sudetendeutschen Bevölkerung sogar gute Gründe gab". In der Tat können die Sudetendeutschen wegen ihrer über neunzigprozentigen Zustimmung zu den Zielen der pro-nazistischen Henlein-Bewegung als "Hitlers fünfte Kolonne" bezeichnet werden. (vgl. ak 460) Zugleich verurteilt Brumlik aber auch die Brutalitäten in der Phase der "wilden Vertreibungen" und zeigt die Tragik der sudetendeutschen Sozialdemokratie, die, obwohl antifaschistisch, von der tschechoslowakischen Regierung ebenfalls kollektiv bestraft wurde. Dass er dabei den "außer Rand und Band geratenen Pöbel" mit scharfen Worten attackiert, von "Pogrom" und "gesetzlich legitimierter ethnischer Säuberung" spricht, mag irritieren. Und es bietet natürlich Ansätze für "Beifall von der falschen Seite". So lobt der Landesverband NRW des Bundes der Vertriebenen Brumliks Buch als "differenzierte Analyse" - was wiederum bei konkret den antideutschen Beißreflex auslöst: "Revisionismus light" und "für jeden Geschmack etwas" biete der "freundliche Frankfurter Professor". Wer nicht einzelne Formulierungen aus dem Zusammenhang reißt, sondern das Buch als Ganzes liest, kann über solche Schmähkritik nur den Kopf schütteln.

Damit sich unsere Leserinnen und Leser selbst ein Bild machen können, dokumentieren wir eine längere Passage, in der Brumlik die bis heute gültige "Charta der Heimatvertriebenen" als das analysiert, was sie ist: "ein nachwirkender politischer und moralischer Skandal".

Js.

Micha Brumlik: Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen. Aufbau-Verlag, Berlin 2005, 300 Seiten, 18,90 EUR

32. Ein nachwirkender Skandal. Die "Charta der Heimatvertriebenen" ist immer noch in Kraft

Autor: Micha Brumlik · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Zeitgeschichte; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:19

In der Charta ist zudem all das vorgezeichnet, was den angeblich "neuen" deutschen Opfer-Diskurs bis heute prägt: "Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat." Dieser von den Funktionären der Heimatvertriebenen immer wieder ob seiner Versöhnlichkeit als vorbildlich gepriesene Passus stellt in Wahrheit eine Ungeheuerlichkeit dar, ist er doch Inbegriff all dessen, was jemals - wenn auch im Sinne der Autoren nicht ganz korrekt - als "Unfähigkeit zu trauern" galt. Die scheinbar großzügige Eröffnungssequenz "Wir (...) verzichten auf Rache und Vergeltung" entpuppt sich bei genauer Analyse als ein Satz, der dem Geist des anfänglich beschworenen christlich-abendländischen Kulturkreises diametral entgegensteht. Dem üblichen Wortsinn nach kann man nämlich nur auf das verzichten, was einem rechtens zusteht. (...) Glaubwürdigkeit heischt der hier vorgetragene Verzicht durch das Eingedenken des unendlichen Leidens, welches "im besonderen das letzte Jahrzehnt" über die Menschheit gebracht habe. Die Verblasenheit der Sprache erfüllt hier eine präzise angebbare, äußerst verräterische Funktion: die Verdrängung nicht nur von Schuld, sondern auch von Verantwortung. In Rede steht zunächst in besonderer Weise das "letzte Jahrzehnt" - also die Jahre von 1940 bis 1950 -, und man kann durchaus zugeben, dass die Jahre des Krieges und die unmittelbare Nachkriegszeit von einem besonderen Schrecken gekennzeichnet waren, die eine wie auch immer nationalsozialistische Vorkriegszeit so nicht gekannt hat. Gleichwohl zeugt es von Geschichtsblindheit, die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges nicht einmal erwähnt zu haben - eine Blindheit, die freilich Methode hat: Werden doch weder die in der Charta so viel zitierten "Völker" noch deren Regimes oder Regierungen letztlich als für das Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen als Verantwortliche genannt. (...)

Die nächsten, von Aufbauwillen und europapolitischen Bekenntnissen getragenen Artikel sind nicht mehr als ein Intermezzo zur eigentümlichen politischen Theologie der Charta, in der sich die deutschen Heimatvertriebenen als die eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkriegs darstellen und sich dabei zudem vage auf die biblische Theologie Israels beziehen - eine Argumentationsweise, die im deutsch-völkischen Denken von Fichte bis zu den nationalsozialistischen "Deutschen Christen" eine lange Tradition hat: "Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geist zu töten."

(...) Entscheidend ist allein, dass die Verfasser der Charta über keine anderen als quasi theologische Mittel verfügten, um ihren Anspruch zu erheben. Ob sie aus gutem Grund die damals schon bekannten Menschenrechte nicht erwähnten? Ein Manko, das Frau Steinbach und das "Zentrum gegen Vertreibungen" heute beheben wollen.

Obwohl Fremdlinge auf Erden und "im Geist" durch die Vertreibung "getötet" - eine äußerst pathetische Formel -, wollen die Vertriebenen gemäß ihrer Charta nicht abseits stehen, sie bekunden ihre Bereitschaft, am Wiederaufbau mitzuwirken, und erheben die immerhin faire Forderung nach Lastenausgleich - einziger Programmpunkt einer ansonsten maßlosen und verblendeten Erklärung, die weder Realitätssinn noch ein minimales Gerechtigkeitsempfinden erkennen lässt. Angesichts des nicht ausgesprochenen Umstandes, dass in irgendeiner Weise doch alle Deutschen irgend etwas mit der deutschen Niederlage zu tun haben, ist es in der Tat fair, die Kompensation der durch die Niederlage verursachten Schäden auf alle zu verteilen. Die Forderung nach "sinnvollem Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes" verweist jedoch auf ein jeder Nachkriegsrealität wie dem Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft hohnsprechendes ständestaatliches Modell einer nach Berufsgruppen gegliederten Wirtschaft, während die Forderung nach "Einbau" der Vertriebenen in den Aufbau Europas nur beweist, wie sehr diese Politiker die Interessen der eigenen Verbandsmitglieder mit Begriffen aus dem "Wörterbuch des Unmenschen" zu fassen versuchten: "Eingliederung" und "Einbau" von Gruppen - die Sprache verrät die Herkunft dieser Forderungen aus der völkischen und ständestaatlichen Programmatik der Zwischenkriegszeit. Allerdings: Wo und unter welchen Umständen hätten die Unterzeichner der Charta etwas anderes lernen sollen?

Doch stellen diese hölzernen Formulierungen allenfalls Petitessen gegen die abschließenden Sätze der Deklaration dar, und man muss sich allen Ernstes fragen, in welcher Welt die Autoren im Jahr 1950 lebten: "Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden." Man muss diesen Satz zwei Mal lesen, um seine Ungeheuerlichkeit ganz zu erfassen. In ihm wird allen Ernstes behauptet, dass unter allen Opfern der Zeit des Zweiten Weltkrieges die Heimatvertriebenen am schwersten betroffen waren: also nicht die Überlebenden der Bombardements von Dresden und Hamburg, nicht die hunderttausenden deutscher Kriegswaisen und -witwen, nicht die drangsalierten Polen oder Russen, schon gar nicht die sechs Millionen ermordeten Juden, deren Schicksal 1950 - nach den Nürnberger Prozessen - durchaus bekannt war. Das im Rahmen der aktuellen Gedenkpolitik neuerdings wieder heftig debattierte Thema einer Konkurrenz der Opfer hat hier einen seiner Ausgangspunkte. Diese Äußerungen der Vertriebenenfunktionäre sind an Realitätsblindheit, Wahrnehmungsschwäche, Egozentrismus und mangelnder Empathie für das Leiden anderer schwerlich zu überbieten - Zeugnis einer Verantwortungslosigkeit, die sich bis heute erhalten hat und auch durch das scheinbar universalistische Projekt eines "Zentrums gegen Vertreibungen" nicht überwunden wird.

Die "Charta der Heimatvertriebenen" stellt eine im Geiste von - im vermeintlichen Verzicht um so stärker gewünschter - Rache, von Selbstmitleid und Geschichtsklitterung getragene, ständestaatliche, völkisch-politische Gründungsurkunde dar, in der nichts weniger als die Absicht beglaubigt wird, die Politik der jungen Bundesrepublik in Geiselhaft zu nehmen. (...)

Nun mag es beckmesserisch wirken, Menschen, Funktionären, die noch unter dem Schock von Krieg und Nachkrieg standen und eine völlig andere Bildungsgeschichte hatten als wir heutigen, ein veraltetes Weltbild vorzuwerfen. Die Fragen, Probleme und Formulierungen der Charta sind nicht mehr die unseren, und insofern wäre es höchste Zeit, sie als das zu behandeln, was sie ist: als historisches Dokument einer Übergangsepoche, deren Bedingungen nicht mehr weiter bestehen.

Gleichwohl ist diese Charta ein nachwirkender politischer und moralischer Skandal, da sie nach wie vor in Kraft ist und zumal ihre Aussagen über die Heimatvertriebenen als die "am schwersten Betroffenen" jede noch so gut gemeinte Aussage des geplanten "Zentrums gegen Vertreibung" widerrufen - glaubwürdig wäre dieses Unterfangen erst, wenn der "Bund der Vertriebenen" seine 1950 beschlossene Charta ebenso feierlich aufheben würde, wie er sie damals in Kraft gesetzt hat.

Micha Brumlik

Aus: "Wer Sturm sät", zweites Kapitel: "Von der ‚Charta der Heimatvertriebenen` zum ‚Zentrum gegen Vertreibungen`". Wir danken Micha Brumlik und dem Aufbau-Verlag für die Nachdruckgenehmigung.

33. Kolonialdeutsche Verbrechen. Über den Maji-Maji-Krieg in "Deutsch-Ostafrika" - eine Buchrezension

Autor: Rainer Beuthel · Rubrik: Geschichte; Afrika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:11

Vor hundert Jahren, im Juli 1905, begann im damaligen Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania, in den Matumbibergen der Maji-Maji-Krieg. (1) In der (deutschen) Öffentlichkeit besteht bisher wenig Interesse, sich mit der Geschichte des deutschen Kolonialismus und des Maji-Maji-Krieges zu beschäftigen. Auch die Linke schenkt dem Thema bisher wenig Beachtung. (Vgl. Dietrich/Pech in ak 494) Dabei gibt es genug Parallelen zur heutigen Zeit: So werden nach wie vor im Ausland stationierte deutsche Armee-Einheiten gelegentlich "Schutztruppe" genannt, und es stellt sich die Frage, wen oder was die Deutschen eigentlich damals am Kilimandscharo "schützten" und was sie heute am Hindukusch "schützen".

Bereits im letzten Jahr wurde - auf Grund des 100. Jahrestags - des Herero/Nama-Krieges in "Südwest" (1904-1907) gedacht. Dieses Gedenken war zumeist weniger dem ernsthaften Bemühen der Aufarbeitung kolonialdeutscher Untaten als einer an runden Jahreszahlen orientierten Zahlenmystik geschuldet. Trotzdem bietet solcherart Erinnerungskultur die Möglichkeit, Vergessenes und Verdrängtes zu thematisieren und Geschichtslegenden zu widerlegen, etwa jene von der afrikanischen Sehnsucht nach der "guten Kolonialmacht Deutschland".

Zur Erinnerung an den Maji-Maji-Krieg werden im Laufe des Jahres 2005 eine Reihe von Veranstaltungen stattfinden, so vom 4. bis zum 6.11. in Wuppertal die Tagung "100 Jahre Maji-Maji", und in Berlin am 13.11. eine zentrale Gedenkveranstaltung in der Humboldt-Universität. (Weitere Informationen unter: www.bagamoyo.com.) Der im Christoph Links Verlag erschienene Sammelband "Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905-1907", herausgegeben von Felicitas Becker und Jigal Beez, bietet einen guten Einstieg in die Thematik.

Geschichtslegenden widerlegen

Kaum bekannt ist, dass die Zahl der Opfer des ostafrikanischen Krieges die des Völkermords an den Herero in Namibia bei weitem übersteigt. Sprach der regierungsamtliche Jahresbericht über Deutsch-Ostafrika für den Zeitraum 1906/1907 von 75.000 Toten, so verzeichnet die einschlägige Forschungsliteratur heute bis zu 300.000 Opfer. Etwa ein Drittel der Bevölkerung kam im Kriegsgebiet zu Tode - dies nicht nur als Folge unmittelbarer Kämpfe und "Strafaktionen" sondern auf Grund einer systematischen Strategie der "verbrannten Erde"(2) durch die deutsche "Schutztruppe", die zu 15% aus befehlenden Deutschen und zu 85% aus afrikanischen Askari bestand. Mehrere Aufsätze des vorliegenden Buches befassen sich mit den Folgen dieser Katastrophe, die noch bis in die tansanische Gegenwart hineinreichen.

Konsequent wird von den AutorInnen des Sammelbandes nicht - wie in der offiziellen deutschen Geschichtsschreibung - von einem "Aufstand" sondern von "Krieg" gesprochen. Dies mit Recht: Zum einen hatten AfrikanerInnen in der preußisch-deutschen Kriegsideologie als Kriegsführende keinen Platz. Sie wurden als "nicht satisfaktionsfähig", als unbotmäßige Untertanen dritter Klasse begriffen, denen zeitweilig "der Kamm schwoll" - so der damalige rassistische Sprachgebrauch. (3) Wer heute von "Aufstand" spricht, übernimmt - vielleicht ungewollt - diesen Blick. Zum anderen wurde und wird "Maji-Maji" in Tansania als Krieg aufgefasst und bezeichnet, sowohl als geplanter und heroischer Krieg zur Vertreibung landesfremder Unterdrücker, als auch als furchtbare Niederlage mit verheerenden Folgen, die noch heute spürbar sind, und die eine ungebrochene Identifikation mit dem Befreiungskampf aus tansanischer Sicht verhindern. So hatte die ab 1954 unter Führung Julius Nyereres gegen die Kolonialmacht Großbritannien operierende TANU zunächst große Schwierigkeiten, von der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Viele Menschen befürchteten eine ähnlich katastrophale Niederlage wie im Kampf gegen die Deutschen.

Für Linke hier zu Lande verbietet sich selbstredend jegliche schwärmerisch revolutionsromantische Sichtweise auf afrikanische Völker vor hundert Jahren. Dass das Erinnern an Maji-Maji auch in Afrika seltsame Blüten treibt, zeigt der Aufsatz von Jean Mutombo über die seit den 1960er Jahren im Kongo operierenden

Mai-Mai-Milizen, die häufig aus Kindersoldaten bestehen. Diese Milizen wähnen sich in der Tradition von Maji-Maji und ziehen ebenfalls im Glauben an die Wirksamkeit einer "Kriegsmedizin" in den Kampf - angeblich zur Verteidigung einheimischer Kultur und Traditionen gegen Einflüsse von außen, letztendlich jedoch instrumentalisiert für schmutzige Kämpfe um Rohstoffe und die politische Macht lokaler Warlords.

Weitere im Buch behandelte Themen sind u.a.: die Rolle der deutschen Missionen im Kriegsgebiet, Berichte afrikanischer ZeitzeugInnen, das Maji-Maji-Gedicht des zeitgenössischen Swahili-Dichters Abdul Karim Jamalindi und das deutsch-tansanische Verhältnis 100 Jahre nach dem Krieg. Ein Aufsatz würdigt den Deutschen Hans Paasche, der den Maji-Maji-Krieg rückblickend als Auftakt zum ersten Weltkrieg begriff und seine und seiner Kameraden Rolle im Kolonialkrieg 1919 so beschrieb: "Wir marschieren bewaffnet im Lande; sogleich entsteht der Begriff: der Feind. Wir suchen ihn, wir töten ihn: es ist nichts als eine Treibjagd, wie sie jeder Förster leitet, und man nennt uns genial. Das ist unerträglich." Für diese Haltung wurde der Kapitänleutnant a.D. und spätere Pazifist Paasche im Mai 1920 von der Soldateska eines Reichswehr-"Schutzregiments" auf seinem Gutshof in der Neumark ermordet.

Zwar bietet die Aufsatzsammlung "Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905-1907" keine umfassende wissenschaftliche Monographie zum Maji-Maji-Krieg, aber sie ermöglicht durch die breit gefächerte Themenwahl einen guten Einstieg für die Beschäftigung mit dieser hier tabuisierten Epoche afrikanisch-deutscher Geschichte.

Rainer Beuthel

"Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905-1907", Hrsg.: Felicitas Becker und Jigal Beez, Verlag Christoph Links, 155 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Fotos, 24,90 Euro

Anmerkungen:

1) Maji: "heiliges Wasser", Kriegsmedizin, die gegen die Gewehrkugeln der "Schutztruppe" schützen sollte

2) Der Begriff der "Verbrannte Erde" wurde erst nachträglich geprägt.

3) Nigmann, Ernst: Geschichte der Kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika. Berlin, 1911, S. 87

34. Hanseatisches Gedenken. Die neu gestaltete KZ-Gedenkstätte Neuengamme wurde eröffnet

Autor: Stefan Lindke · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:36

Nach 55 Jahren Gefängnisnutzung, einem langwierigen Kampf der ehemaligen Häftlinge um eine würdige Gedenkstätte und nach über dreijähriger Umbauphase, wurde am 4. Mai 2005 die erweiterte und neu gestaltete KZ-Gedenkstätte Neuengamme eröffnet. 3000 Menschen nahmen an den überregional nur wenig beachteten Feierlichkeiten teil, darunter auch 250 ehemalige Häftlinge.

Zu Protest im Vorfeld hatte die "Einladungspraxis" der Hansestadt Hamburg geführt, denn laut einer Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme (AGN), hatte der Senat lediglich einem Teil der ehemaligen Häftlinge die Anreisekosten zugesichert. Somit, so die AGN, kämen die Einladungen eher Ausladungen gleich. Anknüpfend an diese Kritik riefen antifaschistische Gruppen aus Hamburg zur Teilnahme an der Eröffnung auf.

Möglicherweise auf Grund dieses Aufrufs war am Tag der Eröffnung ein uniformiertes Polizeiaufgebot am Eingang in die KZ-Gedenkstätte postiert. Was wie der Schutz vor Störungen durch Neonazis wirken konnte, war anscheinend einer behördlich prognostizierten Störung durch AntifaschistInnen geschuldet. Einer größeren Gruppe von Antifas wurde tatsächlich kurzzeitig der Zugang zu der Gedenkstätte verwehrt, da diese, so der Polizeieinsatzleiter, "polizeibekannte und potenzielle Störer" seien. Erst nachdem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte interveniert hatten, wurde die Entscheidung revidiert und allen der Zugang zum Gelände ermöglicht.

Dem antifaschistischen Aufruf folgten erfreulicherweise zahlreiche junge Menschen, die mit vielen Transparenten die ehemaligen Häftlinge grüßten, die städtische Gedenkpolitik kommentierten und die Feierlichkeit begleiteten. Entgegen der absurden städtischen Prognose wurde die Feierlichkeit nicht gestört, im Gegenteil, die Transparente trafen oft auf Zustimmung und führten zu Gesprächen mit ehemaligen Häftlingen und Hinterbliebenen und zum Ende legte eine Delegation antifaschistischer Gruppen gemeinsam mit Delegationen aus Russland, Weißrussland und der Ukraine einen Kranz nieder.

Die Einweihung, die zeitlich mit dem 60. Jahrestag der Übernahme des KZ durch die britische Armee zusammenfiel, begann am Nachmittag des 3. Mai mit einer Vorbesichtigung durch die ehemaligen Häftlinge und den Hinterbliebenen. Am Abend lud der Senat zu einem Empfang in die KZ-Gedenkstätte. 1500 Gäste nahmen daran teil, allerdings glänzten der Bürgermeister und viele Senatsangehörige durch Abwesenheit.

Nach den Begrüßungsreden der Kultursenatorin Karin von Welck und des Leiters der KZ-Gedenkstätte, Dr. Detlef Garbe, machten mehrere ehemalige Häftlinge in beeindruckenden Ansprachen deutlich, dass die Überlebenden des KZ Neuengamme, ungeachtet ihres hohen Alters, auch weiterhin aktiv an der Gestaltung der KZ-Gedenkstätte teilhaben wollen. Oder, wie der Vorsitzende der Denkmalkommission der Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN), Jean Le Bris erläuterte: "Unser Handeln (hat) nichts von einer Pflicht, es ist die natürliche Fortsetzung unseres jugendlichen Engagement im Widerstand gegen den Totalitarismus und das von ihm verbreitete Elend. Es ist heute der gleiche, nie endende Kampf, den wir um Freiheit und Achtung für alle Menschen führen."

Antifaschistischer Protest bei der Eröffnung

Bei der offiziellen Eröffnung versicherte Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust den Anwesenden unbestimmt, dass "wir uns gemeinsam auf den Weg (machen) um den ‚Zeitspuren` Neuengammes zu folgen - immer wieder um zu trauern, zu erinnern, zu gedenken, zu mahnen" und resümierte abschließend, dass die Hansestadt Hamburg aus der Vergangenheit gelernt habe und weiter lernen wolle.

Die Rede des Bürgermeister war in ihrer professionellen und unbestimmten Anteilnahme in weiten Teilen aussagelos. Entgegen der linken Kritik an der Gedenkpolitik der Landesregierung empfanden es die ehemaligen Häftlinge aber als Genugtuung und als Ehre, dass von Beust bei der Einweihung "ihrer" Gedenkstätte, nun endlich nach 60 Jahren als würdevoller Ort gestaltet, geredet hat. Deutlich emotionaler,

wenngleich nicht weniger professionell, sprach die Staatsministerin für Kultur und Medien Christina Weiss, die jahrelang als Kultursenatorin den Kampf um die Entstehung der KZ-Gedenkstätte begleitet hatte.

Der Vorsitzende der AIN, Robert Pinçon zeigte in seiner Rede noch einmal den langen Kampf bis zu der nunmehr eingeweihten Gedenkstätte auf, merkte aber an, dass der Raum nun befriedet, beschaulich und erinnerungsträchtig sei. Das Vermächtnis der ehemaligen Häftlinge sei aber auch in die Zukunft gerichtet, denn die Überlebenden müssen "Tag für Tag feststellen, dass die elementaren Rechte bzw. Grundsätze des Lebens in der Gesellschaft weiterhin verletzt werden". Dementsprechend mahnte Pinçon eine Toleranz gegenüber Menschen, Religionen und Kulturen an, ohne dabei jedoch einer Indifferenz zu verfallen.

Zum Abschluss verlas der Schauspieler Rolf Becker die Rede des erkrankten ehemaligen israelischen Botschafters, Avi Primor. Primor bescheinigte unter dem Oberbegriff "Erinnerung ist das Geheimnis der Erlösung" der Bundesrepublik Deutschland eine vorbildliche Vergangenheitsaufarbeitung, die er als beispielhaft für andere Nationen empfahl, was Wasser auf die Mühlen derjenigen sein dürfte, die endlich einen Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit ziehen wollen.

Im Anschluss an die Reden erfolgten Kranzniederlegungen an den freigelegten Fundamenten des Arrestbunkers, der Gedenkplatte des Krematoriums und bei dem internationalen Mahnmal.

Den Nachmittag über bestand die Gelegenheit die neuen Ausstellungen und das Freigelände zu besuchen und an beeindruckenden Zeitzeugengesprächen teilzunehmen. Es zeigte sich, dass trotz der erstmaligen städtischen Ausrichtung der Gedenkfeierlichkeiten, die ehemaligen Häftlinge die Gedenkveranstaltung prägten.

Stefan Lindke

Die Ausstellung "Zeitspuren: Das Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945 und seine Nachgeschichte" ist eine Dauerausstellung, zu besichtigen in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg 75, Hamburg

35. Familiengeschichte vor dem Fernseher. Guido Knopps Dokumentationen über NS und Krieg

Autor: Gerd Wiegel · Rubrik: Medien; Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:02

Die Bedeutung der Medien bei der Tradierung von Geschichte ist offensichtlich - sind sie es doch, die zum größten Teil unser Bild der Vergangenheit prägen. Besondere Wirkung entfalten die von Guido Knopp als dem erfolgreichsten NS-Dokumentaristen des deutschen Fernsehens produzierten Serien, legt man ihre Verbreitung in deutschen Wohnzimmern zu Grunde. Was sich bei Knopp und seinen vor allem auf der Zeitzeugenschaft basierenden Darstellungen findet, knüpft in manchem an das Familiengespräch an, das laut Harald Welzer eine enorme Bedeutung für die Tradierung von Erinnerung besitzt. Erzählte Alltagsgeschichte, kurzgeschlossen mit historischem Bildmaterial, wird hier zum verbürgten Zeugnis der Vergangenheit.

Seit 1984 ist Guido Knopp Leiter der von ihm gegründeten Redaktion Zeitgeschichte beim ZDF und unter seiner Leitung hat sich das ZDF zum führenden Sender in diesem Genre entwickelt. Seit 1991 produziert Knopp regelmäßig Serien zur Dokumentation der Geschichte des Nationalsozialismus: Der verdammte Krieg (1991), Entscheidung Stalingrad (1993), Hitler - Eine Bilanz (1995), Hitlers Helfer (1997), Hitlers Helfer II (1998), Hitlers Krieger (1998), Hitlers Kinder (2000), Holocaust (2000), Hitlers Frauen (2001), Die große Flucht (2001), Die Gefangenen (2003) und Der Sturm (2005). Mit dem von Knopp entwickelten Stil der Geschichtsdarstellung gelingt es, ein breites Publikum für dieses Genre zu interessieren, weshalb die Serien von der Sendezeit nach 22 Uhr in die Prime Time, also ab 20.15 Uhr gerückt sind. Die Einschaltquoten für Knopp sind sensationell und liegen in der Regel besser als die der meisten Unterhaltungssendungen. Auch wenn Knopp den hohen Anteil eines jungen Publikums an seinen Sendungen betont, so muss er doch zugeben, dass mehr als zwei Drittel der Zuschauer älter als 50 Jahre sind. Es ist also vor allem die Erlebnisgeneration und ihre Kinder, die sich für die Sendungen von Knopp interessieren, deren Bedeutung für die Tradierung von Erinnerung jedoch enorm ist. Somit dürfte die Reichweite der von Knopp verantworteten NS-Dokumentationen weit über der Verbreitung anderer Darstellungen dieser Zeit liegen, womit ihnen eine wichtige Bedeutung bei der Verbreitung eines spezifischen Geschichtsbildes zukommt. Diese Popularität in ihrer quantitativen und qualitativen Form ist es dann auch, die Knopp von allen möglichen Seiten zum Vorwurf gemacht wird, dessen Berechtigung jedoch differenziert betrachtet werden sollte.

Das Erreichen eines Massenpublikums ist die erklärte Absicht Knopps, der seine Form der Darstellung gleich zur "Demokratisierung des historischen Diskurses" erklärt. "Nur das Fernsehen hat die Chance, noch Schichten zu erreichen, die für diesen zeitgeschichtlichen Diskurs sonst unerreichbar wären." Dem ist kaum zu widersprechen, allerdings lässt sich die Frage stellen, ob man einen solchen breiten Diskurs in jedem Falle für wünschenswert hält? Es könnte schließlich sein, dass der Zuspruch etwas mit dem hier vermittelten Bild der Vergangenheit zu tun hat und gerade dessen entlastende Funktion Grund der nachweislichen Zustimmung ist.

Die selektiven Erinnerungen der ZeitzeugInnen

"Um ein wirklich großes Publikum zur Prime Time für Geschichte zu gewinnen, braucht es eine Bildsprache und eine Wortwahl, die bewegt, die fesselt und verstanden wird - gerade auch vom Arbeiter, der von der Werkbank kommt. Aufklärung braucht Reichweite." Mit diesem Bekenntnis zum Populären verkennt Knopp jedoch die inhaltliche Dimension, die erst den Erfolg seiner Serien ermöglicht, und verfällt dem verbreiteten Irrglauben, allein die Thematisierung der NS-Vergangenheit sei Aufklärung. Denn neben der den eingeschliffenen Sehgewohnheiten angepassten Form bedarf es einer inhaltlichen Darstellung, die nicht den Verdacht erweckt, hier könnte eine breite Thematisierung von Schuld und Verantwortung der Deutschen eingefordert werden. Schon die Titel der Serien signalisieren hier beruhigendes: Hitlers Helfer, Krieger, Frauen, Kinder - wer aus dem Publikum muss sich schon dazuzählen, es sei denn, als Opfer. Der alles bewegende Dämon ist Hitler und mit einem Titel wie Der Verführer ist die verhängnisvolle Verstrickung und Abhängigkeit des deutschen Volkes von diesem Verführer angedeutet, wohingegen politische Überzeugungen, Interessen und Erwartungen im Hintergrund bleiben. So erzählen die deutschen ZeitzeugInnen auch recht frei und unbefangen, können sie doch sicher sein, nicht nach ihrer damaligen Rolle, ihren Überzeugungen gefragt zu werden. So kann der "Volksgenosse" von damals heute zur Tradierung eines Vergangenheitsbildes beitragen, das den Schrecken und die Verbrechen deutlich benennt, das jedoch die Frage der millionenfachen

Beteiligung negiert, womit Vergangenheit eben in dieser gefangen bleibt und jede Möglichkeit zur Aktualisierung historischer Erfahrungen verbaut wird.

Die von Knopp bevorzugte und dem "Arbeiter von der Werkbank" offenbar einzig zumutbare Bildsprache wird von seinen Kritikern gern als "Clip" bezeichnet. Voice-over-Kommentar, historisches Bildmaterial und Zeitzeugenbericht, diese drei Elemente wechseln sich in einer nicht enden wollenden Regelmäßigkeit ab. Die Kürze der jeweiligen Einstellungen unterstützt die leichte Konsumierbarkeit, größere Konzentration, etwa beim Zuhören, wird nicht verlangt. Dominierend ist eine absolute Priorität des Bildes und ein großes Misstrauen gegenüber der Sprache. Dennoch steht diese absolute Bildgläubigkeit im Kontrast zur Funktion des Voice-over-Kommentars, der für die historisch und politisch korrekte Aufklärung verantwortlich ist. Hier werden Bewertungen vorgenommen, die Bilder und die Aussagen in größere Zusammenhänge eingeordnet und auch einmal Zeitzeugenstimmen kommentiert. Die Stimme aus dem Off gibt letztlich die politisch korrekte Bewertung des Gezeigten vor. Ob sie jedoch gegen die auf Emotionalisierung zielenden Bilder und Zeitzeugenstimmen die Oberhand behält, ist zweifelhaft.

Vor allem die Äußerungen der ZeitzeugInnen sind es, die ein größtmögliches Maß an Authentizität verbürgen sollen. Ihre oftmals durch die Überwältigung der Erinnerung gekennzeichneten Aussagen stehen für den Wahrheitsgehalt des Berichteten. Harald Welzer beschreibt die einschüchternde Wirkung, die von solchen (zumeist) unkommentierten Aussagen ausgehen kann: "Sobald ein Zeitzeuge von seinen Erlebnissen berichtet, scheint er mit einem Authentizitätsvorteil ausgestattet zu sein, der diejenigen, die so etwas nicht erlebt haben, tendenziell in ein defensives und affirmatives Mitdenken und Mitgefühl zwingt, das kritische Nachfragen als undenkbar, mindestens aber als unpassend erscheinen lässt." Für die Zuschauer wird somit die Aussage zur historischen Wahrheit, die noch einmal durch die unmittelbar folgenden Bilder bestätigt wird. Besonders problematisch wird dieses Verfahren bei den deutschen ZeitzeugInnen, die eine unverkennbare Nähe zum Regime hatten. Nicht, dass von ihnen noch heute rechtfertigendes über das Regime zu vernehmen wäre ist dabei das Problem, sondern die weitgehend ausbleibende Reflexion über die eigene Rolle darin, die somit auch dem Zuschauer nicht abverlangt wird. Geteilt wird ganz im Gegenteil das Bewusstsein, vor allem Opfer gewesen zu sein - der eigenen Führung, des Krieges, des Unverständnisses der Gegenwart. Dieses emotional erzeugte Bild der Vergangenheit kann durch keinen Sprecherkommentar mehr aufgefangen werden, der in vorsichtig abwägender Form Schuld und Verantwortung thematisiert. Bild und Emotion tragen - zumindest beim nicht entsprechend vorgebildeten Zuschauer - den Vorteil gegenüber Sprache und Intellekt davon.

Vom "Dämon" Hitler verführt

Mit der 2001 ausgestrahlten fünfteiligen Reihe Die große Flucht trifft Knopp genau ins Schwarze der geschichtspolitischen Tagesstimmung, ist doch mit dem Anbruch des neuen Jahrhunderts die Thematisierung der deutschen Opferrolle am Ende des Krieges zum bestimmenden Thema der öffentlichen Diskussion geworden.

Drei Sätze des Sprechers aus dem Vorspann zur ersten Folge sind symptomatisch und geben die Sichtweise vor: "Deutschland 1945, ein Volk auf der Flucht", "Hitlers Krieg ist verloren", "Ein Exodus, wie ihn die Welt nie sah". Während das "Volk" auf der Flucht ist, ist "Hitlers Krieg" verloren; was sich hier findet ist die typische Trennung von enger und verantwortlicher Führungsschicht - zusammengefasst mit Hitler - und dem "Volk", das Opfer und Leidtragender dieser Politik ist. Mit zwei Sätzen sind so Verantwortung und Leid feinsäuberlich voneinander getrennt, womit dem "Volk" sogleich jede Verantwortung für den Krieg und damit den Auslöser des nun folgenden Leides genommen ist. Die reale Vermischung von Täter- und Opfererfahrung wird zu Gunsten einer generalisierenden Aufspaltung negiert, womit dem Zuschauer eine Rezeption aus der Opferperspektive vorgegeben wird. Dieser begehrte Opferstatus wird in seiner Dimension sogleich noch unterstrichen: "Ein Exodus, wie ihn die Welt nie sah", so wird das Thema, eben "die große Flucht", charakterisiert. Einmal wird hier auf die Einzigartigkeit des Leides der zur Flucht gezwungenen angespielt, daneben lässt sich aber auch der Vorwurf herauslesen, dass die Welt dieses Leid bis heute nicht zur Kenntnis genommen hat - "wie ihn die Welt nie sah" -, ein weiterer Baustein in der Opferperspektive.

Es ist vor allen Dingen die Emotion, die die Rezeptionshaltung der Zuschauer vorgibt. Den emotional aufwühlenden Berichten deutscher ZeitzeugInnen, die von Vergewaltigung und leibhaftig erlebter Ermordung der eigenen Familie berichten, kann sich der Zuschauer nur schwer entziehen. Bei solchen Berichten über

sowjetische Gräueltaten, wie Erschießungen und Vergewaltigungen, werden Aussagen sowjetischer Zeitzeugen, oft ehemalige Soldaten und Soldatinnen, gezeigt, die die deutschen Verbrechen in der Sowjetunion thematisieren. Im Gegensatz zu den deutschen Stimmen handelt es sich hier jedoch nie um emotional aufwühlende Einzelschicksale, sondern um nüchterne Berichte von deutschen Verbrechen. Auch die Off-Stimme erwähnt die deutschen Verbrechen, spricht von "Ursache und Wirkung", der Befreiung von Auschwitz und den Bildern der Todeslager als Motivierung sowjetischer Grausamkeiten. Doch an Eindringlichkeit stehen diese nüchternen Berichte weit hinter den Aussagen vergewaltigter deutscher Frauen zurück, die mit ansehen mussten, wie ihre ganze Familie erschossen wurde.

Um ein Kausalitätsverhältnis zwischen den deutschen und den sowjetischen Grausamkeiten herauszuarbeiten hätte es in der Tat einer Gegenüberstellung der Ereignisse bedurft, die so sprachlich zwar benannt, emotional aber unverbunden nebeneinander stehen. So kann Knopp unumwunden von der "Mordgier" sowjetischer Soldaten sprechen, ein Ausdruck den man sich, angewandt auf die Soldaten der Wehrmacht von Knopp nur schwer vorstellen kann. Diese erscheinen in Bild und Zeitzeugenberichten vielmehr als letzter Schutz der deutschen Zivilbevölkerung, entsetzt von den Taten der Roten Armee. Bei Knopp heißt es: "Selbst altgediente Landser, die auf ihrem Weg durch Russland schon viel Leid gesehen hatten, packte das Mitleid beim Anblick des Flüchtlingselends." Verschwiegen wird, dass viele dieser "Landser" das Leid in Russland nicht nur gesehen sondern verursacht hatten. Ungewollt wird jedoch deutlich, dass ihr Mitleid offensichtlich nach Volkszugehörigkeit verteilt ist, denn erst beim Anblick der deutschen Flüchtlinge packt sie das Mitleid.

"Deutschland 1945 - ein Volk auf der Flucht"

So bestätigt Knopp mit seinen Serien ein Bild der Vergangenheit, das sowohl für die Erlebnisgeneration als auch für ihre Nachkommen vor allem persönliche Entlastung bringt; ein Ergebnis, zu dem Welzer in seinen Familieninterviews zu Beginn des 21. Jahrhunderts kommt, das aber auch schon Saul K. Padover als amerikanischer Offizier einer Einheit der psychologischen Kriegsführung am Ende des Krieges formulierte: "Psychologisch gesehen, wollen sich die Deutschen Strafe und moralischer Verantwortung entziehen, indem sie der Welt einen Schuldigen präsentieren, den sie noch vor kurzer Zeit als Halbgott angehimmelt haben. (...) Sobald die Rote Armee alle Siegeshoffnungen der Wehrmacht begrub, wandte man sich, natürlich passiv, von Hitler ab und begann, die Weisheit seiner Entscheidungen in Zweifel zu ziehen. (...) In dieser Neigung, sich vom auserwählten Führer abzuwenden und das Schicksal der Nation anderen Leuten in die Hand zu legen, entdeckt man nicht den Schimmer eigenen Schuldbewusstseins ... Hitler wurde vorgeworfen, den Krieg verloren, und nicht, ihn begonnen zu haben."

Gerd Wiegel

Der Text ist die gekürzte und überarbeitete Fassung eines Aufsatzes, der in dem von Michael Klundt herausgegebenen Buch "Heldenmythos und Opfertaumel", Köln 2004 abgedruckt ist. Ausführliche Literaturangaben dort.

36. Kulturkampf in Erfurt. Über den Erfolg des 1. Sozialforums in Deutschland entscheidet die politische Kultur

Autor: Judith Dellheim · Rubrik: Sozialpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:14

Schon jetzt ist klar: Gemessen an der TeilnehmerInnenzahl wird das 1. Sozialforum in Deutschland ein Erfolg. Die Planungen für die Zeit vom 21. bis 24. Juli gehen von 5.000 Menschen aus, doch die Tagungs-, Versorgungs- und Übernachtungskapazitäten können gut und gerne bis zu 10.000 BesucherInnen verkraften. Aber ob Quantität auch in Qualität umschlägt, wird sich erst erweisen müssen.

Das erste Sozialforum in Deutschland wird rein quantitativ die Sozialforen von Russland, Polen, Tschechien, Dänemark und Österreich übertreffen. Das ist weder eine Abwertung dieser Treffen, noch eine Aussage über den qualitativen Erfolg. Die entscheidende Frage ist, ob Erfurt den Sozialforumsprozess und die demokratische Bewegung für einen Politikwechsel in der Bundesrepublik voranbringt.

Für eine positive Antwort sprechen der Umgang mit internationalen Erfahrungen und ein erhöhtes politisches Interesse hier zu Lande, das von den vorgezogenen Bundestagswahlen wie von den Abstimmungen über die Europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden herrührt. Ob wir den unerwarteten und unverdienten Bonus zu nutzen verstehen, hängt vor allem davon ab, inwiefern in Erfurt wirklich eine "Sozialforumskultur" gelebt wird, die Maßstäbe setzt. Schließlich ist die momentane politische Streit- und Diskussionskultur eine Ursache für die allgemeine Schwäche der Linken. Sie ist nicht nur wenig einladend, sondern stößt sogar eher Menschen ab, die die Gesellschaft demokratisch und daher schrittweise gerecht, sozial, solidarisch, zivil, ökologisch und global verantwortungsvoll machen wollen.

Der Sozialforumsgedanke ist nicht zuletzt eine Reaktion auf das innerlinke Kulturproblem. Sozialforen sind offene Räume, in dem gesellschaftskritische Einzelpersonen und Menschen, die in sozialen Bewegungen engagiert sind, gleichgestellt ihre Sicht auf gesellschaftliche, ökologische und globale Fragen austauschen und über Alternativen zur herrschenden Politik und Ordnung diskutieren. Offizielle VertreterInnen von Parteien, Parlamenten, Verwaltungen/Regierungen und Militär haben hier nichts zu suchen. "Alle Menschenrechte für jede und jeden" ist die Grundidee des Forums, das keine Beschlüsse fassen und Erklärungen beschließen kann, jedoch Verabredungen zu gemeinsamen Aktionen und Handeln keineswegs ausschließt.

Damit wurden die Lehren aus zumindest drei Erfahrungen gezogen: Zum ersten haben die Zapatistas gezeigt, dass man durchaus erfolgreich in einigermaßen hierarchiefreien Strukturen kämpfen kann. Der/die einzelne muss sich also nicht unterordnen, um solidarisch mit anderen gegen den Neoliberalismus kämpfen zu können. Zum zweiten sind linke Bündnisse immer dann gescheitert, wenn eine Kraft in ihnen führen bzw. anderen ihre Anschauungen aufdrängen wollte. Und zum dritten können Bündnisse nur dann dauerhaft sein und wachsen, wenn in ihnen immer wieder zuerst Gemeinsamkeiten gesucht werden, wenn Einheit und Vielfalt unterschiedlicher Akteure zusammen gehen und wenn in wachsender Vielfalt Stärke und Fortschritt gesehen werden.

Offene Räume, offene Köpfe

Dass insbesondere in Europa und gerade in Deutschland diese Prozesse sehr kompliziert verlaufen, erklärt sich aus dem Umgang mit den genannten drei Schlussfolgerungen bzw. Lehren. Dabei sind wir mit einem objektiven und mit vielen subjektiven Problemen konfrontiert. Das objektive Problem besteht darin, dass das Sozialforum Gefahr laufen kann, zu einer folgenlosen "Quatschbude" zu werden. Deshalb wurde verabredet, dass im unmittelbaren Anschluss an das Weltsozialforum und das Europäischen Sozialforum jeweils Versammlungen der sozialen Bewegungen stattfinden, die sehr wohl gemeinsame Aktionen beschließen und Erklärungen verabschieden können.

Zumindest auf der europäischen Ebene hat sich sehr deutlich offenbart, dass es einen nach wie vor erbitterten Widerstand dagegen gibt, die Lehren aus der politisch-kulturellen linken Sackgasse zu ziehen. Außerdem ist die Charta von Porto Alegre als Kriterien- und Regeldokument der Sozialforen keineswegs allgemein akzeptiert. Dafür einige Beispiele:

- Auf Vorbereitungsversammlungen zum Europäischen Sozialforum gab es mehrfach die Forderung, den Ausschluss politischer Parteien bzw. der eigenen Partei aufzuheben. Mehr noch: Man verstieß/verstößt sogar offen gegen die Charta und präsentiert(e) sich als ParteienvertreterIn. Damit wurde und wird destruktive politische Konkurrenz in das Forum hineingetragen.

- Das Londoner Vorbereitungskomitee für das Europäische Sozialforum 2004 und teilweise das ESF in London sind in die Parteienfalle geraten. Auf der einen Seite rang die Socialist Workers Party (SWP), auf der anderen Seite die Labour-Stadtadministration um eine Hegemonie über das Sozialforum.

- Die Vorbereitung der Versammlung der sozialen Bewegungen in London gestaltete sich hochgradig dramatisch, wobei die Aggressivität insbesondere der 5. Internationale erschreckend war. Seitens der SWP gab es keine Zustimmung zur Verurteilung von Gewalt gegen die Zivilgesellschaft, vom italienischen Sozialforum wurde es abgelehnt, den 60. Jahrestag der militärischen Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die Forderung nach Referenden über die Europäische Verfassung in den Aktionskalender 2005 aufzunehmen.

- Die erwähnte Aggressivität fand ihre Fortsetzung auf der jüngsten ESF-Vorbereitungsversammlung im Mai. Es muss angemerkt werden, dass bei diesen Negativbeispielen immer auch Menschen aus Deutschland aktiv beteiligt waren, ein Umstand, der für die Vorbereitung des Sozialforums in Deutschland nicht bedeutungslos ist.

Nun ist es aber keineswegs so, dass die beschriebenen Tendenzen einfach hingenommen oder den Sozialforumsprozess auf der europäischen Ebene dominieren würden. Es zeigt sich vielmehr, dass der Einfluss europäischer Bewegungen wie des Netzwerkes Lokaler Sozialforen wächst. Und das Bestreben, mit der Verteidigung der Charta von Porto Alegre der Diskussion im offenen Raum eine stärkere Ergebnisorientierung zu verleihen, ist offenkundig. Beim ersten russischen Sozialforum war beeindruckend, wie die Diskussionen in den Workshops und Seminaren anschließend auf der Versammlung der sozialen Bewegungen in sehr konkrete Absprachen mündeten.

Befreiung aus Erstarrungen

Vor allem auf der Ebene des Weltsozialforums entwickeln sich immer neue Lernprozesse, die sich auch in der Organisation des ersten Sozialforums in Deutschland deutlich widerspiegeln. Auch das 5. Weltsozialforum konnte Rekorde brechen: Über 150.000 Menschen aus 135 Ländern nahmen teil, ca. 7.000 ReferentInnen sprachen in über 2.500 Veranstaltungen. Fünf Beispiele illustrieren, dass Lernen zu Veränderungen führt und die Planungen für Erfurt prägt:

- Die früher vom WSF-Vorbereitungskomitee zentral organisierten Großpodien an den Vormittagen wurden abgeschafft, ebenso die Trennung zwischen verschiedenen Veranstaltungsformen an den Vor- und Nachmittagen. Damit wurde das fünfte WSF stärker als seine Vorgänger von den Teilnehmenden getragen. In Erfurt wird es ebenfalls keine Großpodien geben, sondern fünf Konferenzen - vier, die den strukturbildenden Themen des SfiD entsprechen, sowie eine europapolitische Konferenz. Die vier Themen sind "Arbeitswelt und Menschenwürde", "Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt", "Menschenrechte und politische Teilhabe" sowie "Eine lebenswerte Welt - anders leben". Die Konferenzen werden nicht von spezifischen Gremien vorbereitet, sondern durch Arbeitsgruppen von Interessierten. Ihre Aufgabe ist es, möglichst viele jener zusammenzubringen, die selber Veranstaltungen zu diesen Problemkreisen durchführen. Die Seminare und Workshops finden so statt, wie es raummäßig machbar und für die VeranstalterInnen zeitmäßig sinnvoll ist.

- Das gesamte 5. Weltsozialforum wurde auf einem zusammenhängenden Gelände zusammengelegt. Zum einen wurden damit Wege und Zeitverlust durch notwendige Reisen eingespart, zum anderen Kommunikation befördert und dem Forum ein Festivalcharakter verliehen. In Erfurt wird ebenfalls alles schnell erreichbar sein. Es wird Orte geben, die als allgemeine Treff- und Kristallisationspunkte für Kommunikation und Gemeinsamkeit fungieren. Kultur ist in das Forum integriert und keineswegs als Schmuck oder Zerstreuung gedacht.

- Das 5. Weltsozialforum sollte sich durch eine verstärkte Ergebnis- und Handlungsorientierung auszeichnen und zugleich bessere Möglichkeiten für die Vernetzung von Initiativen, die zu den verschiedenen thematischen Problemen arbeiten. Deshalb wurden jeden Abend besondere Zeiträume für Absprachen und

Vernetzungstreffen festgelegt. In Erfurt wird es ebenfalls an jedem Abend eine solche Vernetzungsphase geben.

- Für die inhaltliche Vernetzung im Vorfeld des 5. Weltsozialforums wurde eine neue Methode ausprobiert. Zunächst wurden alle Veranstaltungswünsche registriert. Dann setzte ein Prozess der Vernetzung, Zusammenlegung und des Abgleichs von Veranstaltungen zu gleichen oder ähnlichen Themenbereichen ein. Zu diesem Zwecke wurden für die einzelnen Themenkomplexe unterstützende "Aggregate Groups" gebildet. In Erfurt fällt diese Aufgabe der Programm- und Vorbereiterungsgruppe zu.

- In Porto Alegre wurden zur Stärkung der Handlungsorientierung außerdem die "Murales de propostas" eingerichtet, die dezentralen Schwarzen Bretter, an denen während des Forums konkrete Vorschläge und Verabredungen zusammengetragen wurden. In Erfurt werden die Schwerpunkte und Diskussionsergebnisse zu den o. g. vier Themen ebenfalls zusammengeführt, wobei Indymedia mit der Aufstellung einer Computerplattform helfen wird.

Von Porto Alegre nach Erfurt

Methoden, die sich auf der globalen Ebene nicht bewährt haben, werden in Erfurt gar nicht erst angewandt. Hingegen finden Ergebnisse aus Diskussionen und Kritiken von Beginn an Berücksichtigung. Das unterstreicht zusätzlich, dass das 1. Sozialforum in Deutschland als ein Event vorbereitet wird, das sich in die internationalen Sozialforumsprozesse einordnet. Dass das nicht unproblematisch verläuft, sollen nur einige Fakten belegen: Manche gingen an die Vorbereitung des Sozialforums so heran, wie sie zuvor schon über Jahre hinweg Aktionen geplant und organisiert hatten. Das hatte nicht wenige abgestoßen, für die das Weltsozialforum ansonsten ein hoffnungsvoller Magnet ist. Außerdem gab es durchaus Versuche, die Charta von Porto Alegre als Grundlage für den Sozialforumsprozess zu kippen und der eigenen Partei die Teilnahme am Sozialforum zu ermöglichen. Und schließlich haben trotz aller Bemühungen, das Sozialforum in Erfurt zu einem gesellschaftspolitisch bedeutsamen Ereignis zu gestalten, lokale Sozialforen und attac vielfach ihre mehr oder weniger langfristig geplanten eigenen Vorhaben über das Sozialforum gestellt.

So oder so hat sich gezeigt, wie nötig auch in Deutschland eine Reform linker politischer Kultur ist. Erfurt könnte dafür ein Anfang sein. Doch wenn es der Charta von Porto Alegre zum Trotz dennoch zur Wahlkampfarena umfunktioniert werden würde, würde das 1. Sozialforum in Deutschland sicher gleichzeitig auch das letzte sein. Das aber werden wir gemeinsam zu verhindern wissen und dennoch in den Bundestagswahlkampf intervenieren: durch die Auseinandersetzung mit herrschender und regierender Politik, durch die Artikulation eigener Positionen, durch die Demonstration "Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur" und durch eine Versammlung sozialer Bewegungen, die konkrete Aktionen beschließt. Auf ein kulturvolles Wiedersehen in Erfurt!

Judith Dellheim

Information und Anmeldung über www.Sozialforum2005.de

37. Ein Kessel Buntes. Nachbetrachtungen zum Euromayday 2005 in Hamburg

Autor: Ingo Stützle · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:15

Mit dem Mayday 2005 hat die Linke in Deutschland gezeigt, dass sie mehr kann, als am 1. Mai nach Berlin-Kreuzberg zu schielen oder sich von Nazis unter Zugzwang setzen zu lassen. Doch der Mayday wirft auch Fragen auf, die bisher kaum gestellt und nicht beantwortet worden sind.

Dass der erste Mayday in Hamburg stattfand, ist nicht besonders verwunderlich. Aus Berlin kann ein solcher Impuls unter den gegebenen Bedingungen kaum kommen. Obwohl sich dort die radikale Linke jede Perspektive vernagelt hat, scheint die Verarbeitung der Erfahrungen der letzten Jahre noch nicht dazu geführt zu haben, einen Befreiungsschlag zu wagen. In anderen Städten ist die Linke zu schwach, und auch in Hamburg wurde der Mayday - und das ist nur positiv hervorzuheben - gegen Teile der radikalen Linken und eine breite Apathie organisiert. Gleichzeitig konnte er jedoch nicht über das eigene Spektrum hinaus mobilisieren.

Der Vorbereitungskreis setzte sich aus Gruppen zusammen, die im vergangenen Jahr rund um das Thema Aneignung und Migration agiert hatten. Die Dynamik und das aktionistische Potenzial, die die Aneignungsdebatte entwickelt hatte, hat maßgeblich den politischen und sozialen Rahmen geschaffen, aus dem der Mayday in Hamburg entstehen konnte. Dafür spricht auch die Zusammensetzung der Vorbereitungsgruppe aus Kein Mensch ist illegal, Hamburg umsonst und Kanak Attak/Gesellschaft für Legalisierung, die den Mayday in Hamburg nahezu allein schulterten. Auf der Parade selbst waren schließlich Gruppen aus der ganzen Republik anzutreffen und vor allem StudentInnen, die nur wenige Tage zuvor die Staatsgewalt zu spüren bekommen hatten. Ohne ihre Präsenz hätte die Parade sicherlich einen weniger starken Ausdruck gehabt.

Mayday als eierlegende Wollmilchsau

Die "experimentelle Praxis", die in der Kritik von Tussle/Hubbub für eine Intervention in den Prekarisierungsprozess eingefordert wird (ak 495), scheint in Hamburg im Selbstverständnis schon angekommen zu sein zu sein. Zumindest will der Vorbereitungskreis den Mayday als einen "experimentellen 1. Mai" verstanden wissen, als "Labor, in dem neue und ungewohnte Formen von sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Kooperationen ausprobiert und geprüft werden". Zudem soll Politik wieder Spaß machen und mehr sein als verbissenes Besserwissertum (ak 492). Und dennoch ist das Experiment höchst unbestimmt. Was genau entdeckt werden soll, bleibt unklar. Es zeigt sich, dass der Mayday Problematiken aufwirft, vor welchen die Linke in den letzten Jahren ohnehin steht - allerdings ohne dass neue Fragen oder bereits gemachte Erfahrungen diskutiert worden wären.

Es ist kein Zufall, dass der Mayday stattfand, nachdem zwar im linken Blätterwald in den letzten Jahren das Thema der Prekarisierung omnipräsent war, aber Formen organisierten Widerstands kaum auszumachen sind oder sich auf spektakuläre Events beschränken. Auch die im letzten Jahr breit diskutierten "Umsonst"-Ansätze kamen bisher über diesen Charakter nicht hinaus. Bezüglich des Maydays wird zwar immer wieder der Anspruch hervorgehoben, einen sozialen Prozess zu etablieren, gleichzeitig ging es dieses Jahr aber noch nicht über Veranstaltungen und kleinere Aktionen im Vorfeld hinaus, und die sollten vor allem den Event der Parade vorbereiten. Ein eigenes Gewicht und Relevanz kam ihnen kaum zu.

Im Vordergrund steht die Frage der Repräsentation: "Prekäre sind inzwischen ein Eckstein in den Produktionsprozessen von Wohlstand. Nichtsdestotrotz zählen wir nichts und bleiben unsichtbar in den traditionellen Formen sozialer und politischer Repräsentation auf der europäischen Agenda." (Le monde précaire, Zeitung zum Mayday) Die Frage nach der Repräsentation macht jedoch einen Punkt deutlich: Es gibt nach wie vor die verbreitete Vorstellung, dass es bestimmte, schon feststehende Interessen gibt, die nur noch repräsentiert werden müssen; ein Schnellschuss, der mit orthodoxen und klassenreduktionistischen Vorstellungen geteilt wird, dass nämlich die Interessen "der" ArbeiterInnenklasse objektiv einzusehen sind und dass es nur noch eine adäquate Repräsentation in der richtigen Partei benötige. Aus dem einen emanzipatorischen Subjekt "ArbeiterInnenklasse" sind zwar mehrere Subjekte geworden, aber an der zu

Grunde liegenden Vorstellung hat sich recht wenig geändert: Die Frage nach der Entstehung der Interessen wird in einen abstrakten "Prozess" verschoben und damit entthematisiert.

Im Mayday drückt sich eine Hoffnung aus, die auch mit dem Begriff der Prekarisierung verbunden wird. So argumentiert die Hamburger Vorbereitungsgruppe, die Stärke des Begriffs Prekarisierung liege darin, einen gemeinsamen Bezugspunkt für unterschiedliche Kämpfe herzustellen. Wie so häufig wird hier die Funktion von Forderungen oder Begriffen deutlich überschätzt. Auf der einen Seite sind sie sicher notwendig, wenn Kämpfe gebündelt werden und eine gemeinsame strategische Ausrichtung erfahren sollen. Auf der anderen Seite aber drücken sie oft den puren Voluntarismus von AktivistInnen aus, die von außen in existierende Kämpfe eingreifen. Dies ist ein allgemeines Dilemma. Auch die Existenzgeldforderung z.B. war Ende der 1990er Jahre als Klammerforderung "neu entdeckt" worden, und sie war wie andere Begriffe eben kein organischer Ausdruck tatsächlicher sozialer Kräfte.

Besonders problematisch wird es, wenn die Grenzen solcher Klammern nicht benannt werden können. So lässt sich aus den letzten Jahren zum Beispiel die Erfahrung formulieren, dass eine mit provokativen und spektakulären Aktionen flankierte Debatte um den Begriff der Aneignung zwar durchaus eine linke Öffentlichkeit dazu gezwungen hat, sich zu positionieren. Allerdings ist es kurzsichtig zu glauben, durch eine geschickte und Aufsehen erregende Platzierung von Begriffen und "Konzepten" wäre schon eine soziale und politische Organisierung erfolgt. Für die Erfahrungen und Erwartungen mit dem FelS-Existenzgeldkongress 1999 gilt Ähnliches.

Fragen stellen heißt, nach Antworten suchen

Der Prozess, der angestoßen werden soll, bleibt beliebig und unbestimmt und wird doch gleichzeitig durch die Art des Events vorgeprägt. Was soll der Prozess jedoch letztlich anderes sein als ein Organisierungsprozess? Wenn aber die Organisierung zentraler Bestandteil sein soll, dann muss sich im politischen Selbstverständnis noch einiges tun. Dass die Mayday-Parade dieses Jahr so gelaufen ist, ist trotz aller Kritik erfreulich. Eine Debatte der Selbstverständigung müsste allerdings darauf zielen, den Charakter des Prozesses zu klären, den der Mayday vor sich herträgt und als dessen Ausdruck er sich eigentlich versteht. Immer wieder werden "Offenheit" und "Pluralität" hervorgehoben. Die politischen Akteure scheuen sich davor zu vereinheitlichen, drücken sich aber gleichzeitig vor inhaltlichen Aussagen darüber, wohin die Reise gehen soll. Auf einem Nachbereitungstreffen in Berlin wurde deshalb auch von einem Besucher provokativ nach dem Unterschied des Mayday zum kurz danach in Berlin stattfindenden "Karneval der Kulturen" gefragt. (1) Während solche Fragen bei VeranstalterInnen und Mayday-Begeisterten auf Entrüstung stoßen, bleibt dennoch offen, wie die unterschiedlichen Kämpfe und Interessen der unterschiedlichsten Akteure sich verbinden können und sollen. Das ist keine Frage, die auf dem Mayday oder im Vorfeld falsch beantwortet wurde, aber es ist eine der Fragen, die erst gar nicht gestellt wurden, obwohl immer wieder betont wurde, dass es darum gehen müsste, Fragen zu stellen.

Überkommene Organisationsformen wie Parteien und Gewerkschaften sind für die neuen Arbeitsverhältnissen und -bedingungen dysfunktional. So weit klar. Allerdings wird dieser Umstand nur auf der Ebene der Repräsentation thematisiert. Die Frage nach tatsächlich neuen Formen von Organisierung, Vernetzung wird genauso wenig gestellt wie die nach Formen, in denen die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse aneinander geraten können. Es herrscht - nicht zu unrecht wohlgemerkt - die Angst, dass die Zusammenfassung und Organisierung von Interessen und Bedürfnissen dazu führen könnte, Differenzen und Widersprüche einzuebnen. Der Begriff der Multitude drückt genau diese Angst aus, dass bei einer Klassenkonstituierung (worauf es in der Tat ankommen müsste) AkteurInnen und Interessen ausgeklammert oder herrschaftsförmig vereinnahmt werden. Diese Angst führte bisher dazu, dass es nicht mehr als ein tolerantes und interessiertes Nebeneinander von AkteurInnen gibt.

Die Organisationsfrage hat sich unter dem Druck praktischer Notwendigkeiten meist in Form spontaner Selbstorganisierung ergeben. In "dürftigen Zeiten" (Agnoli) geht es darum, als OrganisatorIn eines Produktionszusammenhangs aufzutreten, wie es Oskar Negt 1972 für das Sozialistische Büro (SB) vorschlug: Es sollte nicht darum gehen, per Dekret zu vereinheitlichen oder verbindliche Richtlinien über die wahre Strategie zu postulieren.. Vielmehr müssen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, die es Basisgruppen und Selbstorganisierungsansätzen ermöglichen, die Alltagspraxis zu reflektieren und unmittelbare Interessen und Bedürfnisse im Rahmen einer allgemeineren Kritik der kapitalistischen Klassengesellschaft zu artikulieren. Es

geht darum, eine selbstständige Organisation der Erfahrung zu gewährleisten. Das bedeutet nicht, einem Spontaneismus das Wort zu Reden, der oft genug nur die andere Seite einer abstrakten und überhistorischen Parteien- oder Organisationsideologie ist.

Was wie tun? Organisationsfrage revisited

Die Idee von der Organisation eines Produktionszusammenhangs bietet die Möglichkeit, ein zentrales Dilemma der Linken zu bearbeiten: Sie organisiert sich trotz aller arbeitsteiligen und schwerpunktorientierten Arbeit entlang von politischen Fragen wie Geschlechterverhältnissen, so genannter sozialer Frage und Antirassismus und nicht entlang von sozialen Bedürfnissen und Interessen. Die Organisationen haben immer das Problem, dass sie in solche sozialen Bewegungen entweder disziplinierend oder nur in dem Sinne eingreifen, dass sie sie später für die eigene Linie ummünzen.

Für den Mayday wie auch für andere Formen der politischen Organisierung ist die zentrale Frage, wie Interessensgruppen und AkteurInnen dafür gewonnen werden, sich an einem solchen Organisierungsprojekt zu beteiligen. Die Einsicht in die Notwendigkeit wird es kaum bewerkstelligen. Des weiteren müssen Kriterien entwickelt werden, die einen solchen Prozess anleiten. Denn bisher bleibt dieser viel beschworene Prozess eine Leerformel der Beliebigkeit. Schon die Erfahrungen aus den Sozialforen können die ersten Konfliktlinien aufzeigen, die es zu diskutieren gilt: Alle an einem wie auch immer gearteten Prozess Beteiligten werden früher oder später die Entscheidung fällen müssen, ob dieser als offener Austausch verstanden wird, wo unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse nicht mehr als die Grenze der eigenen Politik wahrgenommen werden, oder ob relativ schnell ein aktionsfähiger und schlagkräftiger Akteur entstehen soll. Das wiederum setzt voraus, dass Widersprüche zügig ausgeklammert oder kleingearbeitet werden und relativ allgemeine Konsense beschlossen werden müssen (siehe am Beispiel des Berliner Sozialforums ak 481).

Egal welcher Weg eingeschlagen wird - beide müssen einen Schritt aus der Beliebigkeit gehen und damit beginnen, Interessen und Bedürfnisse aufeinander zu beziehen, zu gewichten und diesem Prozess eine Form geben, in welchen sie sich Bewegen können. Einmal im Jahr ist da weiß Gott zu wenig.

Ingo Stützle,

organisiert bei FelS

Anmerkungen:

1) Der alljährlich stattfindende "Karneval der Kulturen" ist Ausdruck des "neuen Berlins", in welchem mitten durch Kreuzberg die unterschiedlichsten "Kulturen" und "Ethnien" in einem bunten und lauten Umzug ihre friedliche Koexistenz zelebrieren. Jährlich nehmen über 1 Mio. Menschen an diesem Spektakel teil.

38. Antikollektivismus. Der neue Geist "linker" Sozialstaatskritik

Autor: Gerhard Hanloser · Rubrik: Sozialpolitik; Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:01

Die Hegemoniefähigkeit des Neoliberalismus begründet sich auch dadurch, dass er Stichworte anders gelagerter Debatten aufnimmt und so auch auf das Terrain seines politischen Gegners vorzudringen vermag. Mittlerweile gibt es auch spezifisch linke und anti-totalitäre Begründungen und Legitimationen neoliberaler Politik.

Das weitgehende Fehlen materialistischer Analysen in wichtigen Publikationen der bundesrepublikanischen Linken trägt dazu mit bei. Die publizistische, oft dem antideutschen Lager zuzurechnende Linke betreibt nun schon seit Jahren das Spiel, von metaphysischen Gedankenmächten ausgehend die Welt zu erklären. Dabei verhält sie sich in ihren Beschreibungen der Veränderungen des Sozialstaats bloß spiegelverkehrt zum herrschenden Alltagsbewusstsein. Im Alltagsbewusstsein wird dem "rheinischen Kapitalismus" der "Wild-West-Kapitalismus" US-amerikanischer Prägung entgegengehalten. Nicht erkannt wird von den mehr kultur- als sozialkritischen Stimmen, die vor einer Amerikanisierung warnen, dass auch der alte keynesianische Wohlfahrtsstaat Ausbeutung bedeutete und nicht zuletzt von den ihm unterworfenen Subjekten kritisiert und abgelehnt wurde - wenn auch in letzter Instanz der sozialstaatliche Kompromiss von oben aufgekündigt wurde.

Die linken publizistischen Kritiker dieses Alltagsbewusstseins, die vor allem den Antiamerikanismus aufs Korn nehmen wollen, drehen nun aber lediglich die Zuschreibung um und halten an der Vorstellung fest, es mit zwei unterschiedlichen - um mit Marx zu sprechen - Herrschaftsformen von Gedanken zu tun zu haben. Der US-amerikanische, liberale Marktkapitalismus wird dem autoritären, etatistischen Kapitalismus deutscher und europäischer Provenienz entgegengestellt. In der antideutschen Variante dieses Idealismus buchstabiert sich dieser Gegensatz in deutschen Kollektivismus und US-amerikanischen Individualismus aus, wobei letzterer positiv, ersterer negativ konnotiert wird. Denn die Vorstellungen von Kollektivismus und Individualismus sind überformt von einer falschen Rezeption des Nationalsozialismus, dem ein eminent antikapitalistisches, kollektivistisches Interesse zugeschrieben wird. In einem beispiellosen Syllogismus hält man nun antikapitalistischen Bewegungen wiederum die Nähe zu faschistischen Massenbewegungen vor oder - in der abgeschwächten Variante - den Sozialneid, das Ressentiment. Ähnlichkeiten dieser Argumentationsfigur mit liberalen und neoliberalen Begründungs- und Legitimationsmustern sind nicht von der Hand zu weisen, denn auch von ihnen wird das soziale Ressentiment innerhalb der sozialen Bewegungen beklagt und totalitarismustheoretisch Faschismus, Stalinismus und Wohlfahrtsstaat unter dem Stichwort des "Kollektivismus" subsumiert, um dagegen das freie Individuum, das auf dem Markt zu sich selbst kommen könne, stark zu machen.

Liberale USA gegen etatistisches Deutschland?

Während neoliberale Autoren - von Klassikern wie Friedrich Hayek bis zu heutigen feuilletonistischen Beiträgen aus dem Umfeld der Zeitschrift Merkur - diese Sozialstaatskritik unter Bezug auf recht krude totalitarismustheoretische Denkfiguren unternehmen und dabei den westlichen Marxismus offensiv bekämpfen müssen, stützen sich die linken, antideutschen Publizisten in ihrer Affirmation des Neoliberalismus auf die Kritische Theorie. Ein Unterfangen, das nicht gelingen mag, auch wenn ein erheblicher Kraftakt an Verdrehungsleistungen aufgebracht wird. Es zeigt sich, dass vielmehr das Räsonieren der antideutschen Marktapologeten Kritik aufgibt und in einer "Verhaltenslehre der Kälte" (Helmut Lethen) mündet - eine Haltung, die mit dem Satz "Die Welt aushalten lernen" der antideutschen Zeitschrift Bahamas zusammengefasst ist.

Der neue Idealismus kommt in antideutschen Debatten am deutlichsten in der Beschreibung der USA zum Ausdruck, die jede historische und empirische Fundierung vermissen lässt. "Amerika" wird in diesen scheinbar kritischen Debatten spiegelverkehrt zum Antiamerikanismus als positives Symbol gehandelt. Was den Antiamerikanern ein Gräuel ist - die vermeintlich mit den USA verbundene Dekadenz, der Liberalismus, der Individualismus, der "Materialismus" - ist den antideutschen Idealisten im Vergleich zum etatistischen Deutschland nicht nur das kleinere Übel, sondern eine Positivfolie. Die USA stehen für Anti- wie Pro-Amerikaner in diesem Sinne für "puren" Kapitalismus, wobei von den Subjekten abstrahiert wird und die

Widersprüche kassiert werden. Während die einen den mit dieser historischen Erscheinungsform des Kapitalismus verbundenen Individualismus als gemeinschaftszerstörend geißeln, hofieren die anderen diesen Individualismus als eminent befreiende Macht. Die Dichotomie Deutschland versus USA wird so ausbuchstabiert zu Markt vs. Staat, Liberalismus vs. Etatismus, Offenheit vs. Geschlossenheit - und in der spezifisch antideutschen Lesart: normaler Kapitalismus vs. pathologisches Krisenbewusstsein.

Dan Diner, Professor für Neuere Geschichte an der Hebrew University in Jerusalem und Direktor des Simon-Dubnow-Instituts für Jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig, hat diesen Diskurs in seinem 1993 erschienenen Buch "Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland" eindrucksvoll orchestriert. In einem auf die Ereignisse des 11. September gemünzten Nachwort zur Neuauflage von 2002 unter dem programmatischen Titel "Apologie Amerikas nach dem 11. September" schreibt Diner: "Die Offenheit Amerikas für Neuankömmlinge folgt der Geltung des Primats der Freiheit auf Kosten einer sozial regulierten Gleichheit. Hingegen zieht die Eigenheit des europäischen Sozialstaates, der zudem noch Nationalstaat ist, verschiedene gesellschaftlich relevante Anwartschaften nach sich. Wer welche Ansprüche erheben darf und wer nicht, ist in Geschichte und Tradition beziehungsweise in den sich daraus herleitenden Institutionen verankert. Solche Gemeinwesen sind daher notwendigerweise eher exklusiv. Amerika indes vermag als Einwanderungsland seine Institutionen wie sein Selbstverständnis nur dann offen zu halten, also inklusiv zu sein, solange es im Prinzip dem Wert der Freiheit vor dem der sozialen Gleichheit Vorrang gewährt. Akzeptanz und Anerkennung der Vielfalt in der Einheit war Amerika also in die Wiege gelegt worden."

Im Beschwören der auf Freiheit und Inklusion beruhenden USA wird vergessen gemacht, auf welche Art und Weise das Aufsaugen fremder Arbeitskraft im Einwanderungsland USA historisch vonstatten ging. Die amerikanische Inklusion hatte vor allem eine repressive Seite, wenn die militanten Kämpfe der EinwanderInnen betrachtet werden, die vor und im Zuge des Ersten Weltkriegs unter den Parolen des Amerikanismus blutig niedergeschlagen wurden. Der Imperativ, AmerikanerIn zu werden, hieß für die neu eingewanderten ArbeiterInnen Akzeptanz der als amerikanisch bezeichneten Werte: Pünktlichkeit, Fleiß und Duldsamkeit. Seit Antonio Gramscis Untersuchung des Amerikanismus und den operaistischen Kritiken tayloristischer Arbeitsweisen und seit den religionssoziologischen Schriften zur protestantischen Ethik von Max Weber ist bekannt, dass diese aggressiven Ethiken zur Phase des Fordismus gehören. Auch ein Blick auf die aktuelle Wirklichkeit der US-amerikanischen Gesellschaft würde hinter dem idealtypischen Bild Diners anderes erkennen: Das Grenzregime zu Mexiko lässt sich schwerlich auf den Nenner der Inklusion bringen, der Industrial Prison Complex, in dem eine klar beschreibbare Gruppe der US-amerikanischen Gesellschaft, nämlich schwarze Männer, auf ganz eigenwillige Art inkludiert werden, die von Saskia Sassen und Mike Davis nachgezeichnete Segregation und in Ausgrenzung und Sicherheitswahn sich ergehende Stadtentwicklung, die Folgen der Terrorgesetzgebung nach dem 11. September - all das verschwindet in der Anrufung des freiheitlichen Mythos von Amerika.

Wenden wir uns nun denen zu, die Diners Perspektive durchaus teilen, ihn an Radikalität aber noch zu überflügeln trachten. Die antideutsche Zeitschrift Bahamas verkündete unter dem Titel "Auf nach Amerika!": "In den USA liegt offen zu Tage, was den Kapitalismus konstitutiv ausmacht. Da alle ihr Geschäft offen betreiben, bleibt wenig Raum für deutsche Projektionen. Es besteht in den USA einfach kein Grund, den Krisen- und Katastrophencharakter das Kapitals zu exterritorialisieren und entsprechend personalisiert nach außen zu projizieren." (Bahamas 37/2002)

Auch hier würde es nahe liegen, auf die antisemitischen Wellen der 1920er, 1930er oder der 1950er Jahren aufmerksam zu machen, auf die von staatlicher Seite geschürten Ängste vor der roten und gelben Gefahr und die sozialpsychologischen Mechanismen, die nach dem Schock des 11. September in den USA um sich gegriffen haben. Das Begriffspaar Inklusion/Exklusion wird in diesem Fall noch um die Dichotomie normaler Kapitalismus hier, pathologische Krisenverarbeitung dort erweitert, um Anschlüsse an linke Debatten über den Charakter des Nationalsozialismus zu ermöglichen. Der Nationalsozialismus wurde in avancierten Faschismustheorien als ein aus der Krise von 1929 entstandener Krisenstaat dargestellt. Dabei wird der Antisemitismus im Anschluss an die Kritische Theorie als Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung begriffen, als Form, der Krise der bürgerlichen Gesellschaft mittels autoritärer Rebellion und projektivem Ausagieren der gesellschaftlichen Ängste Herr zu werden. Diese im Kern richtige Diagnose wird nun von Seiten der idealistischen Antideutschen auf Dauer gestellt und Deutschland unter Rückgriff auf eine

unhistorische "Völkerpsychologie" stets eine solche Krisenverarbeitung attestiert, während die USA zum liberalen Gegenbild werden.

Diese Argumentationsfiguren sind gleichzeitig politische Optionen. Es gilt "den Amerikaner" als letzten Bürger gegen den deutschen Anti-Bürger zu retten und als kommunistisches Programm auszugeben. "Die letzten Feinde der Bürger sind selber die letzten Bürger - aber garantiert nicht die Kollektivmonaden deutscher Provenienz", schließen die Autoren der Bahamas.

Hartz IV als exklusiv deutsches Programm?

Der neoliberale Schwenk weg vom "deutschen oder europäischen Weg" des Sozialstaats müsste demzufolge von diesen Autoren begrüßt werden. Doch das Einstimmen in den Pro-Hartz-Chor blieb aus. Aber warum und mit welcher Begründung?

Hartz IV wird nicht als ein Modell rezipiert, das sich in die Strategien der neoliberalen Workfare-Programme einpasst, sondern als exklusives deutsches Modell bezeichnet, das im Unterschied zu anderen Workfare-Programmen, wie die US-amerikanischen oder britischen New-Labour-Programme, eine spezifisch etatistische und irrationale Seite beinhalte. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme, die mit Hartz IV intendiert sind, aber auch die Aktivierung des Individuums, wird in eine nazistische Kontinuitätslinie gestellt und den anderen neoliberalen Programmen, die sich angeblich am alten Liberalismus orientieren, gegenübergestellt.

Hartz IV stärke gerade das falsche Kollektiv und schwäche den Tatmenschen des Marktes, behaupteten die antideutschen Autoren, und nur so gelingt es ihnen, nicht in den Chor des neoliberalen Mainstreams zu verfallen. Der fundamentale Sozialstaatsumbau am Standort Deutschland sucht zwar empirisch nachweisbar an den internationalen Trend des Neoliberalismus Anschluss, von Seiten der Bahamas und anderer Antideutscher wird jedoch der "Reform"-Politik in Deutschland Exklusivität angedichtet. Dabei wird gerade verkannt, dass sich in den Diskussionen um die Neuanpassung der Sozialpolitik am Arbeitsmarkt auf angelsächsische Vorbilder bezogen wird. Die Richtlinien eines aktivierenden, neoliberal ausgerichteten Sozialstaats wurden nicht umsonst im Schröder-Blair-Papier vom Juni 1999 festgelegt.

Antideutsche Stimmen behaupten, dass die Workfare-Programme in den USA einer ökonomischen Zweckrationalität folgen, während es in Deutschland um Arbeit als Selbstzweck, Arbeit als Ideologie gehe. Auch diese Gegenüberstellung entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als ausgemachter Humbug. Das viel zitierte und u.a. vom hessischen Ministerpräsidenten Koch in Deutschland bekannt gemachte Wisconsin-Works-Projekt ist zum einen kein zweckrationales Einsparungsprogramm, sondern eines der teuersten und aufwendigsten Beschäftigungsprojekte überhaupt, dessen einziger Zweck die lückenlose und totale Arbeitsverpflichtung und Mobilisierung der Sozialhilfe empfangenden Bevölkerung ist. Zum anderen stehen gesellschafts- und familienpolitische Erwägungen hinter diesem Workfare-Programm. Rigide Ansätze zur Verhaltensregulierung kulminieren in den Versuchen, Welfare-Schwangerschaften zu ächten und eine "verantwortliche Lebensführung" zu propagieren. Dagegen sind die hiesigen Workfare-Strategien mit der direkten politischen Absicht verknüpft, den Druck auf die unteren Erwerbseinkommen zu verschärfen. Der ideologische und irrationale Eigenwert der Arbeitsbeschaffungsprogramme scheint also in den alten Kernländern der neoliberalen Konterrevolution in erheblich stärkerem Maße vorzuliegen.

Während ihr falscher historischer Analogieschluss und die falsche Exzeptionsthese die antideutschen Autoren noch davor schützt, in den Hartz-IV-Chor einzustimmen, finden sie über ihre Kritik an der Bewegung der Arbeitslosen Anschluss an neoliberales Denken; ebenso wird der Unterschichtung des Arbeitsmarktes im Namen des freien Individuums das Wort geredet. Forderungen wie "Abschaffung des Berufsbeamtentums" und "Ende der generationellen Abschottung des ‚ersten Arbeitsmarktes`" kommen auf den ersten Blick libertär daher und beziehen sich vermeintlich auf eine linksradikale Gewerkschaftschaftskritik und eine Kritik der Sozialpartnerschaft. Doch tatsächlich wird im Jargon der Unternehmerverbände über Tarifkartelle geklagt, wegen denen angeblich die Arbeitslosen ausgeschlossen bleiben. Die Arbeitslosen sollen nun die Hochburgen der Arbeitermacht aufknacken, der nach außen abgeschottete Arbeitsmarkt soll geöffnet werden; gefordert wird also in klassisch liberaler Manier die Unterschichtung des ersten Arbeitsmarktes selbst.

Die Strategie des Neid-Diskurses

Innerhalb des neoliberalen Diskurses gibt es einen prononcierten Neid-Diskurs: zu erwähnen sind die Debatten um das "Recht auf Faulheit", die viel zitierte Hängematte und um den in der BILD-Zeitung stigmatisierten "Florida-Rolf". Sowohl von pro-liberalen Autoren, als auch von antideutsch inspirierten Publizisten werden vice versa jedoch die Verlierer und Gegner kapitalistischer Globalisierung unter Ressentimentverdacht gestellt - wobei es schon des öfteren vorkommt, dass Hamas, Al Quaida und die globalisierungskritische Bürgerbewegung attac gleichermaßen als Ausdrucksformen des "barbarischen Antikapitalismus" bezeichnet werden.

Mit dieser Politik der Verdächtigung stehen antideutsche Autoren nicht allein. Auch im atlantizistischen, rechts-liberalen Milieu um die Zeitschrift Merkur ist diese Diskursanordnung jüngst eingeübt worden. Rousseau, Antonio Negri, die Antiglobalisierungsbewegung und Arundathi Roy werden alle auf den gleichen Nenner gebracht: sie sind anti-liberal. In dem Sonderheft "Kapitalismus oder Barbarei?" von 2003 und einem Folgeband, der Ende 2004 unter dem programmatischen Titel "Ressentiment!" erschien, wird der eigene Herrenzynismus, mit dem man die Folgen der kapitalistischen Globalisierung achselzuckend quittiert, in Anlehnung an Nietzsche als produktiv ausgewiesen, das Ressentiment der Verlierer jedoch als proto-faschistisch und rückständig markiert. Totalitarismustheoretisch werden alle Massenbewegungen unter dem Stichwort des Ressentiments vereint: "Das soziale Ressentiment war ein wichtiges Movens bei allen Massenbewegungen und Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts, nicht zuletzt im nationalsozialistischen Kontrollstaat". Die Herausgeber fragen, was dem Ressentiment entgegenzuhalten wäre, und geben die recht dunkle Antwort: "Vielleicht die absolute Akzeptanz der sinnlichen wahrnehmbaren Welt". Auch hier findet sich die Dichotomie von USA und Europa; der US-amerikanischen Gesellschaft wird zugebilligt, dass in ihr "das Ressentiment eine geringere Rolle spielt als im durchsäkularisierten Europa".

Der Ressentiment-Band beginnt mit einer Verkehrung, die man bereits aus der älteren Neid-Debatte kennt. Das eigene Ressentiment gegenüber der Kritischen Theorie wird rationalisiert, indem die Kritische Theorie selbst als Ressentiment-Kritik dargestellt wird. Für Thomas E. Schmidt und Norbert Bolz ist die Kritik von Adorno und Horkheimer "das Beispiel ressentimentgeleiteter Kulturkritik im 20. Jahrhundert": "Heute ist die Kritische Theorie tot, aber die Ressentimentkritik hat überlebt. Sie will richten und versteckt sich geschickt hinter der Rhetorik der Gerechtigkeit. (...) Das gilt für die alten Achtundsechziger genauso wie für die mittelalterlichen Umweltschützer und Feministinnen, aber auch für die jungen Globalisierungsgegner." Besonders die dem grün-alternativen Milieu entwachsene tageszeitung nahm in einigen Beiträgen diese Denkfiguren auf. In einer lobenden Besprechung der zwei Merkur-Sondernummern schreibt Jan-Hendrik Wullf: "Im Hinblick auf die Montagsdemos fragt man sich allerdings, ob die Kritische Theorie vor allem in der DDR gelesen worden ist." (21.9.2004) Montagsdemonstrationen als kritisch-theoretisch angeleitete Ressentimentbewegung!

Ehrlicherweise erfolgt diese pro-kapitalistische Hymne auf die Welt, die mit Globalisierung, Markt und Arbeitslosigkeit nun mal ist, wie sie ist, auch in aggressiver Abkehr, ja einer fast schon rituellen Hinrichtung der Kritischen Theorie. Denn gerade die frühe Kritische Theorie durchschaute diesen Herrenzynismus der Liberalen, die Ideologien der intellektuellen "happy few" (Adorno/Horkheimer). "Diese Ordnung, in der Proletarierkinder zum Hungertod und die Aufsichtsräte zu Festessen verurteilt sind, erweckt in der Tat Ressentiment", schrieb Max Horkheimer in "Dämmerung", nicht umsonst eine der frühesten Raubkopien von 1968: "Ein feiner Trick: das System zu kritisieren soll denen vorbehalten bleiben, die an ihm interessiert sind. Die anderen, die Gelegenheit haben, es von unten kennen zu lernen, werden entwaffnet durch die verächtliche Bemerkung, dass sie verärgert, rachsüchtig, neidisch sind. Sie haben ‚Ressentiment`."

Desavouierung des Antikapitalismus

Der Hinweis darauf, dass der Faschismus und Nationalsozialismus als Kritiker des Liberalismus auftraten und der Liberalismus ein Hauptgegner des NS war, also auch den Antipoden zur repressiven Vergemeinschaftung darstellen würde, macht die moralische Schubkraft der antideutschen und der neoliberalen Argumentation gleichermaßen aus. Friedrich August von Hayek ("Der Weg zur Knechtschaft") beispielsweise rezipierte den Faschismus und Nationalsozialismus als antikapitalistische Bewegungen, als Bedrohung für sein idealtypisches Bild des Liberalismus. Der Faschismus ist für Hayek eine genuin sozialistische Bewegung, die im Antiliberalismus der Bismarck-Ära und im "Kathedersozialismus" ihre Wurzeln hat. Unter gewissem Blickwinkel kann man Hayek als ersten Antideutschen bezeichnen. Für ihn war "Deutschland das Zentrum, von dem die totalitären Ideen, die die Welt im 20. Jahrhundert regieren sollten, nach Ost und West" ausgingen.

Deutschland galt Hayek als der Geburtshelfer alles Antiliberalen und Totalitären, von allem, was das Individuum an seiner Entfaltung behindern könnte.

Über eine stark verkürzte Rezeption der Thesen von Moishe Postone zum nationalsozialistischen Antisemitismus als verkürztem "Antikapitalismus" hat sich die Rede vom Nationalsozialismus als "Antikapitalismus" verselbstständigt. (1) Die VerliererInnen der "Globalisierung" tendierten in ihrer Kritik des Kapitalismus nach rechts und zum Antisemitismus. Mit Verweis auf einen "barbarischen Antikapitalismus" - ein geflügeltes Wort innerhalb der antideutschen Szene - soll der Kapitalismus als kleineres Übel präsentiert werden. Faschismus wird als genuin sozialistische bzw. antikapitalistische Bewegung begriffen, die tendenziell in einem antagonistischen Verhältnis zum Kapitalismus stehe. Mit dieser Behauptung schließen sich aber die ehemals linken Autoren dem Liberalen Friedrich Hayek mit seiner interessegeleiteten Gleichsetzung von Faschismus und Antikapitalismus an. Hayeks Begriff des freien Individuums ist freilich eine leere Abstraktion, die Klassenunterschiede schlichtweg negiert. Wird vom Antagonismus und den Klassenkämpfen abstrahiert, kann der Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus ebenso wenig erklärt werden wie die Geburt des italienischen Faschismus aus dem Terror gegen streikende ArbeiterInnen und rebellierende Bauern. Faschismus darf nicht als das erscheinen, was er auch war: eine präventive Konterrevolution.

Dem Irrationalismus der völkischen Nazi-Bewegung wird von Liberalen wie Hayek die instrumentelle Vernunft des Marktes entgegengehalten. Marcuse wie die gesamte ältere Kritische Theorie gaben hier freilich eine andere Antwort und machten auf die dialektische Verschränkung von Liberalismus und Gegen-Aufklärung aufmerksam. Unmöglich könne man "den im Irrationalismus auslaufenden liberalistischen Rationalismus" gegen seinen scheinbaren Gegner verteidigen. Marcuse hob hervor, wie die Übergänge von Liberalismus und Antiliberalismus vonstatten gingen, wie der Liberalismus besonders in der ökonomischen Krise den "total-autoritären Staat" aus sich "erzeugt".

Eine weitere Folge liberaler "Faschismustheorien" ist eine aus dem Massencharakter des NS hergeleitete Verachtung der Massen. Auch der westliche Marxismus hat den NS als Massenbewegung dargestellte. Wilhelm Reich arbeitete als erster die "Massenpsychologie des Faschismus" heraus, und alle Arbeiten aus dem Umfeld des Frankfurter Instituts zeigten sich für diesen Aspekt hochsensibel, auch wenn mit Walter Benjamin immer festgehalten wurde, dass die Massen nur zu "ihrem Ausdruck", "beileibe nicht zu ihrem Recht" kamen.

Verhaltenslehre statt radikaler Kritik

Die in der publizistischen Linken recht stark vertretene "antideutsche" Strömung erging sich nach dem 11. September 2001 in einer erschreckend aggressiven Form des Bellizismus, der sich in der Unterstützung des Afghanistan- und jüngsten Irak-Kriegs der USA ausdrückt und in Forderungen kulminierte, "islamische Zentren" zu bombardieren (Bahamas-Redaktion). Zwei Begründungsmuster sind jedoch der älteren Bellizismus-Debatte des Zweiten Golfkrieges 1991 entlehnt: die Frage nach dem "gerechten Krieg" und die angebliche Parallele zum Zweiten Weltkrieg. Seit Hans Magnus Enzensbergers Saddam-Hitler-Vergleich angesichts des Golfkriegs 1991 sind die Appeasement- und NS-Vergleiche ein fester Bestandteil des propagandistischen Arsenals derjenigen, die auf kollaterale Befreiungsmomente der neuen imperialen Kriege spekulieren. Auffallend ist hierbei, dass auch die neokonservativen Vertreter der US-Regierung mit den gleichen historischen Analogieschlüssen arbeiten. In dieser Perspektive sind die antideutschen Publizisten hier zu Lande keinesfalls ein ausschließlich deutsches Phänomen, vielmehr verbinden sich bei ihnen global auftretende Phänomene: linke intellektuelle Selbstaufgabe, antiislamisches und antiarabisches Ressentiment, hinter dem sich oft die konservative Furcht vor den Massen verbirgt, und eine anti-totalitäre Renaissance liberaler oder neoliberaler Ideologien.

Dass dem linken Neocons-Denken, das in der Beurteilung des Irak-Krieges zum Ausdruck kommt, auch ein neoliberales Denken in der Sozialpolitik entspricht, ist wenig verwunderlich. War der klassische Liberalismus zumindest idealtypisch pazifistisch, so verzichtet die neoliberale Konterrevolution ab Ende der 1970er Jahre sowohl ideologisch als auch ökonomisch auf diesen Pazifismus. Dem Angriff auf die starke Gewerkschaft der Bergarbeiter in England unter Thatcher trat der den Nationalismus mobilisierende Falkland-Krieg zur Seite. Auch Reagans neoliberale Politik ist ohne die "Star-War"-Kriegsökonomie nicht zu denken. Auf der Seite der antideutschen Linken korrespondiert die Aufgabe antimilitaristischer Positionen mit der Aufgabe klassisch linker Kritiken des Marktes und des Konkurrenzsubjekts. Von antideutscher Seite wurde mittlerweile die

"Überlegenheit" des Kapitalismus gegenüber "anderen Zivilisationsmodellen", darin gesehen, dass er verstärkt "die Menschen zwingt, sich als Einzelne zu vergleichen". (J. Wertmüller in konkret 1/2002) Die leere Abstraktion des befreiten Individuums, des sich vergleichenden Einzelnen, wird von antideutscher Seite dabei mit allerhand hedonistischen Selbstinszenierungen gefüllt. Dem hilflosen Expressionismus des deformierten Massenbewusstseins, das auch in den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV zum Ausdruck kam, und dem Einklagen von mehr sozialer Wärme am Standort Deutschland setzten einzelne Autoren aus dem antideutschen Spektrum eine auf das Individuum abzielende "Verhaltenslehre der Kälte" (Helmuth Lethen) entgegen.

Die mit viel Häme inszenierte Distanz zu diesen Bewegungen spekuliert auf Distinktionsgewinn. Das ist angesichts der zunehmenden Proletarisierung der linken Intelligenzija sozial-psychologisch zwar verständlich, aber weder links noch kritisch. In ihrer programmatischen Schrift mit dem Titel "Jenseits von Israel" propagiert die Bahamas-Redaktion, man solle "die Welt aushalten lernen". Jede praktische Herrschaftskritik, jeder Aufstand und jede Auflehnung würden immer nach habhaftbaren Personen suchen und damit qua Personalisierung der abstrakten Herrschaft dem Antisemitismus gleich kommen. Ist Expropriation der Expropriateure also eine Form des Antisemitismus? Der antideutsche Jargon vom "strukturellen Antisemitismus" lädt zu dieser Interpretation ein. (2) Praktischer Antikapitalismus wird demzufolge pathologisiert: "Der Psychoanalytiker hätte jeder Entladung der Aggression seines Patienten entgegenzutreten und stattdessen dafür zu sorgen, dass sein Patient durch die Arbeit an seiner beschädigten Persönlichkeit zu einem Individuum sich entwickelt, das die Welt aushält ..." In dieser Gegenüberstellung wird radikale Sozial- und Kapitalismuskritik zu Gunsten eines therapeutischen Ansatzes aufgegeben. Gut bürgerlich wird dem Markt, der für Differenzierung und Individuation steht, die Therapie als Gegendifferenzierung zur Seite gestellt. Damit wird aber auch eingestanden, dass das elitäre Bild befreiten Lebens, das Bild vom gefeierten hedonistischen Marktsubjekt, das in einer beispiellos neo-nietzscheanischen Wende von den ehemals linken Publizisten angerufen wird, eklatante Risse trägt.

Angesichts dieser aggressiven Anpassungsleistung, zu der antideutsche Autoren in wichtigen Organen der bundesrepublikanischen Linken aufrufen, bleibt nur die von Antonio Gramsci überlieferte Aufgabenstellung: "Man muss nüchterne, geduldige Menschen erschaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern."

Gerhard Hanloser

Anmerkungen:

1) In der viel rezipierten Schrift "Antisemitismus und Nationalsozialismus" hat Postone dem Vernichtungsantisemitismus im NS eine subjektiv ernst gemeinte "antikapitalistische" Dimension zugesprochen; Moishe Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: Dan Diner (Hg.) Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt am Main 1988. zur Kritik an Postone: Gerhard Hanloser, Verkürzter Antikapitalismus? in: ak 488, 15.10.2004

2) Vgl.: Gerhard Hanloser, attac, Globalisierungskritik und "struktureller Antisemitismus" in: Grundrisse Nr.13/2005

39. Israel als Projektionsfläche. Über Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik

Autor: Susann Witt-Stahl · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:03

Das von Moshe Zuckermann herausgegebene Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte widmet sich in seiner neuesten Ausgabe der "Entwirrung" der ideologischen "Verknotung" von Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik.

Heutzutage sind die Begriffe Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik in so starkem Maße ideologischer Instrumentalisierung und inflationärem Gebrauch ausgesetzt wie nie zuvor. Das gilt sowohl für die TrägerInnen der antisemitischen Rhetorik als auch für ihre KritikerInnen: Deutsche Revisionisten versuchen, NS-Verbrechen mit dem repressiven Vorgehen der israelischen Armee in Palästina aufzurechnen; US-amerikanische Rechtsextreme bezeichnen ihre Regierung als ZOG (Zionist Occupied Government). Aber auch die pauschale Gleichsetzung von Israelkritik und Antisemitismus zeugen von einer Vereinnahmung der Shoah und des Nahostkonflikts für Entlastungsstrategien und machtpolitische Interessen.

Als besonders anfällig erweisen sich die politischen Kulturen der Staaten, die das Täter- und das Opferkollektiv repräsentieren: "Weil Deutsche an Juden weltgeschichtlich Monströses verübt haben; weil Israel zum selbst ernannten Sachverwalter alles Jüdischen, der israelische Zionismus mithin zum Synonym von Juden, Judentum und Jüdischem geworden ist und weil die Matrix dieses deutsch-jüdischen Katastrophenzusammenhangs auf den Nahostkonflikt projiziert wird, die Shoah demnach ihren ideologischen Eingang in den israelisch-palästinensischen Diskurs findet", schreibt Moshe Zuckermann, "wird Nichtzusammengehörendes immer wieder miteinander vermengt."

Zuckermann widmet das Jahrbuch 2005 seines Instituts der "Entwirrung und Analyse" der ideologischen "Verknotungen" der "neu-alten Erscheinungen des Antisemitismus, der Kategorien des Antizionismus und der politischen Israelkritik". Zu diesem zweisprachigen Projekt (einige Texte sind in Englisch verfasst) hat er vorwiegend israelische, deutsche, österreichische, aber auch amerikanische, britische und schweizerische Wissenschaftler eingeladen. Darunter sind namhafte Historiker wie Moshe Zimmermann, Politologen wie Yoav Peled, der Philosoph Brian Klug, der Sozialpsychologe Dan Bar-On und der Kulturwissenschaftler Siegfried Jäger. Themen des ideologiekritischen Disputs sind die antizionistische Rezeption des Nahostkonflikts durch die militante Linke in der Bonner Republik, die im 19. Jahrhundert entstandene nationalkulturelle Autonomiebewegung jüdischer SozialistInnen als Kritik der zionistischen Theorie und Praxis. Aber auch aktuelle Phänomene wie die schleichende Verlagerung der Perspektiven der deutschen Erinnerungskultur auf die Ebene "unserer Opfer" werden behandelt.

Der israelische Politikwissenschaftler Ilan Pappe zeichnet nach, wie der Kampf gegen den Antisemitismus vor dem Hintergrund des 11. September und Samuel Huntingtons überaus populären und von Rassismen durchwirkten Theorie "eines Kampfes der Kulturen" in blanken Hass gegen Muslime umgeschlagen ist.

In seinem Beitrag "Mohammed als Vorbote der NS-Judenpolitik?" verfolgt Moshe Zimmermann die Kette der wechselseitigen Instrumentalisierungsversuche von europäischen Antisemiten und arabischen Antizionisten zurück. Das erste Glied bildete die massive Parteinahme der Nazis für die Araber im Kampf um Palästina. Durch Alfred Rosenbergs Vorwurf von 1938 an die Zionisten, sie planten die "Ausrottung der Araber", sei "etwas auf ‚die Juden` projiziert worden, was die Nationalsozialisten selbst gegen Juden praktizierten oder praktizieren wollten". Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs setzte eine arabische Adaption von Parolen und Maximen des deutschen Antisemitismus ein. Die Misere, dass Teile des palästinensischen Lagers "die Grenze zwischen antiisraelischer und antisemitischer Denkweise verwischen", so Zimmermann, reiche bis in die Gegenwart - wo sie mit "neuen Tendenzen" des Antisemitismus, beispielsweise der Leugnung der Shoah, angereichert werde.

Auf das Problem der falschen Projektion geht auch der Wiener Nahostexperte John Bunzl ein. Der Politologe beleuchtet die Phantasmagorien der so genannten antideutschen Linken und ihre Weigerung, den Nahostkonflikt "in seiner Komplexität und Tragik zu analysieren". Mit der absurden Behauptung, der Antisemitismus sei ein Wesenszug des Islam und der arabische Nationalismus ein Wiedergänger des

Nationalsozialismus, würden die Antideutschen die Ursachen der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern fahrlässigerweise auf den Antisemitismus reduzieren. Israel werde gar nicht in seiner historischen Realität wahrgenommen, sondern lediglich als Projektionsfläche für deutsche Befindlichkeiten benutzt: eine "neurotische Überidentifikation" mit dem "Land der Juden" als Versuch, den schmerzhaften Stachel der NS-Vergangenheit loszuwerden. So instrumentalisieren die Antideutschen das heterogene israelische Kollektiv zur Bereinigung des "eigenen psychischen Haushalts", fantasieren es sich als "Gegenpol zum Deutschtum" zurecht und ignorieren den Doppelcharakter des Staates , der sowohl Zufluchtstätte für die "Opfer der antisemitischen Barbarei als auch ein Instrument der kolonialen Unterdrückung ist". Die antideutsche Ideologie stellt daher nach Bunzl keine "dialektische Aufhebung", sondern lediglich "eine Kehrseite der vulgär-antiimperialistischen Dämonisierung Israels" dar.

Das Tel Aviver Jahrbuch bietet ebenso wertvolle erkenntnistheoretische Grundlagen für die Entlarvung einer "falschen Liebe" zu Israel wie einer falschen von Judäophobie geleiteten "Israelkritik". Es liefert Argumente gegen den ideologischen "Ausverkauf" des Antisemitismus-Begriffs und der Shoah. Und nicht zuletzt formieren sich seine Beiträge zu einem Plädoyer für ein "transzendierendes Eingedenken" (Zuckermann) - eine unverzichtbare Voraussetzung für den Kampf gegen die fortbestehenden Bedingungen, die Auschwitz ermöglichten.

Susann Witt-Stahl

Moshe Zuckermann (Hg.): Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII (2005), Wallstein Verlag, Göttingen, 442 Seiten, 44 EUR

40. Kapitalismus, ganz menschlich. Das Wohlfühl-Unternehmen als Wertegemeinschaft

Autor: Js. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak496/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:04

Einer der originellsten Einwände gegen Franz Münteferings "Kapitalismuskritik" kam vom Arbeitgeberpräsidenten Dieter Hundt: Einen "Rückfall hinter das Godesberger Programm" wollte Hundt ausgemacht haben. Das ist in zweierlei Hinsicht kompletter Blödsinn. Erstens hat der SPD-Vorsitzende gar nicht den Kapitalismus kritisiert, sondern nur einige verantwortungslose, unpatriotische, "böse" Kapitalisten. Zweitens erscheinen zumindest Teile des SPD-Programms von 1959 in Zeiten täglicher neoliberaler Gehirnwäsche geradezu als umstürzlerisch. Nicht nur dass darin der "demokratische Sozialismus" als Ziel angegeben ist; auch die von Großunternehmen ausgeübte "Herrschaftsmacht über Menschen", die "weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus" gehe, wird dort gegeißelt. Und ohne Differenzierung zwischen guten und bösen Kapitalisten heißt es über "die führenden Männer der Großwirtschaft" schlicht: "Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht."

Dass die Bosse heute so gereizt auf Münteferings sehr viel gemäßigtere Kritik reagieren, erklärt sich natürlich vor allem aus ihren materiellen Interessen. Vielleicht kommt aber als psychologisches Moment hinzu, dass sie sich wirklich ungerecht behandelt fühlen: Könnte es sein, dass sie die seit Jahren mit viel Mühe erarbeiteten Trugbilder moderner Unternehmenskultur mittlerweile für wahr halten? Dass sie sich als Gutmenschen und Wohltäter sehen? Die Lektüre einschlägiger Dokumente legt das nahe - nicht repräsentativ, aber beispielhaft im folgenden Einblicke in die Unternehmensleitlinien von Post, Bayer und Deutsche Bank:

Was das ganze Gedöns überhaupt soll, erklärt Professor Manfred Harnischfeger von der Abteilung Konzernkommunikation der Deutsche Post World Net: "Ein Unternehmen ist durchaus mit einer Persönlichkeit zu vergleichen", zugleich ist die "betriebliche Arbeitsgemeinschaft ... stets auch eine Wertegemeinschaft". Zu diesen Werten gehören "gegenseitiges Vertrauen, Offenheit, Fairness sowie intensive Information und Dialog" - das alles sind bei Deutsche Post World Net "keine Schlagworte, sondern gelebte Unternehmenswirklichkeit". Umfragen unter ZustellerInnen, Schalterkräften oder ArbeiterInnen in den Briefzentren würden zweifellos ganz andere Sichtweisen auf die "Unternehmenswirklichkeit" bringen - egal, der Post-Professor glaubt an seinen Sermon. Das muss er auch, denn "es geht nicht um Ethik-Gesäusele und Hochglanz-Selbstdarstellung, sondern um eine wesentliche Erfolgsressource jeglicher unternehmerischer Tätigkeit" - also um Gewinn: Nach wissenschaftlichen Studien könne "ein Viertel des Geschäftserfolges von Unternehmen mit der gelebten Wertekultur am Arbeitsplatz erklärt werden." Ganz oben auf der Werteliste stehen die Kunden, denen jedeR einzelne durch "unternehmerisches Handeln" (kein Witz!) zu maximalem Erfolg verhelfen soll. Die Methoden, mit denen die MitarbeiterInnen von dieser "Wertekultur" überzeugt werden, sind allerdings bei der Post noch ziemlich altmodisch. Neben einschläfernden Ansprachen der Vorgesetzten setzt man vor allem auf Plakatwerbung am Arbeitsplatz.

Zauberwort Kommunikation

Die Bayer AG versucht es mit weniger altbackenen Mitteln. Ihr Zauberwort heißt "Kommunikation" - eine "Hauptaufgabe des ‚Performance Management`" ist das "persönliche Gespräch als Führungsinstrument". Das geht so: "Der intensive und offene Dialog über alle hierarchischen Ebenen hinweg soll dafür sorgen, dass Grundwerte und Leitlinien von jedem Mitarbeiter verstanden und in der täglichen Praxis gelebt werden. Deshalb betrachtet der Bayer-Vorstand das Gespräch als eines der wichtigsten Führungsinstrumente, um Mitarbeiter zu motivieren und zu überzeugen." Zu den Bayer-Grundwerten gehören Offenheit und Fairness, unternehmerische Selbstständigkeit, Eigenverantwortung, Initiative, Solidarität und Teamgeist, gesellschaftliches Engagement. Da verneigen sich selbst Menschen aus Alternativbetrieben in Ehrfurcht und Bewunderung - falls die Selbstdarstellung des Chemiegiganten auch nur annähernd mit der Wirklichkeit übereinstimmen sollte. Dass es auch bei Bayer Interessenskonflikte gibt, gesteht das Management immerhin zu: In solchen Fällen entwickelt man dann "unter Einschaltung von Arbeitnehmervertretungen sozialverträgliche Lösungen." Und auch im Wohlfühl-Unternehmen Bayer, wo "der Mensch mehr denn je im Mittelpunkt der Konzernstrategie" steht, sollen die Grundwerte vor allem zu "Spitzenleistungen in allen

Bereichen - Spitzenleistungen durch Menschen" motivieren - und dadurch "für seine Aktionäre dauerhafte Werte schaffen".

Noch offener definiert die Deutsche Bank die Ziele ihrer Unternehmenskultur. Vorstandssprecher Josef Ackermann habe bei seinem Amtsantritt mit überarbeiteten Unternehmensleitlinien gar einen "Wertewandel" angestoßen, weiß das manager magazin (5/2002): "Seine Botschaft: mehr Leistungsorientierung, mehr Unternehmergeist, mehr Teamwork und vor allem mehr Rendite für die Aktionäre". Vermutlich haben in der "global operierenden, multikulturellen Universalbank" (Ackermann) allzu viele Beschäftigte das Gebot des "Unternehmergeistes" wörtlich genommen. So heißt es in Punkt 2 der neuen Unternehmensleitsätze ("Führungsstärke"): "Bestens qualifizierte und hochmotivierte Mitarbeiter mit Unternehmergeist stärken unsere international führende Position" - und helfen ganz "unternehmerisch" mit, die "low performer" (vgl. ak 495) aus den Belegschaften auszusondern. Unter Umständen machen sie sich auch selbst überflüssig.

Grundwert Unternehmergeist

Derweil flankieren auch die medialen MultiplikatorInnen den neuen Trend mit Jubelartikeln, nicht nur im manager magazin. In einem ganzseitigen Artikel erinnerte jüngst die taz die deutschen Unternehmen an ihre gesellschaftliche Verantwortung und versprach: "Moralisches Verhalten kann sich durchaus auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht lohnen" - weil nämlich die KonsumentInnen ihre Kaufentscheidung auch vom Sozialverhalten des Unternehmens abhängig machen: Corporate Social Responsibility (CSR) ist angesagt, durch ihre Unterschrift unter den Global Compact der UNO verpflichten sich Unternehmen u.a. zur Einhaltung der Menschenrechte, zur Anerkennung gewerkschaftlicher Rechte oder zum Umweltschutz. Andere unterstützen Bildungs- und Kulturprojekte. So etwa die Deutsche Bank, der es allerdings an Glaubwürdigkeit fehle, weil sie trotz Rekordgewinns weltweiten Stellenabbau angekündigt hat: Hier "zeigt sich, was viele Konzernlenker à la Ackermann noch nicht begriffen haben: Es reicht nicht, einen Teil des Gewinns für wohltätige Zwecke zu spenden." Überhaupt, die Manager mit ihrem rein ökonomischen Denken! "Wer wirklich etwas verändern will, muss daher an der Wurzel des Problems ansetzen: bei der Ausbildung der Entscheidungsträger von morgen." (taz, 27.4.2005)

So wird denn wieder einmal intensiv daran gearbeitet, dem Kapitalismus ein menschliches Image zu verpassen. Was natürlich auch eine komische Seite hat und neue Felder betrieblicher Gegenwehr eröffnet: Wo Vorgesetzte täglich gegen das Gebot von Fairness, Solidarität, Offenheit und Teamgeist verstoßen (müssen), kann man sie durch Verweis auf diese verbindlichen Unternehmenswerte zumindest zeitweilig aus dem Konzept bringen.

Ernst wird es erst, wenn nach dem Bekenntnis zu Corporate Values auch noch Corporate Behaviour (Harnischfeger) verlangt wird: sittlich einwandfreies Verhalten, nicht nur am Arbeitsplatz. Womit wir wieder beim alten Henry Ford und seinen "puritanischen Kampagnen" (Gramsci) wären. Und beim Godesberger Programm mit seiner Kritik an der von Großunternehmen ausgeübten "Herrschaftsmacht über Menschen, weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus". Von dieser Einsicht ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zu der Erkenntnis, dass der Kapitalismus täglich die Menschenrechte verletzt. Auch durch die schönsten Wertekataloge lässt sich diese simple Wahrheit nicht aus der Welt schaffen.

Js.

41. LESERINNENBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak496/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:17

Entsetzt mit der Hoffnung auf Besserung

Betr.: Münte, Moses und Propheten, ak 495

Liebe aks,

mit Entsetzen habe ich heute Morgen auf Seite 1 der Mai Ausgabe von analyse + kritik die Verwendung des Wortes Schizophrenie als Metapher für: widersinnig, bizarr, nicht einfühlbar, idiotisch (?) bemerkt.

Dazu Folgendes: 1) Schizophrenie ist eine schwere Erkrankung. 2) Die große Angst vieler Menschen vor dieser Erkrankung wird auch durch die missbräuchliche Verwendung der Worte "Schizophrenie" und "schizophren" in den Medien geschürt und verursacht. 3) (Das betrifft euch meines Wissens nicht, aber es gehört dazu:) Es gibt eine "schöne" Regelmäßigkeit bei der Berichterstattung über Gewalttaten: Die Mitteilung, das der/die TäterIn psychisch krank ist (Göttin sei Dank, er/sie gehört nicht zu uns!). 4) Angst ist ein Auslöser für Diskriminierung und Selbstdiskriminierung (wem erzähle ich das). 5) Etwa 1% der Menschen ist an der real existierenden Krankheit Schizophrenie erkrankt. Als soziale Gruppe sind sie etwa so gefährlich wie arbeitslose Jugendliche, Männer im 3. Lebensjahrzehnt ganz allgemein und Menschen mit Alkohol- oder Medikamentenmissbrauch. (Asmus Finzen: Psychose und Stigma. Bonn 2000) 6) Wir Menschen, die wir an Schizophrenie erkrankt sind oder einE schizophrenE AngehörigE haben, müssen ein hohes Maß an Energie aufwenden, um mit der allgegenwärtigen Stigmatisierung umzugehen. (Aus Erfahrung: Lesbischsein ist da wesentlich einfacher!)

Liebe aks, ich schreibe euch all dies, weil ich das Vertrauen habe, bei euch nicht sofort auf Abwehr zu stoßen. Bitte, geht in euch und schreibt in Zukunft:

- widersinnig, wenn ihr widersinnig meint,

- bizarr, wenn ihr bizarr meint,

- nicht einfühlbar, wenn ihr nicht einfühlbar meint,

- idiotisch, wenn ihr idiotisch meint.

Herzliche Grüße,

Uta Kaltwasser

P.S. Vielen Dank für den großen Rest von eurer Zeitung. Ein wichtiger Beitrag gegen die allgegenwärtige Propaganda!

42. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak496/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:21

Überleben in NS-Lagern

Jules Schelvis, Autor des Standardwerkes über das Vernichtungslager Sobibor, gibt in seinem autobiografischen Bericht "Eine Reise durch die Finsternis" detailliert Auskunft über seine Erlebnisse in nationalsozialistischen Lagern. So überlebt er die Ghettoisierung in den Niederlanden, Konzentrations- und Deportationslager wie Westerbork, Vernichtungslager wie Sobibor, das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, das Konzentrations- und Zwangsarbeitlager "Alter Fugplatz" in Lublin, Ghetto- und Arbeitslager wie Radom oder Tomaszow, Arbeitslager wie Dorohucza oder Vaihingen an der Enz, zudem Todesmärsche von einem Lager zum anderen, Erschießungsaktionen und "Vernichtung durch Arbeit". Das Arbeitslager Vaihingen an der Enz, wo die entkräfteten Häftlinge in einem Steinbruch Schwerstarbeit verrichten mussten, bezeichnet der Autor ebenfalls als Vernichtungslager. "Hier kämpfte jeder um das nackte Überleben. Für die Schwächsten, von denen die meisten schon drei Jahre oder länger unter der Naziherrschaft gelitten hatten, war es eine Frage, wie lange sie noch durchhalten konnten." Jules Schelvis überlebte auch dank der tiefen Freundschaft mit den beiden deportierten Niederländern Leo de Vries und Joop Wins. Zu dritt gaben sie sich gegenseitig moralischen und praktischen Halt. Auch der Taschenspiegel mit dem Porträt Rachels, Jules Schelvis erster Ehefrau, scheint eine Rolle zu spielen. Unmittelbar nach der Ankunft in Sobibor wird das Ehepaar Schelvis plötzlich getrennt; "Chel" wird, wie fast alle Menschen dieses Transportes aus den Niederlanden, sofort in der Gaskammer von Sobibor ermordet. Jules Schelvis gelingt es, dieses Liebespfand die ganze folgende Zeit bei sich zu behalten. Am 8. April 1945 erlebt er, auf Grund von Typhus mit dem Tode ringend, in Vaihingen die unspektakuläre Befreiung durch die französische Armee. Der Taschenspiegel kommt während der Rekonvaleszenz plötzlich abhanden: "Ich hatte das Kostbarste verloren, was ich in jenem Moment besaß", ein Erinnerungsstück an das alte Leben, das komplett ausgelöscht war.

Raphaela Kula

Jules Schelvis: Eine Reise durch die Finsternis. Ein Bericht über zwei Jahre in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern. Reihe antifaschistischer Texte, Unrast Verlag, Münster 2005, 192 Seiten, 16 EUR

Die Bolivarianische Revolution

Revolutionär, populistischer "Maximo Leader", Traumtänzer? Fest steht: Der venezolanische Präsident Hugo Rafael Chávez Frías gehört zu den umstrittensten Figuren der internationalen Linken. Während Robert Kurz den 1998 an die Macht gewählten Sohn eines armen Lehrerehepaars lediglich für eine "Lichtgestalt" hält, die sich die "demoralisierte traditionelle Linke" herbei halluziniert hat, um ihrer Verzweiflung zu entgehen, sieht der Journalist André Scheer in Hugo Chávez einen Hoffnungsträger. In seinem Buch "Kampf um Venezuela" zeichnet er den Werdegang des Volkstribuns nach, der in einem Armen-Viertel von Sabaneta aufgewachsen war und als Mestize einen steinigen Weg zum Präsidentenamt beschritten hat. Die Biografie enthält auch eine Dokumentensammlung mit Erklärungen der KP Venezuelas und einer Rede von Chávez. Die tief greifenden Reformen des Präsidenten werden im eigenen Land als Bolivarianische Revolution gefeiert. Zwar räumt Scheer ein, Chávez habe die überaus flexiblen Grenzen des kapitalistischen Systems noch lange nicht gesprengt. Aber der Venezuela-Experte betrachtet Aussagen wie "die Welt muss aus dem zerstörerischen kapitalistischen Modell entkommen, in Venezuela haben wir damit begonnen..." nicht als bloße Kraftmeierei. Und seine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten reflektiert er - im Gegensatz zu Robert Kurz - nicht als auf Grund wuchernder Ölpreise kurzzeitig erfolgreiches "Glücksrittertum in den Nischen der Globalisierung". Sondern er hält Chávez Aufmucken gegen den Kapitalismus und die USA für durchaus in die richtige Richtung weisend: Befreiung.

Susann Witt-Stahl

André Scheer: Kampf um Venezuela. Hugo Chávez und die bolivarianische Revolution. Neue Impulse Verlag,2004, 169 Seiten, 12, 90 EUR

Burschenschaften auflösen!

Unter dem Titel "Falsch verbunden" hat der AStA der Uni Hamburg einen Reader zu studentischen Korporationen herausgebracht. Darin wird die Bedeutung Korporierter für die extreme Rechte erläutert und gezeigt, dass Konservative und Rechtsradikale in diesem Milieu nicht eindeutig abgrenzbar sind: Der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel etwa, der im Sächsischen Landtag vom "Bomben-Holocaust" durch die Alliierten schwadronierte, ist zugleich Burschenschafter. Neben einem geschichtlichen Aufriss beschreibt der Reader das Innenleben von Verbindungen - das Fechten, die Trinkriten - und erklärt ihre Kleidung und Farben. Erläutert wird auch das Welt- und Menschenbild der Kooperierten und damit der Schnittpunkt zu offen nationalistischen und rassistischen Gruppen. Neben der allgemeinen Einführung in das Wesen der Verbindungen beschäftigt sich der Reader konkret mit den Hamburger Verbindungen. Auftritte von Verbindungsstudenten in Hamburg sind eine Seltenheit, der Reader klärt jedoch über die Vorgänge hinter den verschlossenen Türen auf und zeigt insbesondere Überschneidungen und Zusammenarbeit mit rechtsextremen Organisationen. Über die Chattia Friedberg zu Hamburg berichtete nach der Veröffentlichung des Readers auch der Hamburger Verfassungsschutz, sie versuche, in der NPD-Zeitung Deutsche Stimme rechtsextreme Mitglieder zu werben. In einem weiteren aktuellen Teil erläutert der Reader die Geschichte Christian Brandes, Burschenschaftler in der Germania und ehemaliger Schill-Abgeordneter in der Hansestadt Hamburg. Der Reader besticht vor allem durch seine aktuelle antifaschistische Recherchearbeit. Zu hoffen bleibt, dass die im Schlussteil dargelegte Position des AStA sich durchsetzt: "Kurze Rede, langer Sinn: Verbindungen gehören aufgelöst."

Jonas Füllner

AStA der Uni Hamburg (Hg.): Falsch verbunden. Reader zum Verbindungs(un)wesen in Hamburg. Bestellungen an: rat - reihe antifaschistischer texte c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, D-20357 Hamburg, 40 Seiten, 2 EUR plus Porto

Widerständiges aus Afrika

Hunger, AIDS und Bürgerkrieg: In den von Afrika gezeichneten Bildern erscheinen die dort lebenden Menschen oft als apathische Hilfeempfänger. Dass sich Frauen und Männer trotz Krieg und Gewalt organisieren und sich gegen Unterdrückung und Raubbau wehren, zeigt eine neue Broschüre, die die Antimilitaristische Angolanische Menschenrechtsinitiative e.V. (IAADH) und der Offenbacher Verein Connection herausgebracht haben. Ansätze und Aktivitäten für friedliche Veränderungen werden aus neun verschiedenen Ländern südlich der Sahara vorgestellt, darunter Angola, Liberia, Nigeria, Südafrika und die Demokratische Republik Kongo. Die Kriterien dafür, welche Initiativen für die Broschüre ausgewählt wurden, sind leider unklar. Die Abgrenzung etwa zwischen NGOs und autonomen, spontanen Organisierungen bleibt diffus. Die Herausgeber präsentieren Gruppen, die sich zum Beispiel für Kriegsdienstverweigerer in Eritrea einsetzen, die in ihren Ländern für Presse- und Meinungsfreiheit kämpfen und die, wie in Kenia, den Zusammenhang von Umweltzerstörung und sozialen Konflikten thematisieren. Frauen sind in vielen Initiativen offenbar tonangebend; sie greifen in West- wie Ostafrika auf ein ungewöhnliches Mittel zurück, wenn Polizei oder Militär sich anschickt zu schießen: Sie ziehen sich aus. So etwa in Cabinda, als Frauen eine Straße blockierten, um gegen die Zwangsrekrutierung ihrer Kinder zu protestieren. Auch wenn die Mischung sehr bunt, die Vorgehensweisen der Gruppen teilweise widersprüchlich und bei einigen Initiativen nicht klar ist, wie nachhaltig sie arbeiten - die Broschüre bietet dennoch einen sehr anschaulichen Einblick in die verschiedenen Aktivitäten und liefert zudem einzelne äußerst gründliche Konfliktanalysen wie etwa zum Sudan oder dem Tschad.

as

Antimilitaristische Angolanische Menschenrechtsinitiative e.V. (IAADH) und Connection e.V (Hg.): "Das andere Afrika: Widerstand gegen Krieg, Korruption und Unterdrückung". Offenbach, April 2005, 43 Seiten, 3 EUR

43. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak496/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:41

The revolution is your boyfriend

Die nächste Generation der RAF wird Marcuse und Reich deklamieren, ohne immer alles zu verstehen. Sie wird ihre Goldfische Gudrun und Andreas nennen und ihre konspirative Wohnung mit überlebensgroßen Bildern der Baader-Meinhof-Gruppe tapezieren. Die nächste Generation wird schwulen Sex haben, wie von ihrer Anführerin Gudrun befohlen, um als ersten revolutionären Schritt ihre heterosexuelle Normierung zu überwinden. Sie wird einen Millionärssohn entführen und einer aus der Gruppe wird sich in ihn verlieben, auch wenn das nicht wirklich revolutionär ist. Die nächste Generation der RAF wird scheitern, sich auflösen und ihre ehemaligen Mitglieder werden vielleicht eigene, persönliche Strategien der Emanzipation entwickeln. Diskussion und Screening zu dem Film "the raspberry reich", einem politischen Queer-Porno von Bruce la Bruce. Mit Katja Diefenbach (Berlin) und Ulf Treger (Hamburg).

Hamburg, 24.6.05, 19.00 Uhr, Astra Stube; Bremen, 25.6.05, 21.00 h, Sternbrücke

Perspektiven für eine Zukunft ohne Krieg

Die diesjährige Sommeruniversität in Tamera / Portugal hat sich zwei Schwerpunkte gesetzt. Die Sommeruniversität ist das letzte große Vorbereitungstreffen für ein dreijähriges Zukunftsexperiment ("Monte Cerro"), in dem ab Mai 2006 ein verallgemeinerbares Modell für ein Friedensdorf aufgebaut werden soll. In seinem Zentrum steht das Solar Village - ein Siedlungsmodell, das mit Hilfe von neuentwickelten Solartechnologien und Wasserversorgung weitgehend autark und mit regionalen Mitteln zu realisieren ist. Gemeinsam mit der sozialen Erfahrung von Tamera könnte es ein Baustein für eine gewaltfreie Zivilisation werden, insbesondere in Krisengebieten. Während der Sommeruniversität wird das Vorhaben dargestellt. Der zweite Schwerpunkt der Sommeruniversität ist die Planung der nächsten Aktion, eine politische Pilgerreise nach Israel und Palästina im November diesen Jahres.

Tamera/Portugal, 25.7.-4.8.05

Gedenkstätte Neuengamme

Die zwei Gesichter des Arztes Dr. Ulrich Schnapauff. Er war in Fuhlsbüttel niedergelassener Arzt und bei seinen Patienten beliebt und anerkannt. Im Konzentrationslager Fuhlsbüttel war er ein Arzt, der kranken Gefangenen nicht half, sondern sie quälte. Er genoss das Vertrauen der Gestapo und der SS. Eine Lesung aus Berichten und Aussagen mit Michael Grill (Historiker). Einführung: Herbert Diercks (Archivar der KZ-Gedenkstätte Neuengamme).

Hamburg, 28.6.05, 19.00 Uhr, Gedenkstätte Toorhaus, Suhrenkamp 98

Arbeiterbewegung und Globalisierung

Werden die Arbeiterkämpfe weltweit durch die Globalisierung geschwächt? Verschwindet die Arbeiterklasse mit dem "Postfordismus" gänzlich von der Bühne? Oder stehen wir vor einem neuen Aufschwung globaler Klassenkämpfe, die das kapitalistische Weltsystem erschüttern werden? Das nun von Wildcat & friends ins deutsche übersetzte Buch von Beverly J. Silver "Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870" bringt frischen Wind in diese Debatten über Krieg, Kapitalismus und die zukünftige Bedeutung der Klassenkämpfe. Gegen die Auffassung einer eigengesetzlichen Kapitalentwicklung, der wir ohnmächtig gegenüberstehen, wird hier auf lebendige und historische Weise ein Kapitalbegriff entfaltet, der in dem ständigen Antagonismus um die Ausbeutung die treibende Dynamik der Geschichte ausmacht. Weltgeschichtlich hat der Druck und die Macht von unten bisher zugenommen und das System immer stärker geprägt. Heute befinden wir uns wieder in einer solchen Umbruchphase ...

Frankfurt am Main, 29.6.05, 20.00 Uhr, "Exil", Leipziger Str. 85

Der Provinz einheiz'n

Neben dem "Thüringentag der nationalen Jugend" in Weimar und dem "Fest der Völker" in Jena haben Nazis aus der NPD- und Kameradschaftsszene das dritte Jahr in Folge ein NPD Open Air in Gera unter dem Titel

"Rock für Deutschland" angemeldet. Dabei sollen sechs Nazibands, darunter "Kraftschlag", "Radikahl" und "Eugenik" auftreten, die in Verbindungen zum "Blood & Honour"-Spektrum stehen. Zudem sind als Redner Udo Voigt (NPD-Parteivorsitzender) und Frank Schwerdt (NPD-Thüringen, Parteivorsitzender) angekündigt, welche ihre antisemitischen, rassistischen sowie nationalistischen Ideologeme verbreiten. Dem Versuch, eine "national befreite Zone" für diesen Tag zu schaffen heißt es entschieden entgegen zu treten. Deswegen rufen AntifaschistInnen zu einer Demonstration auf, um das NPD Open Air zu verhindern!

Gera, 9.7.05, 11.00 Uhr,

Antifa-Demo, Hauptbahnhof

Polymorph pervers feiern

15 Jahre Druck und immer noch geil! Lieber metasexuell als metrosexuell! Das Schwulenreferat der Uni Hamburg hat Geburtstag und das ist definitiv ein guter Grund zum Feiern! Seit nun 15 Jahren kämpft das Schwulenreferat gegen Heteronormativität, Homophobie und Diskriminierung und für ein fröhlich-perverses Leben jenseits des gesellschaftlichen guten Geschmacks. Sie tucken auf und queeren dagegen und wehe denen, die ihnen den schönen Platz am Rand streitig machen wollen! All genders welcome!

Hamburg, 16.7.05, 22.00 Uhr, Rote Flora, Achidi-John Platz 1

Anarchie im Sommer

Auf der Burg Lutter findet dieses Jahr das 9. anarchistische Sommercamp statt. Es gibt jede Menge Work-Shops und Musik, selbstorganisiert und getragen durch Beiträge der BesucherInnen.

Lutter, 30.7.-7.8.05, Auf der Burg

Die Rote Kapelle

Die Rote Kapelle, eine der größten deutschen Widerstandsgruppen im Dritten Reich, ist heute aus dem Bewusstsein nahezu vollständig verschwunden. In dem Dokumentarfilm von Stefan Roloff erzählen Überlebende der Roten Kapelle ihre Geschichte. Der Film wird als Gegenpunkt zu den inzwischen alljährlich stattfindenden Huldigungen des 20.Juli Widerstandes gezeigt, organisiert von der Gruppe nn-tv. Der Eintritt ist frei.

Bonn, 31.7.05, 16.00 Uhr, Kult 41, Hochstadenring 41

44. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak496/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:43

Mit dieser Ausgabe verabschiedet sich ak erst einmal in die Sommerpause. Normalerweise Anlass für mehr oder weniger gelungene Betrachtungen über das Wetter, umweht die ak-Sommerpause diesmal ein Hauch von Geschichte: der letzte Sommer ohne Angie als Kanzlerin - ganz sicher; der letzte Sommer ohne Euro - wohl eher ein müder Scherz eines Redaktionsgenossen.

Wenn am 1. Juli Schröder den politischen Löffel abgibt, werden wir diesen letzten formellen Akt des rot-grünen Abgangs von der Berliner Bühne schon nicht mehr kommentieren können. Aber das macht nichts, das desaströse Scheitern des ehemaligen Bündnisprojekts von alternativ-liberalem Bürgertum und der Partei der Lohnabhängigen liegt auch so offen genug zu Tage. Und so wagen wir schon mal eine Prognose: So wenig Rot-grün tatsächlich hegemoniefähig gewesen ist, so wenig wird das einer Regierung Merkel-Stoiber-Westerwelle gelingen. Die Wahlerfolge rechts der SPD drücken eine Sehnsucht nach (sozialer) Stabilität aus, die die politische Klasse nicht erfüllen kann und will.

Und so darf im Sommer schon mal kräftig spekuliert werden: Was wird aus einer bis ins Mark angeschlagenen Sozialdemokratie? Was aus den Grünen, deren ökologisch-wirtschaftsliberale Wende sie im politischen Parteienspektrum tendenziell überflüssig gemacht hat? Und was wird aus dem Spektrum der programmatischen linken Sozialdemokratie, die sich um PDS und WASG neu zu gruppieren beginnt? Lauter Fragen, die wir jetzt schon einmal andiskutieren.

Das zweite Thema dieses Sommers haben uns die Franzosen/Französinnen und NiederländerInnen mit ihrem "Non" und "Nee" zur EU-Verfassung beschert. Sicherlich wäre es völlig überzogen, nunmehr von einem Ende der EU auszugehen, von einer politischen und Legitimationskrise der EU-Institutionen kann gleichwohl gesprochen werden. Der Weg, den das Projekt EU in der Zukunft einschlagen wird, ist mehr als unsicher und verlangt von der politischen Linken sehr genaue und differenzierte Analysen, wenn man nicht plötzlich Seite an Seite mit rechten und nationalistischen BündnispartnerInnen stehen will. Im Gegensatz zu notorischen Wendehälsen vom Schlage eines Jürgen Elsässer kann uns das nicht egal sein. Wenn jener sich in der jungen Welt zum bündnispolitischen "Trüffelschwein" aufschwingt, so ist das eine ebenso dumme wie anmaßende Aneignung eines Ehrentitels. Georg Fülberths anerkennende Bezeichnung für den alten KB seligen Angedenkens bezog sich auf das Gespür für neue emanzipatorische Strömungen und Tendenzen und nicht auf einen machiavellistischen Opportunismus in der Bündnisfrage.

In unmittelbarer Anknüpfung an die geschichtspolitischen Schwerpunktsetzungen der letzten Ausgaben und im Vorgriff auf den Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 60 Jahren ist das Thema dieser ak allerdings der Horror der atomaren Bewaffnung und Kriegsführung. Ein kurzer Blick auf die real existierenden Waffenarsenale zeigt genauso die Aktualität der atomaren Bedrohung wie die zweifelhafte Geschichte aller Versuche, atomare Bewaffnung auf internationaler Ebene zu ächten und einzudämmen.

Ansonsten erwartet euch die gewohnt fundierte ak-Mischung aus Analyse, Kritik und Diskussion. Von Geschlechterpolitik in Dänemark bis zum Magdeburger §129a-Verfahren, von Beverly Silvers "Forces of Labor" bis zur Debatte um den Euromayday, von deutscher Kolonialgeschichte bis zu Micha Brumliks Auseinandersetzung mit den "Heimatvertriebenen." So sollte die Sommerpause eigentlich auszuhalten sein. Bis zum August wünschen wir allen LeserInnen und AbonenntInnen auf jeden Fall eine schöne Zeit.

Eure ak-Redaktion

45. Das Thema: Vor 60 Jahren: Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki

CD-Datei: daten/aksuche/ak496/thema.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:496:thema

Gerade ist in Europa der 8. Mai als der 60. Jahrestag des Kriegsendes begangen worden. Doch der Zweite Weltkrieg endete erst nach der Kapitulation Japans am 15.8.1945 und der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 2.9.1945. Die offizielle Geschichtsschreibung behauptet, die US-amerikanischen Atombomben auf Hiroshima am 6.8.1945 und auf Nagasaki am 9.8.1945 hätten zur Kapitulation Japans geführt. Kritischen HistorikerInnen zu Folge ist der Krieg aber eher verlängert worden, um die neu entwickelten Waffen und ihre Wirkung in der Praxis testen zu können. Ab Anfang 1946 wurde der Pazifik offizielle Test-Region für oberirdische Atombomben. Die direkt von den Atomtests betroffenen Menschen kämpfen noch immer um Entschädigung. Die verheerenden Folgen der beiden Atombomben und der Atomwaffentests führten bisher nicht zu einer weltweiten Abschaffung dieser Waffen. Wir geben einen Überblick über das Atomwaffenarsenal weltweit und die gescheiterten Verhandlungen der Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrages.